

Nr. 23, September 1995

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Man hat bisher geglaubt, die christliche Mythenbildung unter dem römischen Kaiserreich sei nur möglich gewesen, weil die Druckerei noch nicht erfunden war. Grade umgekehrt. Die Tagespresse und der Telegraph, der ihre Erfindungen im Nu über den ganzen Erdboden ausstreut, fabrizieren mehr Mythen (und das Bourgeoisrind glaubt und verbreitet sie) in einem Tag als früher in einem Jahrhundert fertiggebracht werden konnten."

Karl Marx, 53, nach der Niederlage der Pariser Kommune in einem Brief aus London an Ludwig Kugelmann in Hannover am 27. Juli 1871 (MEW, Bd. 33, S. 252)

ISSN 0940-0648

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 23, September 1995

Multimedia u. Kapitalismus

Spoö - **Armut und Reichtum**

Kapitalismus und Medien vor dem digitalen Umbruch:

Schuhler - **"Informationszeitalter"?**/

Michalski - **Techno-ökonomische Entwick-**

lung/Holzer - Fernsehzuschauer/Kannapin -

Medienideologie/Seppmann - Neue Realitäts-

aneignung/Bleicher-Nagelsmann - Medien-

diskussion/Pickshaus - Gewerkschaftliche

Orientierung

Und: D' Hondt - **Philosophie/Bessau - Per-**

sönlichkeiten/Luft - Eigentumsformen/

Bischoff - Gesellschaftsvertrag als

Klassenkompromiß

Linke Politikansätze in D.: Brombacher -
KPF in der PDS

Berichte - Kritik - Rezensionen

Einzelpreis 18,-DM

Wolfgang Seufert

**Gesamtwirtschaftliche
Position der Medien in
Deutschland 1982 - 1992**

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Beiträge zur Strukturforschung, Heft 153

Tab.; 263 S. 1994 (3-428-08255-9)

DM 142,- / öS 1.108,- / sFr 142,-

Den Massenmedien kommt im Rahmen des demokratischen Meinungsbildungsprozesses eine große gesellschaftliche Bedeutung zu. Aus einer wirtschaftlichen Perspektive sind deshalb sowohl die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Medienunternehmen als auch die ökonomischen Determinanten des Medienangebotes von Interesse. Die vorliegende Arbeit analysiert im ersten Teil die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des *Mediensektors* (Druckmedienproduktion und -distribution sowie elektronische Medienproduktion und -distribution) und untersucht im zweiten Teil die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf den wesentlichen *Medienmärkten* (Zeitungen, Anzeigenblätter, Zeitschriften, Bücher, Filme und Video, Hörfunk, Fernsehen, Tonträger, Unterhaltungselektronik). Die Studie kommt unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Beitrag des Mediensektors zum Bruttoinlandsprodukt und der Anteil der im Mediensektor Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung hat von 1982 bis 1990 jeweils leicht zugenommen, beide sind aber seit dem Beitritt der neuen Bundesländer deutlich zurückgegangen.
2. Der Stellenwert der Medienprodukte im privaten Verbrauch hat sich kontinuierlich erhöht.
3. Der Finanzierungsanteil der Medien durch Werbung hat ebenfalls zugenommen.
4. Der Außenhandelsaldo mit Medienprodukten hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.
5. Sowohl bei der Produktion als auch bei der Nachfrage nach Medienprodukten ist eine Verschiebung von den Druckmedien zu den elektronischen Medien festzustellen.

Duncker & Humblot · Berlin

Postfach 41 03 29 · D-12113 Berlin · Telefax (0 30) 79 00 06 31

**ZEITSCHRIFT
MARXISTISCHE
ERNEUERUNG**

**Vierteljahresschrift
6. Jahrgang
Heft 23 (September 1995)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heining
Prof. Dr. Jörg Huffschild
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,
Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial*Eckart Spoo***8 Armut und Reichtum****Kapitalismus und Medien vor dem digitalen Umbruch***Conrad Schuhler***15 "Informationszeitalter"?**

Virtuelle Realität, Medienmenschen, harte Profite

*Hans-Jürgen Michalski***24 Datenautobahn und Multimedia**

Die technisch-ökonomische Entwicklung hinter den zwei zentralen Metaphern des propagierten Mythos der Informationsgesellschaft

*Horst Holzer***37 Wie sieht es derzeit beim Publikum aus?**

Einige Anmerkungen zu neueren Ergebnissen in Sachen 'Fernsch ZuschauerInnen'

*Detlef Kannapin***57 Medien, Ideologie, Herrschaft***Werner Seppmann***67 Medien-Welt und Computer-Alltag**

Notizen über den Prozeß fremdbestimmter Realitätsaneignung

*Heinrich Bleicher-Nagelsmann***79 Das Ende der 4. Gewalt?**

Die klassischen Medien in der "multimedialen Informationsgesellschaft"

*Klaus Pickshaus***95 Gewerkschaften und Multimedia**

Anmerkungen zu einer Zwischenbilanz

*Jacques D'Hondt***103 Die Philosophie am Ausgang Europas***Elisabeth Bessau***111 Geschichte und Persönlichkeit**

Exemplarische Erörterungen

*Hans Luft***122 Gedanken zur Eigentumsproblematik nach einem halben Jahrzehnt deutscher Einheit***Joachim Bischoff***132 Gesellschaftsvertrag, Zivilgesellschaft, Klassenkampf**

Auf der Suche nach einem gesellschaftlichen Grundkonsens als neuem Klassenkompromiß

Linke Politikansätze in Deutschland (I)*Ellen Brombacher***147 Kommunistische Linke in der PDS**

Reflexionen zur Strategiedebatte

Berichte*Werner Petschik***156 Multimedia: "Jobkiller" statt "Jobknüller"**

Tagung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der IG Medien am 1./2. 6. 1995 in Frankfurt/M.

*Heinz Jung***160 Reaktivierung des marxistischen Erbes**

Zur Gründung des "Marxistischen Forums in der PDS" im Juni 1995

Anhang:*Ernst Engelberg***165 Um der Zukunft der PDS willen***Bernd Hüttner***167 Der (Still-) Stand der Bewegung**

Autonomie-Kongreß in Berlin 14. - 17. April 1995

*Hans G Helms***170 Das U-Boot auf Potsdams Telegraphenberg**

Funktional wie je, feiert der Einsteinturm seinen Siebzigsten

Diskussion, Kritik, Zuschriften*Hermann Lenke***180 Theoretische Generalrevision statt notwendiger Weiterentwicklung? - Zum Engels-Schwerpunkt in Z 22***Hermann Jacobs***184 Rückkehr in die Verantwortlichkeit, aber wie?****191 Buchbesprechungen, Annotationen**

Wie schön ist sie, die neue Multimedia-Welt? (Fred Schmid)

Medien und gesellschaftliche Kommunikation (Hans-Jürgen Bieling)

Die neue Welt-UN-Ordnung (Jürgen Reusch)

Diagnosen und Strategien der Modernisten in der PDS (Heinz Jung)

Icarus (Heinz Jung)
 Zwischen Kritik und Rechtfertigung (Heinz Jung)
 Allen Gewalten zum Trotz (Fritz Krause)
 Sahara Wagenknecht - gutes Mädchen, böses Mädchen? (Robert Katzenstein)
 "Gehst mit Juden erschießen?" (Reinhard Schweicher)
 Sparen für die Zukunft (Hermannus Pfeiffer)
 Querschläger in der Formationssequenz (Karl Hermann Tjaden)
 Landwirtschaft, Naturschutz und Regionalentwicklung (Bernd Hüttner)
 Kritik der sozialistischen Warenproduktion von innen (Heinz Jung)

4	Impressum
189	Vorschau
236	Autorinnen und Autoren

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffscheid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Dieser Z-Ausgabe sind zwei Beilagen beigelegt, eine des Argument-Verlages und eine Eigenbeilage. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.7.1995

Editorial

Wir möchten uns an erster Stelle bei unseren Autorinnen/Autoren und Lesern/Leserinnen von Z 22 für die mangelhafte Korrektur- und Formatierungsqualität entschuldigen. Sie war das Ergebnis einer von uns leider nur ungenügend bewältigten Umstellung unserer Technik. Wir hoffen, daß die vorliegende Ausgabe wieder dem gewohnten Z-Standard entspricht.

Erfreulich sind die meist mündlich übermittelten Reaktionen auf den Engels-Schwerpunkt der letzten Ausgabe, auch wenn sie sich hauptsächlich als Widerspruch artikulierten. Die zum Teil auch provokativ gegen die Lesarten von Friedrich Engels zur Frühgeschichte vorgetragenen Interventionen haben also hinreichende Reibungsflächen geschaffen. Die Suche nach neuen Horizonten geht offenkundig nicht ohne kritischen Rückblick ab, und die Strategieoptionen der Gegenwart sind wohl auch nicht ohne Einfluß auf die Neuinterpretation der Frühgeschichte. Es sind also nicht nur neue Ergebnisse der Frühgeschichte, die zu verhandeln sind.

Nicht nur Z, sondern auch "Marxistische Blätter", "Topos" u.a. haben bisher Engels-Hefte vorgelegt. Es bleibt zu hoffen, daß marxistisches Denken gerade aus der Kontroverse neue Vitalität gewinnt - auch bei den anstehenden Engels-Konferenzen in den verbleibenden Monaten des Jahres. Der Eröffnungsbeitrag von Eckart Spoo "Reichtum und Armut" stellt an einem "klassischen" Thema der Gesellschaftskritik einen aktuellen Berührungspunkt mit Friedrich Engels für Z 23 her.

Viel zu wenig ist Z in der Lage, auf aktuelle politische Entwicklungen einzugehen. Wir können dies, wenn überhaupt, dann meist nur verspätet tun. Nur kurz nach den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung Deutschlands von Faschismus und Militarismus mit ihren Normalitätsbekundungen und Besserungsgelöbnissen erhebt der deutsche Neoliberalismus, dessen Kontinuitätslinie nicht zu vergessen ist, auch militärpolitisch mit dem Einsatz von Militärpersonal in Jugoslawien - einem durch den deutschen Faschismus besonders geschundenen Land - wieder sein Haupt. Propagandistisch gibt er sich als durch die NATO-Verbündeten gedrängt. Aber es ist ein Konflikt, den er hauptsächlich mit verursacht und in dem er kontinuierlich und einseitig interveniert hat. Die Zerschlagung Jugoslawiens war in der außenpolitischen Komponente hauptsächlich das Werk der deutschen Diplomatie und ihrer verdeckten Militärpolitik. Und zur Eskalation haben das einseitige Eingreifen zugunsten des bosnischen Izetbegovic-Regimes und der Ustascha-Nachfolger Kroatiens sowie die zügellose Anti-Serben-Hetze beigetragen. Die herrschende Klasse Deutschlands hat aus der Geschichte nur wenig gelernt.

Aber auch auf der Linken ist der frühere antiimperialistische und pazifistische Grundkonsens unter dem Druck scheinheiliger und verlogener Menschenrechtskampagnen aufgeweicht und hat an dessen Stelle bei einem Teil, u.a. der Grünen, den Drang nach Beteiligung an der Herrschaft der

"Zivilisation über die Barbaren", wie man früher sagte, treten lassen. Umso mehr ist es an der Zeit, daß die ihren Prinzipien treu gebliebene Linke, darunter auch die Marxisten, nach dem Untergang des Realsozialismus in Europa wieder zu sich findet, unmißverständlich antiimperialistische Positionen bezieht und Kraft für den politischen Widerstand freisetzt.

Die Wucht der Kriegsbeteiligungskampagnen und der Anti-Serben-Hetze verweist auch auf neue Realitäten des Kapitalismus, die nicht nur mit der Wirksamkeit moderner Massenmedien zusammenhängen, sondern auch mit dem Fehlen alternativer und massenwirksamer Kristallisationspunkte in der angeblich pluralistischen Medienlandschaft. Berlusconi ist überall. Und mit dem neuen Multimedia-Zeitalter versprechen die Gedanken der Herrschenden in noch intensiverem Maß die herrschenden Gedanken zu werden. Dies setzt auch die Bedingungen für jegliche Opposition.

Es versteht sich, daß die Beiträge unseres Schwerpunktes "Medien und Kapitalismus vor dem digitalen Umbruch" nur einige, wie wir hoffen aber zentrale, Aspekte des Komplexes ausleuchten können. Conrad Schuhler bietet zum Einstieg einen Essay, der die Themen anschlägt und den Mythos Informationsgesellschaft mit der Realität konfrontiert. Hans-Jürgen Michalski stellt die technischen und ökonomischen Entwicklungen des Multimedia-Komplexes vor allem in Deutschland vor. Horst Holzer gibt mit aktuellstem Material einen Querschnitt zu Zuschauerquoten, Sehpräferenzen und Wechselwirkung mit der TV-Entwicklung - für Profis und Zuschauer sicher gleichermaßen von Interesse. Detlef Kannapin geht im Kontext der kritischen Theorie einigen Aspekten der Ideologiefunktion der Medien nach. Werner Seppmann weitet die Betrachtung der neuen Dimensionen fremdbestimmter Realitätsaneignung auf den Computeralltag aus. Heinrich Bleicher-Nagelsmann legt einen Überblick über die aktuellen Auseinandersetzungen um die Gestaltung der elektronischen Medien vor und geht dabei besonders auf die Vorstellungen der Gewerkschaften ein. Schließlich gibt Klaus Pickshaus eine Zwischenbilanz zur Positionsentwicklung und den entsprechenden Aktivitäten der Gewerkschaften zur Gestaltung des Medienkomplexes. Zum Schwerpunkt gehören ebenfalls Beiträge in den Rubriken "Berichte" und "Buchbesprechungen".

Der Block "Weitere Beiträge" hat dieses Mal eine breite inhaltliche Streuung, die hoffentlich den Interessen unserer Leserinnen und Leser entgegenkommt. Jaques D'Hondt problematisiert den Begriff der europäischen Philosophie von ihren Ursprüngen, ihrer Geschichte und ihrem universellen Auftrag her. Bei der Erörterung der Rolle herausragender Persönlichkeiten der Geschichte hebt Elisabeth Bessau besonders die politisch-moralische Seite hervor. Hans Luft äußert sich aus der Sicht eines früheren DDR-Ökonomen zu den Eigentumsformen fünf Jahre nach Angliederung der DDR. Joachim Bischoff geht auf ein zentrales Problem der Strategie- und Orientierungsdebatte eines Teils der Linken ein und stellt Gesell-

schaftsvertrag - für ihn ein Synonym für Klassenkompromiß - und Klassenkampf in die Perspektive eines zivilgesellschaftlichen Sozialismus.

Mit "Linke Politikansätze in Deutschland heute" eröffnen wir eine neue Serie, die in den kommenden Ausgaben fortgesetzt werden soll. Autorin des ersten Beitrages ist Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform in der PDS (KPF). Zum Thema PDS gibt es aus aktuellen Anlässen auch Beiträge in den Rubriken "Berichte" und "Buchbesprechungen". Wie meist, so sind auch in Z 23 die Rubriken z.T. wieder prall bestückt und finden hoffentlich geneigte Leserinnen und Leser.

Mit einem Schwerpunkt zu "Klassen und Klassentheorie heute" wollen wir die Diskussion über diesen Komplex in Z 24 beginnen und in den folgenden Ausgaben fortführen. Wir fordern zu einer regen Beteiligung auf.

Informieren möchten wir über den Wechsel im Vorsitz eines unserer Herausgebervereine, dem Forum Marxistische Erneuerung e.V. Auf der letzten Mitgliederversammlung trat Dr. Fritz Krause aus Altersgründen von dieser Funktion zurück. Das Projekt Z ist ihm für seinen Einsatz zu außerordentlichem Dank verpflichtet und möchte diesen auch hier ausdrücken. Fritz Krause bleibt uns weiterhin als Mitarbeiter und unterstützender Freund verbunden. Zum neuen Vorsitzenden wurde Gerhard Fisch, Frankfurt/Main, gewählt.

Erinnern möchten wir an die IMSF/Z-Veranstaltungen in den kommenden Monaten. Dieser Ausgabe liegt ein Einladungsprospekt bei, von dem wir regen Gebrauch zu machen bitten und an den wir, wie immer, unser 'ceterum censeo' anschließen: Z braucht neue Abonnenten, Käufer und Distributeure!

Wir gedenken des Genossen Leo Kofler, der, geboren 1907 in der Ukraine, am 30.7.1995 in Köln gestorben ist. Wir verlieren mit ihm einen bedeutenden marxistischen Theoretiker, von dem wir noch vor einem Jahr, in Z 19, einen Text veröffentlichen konnten. Er war ein Mann, der sich auch nach dem Konflikt mit der SED und seiner Flucht aus Halle/Saale, wo er nach der Rückkehr aus der Emigration einen Lehrstuhl für Sozialphilosophie erhalten hatte, nach Köln dem hier herrschenden Antikommunismus nicht beugte und deshalb nur unter äußerst schweren materiellen Bedingungen wissenschaftlich weiterarbeiten konnte. Vielleicht wurde er gerade deshalb für viele junge Intellektuelle zum geistigen und politisch-moralischen Mentor. Mit Respekt gedenken wir auch Ernest Mandels, geboren 1924 in Frankfurt/Main, gestorben am 20. Juli 1995 in Brüssel. Er war nicht nur eine der führenden und aktivsten Persönlichkeiten der trotzkistischen IV. Internationale, sondern auch ein unermüdlicher marxistischer Theoretiker und Propagandist, der vor allem seit den 60er Jahren Generationen junger Linker die marxistische politische Ökonomie nahe brachte.

Eckart Spoo

Armut und Reichtum

Die wachsende Armut im reichen Deutschland empört mich - ebenso wie es mich empört, wenn Deutschland seinen Reichtum auch dadurch mehrt, daß es arme Länder noch ärmer macht. Mit geschärfter Aufmerksamkeit die Zeitungen lesend erfahre ich täglich, daß der Staat, der doch laut Verfassung ein Sozialstaat sein soll, mehr von unten nach oben verteilt als von oben nach unten. Kapitalistische Realität.

Ich hole die angestaubten antikapitalistischen Lehrbücher aus dem Regal, Nachschlagewerke zunächst. Was steht dort über Armut und Reichtum?

Im "Philosophischen Wörterbuch" von Georg Klaus und Manfred Buhr aus der DDR kommt der Begriff Armut nicht vor. Irgendwo zwischen Arbeitsproduktivität und Astronomie müßte er stehen, aber er steht nicht da. Und Reichtum? Ich finde Regelkreis und Reizbarkeit; Reichtum suche ich vergebens.

Ich schaue im "Ökonomischen Wörterbuch" nach, verfaßt von einem sowjetischen Autorenkollektiv, auf deutsch in der DDR erschienen. Beim Durchblättern fallen mir unter dem Buchstaben G viele Begriffe auf, die mit dem Wort Gesetz anfangen: Gesetz des abnehmenden Bodenertrags, Gesetz des stetigen Wachstums der Produktion von Produktionsmitteln, Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft, Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung, Grundgesetz des Sozialismus, ökonomisches. Welche von diesen Gesetzen gelten noch? Unter dem Buchstaben A steht zwischen Arbeitszeit und Assignaten nur Artel, landwirtschaftliches. Und zwischen Regiebauweise und Reineinkommen steht auch in diesem Wörterbuch nichts über Reichtum.

Bedürfen die Wörter Armut und Reichtum keiner Erläuterung? Oder haben wir eine Periode der Menschheitsentwicklung hinter uns, in der diese Wörter nicht gebraucht wurden, jedenfalls nicht von Wissenschaftlern, die stolz darauf waren, in Staaten zu wirken, wo nach ihrer Meinung dauerhafte Grundlagen des Sozialismus gelegt waren? Heute werden Begriffe wie Armut und Reichtum gerade in Osteuropa wieder gebraucht.

Im "Ökonomischen Wörterbuch" stoße ich auf einige Stichwörter, die vielleicht weiterhelfen können, z.B. Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, allgemeines, Verelendung des Proletariats und Lumpenproletariat. Dort lese ich: "deklassierte Bevölkerungsschichten in den kapitalistischen Ländern, die vorwiegend in Großstädten leben; Menschen, die aus der Bahn eines normalen Lebens herausgeworfen sind, keine bestimmte Beschäftigung und keinen regulären Unterhalt haben und keine gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten (...). Die kapitalistische Ordnung, für die eine

chronische Arbeitslosigkeit, die Verelendung des Proletariats und der Ruin großer Massen der Kleinbourgeoisie charakteristisch sind, reproduziert beständig diesen Abschaum der Gesellschaft." Das scheint mir im wesentlichen zu stimmen. Aber was bedeutet Abschaum? Sind damit die hunderttausende Obdachlosen, die Millionen Arbeitslosen gemeint, die wir jetzt in Deutschland haben? Wenn sie Abschaum sind, wer ist dann Schaum?

Ich wende mich den Urtexten des Marxismus zu und überfliege das "Kommunistische Manifest". Armut und Reichtum sind dort und in etlichen anderen Texten von Marx und Engels kein Thema, jedenfalls nicht ausdrücklich. Die Freunde befaßten sich vielmehr mit gesellschaftlichen Mechanismen, Bewegungsgesetzen, Prozessen. Sie suchten nach Punkten, an denen sich eingreifen ließ. Gerade deswegen war es ihnen wie später vielen Marxisten wichtig, bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse Gesetzmäßigkeiten zu entdecken. Sie stellten Wissen bereit, das zur Macht werden sollte - Gegenmacht in der Auseinandersetzung mit dem Kapital.

Doch Antrieb ihrer Arbeit war, wie ich der biographischen Literatur entnehme, die Erfahrung gesellschaftlicher Widersprüche, vor allem des Widerspruchs zwischen der biedermeierlichen Ideologie der Klasse, in der sie aufgewachsen waren, und der Realität. Das Bürgertum im aufblühenden Kapitalismus vermied konsequent, das Elend wahrzunehmen, das es anrichtete und von dem es profitierte. Friedrich Engels dagegen, dessen 100. Todestag in diesem Jahr Anlaß ist, besonders an ihn zu erinnern, sah genau hin - mit teilnahmsvollen, mitmenschlichen Augen. Als 18jähriger schrieb er in seinen "Briefen aus dem Wuppertal": "Es herrscht ein schreckliches Elend unter den niederen Klassen, besonders den Fabrikarbeitern im Wuppertal; syphilitische und Brustkrankheiten herrschen in einer Ausdehnung, die kaum zu glauben ist; in Elberfeld allein werden von 2500 schulpflichtigen Kindern 1200 dem Unterricht entzogen und wachsen in den Fabriken auf, bloß damit der Fabrikherr nicht einem Erwachsenen, dessen Stelle sie vertreten, das Doppelte des Lohnes zu geben nötig hat, den er einem Kinde gibt. Die reichen Fabrikanten aber haben ein weites Gewissen, und ein Kind mehr oder weniger verkommen zu lassen, bringt keine Pietistenseele in die Hölle, besonders wenn sie alle Sonntage zweimal in die Kirche geht." In seinen Gedichten träumte der Jüngling Engels von einer gesellschaftspolitischen Ordnung, in der die Produktionsmittel nicht mehr der Bereicherung einzelner dienen sollten, sondern dem "Menschenglück". Von revolutionären Tendenzen im Volke erhoffte er sich zugleich Befreiung von politischen und kulturellen Zwängen, die sich ihm damals in Gestalt der feudalen Reaktion darstellten; auf die reichen Fabrikanten, die er kannte, setzte er solche Hoffnungen nicht.

Seine Einsichten aus dem Industriegebiet an der Wupper vertieften sich nach seiner Übersiedlung nach Manchester, wo er sich bald mit der aus einer irischen Familie stammenden (im damaligen England nicht mehr als eine Kurdin in der heutigen Türkei geltenden) Textilarbeiterin Mary Burns

lierte und in ihrem Milieu Fuß faßte. Der 23jährige erkannte, daß die von Rechts wegen der Menschheit gehörenden Kräfte durch die Einwirkung des Privateigentums das Monopol weniger reicher Kapitalisten und das Mittel zur Knechtung der Massen wurden (so in seinem Aufsatz "Die Lage Englands"). Und schon diese Überlegungen führten ihn zu dem kühnen Schluß: "Die bloße Demokratie ist nicht fähig, soziale Übel zu heilen. Die demokratische Gleichheit ist eine Chimäre, der Kampf der Armen gegen die Reichen kann nicht auf dem Boden der Demokratie oder der Politik überhaupt ausgekämpft werden." Vielmehr müsse sich aus der demokratischen Auseinandersetzung ein neues Prinzip entwickeln: das des Sozialismus. Ein Jahr später (in seinem Buch "Die Lage der arbeitenden Klasse in England") entstand aus dieser Analyse ein erstes Konzept des wissenschaftlichen Sozialismus.

Im Alter zitierte Engels wiederholt den Frühsozialisten Fourier, der mit meisterhafter Dialektik erkannt habe, daß "die Armut aus dem Überfluß selbst entspringt". Engels schrieb (in "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft"): "Der Aufschwung der Industrie auf kapitalistischer Grundlage erhob Armut und Elend der arbeitenden Massen zu einer Lebensbedingung der Gesellschaft", und beim Erklären der kapitalistischen Krisen und ihrer Ursachen verdeutlicht er: "Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und eben deshalb muß auch die industrielle Reservearmee brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber 'der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels' (Fourier), weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt."

An dieser Stelle angelangt, klappe ich die Bücher zu, blicke mich wieder in der Gegenwart um und stelle fest: Über die Dialektik von Armut und Reichtum nachzudenken, besteht heute, 150 Jahre nach Erscheinen der "Lage der arbeitenden Klasse in England" und 100 Jahre nach Engels' Tod, nicht weniger Anlaß als damals - allen Verkündern der "nivellierten Mittelsstandsgesellschaft" zum Trotz, die jahrzehntelang verhängnisvollen Einfluß auf die Sozialwissenschaften und auf die SPD hatten.

Die Produktivität wächst und wächst. Mit immer geringerem Aufwand können immer mehr Güter produziert werden, um wachsenden Lebensstandard zu sichern. Die Produktionsmittel reichen aus, allen Menschen ein Leben in immer größerem Wohlstand zu ermöglichen. Doch durch die Gesellschaft geht ein Riß, und die staatliche Politik bewirkt (nicht erst sei

dem Amtsantritt des Kanzlers Kohl), daß sich die da oben und die da unten immer weiter voneinander entfernen. Besonders deutlich haben sich in den vergangenen zehn Jahren die Erträge aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöht; der Reallohn dagegen ist gesunken. Von der staatlichen Aufgabe, Ausgleich zu schaffen, sprechen die tonangebenden Politiker kaum mehr. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des von ihr geführten Staatensystems, das auf den Kapitalismus zähmend wirkte, verstärken sich neoliberal-sozialdarwinistische Tendenzen, die sich gegen den Sozialstaat überhaupt richten. Bismarcks Sozialversicherungssystem, das ohne das Erstarken der sozialistischen Bewegung nicht zustande gekommen wäre, wird jetzt, nachdem es sich hundert Jahre bewährt hat, zunehmend in Frage gestellt; bei der Einführung der Pflegeversicherung wurde es bereits durchbrochen, und niemand sollte die gegenwärtig von niedersächsischen Zahnärztfunktionären angeführte Front derer unterschätzen, die das Solidarprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung ganz abschaffen wollen.

Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, meint, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar. Wieso jetzt nicht mehr? Ist denn die Gesellschaft nicht viel finanzkräftiger als Ende der 40er Jahre, als im Grundgesetz der Sozialstaat proklamiert wurde? Widersinn. Oder Bestätigung der Thesen von Fourier, Marx und Engels.

Der Staat verringert Zug um Zug seine Sozialleistungen. Bildungs- und Kulturetats werden beschnitten, Umweltschutz und Entwicklungshilfe eingeschränkt. Zugleich wächst die Verschuldung des Staates. Die Kommunen sehen sich gezwungen, Aufgaben zu reduzieren und öffentliches Eigentum zu veräußern, um Haushaltslöcher zu stopfen. Täglich erfahren wir über alle Medien: "Es muß gespart werden." Viele Politiker und sogar manche Gewerkschafter haben längst verinnerlicht: "Es muß gespart werden." Wer noch Forderungen an den Staat und an die Unternehmer richtet oder sich auch nur für die Bewahrung sozialer Errungenschaften einsetzt, bekommt zu hören: "Es muß gespart werden." Kaum wagt noch jemand zu fragen, wofür denn gespart wird. All die Sparmaßnahmen dienen nicht dazu, Geld für schlechtere Zeiten oder für größere Gemeinschaftsaufgaben anzusammeln. Sparen ist nur ein neues Wort für das Wegverteilen von unten nach oben. Den Armen wird zu Gunsten der Reichen genommen.

Wir dürfen die Armut nicht isoliert betrachten. Sonst erliegen wir am Ende der irrigen Vorstellung, sie sei von den Armen selber verschuldet. Die Bonner Sozialpolitik ist von dieser Vorstellung geprägt. Sie denkt sich für die Armen immer neue Strafen aus. Härtere Strafen werden zunächst an den Armen aus dem Ausland ausprobiert, z.B. aus Ländern, wo mit deutschen Waffen Krieg geführt wird, dem sie sich durch Flucht nach Deutschland zu entziehen versuchen. Die Flüchtlinge werden - nicht erst wenn sie in Abschiebehaft sitzen - wie Kriminelle behandelt. Zum Leben gesteht der Staat Asylbewerbern weniger als das von ihm selbst definierte

Existenzminimum zu. Die Achtung vor der Würde des Menschen, oberstes Gebot der Verfassung und dort nicht an Geld-, Aktien- oder Grundbesitz gebunden, schwindet, je ärmer und schwächer der Mensch ist. Jetzt plant die Bundesregierung wieder eine Senkung des Sozialhilfesatzes - während die Preise weiter steigen. Sozialhilfe-Empfänger werden verpflichtet, jede Drecksarbeit zu leisten, die man ihnen zuweist, sonst werden die Zahlungen verringert. Dabei denkt der Staat nicht an tarifvertraglich geregelte Arbeit, vielmehr organisiert er Schmutzkonkurrenz - mit der Perspektive, das Arbeitsrecht weiter zu deregulieren, die Gewerkschaften weiter zu schwächen, die Lohnquote weiter zu senken und breitere Schichten von Lohnabhängigen verarmen zu lassen. All das deklariert die Bundesregierung als Strafe für "Sozialmißbrauch".

Wir dürfen die Armut nicht isoliert betrachten, denn wir können sie nicht erklären und schon gar nicht wirksam bekämpfen, wenn wir den Reichtum außer acht lassen. Nach manchen Armutskonferenzen und Armutsberichten, die in den vergangenen Jahren entstanden sind (ich empfehle besonders den gemeinsamen Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des DGB), muß also jetzt der Reichtum thematisiert werden. Wenn das nicht geschieht, wird ein als schicksalhaft suggerierter Sparzwang die Menschen verstärkt einschüchtern, die soziale Phantasie und Verantwortung lähmen, Demokratie und Humanität bedrohen.

Weisen wir nur auf die wachsende Armut hin, lösen wir bestenfalls hier und da ein wenig Barmherzigkeit, auf Dauer nichts als Schulterzucken aus. Stellen wir aber zwischen Armut und wachsendem Reichtum Zusammenhänge her, dann öffnen sich Räume für politisches Handeln.

Vorrangig gilt es klarzustellen: Es ist viel Geld da, genug für alle. Banken und Versicherungen vermelden Rekordgewinne in Zigmilliardenhöhe. Das Privatvermögen solcher Handelsherren wie Erivan Haub, Otto Beisheim und der Brüder Albrecht steigt in Milliardenschritten. Wenn der Reallohn, also die Kaufkraft sinkt, verliert für das Kapital die Warenproduktion an Interesse; um so stärker drängt es auf fremde Märkte. Beispiel: internationale Finanzspekulation (immer auch zu Lasten finanzschwächerer Länder). Für immense Summen kaufen deutsche Konzerne ausländische Firmen auf. Die Hoechst AG zahlt z.B. rund zehn Milliarden Mark für ein US-amerikanisches Chemie-Unternehmen. Volkswirtschaftlichen Nutzen haben solche "Investitionen" kaum. Aber hier zeigt sich, wofür tatsächlich "gespart" wird: für imperialistische Zwecke.

Apropos: Eine Flugreise an die Costa Brava oder nach Tunesien kann sich auch mancher Sozialhilfe-Empfänger leisten. Nach Deutschland kehrt er in dem Bewußtsein zurück, daß die deutsche Mark mehr wert ist als andere Währungen und er selber gegenüber Menschen anderer Völker mehr gilt. Das sieht er auch täglich auf dem Bildschirm. Wenn ihm durchs Fernsehen und "Bild" vermittelt wird, wie gewalttätig Menschen in anderen Ländern miteinander umgehen, verliert er die Abneigung gegen Einmischung,

Waffenexport und sogar Einsatz deutscher Truppen. Das Bewußtsein, zu einer Weltmacht zu gehören, stützt das geschwächte Selbstwertgefühl. Solche Perspektiven veranlassen mich, um so dringlicher von der Gleichheit der Menschen zu sprechen; und ich wünsche mir und anderen Klarheit über den im Kapitalismus wirkenden Zwang, der die Menschen ungleich macht - so ungleich, daß unter dem vorherrschenden Interesse der Kapitalverwertung viele Menschen unnütz, überschüssig, ausgegrenzt, abgeschrieben werden, weil sie fürs Warenproduzieren nicht gebraucht werden und fürs Warenkonsumieren kein Geld haben. Das gilt für immer mehr Menschen hier und längst für ganze Völker in Afrika.

Notwendig erscheint mir folglich neben der Klarstellung, daß Geld genug vorhanden ist, auch wenn es vielen fehlt, die Aufhellung der Mechanismen, die unter den gegenwärtigen politisch-ökonomischen Bedingungen bewirken, daß die Reichen geradezu zwangsläufig immer reicher werden und die Armen immer weiter zurückbleiben. Beispiel: Wer zur Bank geht, um Geld festzulegen, kann, je mehr Geld er bringt, einen desto höheren Zinssatz für sich aushandeln oder bekommt ihn gleich geboten. Anderes Beispiel: Je mehr jemand verbraucht, desto billiger bekommt er es (Gratifikation für Verschwendung). Weiteres Beispiel: Der Marktwert von Immobilien steigt unaufhörlich. Die Mietpreise saugen einen immer größeren Teil des Lohns auf, bewirken also Verarmung. Der Staat subventioniert durch Grundbesteuerung der Immobilien nach dem überholten Einheitswert, durch Grundabschreibung, Schuldzinsenabzug, Wohngeldzahlungen u.a. die Haus- und Grundbesitzer, ohne dadurch den Mangel an bezahlbaren Wohnungen zu beheben. Sogar leerstehende Bauten können für die Besitzer lukrativ sein.

Je genauer wir in den Blick nehmen, wie sich Ungleichheit herstellt und vergrößert, desto deutlicher erkennen wir, wo eine Politik sozialstaatlichen Ausgleichs ansetzen kann und muß. Zugleich zeigt sich aber auch, daß wir, um diese Mechanismen auszuhebeln, über den Kapitalismus hinauskommen müssen.

Die Bürgerinitiative für Sozialismus, 1989 am 200. Jahrestag der Französischen Revolution unter dem Motto "Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit" gegründet, veranstaltete 1993 in Braunschweig einen "Sozialpolitischen Ratschlag über Armut und Verelendung im reichen Deutschland" (Reader erschien unter dem Titel "Gegen die soziale Lüge" im Steinweg Verlag Braunschweig). Für das Wochenende 17. bis 19. November 1995 bereitet sie nun gemeinsam mit der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und dortigen Gewerkschaften einen Ratschlag über den realen Reichtum vor: "Geld ist genug da".

Neues Deutschland

Haben Sie Lust auf...

**Widersprüche
statt Werbesprüche?**

**Argumente
statt Arroganz?**

**Opposition
statt Ohnmacht?**

Dann testen Sie uns.

Neues Deutschland Die Linke unter den Großen

Wir sind politisch links und pluralistisch. Bei uns finden Sie unabhängige Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, auf 16 Seiten täglich.

Ein umfangreicher Meinungsteil reflektiert politische Debatte und Streitkultur. Ratgeberseiten helfen, die praktischen Seiten des Lebens zu bewältigen.

Wollen Sie eine andere, neue Sicht auf alte Probleme kennenlernen? Informationen über das, was andere gern verschweigen?

○ Probe-Abonnement

Bitte liefern Sie mir 3 Wochen lang für 10,00 DM die Tageszeitung "Neues Deutschland" zum Kennenlernen. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei. Das Probeabo wandelt sich automatisch in ein reguläres Abonnement um, wenn ich es nicht vor Ablauf der zweiten Testwoche schriftlich kündige (monatlicher Abopreis 28,90 DM in den neuen Bundesländern und Berlin; 37,40 DM in den alten Bundesländern).

Name, Vorname

PLZ, Wohnort

Straße, Hausnummer

Datum, Unterschrift

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich zu widerrufen.

Datum, Unterschrift

**Bitte den Coupon einsenden an:
Neues Deutschland, Abt. Marketing, Alt Stralau 1 - 2, 10245 Berlin**

Conrad Schuhler

"Informationszeitalter"?

Virtuelle Realität, Medien-Menschen, harte Profite

In den nächsten Jahren wird die Telekommunikation in den führenden Industrieländern den bislang größten Markt, den Automobilmarkt, vom ersten Platz verdrängen. Die Bundesrepublik Deutschland wird ganz an der Spitze marschieren. 125 Milliarden DM Schulden hat die Bundesregierung die bis dato öffentliche Telekom machen lassen, um das weltweit dichteste Integrierte Sprach- und Datenübertragungs-Netzwerk (ISDN) und den mit 80.000 km Glasfaserkabel längsten Informations-Highway der Welt zu bauen. Schon heute sind 1,2 Millionen Haushalte ans Glasfasernetz angeschlossen. Nach eigenem Bekunden kann die Telekom mit dem Tempo der Nachfrage nach ISDN-Anschlüssen nicht Schritt halten. Spätestens 2010 soll auch der letzte Haushalt auf dem flachen Land verkabelt sein.

Uns trennen also nur noch wenige Jahre vom Informationszeitalter. Schon heute steht in jedem zweiten US- und jedem vierten deutschen Haushalt ein PC, der zusammen mit TV und Telefon den häuslichen Medienverbund bildet, mit dem sich künftig jedermann die Welt in Wort, Schrift und Bild ins Heim holen und mit der Welt kommunizieren kann, ohne dieses sein Heim je verlassen zu müssen.

400 TV-Programme werden bis zum Jahr 2000 in Deutschland im Angebot sein, schätzt die Telekom. Täglich kann dann aus Hunderten Spielfilmen und Serien ausgewählt werden - jeder sein eigener Programmdirektor, einschließlich der Haustiere, für die digitales Bell-, Fauch- und Piepspartner zur Verfügung stehen. Ob Porno oder Börse, Boxen oder Beten, Kleingärtnern oder Großwildjagden, jede Zielgruppe findet das ihre am "elektronischen Kiosk".

Ist die Programmauswahl riesig, so ist die Kommunikation mit anderen schier grenzenlos. Ich mache Klick und kann mich Onkel Alfred, dem Papst oder dem Bundestrainer in Wort, Bild und Schrift mitteilen.

Auch verfüge ich, angeschlossen an alle Datenbanken und Infodienste, über das Wissen der Welt. Mit meiner Maus marschiere ich durch Köchel-Verzeichnis und Bundesbankbericht, Louvre oder Zwinger, Logarithmentafeln und Atlanten.

Jeder kann aber nicht nur alles wissen, sondern alles sofort. Den Wasserstand des Mekong kennen wir so schnell wie der Fischer in Phnom Penh, und die Videokamera an den Verkehrsknotenpunkten verraten uns auf dem häuslichen Schirm in Echtzeit, wie lange wir brauchten, um zum örtlichen Kino zu gelangen.

Wo wir aber natürlich gar nicht hinfahren wollen, weil erstens auch die neuesten Filme in unserem Heimangebot sind, mit denen wir zweitens "interagieren" können. Wir bestimmen nämlich, ob wir die Handlung lieber aus der Sicht des Opfers, des Täters oder vielleicht des Kommissars verfolgen, ob unser Blick lieber auf Busen, Brauen oder Beinen verweilt.

Daß die neuen Medien "interaktiv" sind, daß die bislang ohnmächtigen Rezipienten eingreifen können in den Fluß der Kommunikation, gilt als ihre wesentliche, ihre revolutionäre Qualität. Hat die Vielfalt des Angebots den Zuschauer zum Programmleiter gemacht, so läßt ihn die "Interaktion" zum Dramaturgen, ja zum Regisseur und Produzenten avancieren. Nicht nur kann er unter den zwanzig Kameras im Fußballstadion zwischen Wangen und Waden der Athleten, zwischen Eckfahne und Torwartperspektive auswählen. Er kann auch, wenn ihm die "Traumschiff"-Serie allmählich zu dämlich wird, zum Gegenangriff übergehen und das eigene Urlaubsvideo ins Netz einspeisen. Nicht zu reden davon, daß er allabendlich einen eigenen aktuellen Kommentar abgeben oder sich zu gegebener Zeit mittels der eigenen Medien in die relevanten politischen Streitfragen einmischen mag. Wegen solch prächtiger Möglichkeiten sprechen die US-Propagandisten der neuen Medien, allen voran Vizepräsident Al Gore, von "technologies of freedom", freiheitsspendenden Technologien. Unerschöpfliches Angebot, grenzenlose Kommunikation, Wissen der Welt, Interaktion und Freiheit - alles gespendet von der neuen Medientechnik? Wenn an allem zu zweifeln ist, so ganz besonders an angeblichen a priori-Qualitäten von Technologien. Vieles, was die neuen "technologies of freedom" leisten sollen, hätte schon der Buchdruck-Technik zugeschrieben werden können. Jeder beherrscht Lesen und Schreiben, macht sich in den Bibliotheken mit dem Stand der Wissenschaften vertraut, gibt seine eigenen Flugblätter und Zeitungen heraus, tritt mit Schreib- und Lesekundigen in aller Welt in Verbindung. Bekanntlich ist es so nicht gekommen. Wissen und Bildung wurden nach sozialem Status proportioniert, und die Zahl der Zeitungsunternehmer wurde immer geringer, je höher sich die Technologie des Gewerbes entwickelte. Meinungsfreiheit wurde die Freiheit reicher Verleger, ihre Meinung zu verbreiten. Die Massenkommunikation im Zeitalter der "alten" Medien - bis hin zu Film und Fernsehen - wurde und wird von denjenigen bestimmt, die per Eigentumstitel über ihre Technologie verfügen.

So wird es auch bei den "neuen" Medien sein. Hätte zum Beispiel jemand wie der Film- und Fernsehgroßhändler Leo Kirch Zugriff auf die "Multimedia", dann wäre es höchst unwahrscheinlich, daß er Sorge trüge, daß die Netzteilnehmer eigene Werke zum besten gäben. Es stünde eher zu erwarten, daß er seinen ständig wachsenden Stock von derzeit 15.000 Filmen, Serien kämen noch dazu, so oft wie möglich umsetzen will.

Denn natürlich geht es nicht um "freedom", sondern um Profit und Macht, die von der neuen Technologie gespendet werden sollen. Der schon ge-

nannte US-Vizepräsident und Prophet der Freiheitstechnologie Gore sieht "das größte Geschäft auf dem wichtigsten und lukrativsten Markt des 21. Jahrhunderts" vor sich, um den in Deutschland seit längerem die Großunternehmen der Film- und Fernsehbranche, die Hersteller von Fernsehern und Computern sowie die derzeitigen und künftigen Betreiber der Datennetze per Kabel oder Satellit in gewaltigen Kämpfen befangen sind (vgl. Fred Schmid, Medienmulti und Multimedia, isw-Report Nr. 22, S. 17ff.). Wie auch immer die Sieger heißen mögen, die "Öffentlichkeit", Instanzen, die ein demokratisches Interesse geltend machen könnten, sind nicht darunter.

Die Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages haben es schon unter den alten Bedingungen nicht geschafft, private Machtkonzentration zu verhindern oder Meinungsvielfalt zu sichern. Längst haben die privaten Fernsehveranstalter den öffentlich-rechtlichen TV-Anstalten den Rang abgelassen, und es sind nur zwei Senderfamilien, die Ton und Bild angeben: Kirch/Springer und Bertelsmann. Im Multimedia-Markt, wo die Einsätze noch höher sind, wird die Übermacht der Privaten und deren Konzentration noch zunehmen. Was von der Politik als Sachwalter öffentlicher Interessen zu halten ist, hat die Bundesregierung schon bewiesen, als sie der Telekom, die 1995 rechtzeitig zum Start des Multimedia-Geschäfts privatisiert wird, grünes Licht für eine gemeinsame Firma mit Kirch und Bertelsmann gab, die erst am Veto der EU-Kommission in Brüssel scheiterte. Die handelte aber nicht etwa aus einem demokratischen Impuls, sondern unter dem Druck von Großkonzernen wie Vega, Viag, Siemens, Mannesmann und Thyssen, die selbst vor allem in das Geschäft mit den Datennetzen groß einsteigen wollen. Wenn wir uns nun dem zuwenden, was die neuen Technologien an Freiheit oder sonst irgend etwas spenden, dann tun wir dies unter Beachtung der Tatsache, daß sie sich in einem Maß in den Händen weniger Großkonzerne befinden, wie dies die Mediengeschichte der Bundesrepublik bisher nicht gekannt hat.

Interaktive Medien - Schöne Neue Welt der medialen Demokratie

Nur noch hartgesottene Propagandisten unserer Gesellschaftsordnung können leugnen, daß das bisherige System der Massenkommunikation dabei ist, letzte Restbestände von Demokratie elektronisch aufzulösen. Die Menschen ziehen sich immer mehr von sozialen Kontakten zurück und spinnen sich als elektronische Eremiten in ihr Heim ein. Zwei von drei Deutschen schauen täglich mehr als vier Stunden fern. Gerade die extensiven Zuschauer wenden sich, wenn sie überhaupt die Wahl haben, in wachsendem Maß von einem mehr informationsbestimmten Programm hin zu einem mehr unterhaltungsakzentuierten. Je jünger die Zuschauer, umso höher der Anteil an Unterhaltung.

Auch die Information macht mehr und mehr dem Infotainment Platz, das heißt der Personalisierung und Emotionalisierung der Nachricht statt ihrer Analyse.

Wir haben also derzeit ein Mediensystem, in dem die Masse der Bevölkerung als bloße Rezipienten von medialem Material fungiert. Der Bürger ist zur Couchkartoffel geworden, der die Sender ihre Prägung zu den Fragen der Zeit, des Konsums, der Künste und der Moden aufdrücken. Das eiserne Gesetz dieser Massenkommunikation heißt Emotionalisierung und Zerstreung, also das Gegenteil dessen, was für ein politisches Bewußtsein nötig wäre: die Konzentration auf die realen Lebensbedingungen und der rationale Austausch darüber, was zu tun ist. Und nun die "interaktiven" Medien! Ist da nicht endlich Schluß mit der top-to-bottom-Strategie der Medien von heute, Sender befiehlt, die Rezipienten folgen? Nun kann der Bürger selbst eingreifen, das Angebot auf seine Bedürfnisse zuschneiden, Rückfragen stellen, mit den medialen Mitbürgern in Verbindung treten, den "Netzen von oben" seine "Netze von unten" entgegenstellen - haben wir nicht endlich die Technologie gefunden, trotz wachsender Individualisierung, Spezialisierung und Komplexität wahre Massenkommunikation und somit Demokratie herzustellen? Die Aussichten sind schlecht. Die entscheidende technische Frage ist, wie die Kapazitäten für Hin- und Rückkanal ausgelegt sind, also ob und in welchem Umfang die Empfänger überhaupt zu Sendern werden können. Gerade in Deutschland, wo die Medienkonzerne Kirch mit CDU/CSU und Bertelsmann mit SPD entscheidenden Einfluß auf die Multimedia nehmen, ist das politische Interesse an "Netzen von unten", an Interaktivität, sehr gering. Kirch/Bertelsmann setzen auf die Vermehrung der Programme von oben, weil die neue Technologie interaktiver Datennetze ihr aktuelles Monopol gefährden würde. Datenbahnen sollen zwar mächtig und vielspurig ausgebaut werden, aber möglichst nur in einer Richtung.

Bei ihren politischen Partnern finden sie dafür absolute Unterstützung. Der von Bundespost/Telekom mit öffentlichen Geldern und Milliarden Schulden gebaute längste Informationshighway der Welt ist ein Glasfaser-Kabelnetz zur Übertragung einer großen Zahl von Programmen, das aber nicht angelegt ist für Interaktivität. Die Methode hat System. Als die Bundespost seinerzeit den Bildschirmtext-Dienst - das heutige Datex-J - einführte, war die Empfangskapazität 16-fach größer als die Sendeleistung des PC-Besitzers. Es ging und geht darum, daß die Verbraucher Informationen kaufen und nicht, daß sie selbst welche in die Welt setzen. Für die Kräfte, die medienpolitisch die Weichen stellen, besteht das ideale "Netz von unten" auch in Zukunft aus Signalen der Teilnehmer, was sie zu kaufen gedenken. Beim Studium der Fibeln über die "technologies of freedom" stößt man stets auf die strategischen Begriffe von "Telebanking", "Teleteaching", "Telekultur" und, allen voran, auf "Tele"- oder "Homeshopping". So wie CNN die Welt als Nachricht zum dauerhaften Informationsfluß gemacht hat, so machen die Shopping-Sender die Welt

der Waren zu einem dauerhaften Fernsehabenteurer mit der Möglichkeit, jederzeit interaktiv einzugreifen. Da sucht Frau Dr. Meier ein neues Herbstkostüm, gibt ihre Daten ins Netz und eine Mischung aus Cindy Crawford und Frau Meier präsentiert den Zauber anmutig auf einem Pariser Laufsteg. Da entscheiden sich Detlef und Hartmut für das Urlaubsdorf am Kilimandscharo, nachdem sie sich selbst in der virtual reality des Videos vom Club Mediterané auf Löwensafari gesehen haben. Alle Waren dieser Welt zur Verfügung und sich individuell anverwandeln zu können - virtuell, versteht sich - das wird die größte aller Sensationen der neuen "Multimedia". Eine perfekte Möglichkeit, den Menschen bis zur letzten Faser und D-Mark als Konsument zu erschließen.

Mehr wolle der normale Medienteilnehmer auch gar nicht, lautet der Befund vieler Profis. Das einzige, womit Herr Jedermann interagieren möchte, sei der Eisschrank. Der Kalauer korrespondiert mit dem Faktum, daß Zuschauer Sendungen mit immer geringeren Einschaltquoten bestrafen, je realistischer und analytischer und näher dran an der konkreten Erlebniswelt der Zuschauer diese Sendungen sind. Solche Rezipienten wollen über sich nichts wissen und wohl noch weniger von sich geben.

Doch auch solche Menschen haben für gewöhnlich ein Hobby, ein "special interest", über das sie mehr erfahren und wozu sie sich auch äußern können und wollen. An erster Stelle des männlichen Interesses steht bekanntlich neben der Welt des Weiblichen das Auto, während Frauen sich mehr für aktuelle Stilfragen in Geschlechterkampf und Selbstfindung erwärmen. Ein Blick auf einen Zeitschriften-Kiosk gibt Aufschluß, wie zahlreich und feinkantig diese hunderte "special interests" sind. Eben hier auch sieht Schwarz-Schilling, als Bundespostminister federführend für den Aufbau des ebenso gewaltigen wie nicht-interaktiven Kabelnetzes, die großen Chancen für weitere wünschenswerte Individualisierung sowie für die Bildung neuer sozialer Gruppen, die sich per Multimedia über ihr Hobby austauschen.

Diese Chance sehen auch die Medienunternehmen und entwickeln ein weitverzweigtes Spartenfernsehen, wo jeder Anzeigenkunde mit einem sachverständigen und hochmotivierten Publikum rechnen kann. In den USA spricht man vom Übergang des broadcasting zum narrowcasting - die Öffentlichkeit zerfällt vollends in kleine und kleinste Splitter, deren Struktur durch "special interests" definiert ist. Fragen allgemeinen Interesses und Zusammenhänge von Lebens- und Interessensfeldern sind nicht vorgeesehen. Wenn Politik, mit Paul Valery zu reden, die Kunst ist, die Menschen daran zu hindern, sich um die wirklich wichtigen Fragen zu kümmern, dann ist diese Medienpolitik ganz vorzüglich.

Nun ist es aber auch zutreffend, daß es heute schon "Netze von unten" gibt, wo politisch Wache relevante Informationen austauschen. So zum Beispiel das Z-Netz in Deutschland, das Nachrichten vor allem unter Umweltschützern und Menschenrechtsgruppen vermittelt. Internationalen Zuschnitt hat

"Internet" mit weltweit 30 Millionen Teilnehmern. Gerade "Internet" erweist auch die Grenzen dieser Netze. Jeder kann ans Netz gehen, mit welcher Mitteilung auch immer. Die Folge ist ein gigantischer Berg von Informationsmüll, mehr etwas für Informationssurfer, denen die digitalen Wogen nicht hoch genug gehen können, als für Menschen auf der Suche nach konkreten Informationen und passenden Gesprächspartnern (vgl. Peter Glaser: Arbyter aller Länder!, Magazin der Süddeutschen Zeitung 17/95, S. 14ff.).

Nicht nur die kaum faßbare Menge, auch die spezifische Qualität der PC-Texte mindert ihren Gebrauchswert. Ingeborg Harms, Autorin in den "Multimedia", freut sich über die "witzige Spannung zwischen noch unfertigem Inhalt und dem druckfertigen Ausdruck. Man traut sich, rohe Stücke stehen zu lassen" (Foglio, April/Mai 95, S. 23). Die neue Semiotik führe dazu, daß man die Botschaften aus dem Bauch herauslasse. Noch während die Botschaft aus den Fingern fließe, gehe sie schon ans Netz. Das Medium führe zwangsläufig zu einer Infantilisierung der Sprache. Chip Rowe, Kolumnist der US-Zeitschrift "Spy", urteilt, in den USA gäben die Netzteilnehmer viel Geld dafür aus, um Schwachsinnige und Geltungssüchtige aller Art, dafür aber mit Drückertouch, in ihr Wohnzimmer einzulassen.

Apropos Geld: Wer multimedial kommunizieren will, darf nicht arm sein. Zwar sind die "Netze von unten" noch relativ preiswert. Kommerzielle Internet-Provider verlangen derzeit ab 35 DM pro Monat für zeitlich unbegrenzten Zugang. Wer aber wirklich ans "Wissen der Welt", auf dem neuesten Stand der Datenbanken argumentieren und handeln will, der muß erheblich mehr aufwenden.

Wirtschaftsdienste, aber auch der dpa-Europadienst berechnen 300 DM pro Anschaltstunde. Je wichtiger es im gesellschaftlichen Konkurrenzkampf wird, sich eine "virtuelle Identität" aufzubauen, umso wichtiger und teurer werden diese elektronischen Dienste werden. Mehr noch als bei den alten Bildungs- und Informationsmedien führt die neue Technologie zu einer Zweiteilung von "information rich" und "information poor". Auch der Normalverbraucher wird vielleicht in Zukunft sein Video Game mit einem Partner in Hongkong spielen können, aber die umfassende und gezielte Nutzung der Datenbanken und das eigene Eingreifen als virtuelle Persönlichkeit in die Netzwerke bleibt den "information rich" vorbehalten. Die neue Technologie spendet also keineswegs per se neue Freiheit. Sie wird in erster Linie das Programmangebot der Konzerne hundertfach multiplizieren, die Welt als virtuelles Warenhaus mit dem Zuschauer als König simulieren, die Öffentlichkeit in zahllose Hobby-Partikel zersplittern. "Netze von unten" wird es nur wenig geben, und diese wenigen werden von "rich" und "poor" sehr unterschiedlich genutzt werden können. Der Aufbau einer "virtuellen Identität", mit der man selbstbewußt und wirksam die Informationshighways befahren könnte, bleibt elitären Gruppen mit großer Finanzkraft und elektronischer Kompetenz vorbehalten.

Dreiklang des Informationszeitalters: Arbeiten, Schlafen, Medien

Der Masse der Menschen im Informationszeitalter beschert Multimedia vor allem einen vermehrten Fernsehkonsum - ob per Voll- oder Spartenprogramm oder video on demand. Das zielgruppengenaue Vorgehen des narrowcasting wird die letzten Zeitreserven der Zuschauer mobilisieren. Schon heute verbringt jeder zweite Deutsche mehr als acht Stunden am Tag mit der Nutzung der Medien Hörfunk, Fernsehen und Presse. Geht man davon aus, daß er auch acht Stunden mit Arbeiten und sieben mit Schlafen verbringt, bleibt ihm noch eine Stunde, die er vielleicht seiner Familie, seinen Nachbarn, seiner Kneipe oder einer Bürgerinitiative widmet. Solche freien Zeitfonds wird es in der Multimedia-Gesellschaft nicht mehr geben. Der Lebensdreiklang wird lauten: Arbeit, Schlaf, Medien. Schon bislang verzeichnet das Fernsehen innerhalb der Medien die höchsten Zuwachsraten. Die Multimedia werden diese Tendenz noch beschleunigen. Im neuen Zeitalter wird die Welt fast ausschließlich via Bildschirm begriffen. Wenn von "Begreifen" die Rede sein kann. Vor über einem Jahrzehnt schon hat Neil Postman dargelegt, welche enormen Konsequenzen die Ablösung der Schrift durch das Bild als wichtigstem Zeichen der Massenkommunikation hat. Während Schrift und Sprache auf begriffliches Denken, auf Bedeutung und Logik abzielen, man Wörter also verstehen muß, müssen Bilder bloß erkannt werden. Die Sprache versucht, die Welt als Idee vorzustellen, Bilder präsentieren die Welt als Gegenstand. Dem Fernsehen kommt es nicht auf das Begreifen der Zusammenhänge an, die im Bild gar nicht dargestellt werden können, sondern auf das Vorführen des letzten Stands der vielen Einzelheiten. Statt Strukturen dominieren Personen, statt Analyse Emotion und Spannung. Das Fernsehen ist mithin das ideale Medium für zu Unterhaltung und Eskapismus Neigende.

So heftig gerade demokratisch hoffnungsvolle Kritiker auch diesen Thesen widersprochen haben, so eindeutig werden letztere durch die Entwicklung der Einschaltquoten bestätigt. Die Unterhaltung triumphiert und auch in der Politik hat es um action, emotion und personalities zu gehen. Die Zuschauer sind da längst zur Unterbittlichkeit erzogen worden und zappen "langweilige" Sequenzen augenblicklich weg. Nur zwei Prozent, also nur jeder fünfzigste, schaut sich noch eine Sendung von A bis Z an. Das Ganze ist weit weniger als die Summe seiner Teile (vgl. Uwe Kamman, Fernsehkritik, Neue Rundschau 2/95, S. 80).

Für das Entwickeln eines Gedankens, ja selbst für den ruhigen Aufbau eines Spannungsbogens bleibt da keine Zeit. Action muß immerfort knallen, Gefühl tief sein, Glück unendlich, das Leben ein Spiel oder eine Tragik.

Solches Bewußtsein, dem reale Entwicklungen erst in der Katastrophe erscheinen, wird sich im Informationszeitalter noch weiter von der Realität

entfernen. An seinen Teleapparaten hängend, greift der Bürger zum Angebot der virtual realities und hält sich für umso kreativer, je weniger die Bildschirmwelt mit seinen wirklichen Umständen zu tun hat. Nach und nach kommen ihm die Maßstäbe seiner Lebenswelt überhaupt abhanden, denn nicht nur seine Freizeit verbringt er fast ausschließlich vor dem Schirm, auch die Arbeit ist jetzt per Heimcomputer zu absolvieren. Die Angestellten, die der Computer in den Unternehmen noch übrig läßt, werden zu "Tele-Commutern", arbeiten zu Hause am Bildschirm. Schon im Jahre 2000 soll es laut EU-Kommission zehn Millionen solcher Angestellten in Westeuropa geben. Per Computer sind sie jederzeit in Kontakt mit Chef und Kollegen, wohnen die in Niederbayern oder Hinterindien. Räumlicher Zusammenhang ist kein betriebswirtschaftlicher Faktor mehr, die Arbeitskräfte werden global kombiniert, wo immer sie am besten und billigsten sind. Paul Virilio, der Nestor der Geschwindigkeitstheorie, sieht schon "den Punkt erreicht, an dem das virtuelle Unternehmen, das an keinen geographischen Standort gebunden ist, keine bloße Utopie mehr ist. Die Bedingungen für dessen Verwirklichung wurden bereits von einem so bedeutenden Unternehmen wie IBM getestet, einem multinationalen Unternehmen, das sich darauf vorbereitet, seinen Firmensitz in New York aufzugeben, um sich im Nirgendwo niederzulassen" (DZ, 11.11.94).

Im Nirgendwo. Eine treffende Übersetzung von virtual reality. Der perfekte Zeitgenosse der Multimedia-Ära trifft weder Kollegen noch Passanten, Nachbarn oder Vereinsfreunde. Er ist allein, aber nicht mit sich, sondern mit seinen Tele-Programmen, wo aber nur drin ist, was andere reintun.

Die Utopie einer demokratischen Kontrolle der Multimedia

In Gewerkschaftskreisen ist zwar noch hin und wieder die Rede von der demokratischen Kontrolle der Medien und nun auch der Multimedia-Konzerne. Aber so recht dran glauben will keiner mehr. Zu weit ist die Wirklichkeit davon entfernt. Der Dualismus von öffentlich-rechtlichem und privatem Fernsehen ist dabei, sich schnell zugunsten der Hegemonie der Privaten aufzulösen. Sie diktieren auch das neue Informationszeitalter.

Als Auffangstellung haben Demokraten und Gewerkschafter nun die "informationelle Grundversorgung" auf den Schild gehoben, das Minimum an politischen, sozialen, kulturellen Informationen, mit denen jeder versorgt werden müsse, um am öffentlichen Leben überhaupt teilnehmen zu können. Nun gibt es dieses Konzept der Grundversorgung schon heute, und die öffentlich-rechtlichen Sender werden nicht müde, darauf als letzten Grund ihrer Existenzberechtigung zu verweisen. Leider konnte der Anspruch nicht verhindern, daß die Privaten sich des Markts bemächtigen, und daß die öffentlich-rechtlichen Verlierer zunehmend dazu übergegangen sind, die Rezepte der Sieger zu kopieren, womit sie endgültig die Axt an die Wurzel ihrer Existenz legten.

Wenn dieselben politischen Kräfte nun zusammen mit den Multimedia-Konzernen "informationell Grundversorgung" definieren, darf man sicher sein, daß die gewerkschaftliche Forderung nach "der Sicherstellung eines flächendeckenden, diskriminierungsfreien Zugangs für alle Regionen und Bevölkerungsschichten" chancenlos ist. Ron Sommer, der neue Chef der Telekom, hat entsprechende Auflagen für sein 1995 zu privatisierendes Unternehmen zurückgewiesen. Die neue Telekom müsse sich am Markt ohne jede Einschränkung wie andere Anbieter auch bewegen können. Das heißt im Klartext, daß sich die Telekom auf Ballungszentren und höhere Einkommensschichten konzentrieren und ihre Leistungen selbstverständlich gegen die höchstmöglichen Gebühren verkaufen wird. Die Idee, gerade wegen dieser drohenden Gefahren eine prinzipielle kultur- und medienpolitische Debatte anzustoßen und durchzustehen, liegt nahe. Wer aber würde in diesem Feldzug aufmarschieren? Die Multimedia-Konzerne stehen Seite an Seite mit den Bonner Parteien der Regierung und der SPD-Opposition. Die Gewerkschaften verlieren rapid an Einfluß, systemkritische Initiativen sind marginalisiert. Und es wäre eine große Selbsttäuschung der Linken, wenn sie meinten, es gäbe ein latentes Massenunbehagen an der medialen Situation, dem man nur den richtigen Ausdruck geben müsse. Am elektronischen Kiosk wird die Abstimmung nicht anders ausgehen als bei den Zeitungen und Zeitschriften. Die Massen sind für das neue Zeitalter fristgerecht reif gesendet.

Es stimmt aber auch, daß sich nicht wenige den elektronischen Anschlägen der Tele-Zeit entziehen. Etwa jeder vierte Mediennutzer zieht Zeitungen und Zeitschriften dem Fernsehen vor. Zwar werden auch diese Medien immer mehr "visualisiert", wird die Schrift zugunsten des Bilds zurückgedrängt. Doch scheint es plausibel, in dieser Gruppe ein größeres Interesse an sachlichen Informationen und sozialen Zusammenhängen zu vermuten. Tatsächlich zeigt sich, daß die Leser-Gruppe eine sogenannte "extravertierte Freizeitgestaltung" bevorzugt, man gerne intensive soziale Kontakte hat und mit anderen etwas gemeinsam unternehmen will, vom Radausflug bis zur Bürgerinitiative. Solche Menschen wären wohl potentielle Teilnehmer an "Netzwerken von unten", interessiert am Austausch von Informationen, die über den Bildschirm und die eigenen vier Wände hinausweisen. Für die technischen Voraussetzungen und den Aufbau solcher Netze einzutreten, gehörte demnach zu den wesentlichen Aufgaben einer linken Multimedia-Strategie.

Datenautobahn und Multimedia

Die technisch-ökonomische Entwicklung hinter den zwei zentralen Metaphern des propagierten Mythos der Informationsgesellschaft

1. Die technische Vision des Mythos Informationsgesellschaft

Schon zu Beginn der 80er Jahre propagierten Politiker und Wissenschaftler den Weg in die Informationsgesellschaft. Heute, Mitte der neunziger Jahre, erlebt der Begriff der Informationsgesellschaft eine nie gekannte Renaissance. Allenthalben werden Initiativen ergriffen, um den Weg in die sogenannte Informationsgesellschaft zu forcieren. So veröffentlichte am 19. Juli 1994 die Europäische Kommission einen Aktionsplan für Europas Weg in die Informationsgesellschaft und sogar die sieben führenden Industriestaaten der Welt erkoren Ende Februar 1995 in Brüssel die "Informationsgesellschaft" zu ihrem Gipfel-Thema. Dem steht die bundesdeutsche Politik nicht nach: Der als Zukunftsminister apostrophierte Forschungs- und Bildungsminister will dem Bundeskabinett noch in diesem Jahr einen Bericht zum Thema Informationsgesellschaft vorlegen und der neu konstituierte "Technologierat" wird sich als erstem Thema der Informationsgesellschaft und Multimedia widmen.

Was hinter diesem tautologischen Begriff - hat doch noch nie eine Gesellschaft ohne Informationen funktioniert und stellt somit eine Informationsgesellschaft keine neue Qualität dar - eigentlich steckt, wird nicht offenbart. Nur soviel scheint klar, daß der technische Fortschritt bei den Informations- und Kommunikationstechnologien zumindest eine neue sich auf Information stützende industrielle Revolution eingeleitet hat. Diese Informationsrevolution führe zu neuen Arten des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit, biete Chancen für mehr *Gleichberechtigung* und *Ausgewogenheit* in der Gesellschaft und fördere die *Kreativität* und *Selbstverwirklichung*, hebe mit der zunehmenden Auswahl an Dienstleistungen und Unterhaltung die *Lebensqualität*, stärke aber auch die *Effizienz* von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht zuletzt schaffe die Informationsrevolution Arbeitsplätze und eröffne den Telekommunikationsbetreibern, Geräteherstellern, Softwareanbietern, der Computer- und Unterhaltungsindustrie neue geschäftliche Perspektiven. Den Schlüssel zur verheißenen Informationsgesellschaft bilde die durch die Digitalisierung möglich gewordene Kombination aus Kommunikationssystemen und fortgeschrittenen Infor-

mationstechnologien.¹ Heute stehen für den technischen Fortschritt im IuK-Bereich die allgegenwärtigen Metaphern *Datenautobahn* und *Multimedia*. Nach dem Willen der Repräsentanten der sieben führenden Industriestaaten sollen die Datenautobahnen zu einer Globalen Informations-Infrastruktur (GII) vernetzt werden, so daß im Unterschied zum weltweiten Telefonnetz alle Informationsarten superschnell und massenhaft übermittelt werden können. (*Multimediaautobahn*)

2. Die technische Basis der Informationsgesellschaft

2.1 Die Metapher Datenautobahn

Was verbirgt sich nun hinter der Metapher der Datenautobahn bzw. hinter dem Begriff der Informationsinfrastruktur? Unter der National Information Infrastructure (NII) der USA z.B. wird ein "Netzwerk der Netzwerke" verstanden, in dem Telefonnetze, nachgerüstete Kabelfernsehnetze, Satelliten und neue Glasfasernetze miteinander verknüpft werden.² Nimmt man die Datenbahn-Assoziation der Geschwindigkeit/Schnelligkeit zum Unterscheidungskriterium für die Netzwerke, haben wir es also mit unterschiedlich schnellen Netzwerken zu tun, die in dieser Hinsicht mehr oder weniger mit der Analogie der Autobahn zu belegen wären. Daher plädiert Meinolf Dierkes vom Wissenschaftszentrum Berlin in Analogie zu unserem heutigen Straßen- und Wegenetz für den Begriff des *Datenverkehrsnetzes*, das aus eng miteinander vernetzten Wegen, Landstraßen und auch einigen Hochgeschwindigkeitsautobahnen besteht.³ Demnach wäre die GII also nicht als ein Netz von Datenautobahnen aufzufassen, sondern als eine Vielfalt von untereinander verknüpften Datenstraßen, von denen nur einige aufgrund ihrer Übertragungsleistungen als Datenautobahnen zu bezeichnen wären. Das schmalbandige ISDN sicherlich nicht, obwohl für einen Siemens-Vertreter die Datenautobahn schon beim 64 Kbit-ISDN anfängt.⁴ Qualitativ neu wäre also zum einen die umfassende Vernetzung aller Netzwerke und ihre umfassende Interoperabilität und zum anderen die Einbeziehung der Datenautobahnen, d.h. der breitbandigen Kommunikationswege. Zwar suggeriert die Metapher der Datenautobahn bzw. der Begriff der GII ein Mega-Konzept; welche Konzepte aber lang- und mittelfristig zugrunde gelegt werden sollen, steht keineswegs fest.

¹ Vgl. Europa und die globale Informationsgesellschaft. Empfehlungen für den Europäischen Rat, Brüssel, 26.5.1994.

² Herbert Kubicek/Ulrich Schmid/Heiderose Wagner, Mehr Information wagen. In den USA wird breit über die neuen Kommunikationsformen debattiert, in: FR v. 6.1.1995, S. 16.

³ Meinolf Dierkes, Wie wär's mit einem Datenverkehrsnetz?, in: VDI-N, Nr. 1 v. 6.1.1995, S. 8.

⁴ Wo geht's hier zur Daten-Autobahn?, in: SZ v. 11./12.3.1995, S. 23.

Welche technischen Netzwerke können nun als Datenautobahnen charakterisiert werden?

Zuallererst sind das die breitbandigen (öffentlichen) Telekommunikations- und Kabelfernsehnetze.

In der Bundesrepublik zeichnet sich die Entwicklung eines Breitband(B)-ISDN auf der Grundlage des ATM-Übermittlungsprinzips ab. ATM oder Asynchronous Transfer Mode ist eine schnelle⁵ und variable Übertragungs- und Vermittlungstechnologie, die die Übermittlung aller Signalarten (Sprache, Text, Daten, Bilder) mit beliebigen Geschwindigkeiten über eine gemeinsame Netzinfrastruktur zur selben Zeit zuläßt. Dabei kann die benötigte Bandbreite je nach Bedarf ausgewählt werden. Da durch ATM die Dienste von den Übertragungsverfahren entkoppelt werden, brauchen neue Dienste keine neuen Netze mehr.⁶ Seit Mitte 1994 wird ein entsprechendes B-ISDN-Pilotprojekt, Bestandteil der europaweiten Erprobung des Asynchronous Transfer Mode, in Hamburg, Berlin und Köln/Bonn durchgeführt.⁷ Im Ortsnetz- bzw. Teilnehmeranschlußbereich stehen der Telekom die von ihr in Pilotprojekten getesteten Glasfasersysteme VLSYON bzw. OPAL zur Verfügung. Auch in diesem Bereich ist nicht an einen Regelausbau gedacht. Bis 1996 sollen mehr als eine Million Wohnungen mit Glasfaseranschluß ausgerüstet werden.⁸

Auch in der sog. Verteilkommunikation (Hör- und Fernsehfunk, Kabelkommunikation)⁹ wird an der Digitalisierung der Übertragungstechnik gearbeitet. Mit dem Begriff "Digitales Fernsehen" ist die digitale Übertragung von Bild und Ton gemeint, die dazu in numerische Daten umgewandelt und mit mathematischen Verfahren (Datenreduktion und -kompression) bearbeitet werden. Für die Übertragung per Kabel und Satellit reicht ihnen dann die Kapazität, die ein herkömmlicher Sender füllt. War ehemals von bis zu 500 Kanälen die Rede, soll heute im sog. Hyperband - ein spezieller Frequenzbereich - der Empfang von 180 Programmen technisch möglich sein.¹⁰ Zum Empfang der digitalisierten Bild- und Tonsignale wird ein Decoder, die sogenannte Set-top-Box, benötigt, die drei Funktionen zu erfüllen hat: Empfang und Verarbeitung digitalisierter Audio- und Video-

⁵ Datenraten zwischen 51 Mbit/s bis zu 2,4 Gbit/s.

⁶ Vgl. Achim Scharf, Bausteine für die Datenautobahn, in: VDI-N, Nr. 20 v. 19.5.1995, S. 19; Richard Sietmann, Telekommunikation wird eine treibende Kraft für die Chip-Entwicklung, in: VDI-N, Nr. 50 v. 17.12.1993, S. 15, und Friedhelm Cenausius, ATM: Der große Quantensprung?, in: Diebold Management Report, Nr. 1. 1994, S. 12-15.

⁷ Siehe Martin Schneider, Gläserne Autobahnen für die Medienwelt, in: SZ v. 3.2.1994, S. 29.

⁸ Vgl. Hans-Jürgen Michalski, Technik- und Infrastrukturentwicklung durch den Telekommunikationskomplex, Dissertation, Bremen 1994, S. 310-330.

⁹ Siehe J.P. Jordans, Was ist Informationstechnik?, in: ntz 2/1993, S. 121.

¹⁰ Siehe Ralph Andreas, Villa Kunterbunt oder grauer Plattenbaud Das Digitalfernsehen ist technisch möglich, doch Organisation und Akzeptanz sind noch unklar, in: Neue Medien, Beilage der SZ v. 23.2.1995, S. V.

daten einschließlich der Dekompression, Umwandlung in analoge Signale und Steuerung von Programmen zum Abruf von Daten und Videos oder zur Durchführung einer Bestellung.¹¹ Um die letzte Funktion zu erfüllen, bedarf es eines Rückkanals, der aus dem Fernsehsystem, das bislang der Verteilkommunikation zugeordnet wird, ein "interaktives" Kommunikationssystem macht. "Interaktivität" bezeichnet dabei eine technische Struktur, bei der nicht nur eine Seite - der Sender - aktiv wird, sondern der bisher passive Zuschauer - der Empfänger - im Prinzip über dieselben Möglichkeiten verfügt. "Zwischen beiden Seiten wird dieselbe potentielle Aktivität bidirektional möglich."¹² Technisch besteht auch bei den Kabelfernsehnetzen die Möglichkeit, die Sprachkommunikation mit zu integrieren.

In den USA startete Ende 1994 das erste Pilotprojekt zum interaktiven Fernsehen in Orlando mit sage und schreibe insgesamt fünf angeschlossenen Haushalten. In der Bundesrepublik sollten ursprünglich in diesem Jahr bzw. Ende 1994 sechs, auf ein bis einundeinhalb Jahre begrenzte Pilotprojekte beginnen, in denen die Deutsche Telekom AG regional (Berlin, Hamburg, Leipzig, Köln/Bonn, Nürnberg und Stuttgart) mit unterschiedlichen Technikherstellern, Verlagen und Fernsehsendern zusammenarbeitet. Deren Start hat sich aber aufgrund komplexerer Aushandlungsprozesse zwischen den Beteiligten verzögert.¹³

Die Glasfaser- bzw. Kupferkoaxialnetze der öffentlichen Telekommunikation können also ohne weiteres als Datenautobahnen bezeichnet werden, da über sie Breitbandkommunikation abgewickelt werden kann. Gilt das aber auch für das "Internet"; kann man es als Keimzelle einer GII bezeichnen?

Eine Definition charakterisiert das Internet ähnlich wie die GII als Netzwerk von Netzwerken, das die Verbindung von unterschiedlichen Computer-Netzwerken herstellt. 30.000 Einzelnetze und zwei Millionen Computer (schätzungsweise 25 Mio. zivile Nutzer) werden gegenwärtig durch das Internet verbunden; 59 Länder sind direkt und 68 indirekt angeschlossen. Dabei benutzt es das Transmission Control Protocol/Internet Protocol (TCP/IP), ein standardisiertes Verfahren zur Kommunikation, das in einem militärischen Zusammenhang entstanden ist. Das TCP/IP avancierte zum Defacto-Standard, der die Verbindung zwischen vielfältigen, mit unterschiedlichen Protokollen arbeitenden Netzwerken herstellt. Die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Computer-Netzwerken werden über Mietleitungen und die öffentlichen Telekommunikationsnetze realisiert. Zwar können im NSF-Netzwerk der USA bis zu sieben Teraby-

¹¹ Siehe Hubert Eisner/Friedrich-Carl Wachs, Das digitale Schatzkästchen, in: Neue Medien, Beilage der SZ Nr. 45 v. 23.2.1995, S. V.

¹² H.J. Kleinstaubner, 1994, S. 25.

¹³ Vgl. Multimedia - alte Mythen und neue Chancen, in: TAB-Brief, Nr. 9, S. 5-10; Uwe Jean Heuser, Rückzug aus der Zukunft, in: Die Zeit, Nr. 28 v. 7.7.1995, S. 29; Studio Hamburg bleibt flexibel, in: SZ v. 26.6.1995, S. 20, und Stoiber macht Telekommunikation Dampf, in: SZ v. 29.3.1995, S. 50.

tes und in den wichtigsten europäischen Netzwerken bis zu 500 Gigabytes übertragen werden, aber da auch Computer über Telefonleitungen und Modem angeschlossen sind, kann nicht das gesamte Internet als Breitbandkommunikationsnetzwerk angesehen werden.¹⁴

2.2 Multimedia

Der Begriff Multimedia wurde Anfang der 70er Jahre in englischen Lehrmittelverlagen geprägt und bezeichnete Lehrmittelpakete, die unterschiedliche Unterrichtsmaterialien zusammenfaßten.¹⁵ Heute umschreibt der Begriff Multimedia die Kombination (oder Integration, Verquickung, Zusammenführung) bisher getrennter Medien.¹⁶ Dabei wird aber Unterschiedliches unter dem Begriff Medium verstanden: einmal die Telefon-, Computer- und Fernsehtechnologie oder die dargestellte Informationsart. Letzterem Verständnis zufolge erlauben Multimedia-Kommunikationssysteme dem Benutzer, zwei oder mehrere Informationsarten, d.h. Daten, Text, Vektorgrafik, Rasterbilder, Bewegtbild (Videosignale) sowie Sprache und Ton (Audiosignale), zu erzeugen, editieren, übertragen, empfangen, speichern, berechnen, darzustellen, wiederzufinden und zu löschen.¹⁷

Die längerfristig vollständige digitale Integration aller Informationsarten ist das technisch entscheidende Charakteristikum, das die technisch neue Qualität der Informationsgesellschaft kennzeichnet. M.E. lenkt aber der Medienbegriff hiervon ab, und die Aufmerksamkeit auf das Massenmedium Fernsehen und fernsehnähe Anwendungen und Dienste. Informationsinfrastrukturen und Informationsgesellschaften gehen aber bei weitem über den Massenmedien-Diskurs hinaus. Das zweite entscheidende Charakteristikum von Multimedia ist die Interaktivität, die die bisherigen Möglichkeiten des digitalen Fernsehens übertrifft.

Das Pendant zu den bisher erwähnten Online-Multimedia-Systemen (interaktives Fernsehen und Multimedia-Kommunikationssysteme) sind die Offline-Multimedia-Systeme. In dieser Kategorie können wir wiederum

¹⁴ International Telecommunication Union, World Telecommunication Development Report, Geneva 1994, S. 46f.; Richard Sietmann, Per Selbstorganisation gegen die Informationslawine, in: VDI-N, Nr. 44 v. 4.11.1994, S. 19, und Hans J. Kleinsteuber, Die Verheerung der Kabeldemokratie. Von der amerikanischen Datenautobahn und dem deutschen digitalen Fernsehen, in: Wechselwirkung, Dezember 1994, S. 25.

¹⁵ Siehe Bernd Steinbrink, Multimedia. Einstieg in eine neue Technologie, München 1992, S. 19.

¹⁶ Das Technikfolgenabschätzungsbüro des Bundestages versteht hierunter einschränkend die Kombination von mindestens einem digitalen kontinuierlichen Medium (z.B. Ton oder Film) mit einem diskreten Medium. Siehe Multimedia - alte Mythen und neue Chancen, in: TAB-Brief, Nr. 9/1995, S. 7.

¹⁷ Vgl. Rolf Wildhack, Multimedia-Anwendungen für ISDN-Workstations, in: telekom praxis 10/1993, S. 23, und Heinrich Armbrüster/Klaus Wimmer, Wege zu Breitband-Multimedia-Anwendungen (1), in: ntz 3/1995, S. 358.

zwischen unterschiedlichen Plattformen differenzieren, d.h. zwischen aus der Unterhaltungselektronik stammenden Konzepten und PC-basierten Multimedia-Systemen.

Multimediafähige PC sind mit einem zusätzlichen Laufwerk für optische Platten bzw. Speicher (Compact Discs, CD), auf denen die multimedialen Informationsinhalte gespeichert sind, ausgestattet und können dank spezieller PC-Erweiterungskarten Video- und Audiosignale verarbeiten. Die so erzeugten technischen Bilder werden auf Computer-Bildschirm ausgegeben. Die aus der Unterhaltungselektronik-Industrie stammenden Multimedia-Konzepte kombinieren Geräte, die die Multimedia-CD lesen können (CD-Player), mit einem Fernseh-Gerät, das als Ausgabemedium dient. Auch kombinierte Multimedia-Geräte werden entwickelt, die die Funktionen eines PC und Fernsehers sowie eines Telefons in sich vereinigen.¹⁸ Drittens stellt die Spielkonsole der Videospiele-Hersteller, die aus dem TV-Gerät einen Monitor macht, eine potentielle Multimedia-Plattform dar. Solch eine Konsole für Videospiele ist in sechs Millionen Haushalten der Bundesrepublik vorhanden.¹⁹

Für die multimediafähigen PC hat sich eine Gruppe von elf Herstellern auf eine Spezifikation geeinigt.²⁰ IBM hingegen verfolgt sein eigenes Konzept. Bei den notwendigen Steckkarten, um Videosequenzen auf dem PC abspielen zu können, haben IBM und Intel in einer Multimedia-Allianz mit der Komprimierungstechnik DVI (Digital Video Interactive) einen Standard gesetzt.²¹ In Deutschland soll es bereits fünf bis sieben Millionen multimediafähige PC geben. Weltweit seien 27 Mio. CD-ROM-Laufwerke installiert und in Deutschland eine Million.²²

Bei den optischen Platten bzw. Speichersystemen für die Computer-Laufwerke und den CD-Playern bestehen eine Vielzahl von unterschiedlichen Versionen und konkurrierenden Standards. Die nur lesbare CD-ROM ist 1985 von Philips und Sony spezifiziert worden. Für die erweiterte Version CD-ROM/XA haben sich Philips und Sony sowie Microsoft 1989 zur Spezifikation zusammengefunden.²³ Philips und Sony haben auch die Compact Disc Interactive (CD-I) entwickelt. Bei der vor allem auf Entwicklungen

¹⁸ Siehe SZ v. 16.5.1995, S. 13, und Fred Schmid, MedienMultis + MultiMedia. isw Report Nr. 22, Januar 1995, S. 24.

¹⁹ Siehe Hans Peter Kistner, Der kleine Bastard wird sehr groß, in: SZ v. 20.3.1995, S. 17.

²⁰ Siehe Veit-E. Jaus, Mit Musik, Ton und Film kommt Leben in den PC, in: HB v. 11.3.1992, S. B6.

²¹ Siehe Mathias Ebert, Der Computer als universale Steuereinheit für interaktive Kommunikationsformen, in: HB v. 11.3.1992, S. B6, und B. Steinbrink, 1992, S. 351-365.

²² Siehe Walter Ludsteck, Die erste Stufe der Multimedia-Rakete hat gezündet, in: SZ v. 14./15.6.1995, S. 20, und Anne Buhrfeind, Bilder, die stärksten Konkurrenten der Worte, in: VDI-N v. 23.12.1994, S. 11.

²³ Die Scientific Consulting hat weltweit über siebentausend CD-ROM-Produkte gezählt. Siehe Jürgen Koch, Dünne silberne Scheiben ersetzen dicke Bücher, in: HB v. 17.5.1995, S. B5.

von Toshiba und Pioneer beruhenden Digital Video Disc (DVD), die auch als Speichermedium für Computer-Anwendungen dienen soll, sind zwei Versionen entstanden: einmal die von Sony und Philips unterstützte HDMM-CD (High Density Multimedia Compact Disc) und zum anderen die von Toshiba und Matsushita unterstützte SD (Super Density Disc).²⁴ Schließlich hat eine Gruppe von zehn Konzernen (Philips, IBM, Sony, 3M, Ricoh, HP, Mitsumi, Mitsubishi, Matsushita, Olympus Optical) eine überschreibbare optische Platte, die CD-E (Erasable) geplant.²⁵

3. Ausgewählte Multimedia-Anwendungen und ihre Marktchancen

Interaktives Fernsehen, richtigerweise muß es wohl eher digitales Fernsehen heißen, ist vor allem erst einmal Pay-TV (Abonnement-Fernsehen). Hierbei sind drei technische Realisierungsmöglichkeiten zu unterscheiden: Pay-per-channel (PPC), Pay-per-view (PPV) und Near-video on demand (NDOD). Bei PPC abonniert der Zuschauer gegen eine Monatsgebühr ein komplettes Programm (Bsp. Premiere), bei PPV zahlt er separat für jede Übertragung²⁶ und NVOD bezeichnet das zeitversetzte Ausstrahlen ausgewählter Videofilme auf mehreren Kanälen.²⁷ Bei allen drei Varianten ist es mit dem interaktiven Moment nicht weit her.²⁸

An zweiter Stelle wird als Anwendung des interaktiven Fernsehens immer das Teleshopping genannt. Per Fernbedienung und Joystick kann das Warenangebot auf der Mattscheibe gesichtet und geordert werden. Während in den USA 1993 über fünf Mrd. Dollar für Fernkäufe ausgegeben wurden, wird in Deutschland das Potential für Teleshopping auf weit über eine Mrd. DM beziffert.²⁹

Die beteiligten Zuschauer sind von dieser Art des "Fernsehens der Zukunft" wenig begeistert. Bei den Versuchsprojekten in den USA hat sich Video on Demand als Flop erwiesen und auch der Teleeinkauf brachte nicht den erwarteten Erfolg. Dennoch glaubt man in der Bundesrepublik

²⁴ Siehe Axel Mergler, Schlacht um die CD, in: SZ v. 13.7.1995, S. 36, und Wettlauf um die Multimedia-CD der Zukunft, in: SZ v. 27.1.1995, S. 32.

²⁵ Siehe CD für Aufnahme und Speicherung geplant, in: SZ v. 3.5.1995, S. 26.

²⁶ PPV kann wiederum in "Echtzeit" - also direkt -, in kleinen Paketen oder auf einmal gesendet werden.

²⁷ Siehe R. Andreas, 1995.

²⁸ So bringen z.B. der Londoner Kabelnetzbetreiber Videotron und Eurosport ein "interaktives" Programm, bei dem die Zuschauer auf einen zusätzlichen Kanal umschalten können, der die Sportübertragungen in zehn Sekunden Verzögerung sendet. Mit Hilfe der Fernbedienung können dann Szenen wiederholt werden. Oder beim Fernsehprojekt Videoway im kanadischen Quebec können die Zuschauer zwischen vier Kameras auswählen. Siehe Oliver Wanke, Schöne neue Medienwelt, in: SZ 11.8.1994, S. 23, und Hans Peter Kistner, Und ein Fußballspiel in vier Versionen, in: SZ v. 16.3.1995, S. 21.

²⁹ Offizielle Zahlen über die Warenumsätze existieren aber nicht. Siehe Ulf Brychcy, Schöne neue Einkaufswelt, in: Neue Medien, Beilage der SZ v. 23.2.1995, S. VIII, und Einkaufen mit Quelle und Pro Sieben, in: SZ v. 27.4.1995, S. 28.

die Pilotprojekte³⁰ auswerten zu müssen, um in drei bis vier Jahren zu wissen, was das Publikum will. Dennoch schätzt das Sample-Institut das Potential für das Abonnement-Fernsehen auf zehn Mio. Haushalte und Prognos beziffert das Potential der deutschen Haushalte für digitale und interaktive Dienste im Jahr 2.000 auf 3,8 Mrd. DM.³¹ Fraglich scheint die Realisierung des interaktiven Fernsehens aber nicht nur von Seiten der Konsumentenbedürfnisse, sondern auch von der Kostenseite. Die Prognos AG gibt die Kosten für die Digitalisierung der gesamten TV-Technik (Vernetzung und Endgeräte) mit 220 Mrd. DM an.³² Laut Prognos würde bei dreieinhalb Millionen Anschlußgeräten jeder Haushalt 90 Mark pro Monat ausgeben.³³

Bei den Breitband-Multimedia-Kommunikationsanwendungen müßten Siemens-Mitarbeitern zufolge mindestens eine der folgenden Informationsarten vorkommen: 1. Daten mit hoher Geschwindigkeit, 2. Festbilder und Dokumente mit detaillierter Auflösung (oder mit Möglichkeiten des schnellen Blätterns), 3. Bewegtbild (Video, animierte Grafik).³⁴ Demnach wären auch Videokonferenzen³⁵ und Bildfernsprechen Breitband-Multimedia-Kommunikationsanwendungen. Früher zählte man diese einfach zu den Breitband-Kommunikationsanwendungen, sie bedeuten heute somit keine neue Qualität. Erst die Kombination mit einem (diskreten) Medium würde es rechtfertigen, sie als Multimedia-Kommunikationsanwendungen zu bezeichnen.

Eine wichtige Breitband-Multimedia-Kommunikationsanwendung ist die sog. Telekooperation. "Das Ziel der Telekooperation ist es, Telepräsenz für geografisch verteilte Personen und Materialien in einer Qualität herzustellen, die der einer normalen Konferenz vergleichbar ist. Telekooperation setzt eine Gruppe von entfernten Teilnehmern in die Lage, gemeinsam Multimedia-Dokumente anzusehen, zu diskutieren und zu editieren, indem sie gleichzeitig Kommunikations- und Informationsverarbeitungsressourcen nutzen."³⁶ Seit Anfang 1994 werden fünf Modellprojekte zur Telekooperation und Mehrwertdiensten bis 1997 vom Forschungsminister mit rd. 35 Mio. DM gefördert.³⁷ Der Markt für die Breitband-Multimedia-

³⁰ Bei dem Hamburger Pilotprojekt DITV kommt das interaktive Fernsehen nicht mehr vor und IBM hat sich gar ganz aus dem Stuttgarter Pilotprojekt zurückgezogen. Siehe U.J. Heuser, 1995, S. 29.

³¹ Siehe W. Ludsteck, 1995, und Fritz Wolf, Auf der Suche nach dem digitalen Publikum, in: VDI-N v. 1.7.1994, S. 8.

³² Siehe Ulf Brychcy, Multimedia zum Anfassen, in: SZ v. 18./19.2.1995, S. 19.

³³ Siehe R. Andreas, 1995.

³⁴ Siehe H. Armbrüster/K. Wimmer 1993, S. 359.

³⁵ Preiswerte Videokonferenz-Zusatzpakete für PC sollen zwischen vier- und fünftausend DM kosten. Siehe Walter Ludsteck, Die Videokonferenz zieht am Schreibtisch ein, in: SZ v. 11.4.1994, S. 22.

³⁶ Siehe ebd., S. 360.

³⁷ Siehe Visionen für die "Datenautobahn" nötig, in: SZ v. 13.7.1994, S. 25.

Kommunikationsanwendungen ist unbekannt. Nur soviel läßt sich schon sagen: Würden die Datenautobahnen hauptsächlich dazu benutzt, Videos anzuschauen, dann wird es bis zu dreißig Jahre dauern, bis die Investitionen wieder eingespielt sind.³⁸

Die klassischen Dienste des Internets sind E-Mail, also elektronische Post, Telekooperation und der Datenaustausch (File Transfer Protocol, FTP). Um die auf der weltumspannenden "Datenbank" Internet vorgehaltenen (multimedialen) Informationen erschließen zu können, hat das Europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN) das World Wide Web (WWW) ein sog. globales Hypertext-System entwickelt. Das WWW erlaubt es, die Inhalte eines Dokumentes direkt aus dem Text heraus mit Teilen einer beliebigen anderen Datei zu verknüpfen. Solche "Hyperlinks" im WWW stellen beim Anklicken bestimmter Textstellen automatisch im Internet die Verbindung zu dem Rechner her, wo die zitierte Arbeit gespeichert ist - unabhängig davon, wo diese sich in der Welt befindet. Mit einer speziellen Multimedia-Anwender-Software können auch Bilder, Sprache, Musik und Videos von verschiedenen, weltweit verteilten Servern auf den Bildschirm geladen werden.³⁹

Ein Anwendungsfeld der optischen Platten (CD) ist das electronic publishing, dessen Umsatz derzeit drei Prozent des Buchhandels betragen soll.⁴⁰ Im Jahr 2000 soll der Anteil der elektronischen Bücher auf etwa ein Fünftel des gesamten deutschen Buchhandelsumsatzes gewachsen sein.⁴¹

Von einem beachtlichen und unübersehbaren Markt selbst für Multimedia-Anwendungen in einem weiteren Sinne kann man m.E. noch nicht sprechen. Viele Anwendungen befinden sich noch in der Phase der Erprobung. Zum Teil verfügen diese Pilotprojekte noch nicht einmal über ein klares Konzept. Die Tragfähigkeit dieser Konzepte muß sich noch erweisen. Teilweise sind die Anwendungen gar nicht kommerzialisiert. Viele Anwendungen haben gar keine neue Qualität und kommen einem sehr bekannt vor. Phantasielosigkeit kennzeichnet die derzeit diskutierten Nutzungen. Damit werden sie dem eigenen Anspruch der Informationsgesellschaft nicht gerecht. Vor allem fehlen aber neue Massendienste.⁴² Diese scheinen sich auch im privaten Bereich nicht ohne weiteres und wie gewünscht durchzusetzen. Eine optimistische Einschätzung könnte lauten, daß ein Multimedia-Markt im Entstehen begriffen ist, dessen Größe seriö-

³⁸ Siehe Video per Datenautobahnen rechnet sich nicht, in: SZ v. 16.3.1995, S. 37.

³⁹ Siehe Richard Sietmann, Per Selbstorganisation gegen die Informationslawine, in: VDI-N, Nr. 44 v. 4.11.1994, S. 19.

⁴⁰ Siehe Buchhändler sollen auch Online-Wissen verkaufen, in: SZ v. 11.5.1995, S. 20.

⁴¹ Siehe Jürgen Koch, Dünne silberne Scheiben ersetzen dicke Bücher, in: HB v. 17.5.1995, S. B5.

⁴² Der Technologierat beabsichtigt bis zum Sommer ein Konzept für den Aufbau von Multimedia-Diensten in Deutschland vorzulegen. Siehe Ein Konzept für Mulitmediadienste, in: SZ v. 17.5.1995, S. 28.

serweise gar nicht angegeben werden kann.⁴³ Tatsächlich könnte Multimedia erst ab 2050 stattfinden.⁴⁴

4. Die wesentlichen ökonomischen Akteure der bundesdeutschen Informationsgesellschaft

Nichtsdestotrotz bereiten sich die Unternehmen der interessierten Branchen auf die "Informationsgesellschaft" vor und positionieren sich auf dem entstehenden Markt. Die Netzbetreiber und Diensteanbieter der Telekommunikation erwarten von der Multimedia-Kommunikation zusätzlichen Kommunikationsverkehr. Der IuK-Sektor insgesamt würde vom Absatz der Hardware und Software für die Netztechnik, der Multimedia-Plattformen und der entsprechenden Dienste profitieren. Der Mediensektor (Druckmedienproduktion und -distribution sowie Produktion und Distribution elektronischer Medien)⁴⁵ könnte die lukrativen multimedialen Inhalte und auch Dienstleistungen liefern. Im Vergleich zu dem Umsatz bzw. Produktionswert dieser Sektoren (über 400 Mrd. DM) nimmt sich das geschätzte Potential für den Multimedia-Markt im Jahr 2000 in Höhe von vier Mrd. DM doch noch sehr bescheiden aus.

Die Rolle der *Deutschen Telekom AG* (Umsatz 1994: 64,1 Mrd. DM) auf der Multimediaautobahn wird gegensätzlich eingeschätzt: Einmal sieht man sie auf der Verliererseite des Multimedia-Rennens; andere dagegen sehen sie als langfristige Gewinnerin, da sie die Kontrolle über die Netze ausübt.⁴⁶ In der Tat ist die Telekom für den sich entwickelnden Multimedia-Markt gut gerüstet. Sie besitzt das größte Breitbandkabelnetz der Welt, hat bereits 80.000 km Glasfaserkabel verlegt und ist größter Anteilseigner der beiden führenden Satellitensysteme in Europa. Ihre Stärke liegt in der weltweit einmaligen Kombination von Telephonleitungen und Kabel-TV-Netz, die der Telekom eine ausgezeichnete Startposition im Pay-TV-Geschäft verschaffe.⁴⁷ An diese Netze sind 34 Mio. Privatkunden,

⁴³ Das Marktpotential in Deutschland im Jahr 2000 schätzt ein Bertelsmann-Vorstandsmitglied für Offline-Konsumentenprodukte auf zwei Mrd. DM, für den schmalbandigen Online-Bereich auf 1,5 Mrd. DM und für den breitbandigen Online-Sektor (interaktives Fernsehen, Video auf Abruf usw.) auf 500 Mio. DM. (Siehe "Interaktives TV kommt nur langsam voran", in: SZ v. 2.5.1995, S. 28) Booz-Allen & Hamilton schätzen für denselben Zeitpunkt den Markt für geschäftliche und private Anwendungen sogar auf 15 bis 17 Mrd. DM. (Siehe TAB-Brief, Nr. 9, S. 8).

⁴⁴ Siehe "Multimedia findet erst ab 2050 statt", in: SZ 14.3.1995, S. 27.

⁴⁵ Siehe Wolfgang Seufert, Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982 bis 1992, Berlin 1994, S. 18.

⁴⁶ Siehe Johann Welsch, Multimedia und die Angst vor dem Ende der Arbeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1995, S. 874.

⁴⁷ Siehe F. Schmid, 1995, S. 19, und Klaus Ott, Böser Brief an die Telekom, in: SZ v. 11.5.1995, S. 18, und Arno Balzer/Brigitta Palaß, Gestörte Leitung, in: manager magazin 1/1995, S. 34.

von denen Ende 1994 14,65 Millionen über einen Kabelanschluß verfügen⁴⁸, und 1,7 Mio. Geschäftskunden angeschlossen.

Sie beherrscht bislang aber nicht nur die "Informationsinfrastruktur", sondern ist auch im Software-Bereich aktiv. Im Oktober 1994 vereinbarte die Telekom mit Microsoft, dem weltweit führenden Software-Unternehmen, eine weitreichende Kooperation auf dem Gebiet der Multimedia-Technologien.⁴⁹ Im Dezember letzten Jahres hat der Telekom-Vorstand die Gründung der "Multimedia Software GmbH" mit dem Auftrag zur Entwicklung von speziellen Software-Lösungen für interaktive Mediennutzung und Multimedia-Kommunikation beschlossen.⁵⁰ Außerdem besteht mit dem weltweit größten Chip-Hersteller Intel seit März letzten Jahres eine Multimedia-Kooperation.⁵¹ Schließlich fördert die Telekom die Verbreitung von Multimedia: Jeder Kunde, der sich eine Multimedia-Einrichtung zulegte und einen ISDN-Anschluß beantragte, erhielt ab April 1994 bis Ende März 1995 einen Investitionszuschuß in Höhe von 1.200 DM.⁵²

Siemens (Umsatz 1994: 82 Mrd. DM) ist der nationale Champion des IuK-Sektors und Hauptlieferant der Telekom. Der Konzern gehört zu den weltweit führenden Glasfaserkabel-Herstellern und produziert private wie öffentliche Breitbandkommunikationstechnik. Die ATM-Vermittlungstellen für die Telekom AG stammen von Siemens.⁵³ Des Weiteren hat Siemens dieses Jahr ein PC-TV-Multimedia-Gerät auf den Markt gebracht. Auch die Siemens AG, die zu den drei weltweit führenden Telekommunikationskonzernen zählt, ist Multimedia-Kooperationen eingegangen.⁵⁴ Mit dem Weltmarktführer bei Videokonferenzsystemen, PictureTel, hat Siemens einen Vertrag geschlossen, wonach PictureTel eine PC-Version und eine größere Variante für Siemens fertigt.⁵⁵

⁴⁸ Siehe SZ v. 26.1.1995, S. 26.

⁴⁹ Gegenstand dieser "strategischen" Kooperation ist u.a. die Software für interaktives Fernsehen und die Ausstattung des Microsoft-Betriebssystems Windows mit ergänzenden Features für Telekom-Dienste wie ISDN und Datex-J.

⁵⁰ Erstes Ziel sei die Entwicklung einer SW zur Abrechnung der Gebühren für das Abonnement-Fernsehen. Siehe Telekom steigt in das Software-Geschäft ein, in: SZ v. 25.9.1994, S. 23.

⁵¹ Siehe Deutsche Telekom AG, Auf neuem Kurs. Die Deutsche Telekom im globalen Wettbewerb. Das Geschäftsjahr 1994, S. 17, 19, 26 und 28; Michael Schwemmler, Das größte Geschäft des 21. Jahrhunderts, in: Sozialismus 3/1995, S. 28; F. Schmid 1995, S. 23, und Telekom und Intel kooperieren bei Multimedia, in: SZ v. 14.3.1994, S. 21.

⁵² Siehe Telekom umwirbt Große und Kleine, in: SZ v. 17.3.1994, S. 24.

⁵³ Siehe Achim Scharf, Bausteine für die Datenautobahn, in: VDI-N, Nr. 20 v. 19.5.1995, S. 19.

⁵⁴ Gegenstand einer Kooperation mit Apple, IBM und AT&T sind Multimedia-Standards und der Gegenstand einer Kooperation mit Scientific Atlanta und Sun Microsystems ist eine Architektur für Multimedia-Netzwerke.

⁵⁵ Siehe M. Schwemmler 1995, S. 28, und Georg Weishaupt, US-Hersteller will den PC zu einem Mini-Videokonferenzstudio ausbauen, in: HB v. 22.3.1994, S. 17.

Auch die Newcomer in der Telekommunikation (Vebea, Viag, Mannesmann, Thyssen⁵⁶, RWE, VEW, Deutsche Bahn), die sich anschicken mit der weitgehenden Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes im Jahr 1998 Lizenzen für den Netzbetrieb und Telefondienst zu erwerben, steigen in das Multimedia-Geschäft ein. So soll die Vebacom beim NRW-Projekt "Infocity" bis Ende 1996 15.000 Teilnehmer interaktiv verdrahten. Zum jetzigen Zeitpunkt verfügt Vebea über ein konzern eigenes Glasfasernetz von 2.000 km, RWE über rd. 4.500 km und die Deutsche Bahn AG über 2.000 km.⁵⁷

Die beiden führenden Gruppen im Sektor der elektronischen und Printmedien sind die Bertelsmann- und die Kirch-Gruppe. Bertelsmann mit einem Umsatz von über 20 Mrd. DM gilt als zweitgrößter Medienkonzern der Welt und der "Filmhändler" Kirch verfügt vor allem über das weltweit größte Vorratslager an Filmen (15.000). Mit der Gründung der Betreiber-gesellschaft MSG Media Service GmbH, die für die Einspeisung der Programme bzw. Filme, Transportwege, Vermarktung, Zugang zu den Kunden, Abrechnung und für den Kundendienst für die Programmanbieter zuständig sein sollte, zielten diese beiden Medienkonzerne im Verein mit der Telekom auf die Kontrolle des gesamten Marktes für interaktives Fernsehen bzw. Pay-TV. Nach dem Verbot der MSG durch die EU-Kommission wird an einem neuen Multimedia-Bündnis geschmiedet - diesmal ohne Kirch. Die Telekom (Anteil: 35 Prozent), die öffentlichrechtlichen Sender und RTL (jeweils 7,5 Prozent), Bertelsmann und CLT (jeweils 15 Prozent) sowie Canal Plus (7,5 Prozent) sind in einem Memorandum of Understanding übereingekommen, eine Gemeinschaftsfirma für das digitale Fernsehen zu gründen. Das Gemeinschaftsunternehmen soll für einen einheitlichen technischen Standard sorgen und die Set-top-Boxen auf den Markt bringen. Kirch hingegen verfolgt in Zusammenarbeit mit Nokia ein eigenes Konzept für eine Set-top-Box.⁵⁸

5. Schlußbemerkung

Der inflatorische Gebrauch der Metaphern Datenautobahn und Multimedia und die zweifelhaftem "Prognosen" dienen zum einen dazu, die schon bekannten Anwendungen der Informationstechnik zu forcieren. Zum anderen geht es aber auch beim Reden über Technik darum, eine Dynamik in Gang zu setzen, die wirklich neue Techniken erzeugen kann. Will man dem Mythos der Informationsgesellschaft und dem Reden über Tech-

⁵⁶ Bei Thyssen Telecom arbeitet eine Projektgruppe an konkreten Plänen zum Einstieg in Multimedia-Lösungen auf PC-Basis. S. Thyssen Telecom plant Börsengang, in: SZ v. 23.12.1994, S. 24.

⁵⁷ Siehe Gerd Krause, Deutsche Telekom startet in eine ungewisse Zukunft, in: VDI-N, Nr. 51/52 v. 23.12.1994, S. 3, und Stromriese zieht Strippen für große Netzkooperation, in: SZ v. 16.2.1995, S. 25.

⁵⁸ Siehe Klaus Ott, Leo gegen den Rest der Welt, in: SZ v. 21.6.1995, S. 24.

nik nicht erliegen, gilt es zuerst, aus den gebrauchten Metaphern den realen Gehalt zu kristallisieren, sie klar zu definieren und eigene Leitbilder (Wunsch- und Machbarkeitsvorstellungen)⁵⁹ zu entwickeln. Zu diskutieren wäre, ob Breitbandkommunikation, tatsächliche multimediale Informationsinhalte und Interaktivität als technische Kriterien eines demokratischen Leitbilds gelten können.

⁵⁹ Vgl. Weert Canzler/Sabine Helmers/Ute Hoffmann, Die Datenautobahn - Sinn und Unsinn einer populären Metapher, Berlin 1995.

22

Die Rote Luze neue Folge

Zeitschrift für linke Theorie und Praxis

- **INDUSTRIEFEUDALISMUS**
- **SITZSTREIK AUF DER DATENAUTOBAHN**
- **ZUR ÖKONOMIE DES NS**
- **WAGENKNECHTIANISMUSKRITIK**
- **PSYCHOLOGIE DES REALSOZIALISMUS**
- **NOCH MEHR THEORIEN DES GRAUENS**

U. V. M.

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.

Probeheft anfordern bei:

Publizistische Studiengemeinschaft

Rankestraße 31

10789 Berlin

Horst Holzer

Wie sieht es derzeit beim Publikum aus?

Einige Anmerkungen zu neueren Ergebnissen in Sachen 'FernsehzuschauerInnen'

I.

Bekannt ist¹:

- Die Kommerzveranstalter versuchen, auf Basis ihrer geballten ökonomischen, durch parteipolitische Schützenhilfe gefestigten Macht das Publikum zu bildschirmfixierten couch potatoes zu machen und unter einem Wust von werbegespickter Leicht- und Seichtkultur zu begraben.
- ARD/ZDF werden durch das 'duale Rundfunksystem' in einem ruinösen Verdrängungsdauergefecht mit den kommerziellen Anbietern aufgerieben und - aus Gründen der Reichweiten-/Werbekonkurrenz - zur Herstellung eines kostenreichen Massenentertainment-Programms gezwungen. Das wiederum verschlingt einen Großteil der Ressourcen, mit deren Hilfe ARD/ZDF die ihnen verfassungsrechtlich zugewiesene 'demokratische Grundversorgung' des Publikums garantieren sollen.
- ARD/ZDF können diesem Dilemma nicht ausweichen, da sie nur aufgrund einer gegenüber den Privaten konkurrenzfähigen Reichweite die existenzwichtige Mischfinanzierung sichern können. Denn wettbewerbsfähige Reichweiten gewährleisten eine verhandlungsstarke Position in den zunehmend schärfer geführten gebührenpolitischen und werbeökonomischen Auseinandersetzungen.
- Dem Publikum werden nicht nur "attraktive" Massenunterhaltung (und in Unterhaltungsstoff mutierte 'Informationen'/Infotainment) angedient. Das Publikum wird auch mit den Möglichkeiten neuer Technik angelockt, die auf Basis digitaler Vernetzung und digital betriebener Sende- und Empfangsapparaturen realisiert werden sollen. Versprochen wird nicht nur die gleichzeitige Übertragung von 500 TV-Programmen (oder vergleichbaren Massen von Dienstepaketen), sondern auch die Integration der TV-Programmnutzung in eine Vielfalt internetgestützter, world-wide-web-dimensionierter PC-Aktivitäten. Interessiert sind hier - selbstverständlich neben Telekom - vor allem die kommerziellen Anbieter. Sowohl jene, die bereits im Geschäft sind, wie jene, die bisher abgewartet haben, wollen durch Einsatz der rückkanal- und interaktionsträchtigen Digitaltechnik neue Mas-

¹ Vgl. F. Schmid, MedienMultis + Multimedia. isw-report, München 1995, Heft 22.

senmärkte erschließen: "digital claims"² für Pay-TV, Abrufdienste, Homesopping, Geld- und Datenbankgeschäfte, Videospiele, Video-Konferenzen, Lernprogramme, interaktive Gameshows etc.

- Insgesamt gilt das Publikum als 'Adressat' des Programm- (und Dienste-) angebots und damit als das Klientel, an dem einerseits werbe- und gebührenökonomische, andererseits integrationspolitische, dem herrschenden gesellschaftlichen Organisationsprinzip dienliche Strategien realisiert werden sollen: im Sinne sowohl der hochkonzentrierten, international vernetzten Verlags- und Rundfunkkonzerne als auch der ARD/ZDF-Anstalten, die im Sog von Staatsbürokratie, Parteienpolitik und Kommerz den letzten Rest von 'Rundfunkfreiheit' zum Verdampfen bringen.

Was die Medien(unternehmen) mit dem Publikum 'machen', scheint also relativ klar zu sein. Aber was macht das Publikum mit den Medien, genauer: mit den ihm präsentierten Medienangeboten - was machen beispielsweise die ZuseherInnen mit den von ihnen rezipierten Fernsehprogrammen? Dieser Frage möchte ich im folgenden nachgehen.

II.

Die These ist gut bestätigt, daß Programmpräferenzen und Rezeptionsweisen des Fernsehpublikums nachhaltig durch dessen alltägliche Lebenssituation geprägt werden - vor allem durch die Bedingungen am Arbeitsplatz, die familialen und freizeitkulturellen Reproduktionsmöglichkeiten sowie die Mitsprache- und Entscheidungschancen, die im beruflichen, politischen und kulturellen Bereich gewährt respektive versagt werden.³ Der wichtigste Faktor, der diesen Alltagssituationen den Stempel aufdrückt, scheint die Konstellation aus Instrumentalisierung und Entfremdung zu sein, mit denen das ökonomie- und politikbestimmende Herrschaftsprinzip alle zentralen Lebensbereiche durchsetzt. Das Prinzip ist - wenn man den (Verhaltens-) Habitus in Rechnung stellt, der ihm implizit ist - sehr tiefend als Ideologie einer (weltmarktfixierten) "autoritär-produktivistischen ... Wettbewerbsgemeinschaft"⁴ qualifiziert worden. Beide Momente des

² J. Welsch, Multimedia und die Angst vor dem Ende der Arbeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 1995, Heft 7, S. 874.

³ Vgl. H. Holzer, Medienkommunikation, Opladen 1994, S. 211ff.

⁴ H.-J. Bieling, An der Schwelle zur 'autoritär-produktivistischen Demokratie'? Klasse-Macht-Politik: Krise der politischen Institutionen? In: Z 21, Frankfurt am Main 1995, S.22 und 33. 'Autoritär-produktivistisch' meint ein Gesellschaftsverhältnis, das als weltmarktbezogener, führungs- und eliteideologisch organisierter 'Produktivitätspakt' (Frank Deppe) erscheint, in dem einerseits Staat und Ökonomie mit Dauerregulierung, Flexibilisierung, Rationalisierung, Arbeitskräfte liquidation und der Vorwärtsverteidigung sogenannter nationaler Interessen den Ton aktueller kapitalistischer Modernisierung angeben - und in dem andererseits die 'soziale Frage' mal neoliberal ('Ballast'), mal neokonservativ ('historisch erledigt') entsorgt wird.

Prinzips - Instrumentalisierung wie Verwertung - wirken sich besonders gravierend auf die Hauptabteilung des Publikums aus.⁵

Dieser gehören *im wesentlichen* jene an, die erstens nicht zu den 25% Best- und Besserprivilegierten der bundesdeutschen Gesellschaft zu zählen und die zweitens - gemessen an ihren Existenz-, Interventions- und Entfaltungschancen - mehrheitlich den Gruppierungen zuzuordnen sind, welche in der SINUS- Lebensstilstudie als 'Desillusionierte/Resignierte' (30 % der Bevölkerung) und 'Deklasierte' (27 % der Bevölkerung) bezeichnet werden.⁶ Auch wenn ich hier keine weiteren schicht-, milieu- und lebensstilbezogenen Differenzierungen im Hinblick auf diese Hauptabteilung des TV-Publikums vornehme, lassen sich die meisten ihrer Angehörigen, etwas holzschnittartig, in der folgenden Weise kennzeichnen. (Dabei nimmt die Ausprägung der skizzierten Qualitäten mit sinkendem sozialen Status, steigendem Alter und 'Ost-Gefälle'-bedingten Irritationen⁷ der Betroffenen deutlich zu.)

- Sie erfahren sich in Beruf und Politik, in sozialen und kulturellen Einrichtungen in extrem abhängiger Position, fremdbestimmten Nutzen- und

⁵ Einerseits ist zu berücksichtigen, daß 98,5 % der bundesdeutschen Bevölkerung ab 14 Jahren in sogenannten Fernsehhaushalten leben - was zur Folge hat, daß das Fernsehpublikum die nahezu gleiche Verteilung der lebensqualitativen Merkmale aufweist wie die Gesamtbevölkerung (vgl. Media Perspektiven [Hg.], Daten zur Mediensituation in Deutschland 1994, Frankfurt am Main 1995, S. 70 und 88). Andererseits ist davon auszugehen, daß im Publikum der 'TV-Massenprogramme' (Nachrichten, Shows, Krimis) jene Gruppierung dominiert, die oben als Hauptabteilung der FernsehzuseherInnen angesprochen worden ist.

⁶ Zitiert und verarbeitet worden sind die Ergebnisse der SINUS-Studie (1982-1992) in: M. Vester, Die verwandelte Klassengesellschaft. Modernisierung der Sozialstruktur und Wandel der Mentalitäten in Westdeutschland. In: G. Fröhlich/I. Möhrh (Hg.), Das symbolische Kapital der Lebensstile. Zur Kultursoziologie der Moderne nach Pierre Bourdieu, Frankfurt am Main 1994, S. 129ff.

Vesters Analyse (Teil eines Projekts an der TU Hannover) konzentriert sich auf die Situation in der 'alten' Bundesrepublik. Würde man die Situation in den 'Neuen Bundesländern' einbeziehen, dürften die von Vester ermittelten Resultate zweifellos noch krasser ausfallen. Vester hält einerseits fest (S. 138f.), daß - in Anlehnung an Bourdieus Habituskonzept - die bundesdeutsche Bevölkerung mit einem Drei-Klassen-Modell beschrieben werden kann (die Werte gelten für 1992 - (1) Oberklassenhabitus 19 % (mit alternativem Milieu 2%, technokratisch-liberalem Milieu 9 %, konservativ-gehobenem Milieu 8 %); (2) Mittelklassenhabitus 59 % (mit hedonistischem Milieu 13 %, aufstiegsorientiertem Milieu 24 %, kleinbürgerlichem Milieu 22 %); (3) Arbeiterhabitus 22 % (mit neuem Arbeitnehmermilieu 5 %, traditionslosem Arbeitermilieu 12 %, traditionellem Arbeitermilieu 5 %). Andererseits arbeitet Vester heraus, daß - querliegend zu der Klassen-Gliederung - die bundesdeutsche Bevölkerung folgendermaßen typologisch erfaßt werden kann (die Werte gelten wiederum für 1992): (1) Kritisch-Engagierte 24 %, Desillusionierte 25 %, Zufriedene 24 %, Deklasierte 27 % (S. 160ff.).

Ich habe der Gruppe der 'Desillusionierten' noch die der 'Resignierten' (aus der Kategorie der 'Zufriedenen') beigefügt, die jene BundesbürgerInnen meint, die zwar ihren status quo gut bewerten - aber dennoch mit Unbehagen und Unsicherheit zu kämpfen haben und nicht durchschauen können, was um sie herum vorgeht und wer, wo, wie und warum etwas mit ihnen macht.

⁷ Vgl. H.-H. Noll, Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland? Indikatoren zur 'subjektiven Lage der Nation'. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Frankfurt am Main 1994, Heft 1, S. 1ff.

Konkurrenzalkülen unterworfen und weitgehend machtlos gegenüber den Imperativen, die diese Bereiche steuern.

- Sie sehen sich von wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen überrannt, die zwar die Alltagspraxis verändern und neue, tradierte Sozialmilieus auflösende Individualisierungschancen eröffnen - die jedoch schwer nachzuvollziehen, kaum zu beeinflussen und im Hinblick auf ihre Möglichkeiten nur in sehr eingeschränktem Maße nutzbar zu machen sind.

- Sie fühlen sich zunehmender sozialer Unsicherheit, wachsender Umweltzerstörung und bedrohlicher Naturvernichtung ausgesetzt, die aufgrund ihrer anscheinend unausweichlichen Alltäglichkeit eher individuelle Apathie und Angst als Widerstand hervorrufen.

- Sie erleben sich als Figuren, die gegenüber der 'Sachgesetzlichkeit' und 'Eigendynamik' wirtschaftlicher, politischer und kultureller Tatbestände und Vorkommnisse nichts zu bestellen, sondern sich den Kommandos der selbsternannten Markt- und Meinungseliten anzupassen haben - verwiesen auf die Sorge um ihre individuelle Lebensgestaltung und die Annehmlichkeiten des individualisierten Freizeitangebots, von dem nicht einmal Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen ganz ausgeschlossen sind.

Zweifellos ist zu unterstellen, daß die beschriebene Konstellation - zumindest in einem Teil des Rezipientenlientels - nicht eindimensional erlebt wird. Sie ist vielmehr als Widerspruch von Unterworfenheit und Gegenwehr zu bewältigen, die sich beispielsweise in Demokratieforderungen, Initiativen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen manifestiert⁸: als Widerspruch also zwischen Repression und dem Kampf um Selbstständigkeit und Eigenkompetenz, die - auf Basis der gesellschaftlich akkumulierten Potenzen, Risiken und Herausforderungen - gegen den Verwertungs-, Instrumentalisierungs- und Entfremdungsdruck erfochten werden. Dennoch dürfte im Hinblick auf die herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nach wie vor (und in den vergangenen fünf Jahren noch mehr) gelten, daß bei der Mehrheit der Betroffenen eher die erste Seite des Widerspruchs obsiegt.⁹

III.

Es ist offenkundig, daß das Bild, welches das Fernsehpublikum von sich und seiner Welt hat (auch das in den oben formulierten Thesen enthaltene), immer weniger durch seine 'nicht-mediale' Alltagswirklichkeit und immer mehr durch seine mediale, vor allem durch die von ihm rezipierte

⁸ Vgl. U. Beck, Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt am Main 1993, S. 149ff.

⁹ Vgl. D. Brock, Wiederkehr der Klassen? Über Mechanismen der Integration und der Ausgrenzung in entwickelten Industriegesellschaft. In: Soziale Welt, München 1993, Heft 2, S. 183ff.

'Fernseh(programm-)wirklichkeit'.¹⁰ Um so wichtiger ist die Frage, welche Programmpräferenzen und Rezeptionsweisen für das hier interessierende Publikum kennzeichnend sind - Präferenzen und Rezeptionsweisen, die sich aus der Beschaffenheit seiner auch und gerade durch die Fernsehprogramme geformten Alltagswirklichkeit erklären lassen. Ich möchte versuchen, anhand neuerer empirischer Ergebnisse einige Antworten auf diese Frage zu geben. Ich nehme hierbei eine Art Fallanalyse vor. Das heißt: Ich werde mich nicht auf die sehr abstrakt bleibenden Jahresdurchschnittswerte beziehen, sondern auf die Daten zu drei ausgewählten und im einzelnen aufschlüsselbaren Fernseh(vor)abenden.

Dazu eine Vorbemerkung. Ich hatte die Möglichkeit, das Datenmaterial 'Reichweiten der ARD-, ZDF-, Kabel 1-, Pro Sieben-, RTL 1-, RTL 2-, SAT.1- und Vox-Programme' etwas genauer zu besichtigen, das - im Rahmen ihrer ganzjährig laufenden Repräsentativerhebungen - die Gesellschaft für Konsumforschung/Nürnberg (GfK) für eine Woche des IV. Quartals 1994 ermittelt hat.¹¹ Aus der Dokumentation der täglich festgehaltenen Reichweiten habe ich drei Tage (Donnerstag, Samstag, Sonntag der 1. Dezemberwoche) herausgesucht, zu denen Resultate vorliegen, die nach meiner Einschätzung einigermaßen typisch sind sowohl für die Werk- und Wochenendtage des IV. Quartals wie auch für das Jahr 1994. Im Hinblick auf die ausgewählten Tage habe ich die Reichweiten der Sendungen zusammengestellt, die am häufigsten gesehen werden und die donnerstags (und werktags allgemein) zwischen 18.30 und 22.00, samstags zwischen 18.00 und 22.00 sowie sonntags zwischen 20.00 und 22.00 zu finden sind. Ich habe mich auf die reichweitenstärksten deutschen Programme beschränkt, also auf die von ARD, ZDF, RTL, SAT.1, Pro Sieben und Vox.¹² Nicht berücksichtigt habe ich die Werbeeinblendungen, die den Sendungen vor, nach- und/oder zwischengeschaltet sind. Pro dokumentiertem Tag habe ich - entsprechend der angesetzten Stichzeiten - die Programmanbieter, die Dauer und die Reichweite (ZuseherInnenzahl) der präsentierten Sendungen festgehalten. Leider weisen die GfK-Daten einen Mangel auf, der deren Aussagekraft einschränkt. Der Mangel besteht darin, daß die GfK-Resultate weder alters- und geschlechts- noch klassen-, schicht- und milieuspezifisch differenziert sind: sie beziehen sich vielmehr auf das

¹⁰ Vgl. H. U. Gumbrecht, 'Ihr Fenster zur Welt' oder Wie aus dem Medium 'Fernsehen' die 'Fernsehwirklichkeit' wurde. In: H.G. Soeffner (Hg.), Kultur und Alltag (Soziale Welt-Sonderband 6), Göttingen 1988, S. 248ff.

¹¹ Da Außenstehende kaum an das GfK-Material herankommen, bat ich einen bayerischen Programm-Kleinanbieter, der selbst kein Kunde der GfK ist, mir einen inoffiziellen Einblick in das offizielle GfK-Auswertungsmaterial zu ermöglichen (der Anbieter erhält das Material von einem großen kommerziellen Fernsehunternehmen, das zu den GfK-Auftraggebern gehört).

¹² Ausgeklammert bleiben daher die 3. ARD-Programme (außer der über die 3. Programme ausgestrahlten Tagesschau), die Programme von 3Sat (außer den über 3sat ausgestrahlten Tagesschau- und Heute-Nachrichten), RTL 2, Kabel 1, Arte, ntv sowie einige (kommerzielle) Lokal- und Sportprogramme.

Fernsehpublikum *generell* (ab einem Alter von 14 Jahren). Die fehlende Klassen-, Schicht- und Milieuspezifizierung kann allerdings durch zweierlei weitgehend wettgemacht werden¹³: Zum einen werden die Daten für das 'allgemeine' Fernsehpublikum nachhaltig durch die Ergebnisse für die *Hauptabteilung* dieses Publikums (siehe oben) geprägt, die dort die dominierende Fraktion ist; zum andern stimmen die unten angegebenen Programmpräferenzen mit denen gut überein, die für verschiedene Gruppen aus jener Abteilung in anderen Studien ermittelt worden sind. GfK-Daten zur alters- und geschlechtsspezifischen Nutzung von Programmen sind für Außenstehende nur selten zugänglich; solche Daten können aber von den Fernsehanstalten, die die GfK-Arbeit finanzieren, in Form von Sonderauswertungen abgerufen werden.¹⁴

Ich stelle zunächst das Material vor und werde anschließend versuchen, einige Schlüsse aus den Daten zu ziehen und mit der bisherigen Diskussion zu verbinden.

Die Fernsehprogramme von ARD, ZDF, RTL, SAT.1, Pro Sieben, Vox und ihre ZuseherInnen an drei Tagen und zu bestimmten Stichzeiten in der 1. Dezemberwoche 1994
Basis ZuseherInnen: 62 Mio ab 14 Jahren aus Haushalten mit mindestens einem Fernsehgerät (= 98,5 % der bundesdeutschen Bevölkerung ab 14 Jahren)

Donnerstag - 18.30

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Marienhof	18.24-18.49	2,51
ZDF - Lutz & Hardy	18.01-18.50	4,05
RTL - Explosiv-Telegramm	18.30-18.45	2,56
SAT.1 - Affengeil	18.28-18.35	2,44
Pro Sieben - Die Simpsons	18.27-18.57	1,86
Vox - Ihr Auftritt, Al Mundy	18.22-19.15	0,27

Donnerstag - 19.00

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Die Kommissarin	18.54-19.54	3,74
ZDF - Heute (inkl. 3sat)	19.00-19.20	6,06
RTL - RTL Aktuell	18.45-19.10	4,28
SAT.1 - SAT.1 Newsmagazin	19.00-19.17	2,02
Pro Sieben - Rock 'n' Roll Daddy	18.57-19.25	1,80
Vox - Ihr Auftritt, Al Mundy	18.22-19.15	0,27

Donnerstag - 19.30

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Die Kommissarin	18.54-19.54	3,74
ZDF - Freunde fürs Leben	19.25-20.18	5,77
RTL - Explosiv-Das Magazin	19.10-19.37	5,09
SAT.1 - Glücksrad	19.28-20.13	3,95

¹³ Vgl. die verschiedenen Ergebnisse und Hinweise in K. Berg/M.-L. Kiefer (Hg.), *Massenkommunikation IV. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-1990*, Frankfurt am Main 1992.

¹⁴ Vgl. (als Beispiel) B. Van Eimeren/W. Klingler, *Elektronische Medien im Tagesablauf von Jugendlichen*. In: *Media Perspektiven*, Frankfurt am Main 1995, Heft 5, S. 210ff.

Pro Sieben - Alf	19.25-19.59	2,01
Vox - Cannon	19.15-20.10	0,71

Donnerstag - 20.00

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Tagesschau (inkl. 3. ARD-Programme)	20.00-20.15	6,71
ZDF - Freunde fürs Leben	19.25-20.18	5,77
RTL - Gute Zeiten schlechte Zeiten	19.37-20.07	4,00
SAT.1 - Glücksrad	19.28-20.13	3,95
Pro Sieben - Pro Sieben Nachrichten	19.59-20.15	1,54
Vox - Cannon	19.15-20.10	0,71

Donnerstag - 20.30

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Kein schöner Land	20.16-21.00	5,56
ZDF - Die ZDF-Hitparade	20.18-21.16	3,98
RTL - Unsere Schule ist die beste	20.14-21.15	2,85
SAT.1 - Kommissar Rex	20.14-21.18	7,97
Pro Sieben - Notfall in den Rocky Mountains	20.15-22.00	2,73
Vox - Die Katze auf dem heißen Blechdach	20.10-22.10	0,90

Donnerstag - 21.00

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Lotterie/Tagesthemen- Telegramm	21.00-21.01	4,41
ZDF - Die ZDF-Hitparade	20.18-21.16	3,98
RTL - Unsere Schule ist die beste	20.14-21.15	2,85
SAT.1 - Kommissar Rex	20.14-21.18	7,97
Pro Sieben - Notfall in den Rocky Mountains	20.15-22.00	2,73
Vox - Die Katze auf dem heißen Blechdach	20.10-22.10	0,90

Donnerstag - 21.30

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Monitor	21.01-21.31	4,38
ZDF - Wiso-Wirtschaftsmagazin	21.16-21.45	3,24
RTL - Stadtklinik	21.15-22.15	4,81
SAT.1 - Schreinemakers Live	21.15-22.30	5,79
Pro Sieben - Notfall in den Rocky Mountains	20.15-22.00	2,73
Vox - Die Katze auf dem heißen Blechdach	20.10-22.10	0,90

Donnerstag - 22.00

Anstalt/Sendung	Beginn/Ende	ZuseherInnen in Mio
ARD - Farbe bekennen	21.31-22.30	2,52
ZDF - Heute-Journal	21.45-22.15	3,00
RTL - Stadtklinik	21.15-22.15	4,81
SAT.1 - Schreinemakers Live	21.15-22.30	5,79

Pro Sieben - Martial Law II-Undercover	22.00-23.30	1,83
Vox - Die Katze auf dem heißen Blechdach	20.15-22.10	0,90
Samstag - 18.00		
<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Die Sportschau	17.50-18.03	1,69
ZDF - Die Schwarzwaldklinik	17.59-18.52	3,54
RTL - Melrose Place	17.45-18.45	2,12
SAT.1 - Ran - Sat.1 Fußball	18.00-19.41	7,06
Pro Sieben - Stunts - Das Geschäft mit dem eigenen Leben	16.28-18.06	1,29
Vox - Agatha Christies Poirot	18.00-18.54	0,43
Samstag - 19.00		
<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Air Albatros	18.10-19.05	1,69
ZDF - Heute (inkl. 3sat)	19.00-19.21	6,43
RTL - RTL Aktuell	18.45-19.10	2,54
SAT.1 - SAT.1 Newsmagazin	19.00-19.17	2,02
Pro Sieben - Der Polizeichef	19.00-19.59	1,49
Vox - Känguruhs in Australien	18.54-19.21	0,49
Samstag - 20.00		
<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Tagesschau (inkl. 3. ARD-Programme)	20.00-20.15	7,42
ZDF - Zwei alte Hasen	19.25-20.16	5,74
RTL - Aber Hallo	19.08-20.07	4,02
SAT.1 - Glücksrad-Gala	19.46-21.41	2,26
Pro Sieben - Nachrichten	19.59-20.15	1,23
Vox - Afrikas Raubtiere	19.21-20.16	0,93
Samstag - 21.00		
<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Telefon (Spielfilm)	20.15-21.55	3,39
ZDF - Wetten, daß ...	20.16-22.15	13,45
RTL - Die 100.000 Mark Show	20.14-21.54	4,21
SAT.1 - Glücksrad-Gala	19.46-21.41	2,26
Pro Sieben - Sag niemals nie (Spielfilm)	20.15-22.15	3,49
Vox - Das Urteil (Spielfilm)	20.16-22.15	0,64
Samstag - 22.00		
<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Tagesthemen	21.55-22.10	1,60
ZDF - Wetten, daß ...	20.16-22.15	13,45
RTL - Wie bitte?! (Verbrauchermagazin)	22.00-22.30	3,85
SAT.1 - Oberaffengeil	21.41-22.10	1,94
Pro Sieben - Sag niemals nie (Spielfilm)	20.16-22.15	3,49
Vox - Das Urteil (Spielfilm)	20.16-22.15	0,64

Sonntag - 20.00

<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Tagesschau (inkl. 3. ARD-Programme und 3sat)	20.00-20.14	9,13
ZDF - Sphinx - Geheimnis der Geschichte	19.31-20.15	6,00
RTL - Rudis Urlaubsshow	19.08-20.05	5,23
SAT.1 - Ranissimo-Fußballshow	19.23-20.13	3,52
Pro Sieben - Nachrichten	19.59-20.15	1,62
Vox - Airwolf	19.15-20.11	0,61

Sonntag - 21.00

<i>Anstalt/Sendung</i>	<i>Beginn/Ende</i>	<i>ZuseherInnen in Mio</i>
ARD - Tatort	20.15-21.43	7,53
ZDF - Das Beste aus 'Voll erwischt'	20.16-21.49	7,30
RTL - Tierärztin Christine	20.14-21.44	6,07
SAT.1 - Manta - Der Film	20.14-21.42	5,07
Pro Sieben - Der Wüstenplanet	20.15-22.21	2,55
Vox - Der tolle Mister Flin-Flan	20.11-21.44	0,29

IV.

Als erstes fällt an den Daten auf, daß die sechs Programme - zählt man die 'sehaktiven' Publika pro Stichzeit zusammen - zwischen 13,69 und 28,81 Mio. ZuschauerInnen erreichen (Do 18.30; So 21.00). Die Programme sprechen damit - je Stichzeit - zwischen 22 und 46 % der 62 Mio. BundesbürgerInnen an, die in ihrem Haushalt mindestens ein Fernsehgerät nutzen können (= 98,5 der bundesdeutschen Bevölkerung ab 14 Jahren).

Summe der ZuseherInnen in Mio. und deren Anteil an der 'fernsehfähigen' bundesdeutschen Bevölkerung an drei Tagen und zu bestimmten Stichzeiten in der 1. Dezemberwoche 1994

Donnerstag			Samstag		
Stichzeit	ZuseherInnen in Mio	ZuseherInnen Anteil an der fernsehfähigen Bevölkerung in %	Stichzeit	ZuseherInnen in Mio	ZuseherInnen Anteil an der fernsehfähigen Bevölkerung in %
18.30	13,69	22	18.00	16,13	26
19.00	17,90	28	19.00	14,66	23
19.30	21,27	34	20.00	21,60	34
20.00	22,68	36	21.00	27,44	44
20.30	23,99	38	22.00	24,87	40
21.00	22,84	36			
21.30	21,85	35			
22.00	18,85	30			
			Sonntag		
			Stichzeit	ZuseherInnen in Mio	ZuseherInnen Anteil an der fernsehfähigen Bevölkerung in %
			20.00	26,11	42
			21.00	28,81	46

Geht man davon aus, daß das Unternehmen 'Fernsehen', vermittelt durch seine Anbindung an kapitalökonomische und integrationspolitische Imperative, Programme auszustrahlen hat, die die entsprechende Gesellschaftlichkeit und dazu korrespondierende Emotions-, Kognitions- und Handlungsmuster zu propagieren haben, erweist sich das Medium durchaus als eine - zunächst - quantitativ gewichtige Mobilisierungsinstanz. Sie erreicht mit ihren (kompilierten) Programmen durchschnittlich am Donnerstagabend/-abend 32 %, am Samstagabend/-abend 33 % und am Sonntagabend 44 % der 'fernsehfähigen' Bevölkerung (das sind Ergebnisse, die für die 'normalen' Werk- und Wochenendtage des IV. Quartals 1994 typisch sind). Wie zuvor schon gesagt, entspricht die sozial(statistisch)e Merkmalsverteilung innerhalb der drei Reichweiten-Gruppen weitestgehend der in der Gesamtbevölkerung - bei einer leichten Überrepräsentanz der älteren Generation einerseits, der mittleren und unteren sozialen Schichten andererseits.

Jene Reichweitenwerte lassen aber auch sichtbar werden, daß zur Vorabend-/Abendzeit ein großer Teil der 'fernsehfähigen' Bevölkerung außen vor bleibt. Dazu muß allerdings dreierlei relativierend ergänzt werden: Erstens werden - alle Programme aller deutschen Fernsehveranstalter zusammengenommen - hierzulande pro Tag (von 6.00 bis 6.00) durchschnittlich 72 % der 'fernsehfähigen' Bevölkerung erreicht, die dem Fernsehgenuß täglich 178 Minuten widmen.¹⁵ Zweitens müssen die zuvor genannten Reichweitenwerte für die Vorabend-/Abendzeit etwas höher angesetzt werden, da die ZuseherInnen anderer, hier nicht einbezogener Programme zu berücksichtigen sind.¹⁶ Drittens sagen die Daten weder darüber etwas aus, ob die zur Vorabend-/Abendzeit nichterreichten ZuseherInnen zu anderen Tageszeiten vor dem Bildschirm sitzen, noch darüber, ob die nichterreichten ZuschauerInnen einmalige, seltene oder regelmäßige Nicht-SeherInnen sind (zumindest im Hinblick auf das Vorabend-/Abendprogramm der sechs vorgestellten Sender).

Betrachtet man die Pro Tag-Verteilung des Publikums auf die verschiedenen Anstalten und Sendungen, zeigt sich ein weiterer Tatbestand. Zu den Stichzeiten dominieren zumeist nur zwei der sechs Anstalten/Sendungen; drei Anstalten/Sendungen behaupten sich donnerstags um 21.30 und sonntags um 20.00 und 21.00; nur eine Anstalt/Sendung liegt donnerstags um 18.30 und samstags um 18.00, 19.00, 21.00 und 22.00 an der Spitze. Das heißt, daß sich das Publikum nach wie vor und trotz erheblicher Angebotsvielfalt bei wenigen Anstalten und Sendungen zusammenballt -, wobei nicht immer ein ARD- oder ZDF-Programm mitmischt: so nicht am Donnerstag um 21.00 - der Gewinner ist SAT.1 mit 'Kommissar Rex'; nicht am Donnerstag um 22.00 - die Gewinner sind RTL und SAT.1

¹⁵ Vgl. W. Darschin/B. Frank, Tendenzen im Zuschauerverhalten. In: Media Perspektiven, Frankfurt am Main 1995, Heft 4, S. 154.

¹⁶ Vgl. Fußnote 12.

mit 'Stadtklinik' und 'Schreinemakers Live'; nicht am Samstag um 18.00 - der Gewinner ist SAT.1 mit 'Ran-Fußball'. Als Entschädigung gehört ARD und ZDF weitgehend der Samstag- und Sonntagabend - erobert durch 'Tagesschau', 'Tatort' und 'Voll erwischt'. Allerdings kommt ein solches Wochenende für ARD/ZDF nur hin und wieder vor. Ist beispielsweise sonntagabends bei RTL 'Traumhochzeit' (je Sendung durchschnittlich 10 Mio ZuseherInnen) oder bei SAT.1 'Borussia contra Werder' (9 Mio ZuseherInnen) im Schaufenster, sieht es gleich ganz anders aus.¹⁷

V.

Diese Hinweise deuten bereits an, welchen Sendungen das Publikum am nachhaltigsten zuströmt.

Die 10 meistgesehenen Sendungen an drei Tagen und zu bestimmten Stichzeiten in der 1. Dezemberwoche 1994

Sendung	Anstalt	Tag	Beginn	ZuseherInnen in Mio	ZuseherInnen Anteil an der fernseh- fähigen Bevölkerung in %
Wetten, daß	ZDF	Sa	20.16	13,45	21,7
Tagesschau	ARD *	So	20.00	9,13	14,7
Kommissar Rex	SAT.1	Do	20.14	7,97	12,8
Tatort	ARD	So	20.15	7,53	12,1
Tagesschau	ARD *	Sa	20.00	7,42	11,9
Das Beste aus 'Voll erwischt'	ZDF	So	20.16	7,30	11,7
Ran SAT.1- Fußball	SAT.1	Sa	18.00	7,06	11,3
Tagesschau	ARD *	Do	20.00	6,71	10,8
Heute	ZDF *	Sa	19.00	6,43	10,3
Heute	ZDF *	So	19.00	6,06	9,7

* Tagesschau ARD Sa: inkl. Tageschau 3. ARD-Programme + 3sat; Tagesschau ARD So: inkl. Tagesschau 3. ARD-Programme; Heute ZDF Sa: dazu Heute 3sat; Heute ZDF So: dazu Heute 3sat

Es sind Programme, die offensichtlich vor allem bei der Hauptabteilung des Fernsehpublikums ankommen.¹⁸ Sie lassen sich daher (sicher nicht

¹⁷ Zur Sendung 'Traumhochzeit' vgl. die eindrucksvolle Analyse von J. Reichertz, 'Ist schon ein tolles Erlebnis!' In: Rundfunk und Fernsehen, Hamburg 1993, Heft 3, S. 359ff.

¹⁸ Vgl. die verschiedenen Ergebnisse und Hinweise in Berg/Kiefer 1992.

Es ist aufschlußreich, die folgenden Reichweiten für einzelne TV-Programme mit den Werten zu vergleichen, die die LeserInnen pro Zeitungs- bzw. Zeitschriftenausgabe für 1994 festhalten (vgl. Media Perspektiven [Hg.] 1995, S. 82)

Zeitungen/Zeitschriften	LeserInnen pro Ausgabe in Mio	Anteil an der deutschen Bevöl- kerung (ab 14 Jahren) in %
Überregionale Abozeitungen (u.a. FAZ, SZ)	3,71	5,9
Regionale Abozeitungen	45,29	72,2
Kaufzeitungen (u.a. Bild)	13,99	22,3
Aktuelle Illustrierte/Magazine (u.a. Stern, Spiegel)	30,04	47,9
Programmzeitschriften		

nur, aber doch in großem Maße) als eine Art Gegengewicht zu den oben skizzierten Qualitäten interpretieren, die dieses Rezipientenklientel in seiner Alltagspraxis bedrängen. Die Programme scheinen von den ZuseherInnen vor allem (ein-)geschätzt zu werden

- als Stoffe, die mit Show, Talk und Spiel Entlastung von den Defiziten, Zwängen und Versagungen versprechen, die Familie, Beruf, Politik mit sich bringen (Wetten, daß/ Voll erwischt/Ran-Fußball);

- als Orientierungsservice, der kontinuierlich und überblickbar die lokalen, regionalen und globalen Aktualitäten und Neuheiten präsentiert, denen von seiten der ZuseherInnen schon deshalb (oder gerade deswegen) Gewicht und Vordringlichkeit unterstellt wird, weil sie durch diesen Service angeboten werden (Tagesschau/ Heute);

- als moralisch gesättigte Lehr- und Trostbeispiele dafür, wie Ordnung, geltende Werte, Autoritätsverhältnisse (zumeist durch einzelne Quertreiber) erschüttert und (zumeist durch 'menschliche', aber rabiate Einzelkämpfer) wiederhergestellt werden (Kommissar Rex/Tatort);

- als Serien (das gilt auch für Tagesschau/Heute und Wetten, daß), deren Folgen eine ständige, bei jedem Sendetermin wohliger erwartete Wiederkehr zentraler Protagonisten bringt und die durch die Konstanz der Darstellungsform suggerieren, daß sich aller (im Handlungsstoff erkennbarer) thematische Wechsel in einem zeitresistenten, Kontinuität und Vertrautheit versprechenden Rahmen vollzieht.¹⁹

(u.a. HörZu)	41,23	65,7
Frauenzeitschriften (wö; u.a. Tina)	19,62	31,3
Frauenzeitschriften (14-tg., u.a. Brigitte)	10,96	17,5

¹⁹ Das heißt nicht, daß das Entlastungs-, das Orientierungs- und das Ordnungsinteresse des Publikums nur jeweils einem spezifischen Programmgenre zu assoziieren ist (Entlastung: Wetten, daß/Ran-Fußball/Voll erwischt; Orientierung: Tagesschau/Heute; Ordnung: Kommissar Rex/Tatort). Ein- und dasselbe Genre kann auch auf alle drei Interessen bezogen werden - schon deshalb, weil in den meisten Genres sehr unterschiedliche Subgenres zusammengefaßt sind. So weisen Nachrichten neben dem Orientierungssowohl ein deutliches Ordnungs- wie ein unübersehbares, nicht nur als Schlußschmankerl präsentiertes Entlastungsmoment auf - siehe den Abschnitt zum Thema 'Nachrichten' weiter unten; so bietet 'Wetten, daß' nicht nur entlastenden Unterhaltungsstoff an, sondern vermittelt über die Art und Weise, in der die Gewinner per Publikumsakklamation und TED-Wahl bestimmt werden, zudem ein 'demokratisches' Ordnungselement. Daß die TV-Krimis wie 'Kommissar Rex' oder 'Tatort' neben ihrer Ordnungsqualität starke Anreize zur Entlastung offerieren, ist bekannt.

Zu den gut besuchten (wenn auch nicht zu den Spitzen-) Sendungen der dokumentierten drei Tage zählen noch die folgenden Programme: die Lebenswärme-Serien 'Freunde fürs Leben' (ZDF - Do 19.30, 20.00) und 'Zwei alte Hasen' (ZDF - Sa 20.00), das skandalpeppige Politmagazin 'Explosiv' (RTL - Do 19.30), die Volksmusik-Kantine 'Kein schöner Land' (ARD - Do 20.30), 'Schreinemakers Live'-Kabinett der Besonderheiten und Besonderlichkeiten (SAT.1 - Do 21.00, 22.00), die Ausgrabungen von 'Geheimnissen der Geschichte' (ZDF - So 20.00), die Gags aus 'Rudis Urlaubsshow' (RTL - So 20.00), das Treiben und Leiden der 'Tierärztin Christine' (RTL - So 21.00) sowie die Opel-Sitcom 'Manta' (SAT.1 - So 21.00).

Gleichwohl möchte ich daran erinnern, daß die Hinwendung zu den Programmen und deren Einschätzung von der Widersprüchlichkeit gekennzeichnet sind, die die Alltagspraxis des Publikums prägt und die nachhaltig aus dem oben erwähnten Widerstreit zwischen reprimierenden (gesellschaftlichen) Tatbeständen und (individuellem) Streben nach eigenkompetenter Selbständigkeit resultiert.

- So artikuliert sich im Entlastungsinteresse zwar das Verlangen nach Illusion und nach Kompensation bedrückender Defizite, Versagungen und Zwänge, damit aber auch - 'deformiert' - das Bedürfnis, Phantasie und Expressivität als wesentliche Mittel und Zwecke menschlicher Lebenstätigkeit zu entfalten.

- So artikuliert sich im Orientierungsinteresse zwar das Verlangen nach oberflächhafter und kurzfristig haltbarer Instant- und Wegwerfinformation, damit aber auch - 'deformiert' - das Bedürfnis, präzises, umgreifendes und verlässliches Wissen über gesellschaftliche und individuelle Existenzbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten zu erhalten.

- So artikuliert sich im Ordnungsinteresse zwar das Verlangen nach autoritativ verabreichter Lebenshilfe, damit aber auch - 'deformiert' - das Bedürfnis, die eigene Situation verstehen, bewerten, in den (welt-) gesellschaftlichen Zusammenhang stellen und Zustände, Ereignisse, Verhaltensweisen rechtfertigen oder gerechtfertigt kritisieren zu können.

Daß bei der Hauptabteilung des Fernsehpublikums die Bedürfnisse nach Phantasieentfaltung und Ausdrucksmöglichkeiten, nach Wissensaneignung und Wirklichkeitsverständnis sehr deutlich vermittelt über Entlastungs-, Orientierungs- und Ordnungsinteressen in Erscheinung treten, die Kompensation und Entschädigung anpeilen, kann nicht überraschen. Dafür sorgt schon das, was diesem Publikumsclientel an irritierenden, bedrängenden, krisenproduzierenden 'Lebensstatsachen' von einer Gesellschaft serviert wird, deren Herrschafts- und Privilegienstruktur die 'Mitbestimmungsmöglichkeiten gerade dieses Klientels - Verkauf von Arbeitskraft, Abgabe der Wahlstimme, hin und wieder gewerkschafts- oder initiativpolitische Aktionen - kaum aushebeln dürften.²⁰

Ebenso wenig kann überraschen, daß die Fernsehunternehmen - die offenkommerziellen wie die (quasi) öffentlich-rechtlichen - darauf spekulieren, mit ihren Programmen genau jenem kompensations- und entschädigungs-

²⁰ Ich möchte daran erinnern, daß im vorliegenden Zusammenhang das Thema ausgeklammert bleibt, das gerade im Hinblick auf die marktmäßige Durchsetzung neuer (teilnehmerindividueller und interaktiver) Vermittlungstechniken wie Pay TV oder Pay per view von Bedeutung ist: das Thema nämlich, ob das Publikum nicht nur an die skizzierten Programme gebunden ist, sondern auch an die zur Zeit herrschenden Formen der Programmverteilung durch ARD/ZDF einerseits, die kommerziellen Sendestationen andererseits - oder ob es auch bereit wäre, seine Programmfavoriten über Pay TV- und Pay per view-Kanäle (für Spiele/Serien/Filme wie für Nachrichten) zu beziehen. Letzteres wird zwar etwas kosten, aber dafür zeitliche Bewegungsfreiheit und interaktive Möglichkeiten bieten.

fixierten Entlastungs-, Orientierungs- und Ordnungsinteresse zu entsprechen.²¹ Denn aufgrund ihrer (werbe-)ökonomischen und (herrschafts-/integrations-)politischen Qualität ist die - wie weit auch immer gehende und wie lang auch immer anhaltende - Synchronisation von Programmangebot und Publikumsinteressen die Existenzgrundlage der Fernsehunternehmen.²² Das aber heißt²³: Einerseits bedienen die Fernsehunternehmen mit ihren Programmen die Wünsche des Publikums und sind dabei im wesentlichen darauf orientiert, die Publikumsinteressen beständig an den offerierten Informations-, Unterhaltungs- und Werbestoff zu binden. Andererseits bestätigen die Fernsehunternehmen und ihre Programme, indem sie auf das kompensations- und entschädigungsfixierte Entlastungs-, Orientierungs- und Ordnungsinteresse des Publikums eingehen, die individuellen und gesellschaftlichen Verhältnisse, deren Auswirkungen das Publikum gerade zur Kompensations- und Entschädigungssuche zwingt. Hierin drückt sich der herrschafts- und integrationspolitische Effekt der 'Fernseh-Programmierung' des Publikums besonders deutlich aus.

Ich unterstelle keinesfalls, Fernsehprogramme und Publikumsinteressen befänden sich in einer Art prästabiliertes Harmonie. Noch möchte ich suggerieren, die Fernsehveranstalter seien durchtriebene Täter und das Publikum ein wehrloses Opfer.²⁴ Letzteres kann aus zwei Gründen nicht der Fall sein.

- Zum einen ist das Fernsehen - als Tätigkeit von ZuseherInnen - ein alltägliches Vorkommnis, dessen bekömmlicher/schädlicher Einfluß schon von dorthin nicht überschätzt werden sollte - genausowenig wie die Konzentration überzubewerten ist, mit der sich die ZuseherInnen der Fernsehtätigkeit widmen. Beides drückt sich darin aus, daß die Operation 'Fernsehen' oft in Begleitung von Nebentätigkeiten stattfindet oder selbst zur Nebentätigkeit wird.

- Zum anderen wendet sich das Publikum zwar auf Basis seiner kompensations- und entschädigungspolitisch motivierten Interessen den Fernsehprogrammen zu. Es bezieht die 'Antwort' der Programme jedoch nicht allein auf jene 'vordergründigen' Interessen, sondern auf seinen gesamten Lebenszusammenhang, in dem sowohl diese Interessen wie die oben skizzierte Widersprüchlichkeit verankert sind. Gerade an dem In-

²¹ Die folgende Argumentation ist insofern etwas 'kurzgeschlossen', als die Ebene der Programm-'Macher' und damit das journalistische Selbstverständnis, das der Produktion und/oder Austrahlung der Sendungen zugrundeliegt, ausgeklammert bleibt - ebenso wie die (mögliche) Übereinstimmung oder Widersprüchlichkeit zwischen dem, was die Journalisten wollen, und dem, was das Produkt ist und bewirkt bzw. bewirken soll.

²² Vgl. H.-J. Bieling, Telekratische Öffentlichkeiten. In: Forum Wissenschaft, Marburg 1995, Heft 1, S. 8.

²³ Vgl. K. Pickshaus, Klassenziel global player. In: K. Van Haaren/D. Hensche (Hg.), Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand, Hamburg 1995, S. 1ff.

²⁴ Vgl. H.M. Enzensberger, Die vollkommene Leere. In: Der Spiegel, Hamburg 1988, Heft 20, S. 236.

samt der objektiven und subjektiven 'Alltäglichkeiten' des Publikums muß und wird sich erweisen, ob das Programmangebot eine gebrauchsfähige Antwort gibt. Oder ob sich der Belieferung mit Amüsierstoffen, Instantwissen und Ordnungsrezepten entzogen wird, weil sie von den täglich erleb- und erleidbaren Existenz- und Entfaltungsbedingungen des Publikums abgehoben sind oder (im Verständnis der ZuseherInnen) Scheinlösungen präsentieren. Daß ich im Hinblick auf den eben skizzierten Tatbestand dem Publikum immer noch die Möglich- und Fähigkeit unterstelle, die 'Fernsehprogrammwirklichkeit' von seiner Alltagswirklichkeit zu unterscheiden - selbst wenn letztere durch erstere mehr und mehr geprägt wird -, liegt auf der Hand.²⁵

VI.

Die These von der Verschränkung zwischen Fernsehprogrammen und Publikumsinteressen ist bisher relativ allgemein formuliert worden. Ich möchte das im folgenden an einem Beispiel konkretisieren, und zwar am Thema 'Fernsehnachrichten'. Dabei werden die Nachrichten nicht nur im Hinblick auf das Orientierungs-, sondern auch im Hinblick auf das Entlastungs- und Ordnungsinteresse des Publikums betrachtet.²⁶ Zudem möchte ich das Beispiel unter einem Gesichtspunkt diskutieren, der für die 'Attraktivität' eines Programms von wesentlicher Bedeutung ist: dessen Präsentationsweise. Aus Raumgründen beschränke ich mich auf einen knappen Hinweis zu einem Thema, das zwar nicht das einzige, wohl aber eines der wichtigsten ist, wenn über Nachrichtenprogramme diskutiert wird: Ich meine die Problematik der sogenannten personalistischen Information.

Es ist bekannt, daß die Nachrichtensendungen in der hier so bezeichneten Hauptabteilung des Fernsehpublikums intensiv rezipiert werden.²⁷ (Gemeint sind hier die *15-Minuten-Programme* 'Tagesschau', 'Heute', 'RTL Aktuell', 'SAT.1 Newsmagazin' und 'Pro Sieben-Nachrichten'; ausgeklammert bleiben die *30-Minuten-Programme* 'Tagesthemen' und 'Heute Journal'.) Auch im Hinblick auf die Nachrichtenprogramme läßt sich davon ausgehen, daß die überwiegende Mehrheit des (in der anschließenden Tabelle versammelten) Publikums jener Hauptkategorie zuzuordnen ist.²⁸

²⁵ Vgl. Fußnote 10

Insofern scheint mir Luhmanns Diktum "Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben wissen, wissen wir durch die Massenmedien" in seiner Rigorosität nicht haltbar zu sein (vgl. N. Luhmann, Die Realität der Massenmedien, unveröff. Ms., 1995, S. 1).

²⁶ Vgl. Fußnote 19.

²⁷ Vgl. die verschiedenen Ergebnisse und Hinweise in Berg/Kiefer 1992.

²⁸ Vgl. zur folgenden Tabelle Frank Darschin, 1995, S. 161.

Durchschnittliche Reichweiten der Fernschnachrichten in Deutschland 1994

Basis ZuseherInnen: 62 Mio ab 14 Jahren aus Haushalten mit mindestens einem Fernsehgerät (= 98,5 % der bundesdeutschen Bevölkerung ab 14 Jahren)

Sendung	ZuseherInnen in Mio
Heute, Mo-So 19.00 (inkl. 3sat)	6,57
Tagesschau, Mo-So 20.00	
(inkl. 3. ARD-Programme, 3sat)	9,23
RTL Aktuell, Mo-So 18.45	3,46
SAT.1 Newsmagazin, Mo-So 18.45	1,54
Pro Sieben Nachrichten, Mo-So 20.00	0,99
<i>Zum Vergleich</i>	
Tagesthemen, Mo-So 22.30	3,11
Heute Journal, Mo-Sa 21.45	4,07

Nach wie vor ist erstaunlich, wie negativ die Urteile derer sind, die die Nachrichtensendungen in programmanalytischen Studien analysieren, und wie positiv das Publikum auf diese Sendungen reagiert. So werden in - methodisch akzeptablen und ergebniszuerlässigen - Untersuchungen die Nachrichtensendungen durchweg als schaumummernartiges News-Stakkato vorgeführt, in dem mithilfe extremer Personalisierung und Subjektivierung das gesellschaftliche, insbesondere das politische Geschehen in unverbundene Einzelheiten zerfasert und sein Gehalt versimpelt wird.²⁹ Dokumentiert wird in den Untersuchungen, daß die journalistische Personalisierungs- und Subjektivierungstechnik dazu dient, die präsentierten Themen hinter (oft auch in) Personen und deren Attributen verschwinden und sie damit nurmehr als Ambiente, als Dekor in einer Personalitäten-Schau zum Zuge kommen zu lassen. In Frage gestellt wird hierbei nicht, daß Themen, ihre Gründe und Konsequenzen *auch* personenorientiert geschildert werden, ja geschildert werden müssen. Problematisiert wird allerdings, daß durch die Personalisierungs- und (man könnte sagen: Über-) Subjektivierungstechnik die Themen deformiert - das heißt: von jeder (durchschaubaren) Verbindung mit ihrer gesellschaftlichen, gesellschaftsstrukturellen Basis abgekoppelt und als vordergründige, emotionell interessante und nicht selten 'intime' persönliche Auslassung serviert werden. Und problematisiert wird weiter, daß in solcher Information das gesellschaftliche, das politische Geschehen zu einem Konglomerat von 'Ereignissen' wird, die allenfalls als Kulissen taugen - deren spezifische gesellschaftliche Qualität dadurch aber ausgelöscht wird: Die in Szene gesetzten Personen verbleiben damit im Status verdinglichter Versatzstücke unbegriffener gesellschaftlicher Verhältnisse und können - bezogen auf

²⁹ Vgl. U. Oevermann/J. Tykwer, Selbstinszenierung als reales Modell der Struktur von Fernsehkommunikation. In: S. Müller-Doohm/K. Neumann-Braun, Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation, Oldenburg 1991, S. 267ff.; A. Keppler, Das Bild vom Zuschauer. In: H.G. Soeffner (Hg.), Kultur und Alltag (Soziale Welt-Sonderband 6), Göttingen 1988, S. 229ff.; K. Renckstorf, Nachrichtensendungen im Fernsehen, Berlin 1980; W. Schulz, Die Konstruktion von Realität von den Nachrichten, München 1976.

ihre Tauglichkeit zum Informationstransport - eigentlich nur noch im Rahmen einer "raunenden Andeutungsästhetik"³⁰ fungieren.

Der skizzierte Tatbestand ist in den Nachrichtensendungen vor allem am Beispiel der dort präsentierten (politischen) Prominenz abzulesen. Denn deren Präsentation spiegelt einen Persönlichkeitskult und ein Weltbild wider, nach denen Geschichte und Gesellschaft Begegnungsorten von Individuen sind, welche - motiviert durch ihre persönlichen Konditionen, Situationen und Idiosynkrasien, wenn auch umzingelt von telegenen Lokal-, National- und Globalkrisen - den Weltenlauf dirigieren. Sichtbar werden die Konsequenzen des Personalisierungsverfahrens aber auch an jenen, die das Alltagsschicksal der 'kleinen Leute' vorführen, in dem sich das gesellschaftlich-politische Geschehen als gute oder böse Fee zu schaffen macht. Auch hier kommt dieses Geschehen nicht über die Rolle eines Versatzstücks, eines Klischees, bestenfalls eines Ornaments hinaus, das den ins Bild gesetzten intim-privaten Lebenskampf ausschmückt, ohne aber dessen spezifisch gesellschaftliche Form und Bedingtheit zu thematisieren und klären zu helfen.

Verknüpfe ich nun die beschriebene Qualität der TV-Nachrichten mit dem, was ich zuvor das Orientierungs-, Ordnungs- und Entlastungsinteresse des Publikums genannt habe, lassen sich die folgenden Thesen zur (möglichen) Synchronisation von Nachrichtenprogrammen und Publikumsinteressen formulieren:

(1) Das Orientierungsinteresse wird mit handlichen, telegrammförmigen 'Einzelheiten' beantwortet, in denen der akustisch-optische und der sozusagen inhaltliche Unterhaltungswert der präsentierten Personen ein wesentliches Ingredienz darstellt. Die offerierten 'Einzelheiten' vermitteln den Eindruck, als sei in ihnen das kompliziert und intransparent erscheinende Weltgeschehen in einem leicht aufzudröselnden Bündel personenbezogener Vorkommnisse zusammengepackt. Dabei suggeriert die Präsentation der Nachrichten, die ebenfalls durch 'Gewähr' bietende, als 'Insider' und 'Durchblicker' ausgeflaggte Personen (ModeratorInnen, ReporterInnen, ExpertInnen) erfolgt, Verständlichkeit, Transparenz, Wahrheit und vor allem Ordnung der offenbar als Chaos erlebten Ereignisse.³¹

(2) Dem Ordnungsinteresse wird dadurch entsprochen, daß die personalistische Information die *strukturelle* (und daher eigentlich 'ordnungsstiftende') Gewalt der gesellschaftlichen Verhältnisse in intrawie interpersonale Beziehungen und Konflikte umwandelt, die, da sie den Qualitäten der beteiligten Personen zugeschrieben werden können, 'augenscheinlich' durchschaubar sind und - sozusagen ordnungspolitisch gesehen - organisierbar zu sein scheinen. Dieser ordnung-vorgaukelnde Effekt dürfte noch dadurch verstärkt werden, daß schon die bloße Struktur

³⁰ U. Oevermann/J. Tykwer, 1991, S. 288.

³¹ Vgl. A. Keppler, 1988, S. 232ff., und U. Oevermann/J. Tykwer, 1991, S. 296.

der Nachrichtenprogramme (als selber wiederum *personalisierter* Präsentation) ein wahrer Ausbund an sozialer 'Ordentlichkeit' (oder 'ordentlicher' Sozialität) ist. Denn was stellt die immergleiche Rahmung der Nachrichtenprogramme - immergleiche ModeratorInnen berichten zur immergleichen Zeit vor immergleichen Welt- und Staatenkarten über immergleiche Gesten und Ereignisse in der immergleichen Redeweise und Körpersprache - anders dar als ein vertrauensbildendes, kontinuierlich sicherndes Signal im Wirrwarr der geschilderten Vorkommnisse, das auf jeden Fall die "Geborgenheit im Ritual"³² garantiert?

(3) Das Entlastungsinteresse schließlich wird insofern aufgenommen, als neben dem ständigen Angebot vordergründiger Infotainment-Gags - stets die Botschaft zu vernehmen ist, daß der 'Mensch', möglichst als Heroe, im Zentrum steht - und zwar sowohl in der Nachrichtenpräsentation wie in dem dort porträtierten Weltgeschehen. Ersteres dokumentiert sich besonders ausdrucksvoll in dem folgenden Beispiel: "Die technische Möglichkeit, über Live-Schaltungen räumliche Distanzen zu überbrücken und weit entfernte Korrespondenten zeitgleich als Übertragung in die Übertragung der Sendung hineinzuholen, wird in der Interaktion zwischen Moderator und Korrespondent in einer Weise realisiert, daß die Aufmerksamkeit des Zuschauers zwingend auf die diese Rollen einnehmenden Personen sowie auf ihre Beziehungen zueinander gelenkt wird. Die dieser als technisch vermittelten Beziehung von Rollenträgern zu verstehenden Situation aufgesetzten Verhaltensweisen gehen über das funktionale Sichern einer störungsfreien Verständigung zwecks Unterrichtung des Zuschauers hinaus und bringen die Rollenträger als Personen in einer für den am sachlichen Gehalt des Berichteten interessierten Rezipienten irrelevanten Weise ins Spiel. In den Ausdrucksformen von Pseudo-Spontaneität werden Routinen zu außergewöhnlichen Leistungen stilisiert und somit künstlich Ansatzpunkte für eine fernsehspezifische Charismatisierung erzeugt."³³ Doch nicht nur in der Nachrichtenpräsentation triumphiert der 'Mensch'; er tut es auch im Weltgeschehen - siehe (beispielhaft) die Formulierung in einer 'Tagesthemen'-Nachricht vom 2.10.90, die gleichlautend auch in einem 'Tagesschau'-Programm hätte vorgetragen werden können: "Aber das entscheidende Wort am Ende hat Michael Gorbatschow gesprochen und weil die Machthaber hier in Ost-Berlin auf ihn nicht hören wollten, geht es nun heute, nach einem turbulenten Jahr mit der DDR zu Ende." Dazu der Kommentar aus einer Studie, die sich detailliert mit den 'Tagesthemen' jenes 2. Oktober beschäftigte: "An dieser Formulierung ist zweierlei bemerkenswert. Es fällt auf, daß hier die Rolle der Bundesregierung bei der politischen Vorbereitung dieses Ereignisses völlig ausgespart ist. Die benannten Kausalzusammenhänge, die zur Einigung geführt haben sollen, reduzieren sich auf Willy Brandt (ein Interview mit diesem wurde kurz zu-

³² G. Anders, *Die Antiquiertheit des Menschen*, München 1968, S. 110.

³³ U. Oevermann/J. Tykwer, 1991, S. 313.

vor ausgestrahlt - H.H.) und Gorbatschow. Indem alle anderen Faktoren ausgespart bleiben, wird ... Personenkult ... betrieben. Die Einigung erscheint als ein Gnadenakt Gorbatschows, Ausfluß seines absolut gesetzten Machtworts, wird aber nicht mit allgemeineren gesellschaftlichen Strukturveränderungen und Transformationsprozessen oder mit vorausliegenden politischen Aktionen in Beziehung gesetzt. Wir haben es mit einer aus dem eigenen Moralisieren folgenden Mystifizierung dieser Person zu tun. ... Wir haben es mit von der politischen Realität ablenkenden Mystifizierungen zu tun. Nach dem Muster des von Adorno als Personalisierung gekennzeichneten Prozesses werden ... Heldenfiguren konstituiert: Gorbi und Willy, die beiden männlichen guten Feen. Die Rationalität dieser Äußerungen steht der Regenbogenpresse in deren Reproduktion von Starkult in nichts nach.³⁴

*

Die Akzeptanz der Personalisierung gesellschaftlich-politischen Geschehens durch einen Großteil des Publikums dürfte darin begründet sein, daß dieses Verfahren bei vielen ZuseherInnen als kompensatorisches Mittel gegen ihre als abstrakt, anonym, unübersichtlich und vereinzelt erfahrenen Lebensverhältnisse wirkt.³⁵ Dazu trägt wesentlich bei, daß in den Nachrichten eine unauflösbare Vermischung von behandelten Themen und erscheinenden Personen hergestellt wird, wobei zu letzteren, wie bereits angedeutet, nicht nur die abgeschilderten großen und kleinen Leute zählen, sondern zudem die berichtenden/kommentierenden ModeratorInnen, ReporterInnen und ExpertInnen. Indem die präsentierten Prominenten und Nicht-Prominenten einerseits, die ModeratorInnen/ReporterInnen/ExpertInnen andererseits als Auskunftspflichtige in Szene gesetzt werden oder sich als solche inszenieren, geben sie dem Publikum das Gefühl, es sei - vermittelt durch die Personalisierung - Augenzeuge der vorgeführten Ereignisse. Auch hier scheint die Personalisierung einen Entfremdungszustand auf seiten vieler ZuseherInnen zu kompensieren, der daraus resultieren dürfte, daß sie sich in Beruf, Politik, Kultur zumeist in extrem abhängiger, individuelle Einflußnahme kaum zulassender Position erfahren. Daß in jenen Nachrichtenpräsentationen durchweg "Inszenierung"³⁶ von gesellschaftlich-politischem Geschehen betrieben wird, aber keine gesellschafts-

³⁴ U. Oevermann/J. Tykwer, 1991, S. 313.

³⁵ Vgl. T. Gitlin, *Jenseits von Marxismus, Individualismus und Multikulturalismus*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Köln 1995, Heft 7, S. 811 - " ... Massenkultur ..., eine fett- und kohlenhydratreiche Kompensation für das, was im sonstigen Leben fehlt".

³⁶ C. Landfried, *Die Macht des Fernsehens statt Kontrolle von Politik*. In: H.-H. Hartwich/G. Wewer (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik*, 3. Systemsteuerung und 'Staatskunst', Opladen 1991, S. 193ff. Vgl. H.-G. Seoffner, *Ordnung der Rituale*, Frankfurt am Main 1992, S. 164 - "Die Gesellschaft stellt sich in den Medien so dar, wie die Medien Gesellschaft darstellen."

und politikbezogene Berichterstattung, dringt vielen ZuschauerInnen nicht ins Bewußtsein. Ebenso wenig wie der Tatbestand, daß sich das angebliche Beteiligtsein am Geschehen, die angebliche Kronzeugenschaft, im bloßen Bezug auf die präsentierten und die präsentierenden Personen erschöpft, diese jedoch als typische Figuren der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse - das heißt: der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, die jenes Geschehen überhaupt erst produzieren - undurchschaut bleiben.

Damit sind wir allerdings wieder bei den ökonomischen und politischen Bedingungen gelandet (siehe den Anfang des Beitrags), denen nicht nur die Fernsehunternehmen, sondern auch die bundesdeutsche Gesellschaft subsumiert ist. Es ist bekannt, daß sich die Verwirklichung dieser Bedingungen vor allem dann reibungslos vollziehen kann, wenn sie für die kapital- und herrschaftsabhängige Bevölkerungsmehrheit intransparent bleiben. Daß die Intransparenz zudem umso wirkungsvoller ist, je mehr die Betroffenen meinen, sie würden sich - nicht zuletzt aufgrund ihres Nachrichtenkonsums - 'auskennen', liegt auf der Hand.

Detlef Kannapin

Medien, Ideologie, Herrschaft

Die Entwicklung der Medien von den Anfängen bis zu ihrer heutigen Ausgestaltung wäre undenkbar ohne die ökonomischen, technischen und sozialen Voraussetzungen, die nur im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise, mit ihrem Angewiesensein auf die ständige Revolutionierung der Produktivkräfte, bereitgestellt werden konnten. Ökonomisch betraf dies zunächst die Ressourcensicherstellung und die Suche nach Anlagemöglichkeiten für überschüssiges Kapital. Aber erst nachdem neue Erfindungen wie die Aufzeichnung von Bild und Ton eine technische Reproduktion der audiovisuellen Darstellung gewährleisten und die allgemeine Kunstrezeption Massenrezeption wurde, entstand auch ein eigenständiges Medienkapital, das Profitrealisierung mit ideologischer Massenbeeinflussung zu verbinden gedachte.¹ Begleitet wurde der Medialisierungsprozeß vom Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit zur Aufnahme der Medienprodukte.

Medien definieren sich vor allem über den Begriff der Kommunikation. Dabei sind drei grundsätzliche Arten von Kommunikation zu unterscheiden. Erstens die primäre oder "face-to-face"-Kommunikation, also die direkte, unmittelbare und unvermittelte Verständigung von sich sehenden Gesprächspartnern mit Rede und Gegenrede. Davon grenzt sich zweitens die sekundäre Kommunikation ab, die nur eine indirekte und mittelbare Informationsübertragung zuläßt. Hierbei handelt es sich um die räumlich und zeitlich versetzte Ankunft und Verarbeitung von Information, und zwar nicht nur in den Printmedien, sondern auch in sämtlichen öffentlich gemachten Kunstgattungen. Tertiäre Kommunikation bezeichnet drittens die Rückgabe der Zeitgleichheit. Die Verständigung vollzieht sich ebenfalls mittelbar, ist räumlich versetzt, erreicht aber direkt die Adressaten. Die konkreten auditiven und audiovisuellen Medien wie Radio und Fernsehen betreiben tertiäre Kommunikation. Nur sekundäre und tertiäre Kommunikation bestimmen die Konstitution und Arbeitsweise der Medien in ihrer Gesamtheit, weil ihnen ihre Mittlerfunktion strukturell zugewiesen ist. Das bedeutet gleichzeitig, daß alle Medien die Informationsübertragung nur in eine Richtung, vom Sender zum Empfänger, praktizieren können, wobei die sofortige Reaktion der Rezipienten auf das Gesendete nicht möglich ist. Medien sind somit an und für sich keine Interaktionsinstrumente, da die Einflußnahme des Empfängers auf das gerade gesendete Programm gleich Null ist. Sie be-

¹ Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit (1936), in: Gesammelte Schriften. Band I/2. Hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt/M. 1974, S. 444, 452, 456, 459.

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
 Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente
 Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
 (erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo)
 DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)
 Sackgasse Neoliberalismus (Nr. 20, August 1994)
 Markt, Umweltschutz, Energiesteuer (Nr. 21, Oktober 1994)
 MedienMultis und MultiMedia (Nr. 22, Januar 1995)
 Kerneuropa - Kelm zur Weltmacht (Nr. 23, April 1995)

isw-spezial
 Forza Italia - Vorwärts In die Vergangenheit
 (Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand
 Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei
 (Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra
 Standort D (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand
 Lohn, Preis, Profit '95, Argumente & Fakten zur Tarifrunde
 (Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand

Bestellungen, Prospekte, Informationen anfordern bei isw e.V.,
 Georg-Wopfner-Str. 46, 80939 München, Tel./Fax 089-3231780 (notf. Fax: 1689415)
 Konto Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

**KERNEUROPA -
Kelm zur Weltmacht**



ISW REPORT NR. 23

**STRATEGISCHE
WAFENBRÜDERSCHAFT
DEUTSCHLAND-TÜRKEI**



ISW ... SPEZIAL-NR. 8

Neu bei ISW

sitzen deshalb die Eigenschaft, den fundamentalen Bruch und die Distanz zwischen den Produzenten und den Rezipienten zu zementieren.²

Durch die abgestimmte Kombination der Einwirkung auf die Sinne der Zuschauer und die ausschnittsweise Darstellung und Neukonstruktion von Realität forcieren die Medien überdies beim Publikum eine nicht zu unterschätzende Entfernung von der erfahrenen Wirklichkeit, die durch eine mediale Scheinrealität ersetzt wird. Bereits diese vier Strukturelemente (unilineare Informationsübertragung, Unüberbrückbarkeit der Distanz von Sender und Empfänger, die ästhetisierte Darstellung und der Ausschnittscharakter) machen die Medien schon von sich aus hochgradig ideologiefähig. Die entweder rein privatwirtschaftliche oder öffentlich-rechtlich überbaute Verfaßtheit der Medien bedingt zudem die Einflußnahme bestimmter ökonomischer und politischer Herrschaftsverhältnisse. Schließlich zeigt die inhaltliche Abhängigkeit von Diskursivität in der Sprache der Medien einen weiteren Punkt ideologischer Besetzung an.³ Diskursivität wird dabei deshalb zum zentralen Faktor, da der Medienprozeß aus einer steten Übersetzung und Rückübersetzung von Diskursivität in Audiovisualität und umgekehrt besteht. Um den ideologischen Charakter der Medien insgesamt erkennen zu können, müssen deshalb sowohl das organisatorische Umfeld der Medieninstitutionen und ihre strukturellen Gegebenheiten als auch der Inhalt der Botschaften in ihrem Verhältnis zu den entsprechenden sozialen Kontexten berücksichtigt werden.⁴

Ideologiefähigkeit der Medienstruktur

Als Beispiel für die Ideologiefähigkeit der Medienstruktur sei kurz auf die Überlegungen des britischen Sozialwissenschaftlers Stuart Hall zur strukturierten Vermittlung von Ereignissen verwiesen. Hall konstatiert vorab, daß die gegenwärtigen Massenkommunikationssysteme eine entscheidende ideologische Rolle in der Gesellschaft spielen, weil sie Zusammenhänge herstellen aus von den Gesellschaftsmitgliedern nicht selbst erfahrenen Lebensbezügen, Informationen und Ereignissen. Den Individuen fehlen notgedrungenmaßen fundierte Kenntnisse über Trends, Bewegungen und Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft, die dann in den Medien erst konstruiert werden.⁵ Es entscheidet die Informationsauswahl. Die Praxis der Produktion von Medienwirklichkeit entwickelt sich in zwei Stufen. Auf der ersten Stufe müssen die Medien sich damit abfinden, daß es unmöglich

² John B. Thompson, *Ideology and Modern Culture. Critical Social Theory in the Era of Mass Communication*, Cambridge 1990, 1992 (2. Aufl.), S. 218ff.

³ Und zwar insoweit, wie auf dem Feld der "diskursiven Praktiken" (Foucault) der Kommunikationsprozeß als solcher über Verkürzungen und Verstümmelungen zu einem unwarhen wird.

⁴ Thompson, *Ideology...*, a.a.O., S. 267.

⁵ Stuart Hall, *Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen* (1982), in: *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus (1977-1988)*, hrsg. von Nora Räthzel, Hamburg-Berlin 1989, S. 126.

ist, alles zu zeigen. Der Ausschnittscharakter und die Form der Kurzfassung jedoch schaffen den definitiven Zugang zur Meinungsbildung bereits aus dieser rein technischen Konstitution. Zugegebenerweise erreichen viele Ereignisse die jeweiligen sozialen Subjekte erst über die Medien, wesentlich wird jetzt allerdings, daß für die Präsentation der Informationen *alles von Bedeutung ausgelassen werden muß*, um nachrichtengerecht zu sein. Ereignisse werden in Geschichten übersetzt, die Welt wird repräsentiert, über sie werden Handlungsszenarien entworfen, und es erfolgt die Konstruktion von Ereignissen als Bedeutungsproduktion über die Welt. Langwierige Erläuterungen müssen ausgeklammert bleiben, um den Halbwertzeiteffekt der Informationen zu umgehen, denn nichts ist so alt wie eine Meldung von gestern.

Analytische Arbeit kann von den Medien der tertiären Kommunikation kaum geleistet werden, da für sie die Einhaltung des Zeitfaktors (Schnelligkeit) existenziell ist. Nur die Hintergrundberichterstattung in den Medien der sekundären Kommunikation korrigiert im Nachhinein einige der vorschnell gefaßten Deutungen der audiovisuellen Medien. Auf der zweiten Stufe wird die Interpretation der sowieso schon verkürzten Realität vorgenommen. Das Berichtete wird mit Sinn ausgestattet. Je unbewußter die Interpretationsschemata, die durch Gewöhnung an den Ablauf mittels Wiederholung, Professionalisierung oder die Erklärung der Unausweichlichkeit eines solchen Vorgehens zu unbewußten werden, sich dabei geben, desto mächtiger können sie wirken. Die Ideologien stecken dann im Kodierungsprozeß für die Ankunft der Informationen bei den Rezipienten: Nachrichtendefinition, Auswahl und Ordnung, Redaktion und Formung, Übersetzung in Repräsentation, Ereignistransponierung in Worte und Bilder, Geschichtenproduktion und ihre Interpretation. Die Übermittlung von Ereignissen nach diesem Muster setzt die Herstellung eines entsprechenden perzeptorischen Systems voraus, welches durch die Medien organisiert wird, damit die Rezipienten die Informationen verstehen, also gleichsam dekodieren können. Wird der Diskurs auf der so von den Medien vorgegebenen Ebene geführt, ist er per definitionem konsensbildend, und es gestaltet sich daraufhin als äußerst schwierig, andere Themen in diesen Erörterungskreislauf miteinzubeziehen.⁶

Die Möglichkeit zum Transport von Ideologien in den Medien wird aber nicht nur durch die strukturierte Vermittlung von Ereignissen gewährleistet, sondern sie betrifft auch und nicht zuletzt die Spracherscheinungen in den Medien selbst. Mit Dieter Prokop kann festgehalten werden, daß die Kulturprodukte im Medienangebot keineswegs qualitäts-, sondern zeichenfixiert sind. Die generelle Erscheinung des Vereinzelnungseffektes, daß individuelle Identifikation nicht mehr über die Beurteilung der jeweiligen Personen nach den praktischen sozialen Werten, dagegen aber zunehmend über nur äußerlich erkennbare Synonyme erreicht wird, findet in der Me-

⁶ Ebenda, S. 133ff.

diensprache ihre vollständige Entsprechung. Mediensprache vermittelt sich über den Antrieb nach Wiedererkennung. Modale (bedingte), statistisch durchschnittliche Beziehungen werden vorgezeigt und sollen das Medienpublikum in solche Stimmungen versetzen, daß es aufgereichte typologische Spielkategorien in den Informationen und Handlungen wiederfindet, jedoch nicht einen gesellschaftlich nachprüfbaren Zusammenhang, der über Äußerlichkeiten hinausgreifen würde. Die Bestätigung der verfremdeten individuellen Identifikation über Zeichen läßt die Mediensprache auch zur weiteren Zeichenproduktion kommen, die dann wieder im sozialen Raum des Alltags ihre ostentativen Nachahmer zurückerhält. Damit verzichten die Medien bewußt auf die Entwicklung von Kreativität bei den Zuschauern. Die Objektivität der Sendungen wird nicht durch analytische Verfahren vorgetäuscht, sondern nur mehr durch die Kombination von Zeichen simuliert - also personenbezogen auf Typen mit dem faulen Beamten, dem kriegslüsternen Serben, der klugen Hausfrau usw. Aber auch das Ambiente, der Tonfall, wiederholte Gesten oder die Lenkung der Wahrnehmung auf Details können die Situation in dieser Hinsicht verschärfen. Das Wahrnehmungsempfinden der Betrachter kann damit völlig verändert werden.⁷ Weil die Mediensprache eine reduzierte ist, befähigt sie die Rezipienten nicht, Emanzipationspotentiale im Sinne einer umfassenden Medienmündigkeit zu entwickeln.⁸

Dazu kommt noch, daß einer öffentlichen Verbreitung der Medienprodukte deren private Konsumtion gegenübersteht, die nur sehr selten zu einer kollektiv bewußten Wahrnehmung der Realität führt, und "mit der privaten Form der Aneignung entfällt auch die öffentliche Kommunikation über das Angeeignete".⁹ Sie entfällt zwar nicht ganz, aber öffentliche Kommunikation findet nur im Nachhall der medialen Verbreitung und in jedem Falle ohne eine Basis gemeinsamer sozialer Anerkennung statt, da die durch die Medien hervorgerufenen mikrosozialen Interessendivergenzen von den Individuen nur in mühevoller Kleinarbeit aufgearbeitet werden könnten, wozu die auf der Tagesordnung stehenden Entscheidun-

⁷ Ein besonders krasser Beleg für die Retardierung der Wahrnehmungssensibilität ist bei MTV zu finden. Der Musikkanal bestätigt in seiner ganzen Gestalt als Werbesender nicht nur den Fetischcharakter in der Musik durch "Waren-Hören" und die Regression des Hörens auf infantiler Stufe mit temporärer Harmoniebefriedigung, sondern dessen Bilderflut und ultrahohe Schnitffrequenzen führen zu einem völligen Verschwinden des Sozialen. Es gelingt hier nicht mehr, auch nur einen Bezug zur Alltagspraxis außerhalb der vergnügungsindustriellen Vermarktung der Erlebniswünsche herzustellen.

Zur Funktion der Musik in der Gesellschaft siehe Theodor W. Adorno, Über den Fetischcharakter in der Musik und die Regression des Hörens (1938), in: *Gesammelte Schriften*, Band 14: *Dissonanzen* (1956). Einleitung in die Musiksoziologie. Hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt/M. 1973, 1990 (3. Aufl.), S. 14-50, besonders S. 21, 24f., 34ff. und Hartmut Heuermann, *Medienkultur und Mythen. Regressive Tendenzen im Fortschritt der Moderne*, Reinbek 1994, S. 176.

⁸ Dieter Prokop, *Zeichenproduktion. Strukturen heutiger Massenkommunikation*, in: *Medien-Wirkungen*, Frankfurt/M. 1981, S. 18ff.

⁹ Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* (1962), Frankfurt/M. 1990, 1993 (3. Aufl.), S. 252.

gen meist keine Zeit lassen. Kulturkonsumierendes Publikum mit privatisierter Affekthaltung ist verherrschaffeter Informationslenkung nahezu schutzlos ausgeliefert. Daß der Privatkonsum der Medienprodukte den Vereinzelungseffekt in der Gesellschaft bestätigt und befördert, liegt auf der Hand.

Arbeit an Stereotypen

Aber auch in den Inhalten selbst spiegeln sich vielfältige Formen der Ideologie wider. Von den audiovisuellen Medien, an ihrer Spitze das Fernsehen, wird der massenwirksame Schlag zur Verhaftung der Individuen in ihrem sozialen Stand immer noch geführt. Er kann geführt werden, weil die Rezipienten außerstande sind, auf dieses Fernsehen einzuwirken. Das Fernsehen verkörpert nicht nur die zerstreute Ausfüllung der Freizeit im Rahmen des Reproduktionszyklus, sondern schafft mit den Inhalten auch Vorbilder für Verhaltensweisen, die zu Leitbildern werden. Es erlaubt sich beispielsweise, intentional beabsichtigte individuelle Charakteristika der Protagonisten in Serien o.ä. als allgemeingültige Praxishaltungen auszugeben. Fernsehen als Ideologie bedient nach wie vor ein ganzes Ensemble von wünschenswerten Handlungsparametern: In der Mehrzahl der Programme erhält der Zuschauer periodisch solche Botschaften, die seine Gesellschaftlichkeit untergraben sollen.

In dieser Beziehung sind die Adornoschen Beobachtungen zum Fernsehen absolut nicht überholt.¹⁰ Fernsehen ist zu einem großen Teil geistig kurzatmig, nicht nur in der Serienproduktion, auch in allen möglichen Spielformen. Dem Betrachter wird Intelligenzarmut attestiert, wie er es vorgezeigt bekommt. Sein schlechtes Gewissen bezieht sich auf seine eigene Passivität, alle gestellten Fragen in der Show hätte er besser und viel schneller beantwortet. Wenn schon einmal in Unterhaltungssendungen sozial Relevantes thematisiert wird, dann zeigt sich dabei recht schnell eine humoreske Verdammung sozial drängender Problemlagen. Sämtliche sogenannten "Comedyshows" sind von dieser grauenhaften Variante der Konstruktion von Scheinrealität geprägt, alle treiben Schindluder mit den Ängsten gesellschaftlicher Not und haben Spaß an den Tragödien. Es kann, glaube ich, nichts Verwerflicheres geben, als mit der Schadenfreude hausieren zu gehen. Neben einer allgemeinen Denunziation der Träume und Utopien sowie der pseudorealistischen Darstellung des Alltags (in fast allen Familienserien kommen natürlich "Durchschnittswohnungen" zum Vorschein), ist Fernsehen als Ideologie vor allem Arbeit an Stereotypen. Nicht nur, daß ständig wiederholt wird, was als Unterhaltung zu zelebrieren ist, so verhält sich in eigentlich jeder beliebigen Serie der Konflikt in der Anlage zu deren vorgefertigter Lösung als deckungsgleich, weil den

¹⁰ Siehe Theodor W. Adorno, Prolog zum Fernsehen und Fernsehen als Ideologie (1952/53), in: *Gesammelte Schriften*, Band 10/2: *Kulturkritik und Gesellschaft II*, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt/M. 1977, S. 507-532.

Handelnden nichts Außergewöhnliches anhaftet. "Mit allerhand Charakterzügen wird herumgewürfelt, ohne daß das Entscheidende, der unbewußte Ursprung jener Charakterzüge, überhaupt aufkäme."¹¹ Und da könnte man heute die Sender durchschalten und würde schnell feststellen, daß das moderne Fernsehen althergebrachtes Material weiter gut pflegt, wenn es auch ab und an mit den Moden der Zeit aufgeputzt werden muß. Hier grassierende Langeweile wird kaum zu überwinden sein durch eine quantitative Aufblähung der Anbieter, die doch nur dasselbe kolportieren.

Potenzierung per Medienverbund

Die seit den 1970er Jahren zu beobachtende tendenzielle Zusammenführung der Medien aus sekundärer und tertiärer Kommunikation zum Medienverbund potenziert die strukturelle, sprachliche und inhaltliche Reduktion zusätzlich, weil die erweiterten Möglichkeiten der medialen Einflußnahme im Medienverbund auch qualitativ in einer zunehmend erfolgreicheren Totalisierung des Massenkommunikationssektors und der Integration von Hintergrundwissen und/oder alternativer Medienprodukte zum Tragen kommen.¹² Medienverbund betreiben, wie Oskar Negt und Alexander Kluge definieren, all die "Medienkonzerne, die eine Vielzahl, tendenziell alle diese Mittel (der Kulturindustrie - D.K.) - einschließlich der Mittel traditioneller Medien - einsetzen können."¹³ Im Medienverbund schlägt sich nun die abstrakte Realitätsbezogenheit auf verschiedenen Ebenen nieder, da hier mehrere Felder (Radio, Fernsehen, Buch- und Printmedien, Kino, Musikmarkt) gleichzeitig bedient, unbegrenzt kombiniert und variiert werden können. Vielen berichteten Ereignissen folgt die Vermarktung in einem der vormals abgetrennten Medienbereiche. Objektiv tritt der Medienverbund dann auf, wenn ganze Zyklen von Lebenszusammenhängen sinnhaft organisiert werden sollen. Die außerhalb des Arbeitsprozesses sich vollziehende menschliche Reproduktion wird sofort vom Medienverbund vorgenommen, was gleichzeitig bedeutet, die Reproduktion nur bis zu einer bestimmten Stelle voranzutreiben, der Stelle, an der die bloße Selbsterhaltung in gesellschaftliches Bewußtsein des eigenen Wesens umschlagen könnte.

¹¹ Ebenda, S. 526.

¹² Daran ändert auch keine vorgebliche "Anarchie der Kanäle" mit Spartenprogrammen und vereinzelt, gegen das Establishment gerichteten, Produktionen etwas, wie es Siegfried Zielinski behauptet, zumal solche Sendungen aus DCTP oder Kanal 4 in den Kataomben der Nachtprogramme verschwinden. Siegfried Zielinski, *Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiele in der Geschichte*, Reinbek 1989, 1994 (2. Aufl.), S. 284f.

Die Allgewalt der Medienmogule äußert sich ja gerade darin, daß sie sich die schmalbrüstige Präsenz unabhängiger Anbieter leisten können, ohne in Gefahr des Verlustes von Marktanteilen oder Massenanhang zu geraten.

¹³ Oskar Negt/Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt/M. 1972, S. 233. (Hervorhebung von Negt/Kluge)

Jetzt wird auch klar, welche Konsequenzen die Entstehung eines Medienverbundes für die gesellschaftliche Praxis hat: "Das, was an Gattungspotential der Menschen, durch den Arbeitsprozeß bestimmt, entsteht, soll auf einer weiteren Ebene nochmals Gegenstand der kapitalistischen Verwertung sein. Deshalb ist der Medienverbund eine äußerste Gefährdung jeder Selbstorganisation menschlicher Erfahrung in den Formen autonomer, proletarischer Öffentlichkeit. *Der Rohstoff, aus dem proletarische Öffentlichkeit sich bilden kann, ist genau der Gegenstand, den der Medienverbund verarbeitet.*"¹⁴ Auf höherer Stufe als bei den Einzelmedien bearbeiten die im Medienverbund konzentrierten Medienkapitale die präformierten Individuen derart, daß sie eine kollektive Alternativ- oder Gegenöffentlichkeit nicht ausbilden können. Genau hier hat eine kulturkritisch sich verstehende Medientheorie anzusetzen. Sie müßte zeigen, daß der gesamte Lebenszusammenhang verstanden werden muß, um zu einer entsprechenden theoretischen Erfassung der Medien zu gelangen. Es ist nämlich schlicht und ergreifend unmöglich, Kritik überhaupt anzusetzen, wenn das eigentliche Organisationsfeld jeder Kritik von denen besetzt ist, die die Kritik verhindern wollen bzw. wenn die Ausbildung eines kritischen Denkens bereits vor der Medienrezeption konterkariert wird.

Emanzipatorischer Mediengebrauch

Einzelne Vorschläge für einen emanzipatorischen Mediengebrauch, wie sie z.B. Hans Magnus Enzensberger vor Jahrzehnten einbrachte, mit dezentralisierten Programmen, in denen jeder Empfänger ein potentieller Sender sein soll, einer alternativen Mobilisierung der Massen, der Interaktion aller Medienteilnehmer zur Initiierung eines politischen Lernprozesses, der kollektiven Medienproduktion und einer gesellschaftlichen Kontrolle der Medien durch Selbstorganisation¹⁵, sind sicherlich als gedanklicher Ansatz nicht unwichtig. Ein diesbezüglich normativ gehaltenes Modell stößt jedoch an die Schranken, die zum einen in der Struktur der Medien selbst liegen, zum anderen außerhalb der Medien sich befinden. Wesentliche strukturelle Bedingungen der Medien wie die Informationsübertragung in nur eine Richtung, die Distanz zwischen Sender und Empfänger und ihr Ausschnittscharakter sind ganz einfach schlecht zu umgehen. Dezentralisierte Programmgestaltung, Interaktion und kollektive Medienproduktion rechnen als Vorgaben auch zu wenig mit den gestiegenen Einflußmöglich-

¹⁴ Ebenda, S. 246. (Hervorhebung von Negt/Kluge) Der Begriff "proletarische Öffentlichkeit" ist von den Autoren als evidenter Gegenbegriff zur bürgerlichen Öffentlichkeit geprägt worden. Er intendiert nicht unbedingt die alleinige Ausrichtung auf Proletarität als Haupttriebkraft für Gegenöffentlichkeit, obgleich er natürlich die, wie auch immer aussehende, proletarische Klasse zu deren mitentscheidendem Träger macht. Hier sollte darauf hingewiesen werden, daß zur bürgerlichen Öffentlichkeit eine Repräsentationsbasis für soziale Gegenbewegungen geschaffen werden muß, wobei diese natürlich auch einer medialen Verbreitung bedürfen.

¹⁵ Hans Magnus Enzensberger, *Baukasten zu einer Theorie der Medien*, in: *Kursbuch 20/1970*, S. 173.

keiten des Medienverbundes, der exakt alle diese Felder monopolistisch präpariert hat. Vielmehr käme es auf Inhalte an, die den Rezipienten Gelegenheit geben, ihre gesellschaftliche Rolle zu erkennen und anders zu definieren denn als private Konsumenten von Produkten der Kulturindustrie. Im Aufbegehren gegen mediale Bevormundung wäre inhaltlicher Anspruch nichts weniger als die Rückgabe produktiver Spontaneität an die Individuen unter Bedingungen der Übertragung des Wahrheitsgehaltes der dargestellten Dinge in materielle Handlungen von Sinnlichkeit und unter Berücksichtigung eines zu entwickelnden Totalitätsbewußtseins. Das schließt auch ein Aufgreifen und wirkliches Anknüpfen an eigene Erfahrungsmuster und die endliche Reflexion des Warencharakters der Kulturprodukte in den Medien mit ein.¹⁶ Gerade dagegen stehen nun aber der Warencharakter der Gesamtgesellschaft und die individuelle Präformation ihrer Mitglieder. Wirksame Impulse für sozialen Wandel durch die Medien sind aber nur dann zu erwarten, wenn ihre schrittweise Entkapitalisierung in Angriff genommen wird.

Globalität und Medien

Die Notwendigkeit der kritischen Behandlung des Mediensektors und die Suche nach Möglichkeiten für einen emanzipatorischen Mediengebrauch werden um so dringlicher, wenn sich der Blick auf die globale Lage mit den die Lebensgrundlagen bedrohenden Problemen richtet. Es können hier nur einige Andeutungen dazu gemacht werden. Allmählich, wenn auch zu langsam und ungenügend, sickert in das Bewußtsein von immer mehr Menschen die Dimension der neuen gesellschaftlichen Situation, die in dem Begriff der Globalität ihre Entsprechung findet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten verändern sich die allgemeinen Lebensgrundlagen soweit, daß ein Rückzug der Individuen ins Private, Isolierte und Individuelle immer unangemessener der sozialen Gesamtverantwortung gegenüber erscheint. Globalität bedeutet, daß kein gesellschaftliches Problem in irgendeinem Winkel der Erde ohne Auswirkungen auf das menschliche Zusammenleben überhaupt bleibt. Die neue Qualität gesellschaftlicher Konstitution durch Globalität ist das Ergebnis eines langwierigen Prozesses, dessen erste Äußerungen sich gegenwärtig zu erkennen geben. Globalität ist also mithin "kein Zustand passiver Weltgegenwart, der urlaubende Annehmlichkeiten eröffnete und/oder von sich gleichbleibenden Drohungen umstellt wäre. Globalität wird hergestellt", wie Wolf-Dieter Narr und Alexander Schubert betonen.¹⁷ Globalität wird vor allem hergestellt durch die weltweite Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise, bei der sich

¹⁶ Dieter Prokop, Versuch über Massenkultur und Spontaneität, in: Massenkultur und Spontaneität. Zur veränderten Warenform der Massenkommunikation im Spätkapitalismus. Aufsätze, Frankfurt/M. 1974, S. 100f.

¹⁷ Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert, Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 21.

die weitergehende Intensivierung und Perfektionierung der Produktion nur noch über die vollständige Ausnutzung des Weltmarktes rentiert. Darauf haben sich auch die Medien und die weit in den Arbeitsprozeß reichenden Zweige der Telekommunikation einzustellen, die wiederum über eigene Innovationen die Globalisierung verbesserter organisieren.¹⁸

Der Umbruch in der Medienbranche ist vorwiegend mit dem Wort "Multimedia" charakterisiert, wobei es sich in erster Linie um die Anwendung der digitalen Lesbarkeit von Sprache und Information handelt. Dies erweitert die möglichen Anwendungsgebiete um ein Vielfaches, vom Telebanking bis zu CD-Rom Verfahren und der Installation videomäßiger Konferenzfähigkeit.¹⁹ Damit ist sofort klar, daß Medien und Telekommunikation sich kaum mehr auf einzelne Übertragungsprozeduren von Information beschränken werden, sondern daß die schon konzentrierten Medienkapitale den entwickelten Medienverbund noch weiter potenzieren können. Auch wenn diese Vorgänge erst in den Anfängen stecken, so ist die perspektivische Euphorie über eine eventuelle "neue Akkumulation" im expandierenden Bereich computergestützter Hochwertproduktionen nicht zu überhören²⁰, obzwar die Frage keinesfalls geklärt ist, wer denn in den Genuß der Informationen auf den "Super data highways" kommen soll. Die Gefahr der Herausbildung einer Zwei-Klassen-Informationsgesellschaft, bei der einige wenige viel wissen und die Masse der Bevölkerung nichts, wird nicht kleiner, wenn der Zugang zu Informationen nur noch über Marktmechanismen reguliert wird.

Wie dem auch sei, bereits hier muß eine kulturkritische Medientheorie die Kapitalkonzentrationen und -verschiebungen genau beobachten, damit sie nicht im Zuge der Globalität in ein unüberwindbares theoretisches Defizit gerät. Die Konsequenzen dieser Prozesse betreffen nämlich so gut wie alle Bereiche des Arbeits- und Reproduktionskreislaufes und könnten in ihrer Größenordnung dazu beitragen, den gesellschaftsübergreifenden Anspruch zur Veränderung endgültig unmöglich zu machen.

¹⁸ Vgl. für den Gesamtzusammenhang: Horst Holzer, Der Weg der Bundesrepublik in die "Informationsgesellschaft" - zu wessen Gunsten, auf wessen Kosten, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Band 13, Frankfurt/M. 1987, S. 121-142; Klaus Pickshaus, Medienbranche im Umbruch - Verschlafen die Gewerkschaften die digitale Revolution?, in: Z 19 (September 1994), S. 83-96; Klaus Pickshaus, Hinter der Glitzerfassade von Multimedia: Die neuen Realitäten des Kapitalismus, in: Joachim Bischoff, Hermann Bömer u.a., Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen. Heinz Jung zum 60. Geburtstag, hrsg. von Fritz Krause, André Leisewitz, Klaus Pickshaus und Jürgen Reusch, Frankfurt/M. 1995, S. 65-77.

¹⁹ Pickshaus, Hinter der Glitzerfassade..., a.a.O., S. 65f.

²⁰ Vgl. die Beispiele für Überlegungen zu entsprechenden Unternehmensstrategien und den politischen Rahmenbedingungen bei Pickshaus, Hinter der Glitzerfassade..., a.a.O., S. 66; für die USA siehe Jörg Hämmerling, Electronic Superhighway. Die totale Konvergenz der Medien, in: Peter V. Brinkemper, Bernhard von Dadsen und Thomas Seng (Hrsg.), World Media Park. Globale Kulturvermarktung heute, Berlin 1994, S. 81-87.

Die Globalisierung insgesamt vollzieht sich nun aber gerade zu einem Zeitpunkt, an dem die Offensichtlichkeit einer sich anbahnenden Zivilisationskrise nicht mehr zu leugnen ist.

Die Nichterfassung der globalen Dimension beginnt aber bereits bei einem bestimmenden Strukturelement der Medien, ihrem Ausschnittscharakter. Die zeitlose Vermittlung fernster Ereignisse schafft eine Form der raumverdichtenden Scheinunmittelbarkeit, in der das Grauen zwar Betroffenheit, aber keine Handlungsanschiebe auslösen kann. "Es handelt sich um eine Art abstrakte Konkretheit. Die Ereignisse und Personen, die gezeigt werden, sind wie unvermittelt konkret. Sie werden zu abstrakten Größen, weil sie fast ohne Kontext und dessen Geschichte gezeigt werden."²¹ Dasselbe Strukturproblem der Medien an sich wird bei der Betrachtung der globalen Probleme zum exponential gewachsenen Hemmnis für deren Erfassung.

Da die Medien in ihrer Gesamtheit die Rezipienten in eine passive Haltung zum Gezeigten setzen, fördern sie die Vereinzelung. Diese wird schier perfekt, wenn die Auswahl der berichteten Ereignisse zunehmend die Inhalte verwischt, die nur noch auf die Heroisierung des Individuellen zugeschnitten sind. Es zeigt sich, "wie sehr diese Art der 'Informationsrevolution' mit dem global gewordenen Kapitalismus Hand in Hand geht und seine Botschaften entrichtet".²²

Kurzum: Alle Medien werden ihrer Verantwortung als potentielle aufklärerische Organe zur Ausbildung des Denkens in globalen Maßstäben nicht gerecht. Das liegt auch an ihrer Struktur, vorwiegend aber an den Inhalten, die gesendet werden. Ihre Allpräsenz potenziert sich in der Gegenwärtigkeit der Globalität, da den Individuen ihr an sich schon kleiner Blickwinkel über den Weltzusammenhang durch die Medien nochmal verkürzt wird. In der Tat sieht es so aus, als würde das Medium die Botschaft sein, denn alle Ereignisse auf der Erde gelangen nur als vermittelte in das Gedächtnis der Menschen. Wenn reflexiv mit den Grenzen und Möglichkeiten der Medien umgegangen wird und die inhaltliche Orientierung auf die drängenden Probleme der Menschheit gerichtet werden könnte, dann gäbe es Chancen, die sich abzeichnende große Katastrophe der menschlichen Gattung aufzuhalten. Inwieweit die neuen Technologien mit Multimedia u.ä. zur Chancenausnutzung beitragen könnten, vermag wohl noch niemand zu sagen. Es zeichnet sich jedoch schon jetzt ab, daß die Träume der Interaktion in den neuen Medien genauso wenig reifen wie sich die radikale Umkehr der Medien von der reinen Unterhaltung zur Erziehung eines kritischen Denkens vollzieht, weil entsprechende Herrschaftsverhältnisse dies nicht zulassen.

²¹ Narr/Schubert, Weltökonomie..., a.a.O., S. 187.

²² Ebenda, S. 221.

Werner Seppmann

Medien-Welt und Computer-Alltag

Notizen über den Prozeß fremdbestimmter Realitätsaneignung

A. Den Problemen der krisengeprägten Gegenwart setzen die Multiplikatoren des herrschenden Denkens das Bild eines goldenen Zeitalters des Microchips entgegen: Datenautobahnen, "multimediale" Apparaturen und interaktive Informationstechnologien werden als Antworten auf die drängenden sozialen Probleme angeboten. Besonders das in grellen Farben und mit kräftigen Pinselstrichen gemalte Kolossalgemälde mit dem Titel "Neue Medienwelt" hat das Massenbewußtsein auch nicht unbeeindruckt gelassen. Obwohl dem technischen Fortschritt im allgemeinen und den computertechnologischen Innovationen im besonderen zunehmend kritisch begegnet wird, verbreitet die "informationstechnologische Revolution" nicht nur Unsicherheit. Durch die technokratischen Visionen einer Informationsgesellschaft werden positive Assoziationen geweckt und von den prognostizierten technischen Umwälzungen positive soziale Entwicklungsimpulse erwartet.

Für das Alltagsbewußtsein symbolisieren die sich immer stärker zur Geltung bringenden mikroelektronischen Technologien den Doppelcharakter jedes kapitalistisch geprägten Fortschritt: Den Computer begreifen die Menschen zwar als Garanten der technischen und gesellschaftlichen Progression, doch erfahren sie ihn gleichzeitig als "Ursache" sozialer Entstrukturierungen und daraus resultierender biographischer Verunsicherungen. Stellenweise hat er belastende Arbeitssituationen gemildert und geisttötende Tätigkeiten beseitigt, aber auch traditionelle Qualifikationen und Fertigkeiten entwertet. Trotzdem wird die mediale Vernetzung und globale "Computerisierung" als eine zukunftssichernde Entwicklung begriffen. Es existiert die verbreitete Hoffnung, daß durch die technische Progression nicht nur Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch neue geschaffen und die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit verbessert werden.

Obwohl die Mikroelektronik bei den sozio-ökonomischen Umwälzungen eine zentrale und selten vertrauenserweckende Rolle spielt, wird sie nicht grundsätzlich infrage gestellt. Ein nicht unwesentlicher Grund für diesen Vertrauensvorschuß dürfte in der schon weitreichenden Verbreitung des Computers auch in den Lebenssphären jenseits der Erwerbsarbeit liegen. Durch seine Alltagspräsenz und die zunehmende Symbiose von Computersystemen und Unterhaltungselektronik ist ein leichtfertiges Vertrauensverhältnis entstanden.

B. Dem "Computer" sind (berechtigterweise) viele negative Auswirkungen zugerechnet worden: Die Informationstechnik in ihrer gegenwärtigen Form erzwingt die Anpassung des Menschen an die formal-rationale Struktur der Maschinenlogik und verstärkt den Verlust ganzheitlicher Wahrnehmungs- und Verarbeitungsformen. Intuition und integratives Denken besitzen im mikroelektronischen Kontext keinen Entfaltungsspielraum, Emotionalität und Sinnlichkeit bleiben unterentwickelt. Durch die strikte Trennung von Rationalität und Normativität passen sich die Reaktionsweisen und Verhaltenstandards der computer-sozialisierten Menschen langfristig einem lebensfeindlichen Regelwerk an. Durch die Mikroelektronik werden soziale Isolierungstendenzen ebenso wie die Selbstentfremdung der Arbeitenden verstärkt.

Die bloße Beschreibung der negativen Entwicklungstendenzen der hochtechnologisch geprägten Zivilisation kann aber die Ursachenanalyse nicht ersetzen. Denn der Computer hat zwar einen beträchtlichen Anteil an der Perpetuierung entfremdeter Arbeitsbedingungen und der Verformung von Persönlichkeitsprofilen, der funktionalen Zurichtung der menschlichen Kreativität und der Transformation von Qualität in Quantität. Aber die Negierung humaner Geltungsansprüche ist ebenso wie die Reduzierung zwischenmenschlicher Kommunikationmöglichkeiten kein primäres Resultat seiner flächendeckenden Ausdehnung, denn die destruktiven Tendenzen der Computer-Technologie können sich nur in einem sozialen Raum entfalten, in dem die abstrakte Verwertungslogik gegenüber menschlichen Selbstverwirklichungsansprüchen schon dominant ist. Die entwickelte Datenverarbeitungsmaschine verstärkt "nur" die aus der kapitalistischen Technikformierung und der ihr inhärenten zweckrationalen Zurichtung resultierenden Entfremdungstendenzen.

Die "Gleichgültigkeit" der Kapitalverwertungsrationalität gegenüber menschlichen Entfaltungsinteressen und ökologischen Reproduktionsgesichtspunkten äußert sich zwar in einer informationstechnologischen Formierung der Maschinen, kann aber nicht ursächlich darauf zurückgeführt werden: Es ist "die verselbstständigte und entfremdete Gestalt, welche die kapitalistische Produktionsweise überhaupt den Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsprodukt gegenüber dem Arbeiter gibt, ... [und] sich ... mit der Maschinerie zum vollständigen Gegensatz"¹ entwickelt. Es sind also gesellschaftliche Gründe, die für die inhaltliche Formung der "Computer-Zivilisation" ausschlaggebend sind.

Obwohl die herrschenden sozialen Orientierungsmuster in die Konstruktion der Datenverarbeitungsmaschine eingeflossen sind, ist deren machtechnische Funktionalität auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Viel stärker noch als es in der Vergangenheit der Fall war², wird in der hochtech-

¹ K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 455.

² Vgl. H.-D. Bahr, Kritik der Politischen Technologie, Frankfurt/M. 1970 und L. Kofler, Technologische Rationalität im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1991.

nologischen Arbeitswelt ökonomischer Zwang durch den Mythos einer "Eigengesetzlichkeit der Technik" transportiert und das reale Interessenverhältnis durch die Oberflächenpräsenz eines vermeintlichen "technologischen Sachzwangs" verschleiert. Wie hochgradig die Ordnungsraster des Computers vom ökonomischen Kalkül abhängig sind und in welchem Maße die "Interaktionsprozesse" zwischen Mensch und Informationsverarbeitungs- bzw. Steuerungsmaschine Ausdruck realer Herrschaftsverhältnisse sind, bleibt deshalb weitgehend unreflektiert. Die Herrschaftsvermittlung hat sich durch diese "Unsichtbarkeit" der Machtstrukturen ebenso entscheidend verändert, wie der Status der Subjekte innerhalb des Prozesses der ideologischen Herrschaftsreproduktion: Die Menschen übernehmen eine immer aktivere Rolle bei ihrer eigenen Unterdrückung.³

Durch den sowohl beruflichen als auch privaten Umgang mit der mikroelektronischen Maschinerie hat sich eine mentale und psychische Disziplinierungsform entwickelt, deren wichtigste Eigenschaft darin besteht, daß den Akteuren der selbstunterdrückende Charakter ihres Handelns nicht einsichtig ist. Weil die Aufgabenstellungen im Rahmen traditioneller Hierarchien formuliert werden, die Leistungsparameter aber als technologischer, "computer-konformer" Sachzwang erscheinen, bleibt nicht nur die ökonomische Interessenkonstellation verborgen, sondern den Beherrschten auch die Reichweite ihrer Unterwerfung unter den "Sachzwang" ungriffen.

C. Die sozialen Auswirkungen des Computers lassen sich nicht auf ein inhaltliches Bild und eine gradlinige Tendenz festschreiben. Durch den Klassencharakter der Arbeitsteilung gibt es Gewinner und Verlierer der mikroelektronischen Umgestaltung. Für einen Teil der Berufstätigen mag die Informations- und Medientechnologie tatsächlich neue berufliche Perspektiven eröffnen, jedoch um den Preis der sozialen Herabstufung einer weitaus größeren Gruppe.

Nicht verwechselt werden darf der Berufsalltag des "innovativen" Kerns der Computerindustrie und das Idealbild des "Computerarbeiters" in Gestalt des mit komplexen Problemdefinitionen konfrontierten Programmierers mit der Realität der Arbeitswelt, die in ihrer Gesamtheit keineswegs von den hochtechnologischen und anspruchsvollen Arbeitsplätzen geprägt ist. Noch immer handelt es sich bei der mikroelektronischen Umwälzung nur um eine Tendenz und nicht um eine flächendeckende Realität. Noch stellt die informationstechnologisch definierte "wissenschaftlich-technische Revolution ... nicht das allein typische, prägende Bedingungsgefüge für die reale Entwicklung der lebendigen Arbeit insgesamt dar."⁴

³ Vgl.: H. Marcuse, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt und Neuwied 1967.

⁴ A. Schwarz, Reform und Revolution, Berlin/DDR 1990, S. 34.

Bei einer kritischen Betrachtung der ersten Phase der "Computerisierung" der Arbeitswelt überwiegen die negativen Aspekte. Durch die Zunahme computergesteuerter Arbeitsplätze hat es zwar einen Abbau traditioneller Belastungsmomente gegeben - aber nur um den Preis neuartiger Fremdbestimmungen. Nur in Teilbereichen bedeutet der Einsatz der Mikroelektronik für die Beschäftigten Kompetenzerweiterung oder gar die Zunahme kreativer Arbeitsinhalte. Die in den 80er Jahren vom "Bundesinstitut für Berufsbildung" festgestellte Entwicklungstendenz hat sich nach allen vorliegenden Datenfragmenten noch verstärkt: Der Einsatz "moderner Technologien ... erfolgt funktionsorientiert und nicht belastungsorientiert... Die mit modernen Technologien umgehenden Beschäftigten arbeiten häufiger in Nacht- und Schichtarbeit und haben eingeschränkte Handlungsspielräume bei der Arbeit. Sie haben häufiger neuartige Arbeitsaufgaben zu lösen und auch mehrere Arbeiten gleichzeitig im Blickwinkel zu halten. Dies bedeutet auch, daß der Konzentrationsdruck häufiger ist und die Verantwortung höher liegt. ... Der erwartete Abbau von körperlichen Belastungen durch den Einsatz moderner Techniken findet nur begrenzt statt. Es haben die Belastungen per Saldo sogar eher zugenommen."⁵

Ambivalente Entwicklungsperspektiven werden auch in Zukunft die Sozial- und Arbeitsverhältnisse prägen. Neue Berufsstrukturen und Organisationsformen, die beispielsweise durch Verlagerung des Arbeitsplatzes in die Wohnung, also die Zunahme der "Tele-Arbeit" hervorgerufen werden, erweitern zwar den individuellen Dispositionsspielraum der arbeitenden Männer und Frauen, erhöhen ihre Zeitsouveränität und vermindern belastende Arbeitswege. "Doch das ist nur die eine Seite. Daneben steht und fällt der Arbeitsplatz mit dem regelmäßigen, nicht formalisierten Austausch von Fragen, Informationen, Ideen. Er lebt von Dialog und Widerspruch. Ebenso hängt die soziale Sinnhaftigkeit der Arbeit für jeden einzelnen nicht zuletzt mit Kontakten und Kollegialität, mit Belästigung, Anerkennung und Einsicht in den Wert des eigenen Arbeitsbeitrags zusammen."⁶ Durch den vernetzten PC-Arbeitsplatz im Wohnzimmer wird das klassische "Entfremdungsverhältnis" nicht aufgehoben, sondern in entscheidenden Punkten verstärkt. Zur technisch vermittelten Fremdbestimmung gesellt sich die Isolierung von den anderen Beschäftigten, die zwar an dem gemeinsamen Projekt beteiligt sind, zu denen aber eine persönliche Kommunikationsbeziehung herzustellen ebensowenig möglich ist, wie die Herausbildung gemeinsamer Interessenperspektiven.

⁵ Bundesinstitut für Berufsbildung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hg.), Neue Technologien: Verbreitungsgrad, Qualifikationen und Arbeitsbedingungen, Nürnberg 1987, S. 9ff.

⁶ D. Henschel, Multimedia. Verheißungen und Sorgen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/1995, S. 331; vgl. auch: Sozialistische Studiengruppen, Egalitarismus oder politische Ökonomie der emanzipierten Arbeit, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 7/8-1995.

Eine andere Perspektive ist die globale "Flexibilität" der Arbeit. Die weltumspannenden Übertragungsnetze ermöglichen problemlos die Verlagerung elektronischer Programm-Aufgaben an jeden Punkt der Welt. Schon heute erledigen Software-Entwickler in Indien die EDV-Arbeit vieler multinationaler Konzerne. Sie arbeiten für ein Zehntel des in Deutschland üblichen Lohnes, sozial wenig abgesichert und unter wesentlich schlechteren Bedingungen. "Parallel dazu läuft die Kuli-Arbeit des Computer-Zeitalters: das Eingeben von Daten in den Rechnerverbund. Morgens als Papiervorlage oder Luftfracht angeliefert, am Nachmittag bereits in Form von lichtschnell fließenden Datenströmen, per Unterseekabel und Satellit zurückexpediert: Personaldaten von Firmen aus den USA, Krankenversicherungsdaten aus Deutschland, Aktienkontrollbögen aus der Schweiz oder medizinische Forschungsberichte aus Großbritannien, die in eine Fachdatenbank eingespeist werden sollen."⁷

D. In dem Maße wie sich der Computer zu einem integralen Bestandteil des Produktions- und Verwaltungsapparates entwickelt, prägen seine abstrakt-formalen Strukturen zunehmend die Arbeitswelt. Mit seiner Hilfe werden in immer weiteren Bereichen Handlungskontingenz und individuelle Reaktionsspielräume reduziert: "Handeln wird zum Automatismus, zu einem scheinbar überindividuell ablaufenden 'autopoietischen' Prozeß."⁸ Die Entmündigung der Arbeitenden vermittelt sich zwar über den informationstechnologischen Apparat, hat aber ihre Ursachen in der fremden Verfügungsgewalt über lebendige Arbeitskraft, ist Ausdruck konkreter Herrschaftsrelationen und das Ergebnis sozialer Machtverteilung.

Auch die Kerngruppe der qualifizierten Informatiker ist mit vielschichtigen Differenzierungsprozessen und Statusambivalenzen konfrontiert. Durch die erhöhte Geschwindigkeit des Akkumulationsprozesses und die damit verbundene technologische Entwicklungsdynamik wird einerseits der Anspruch an das Qualifikationsniveau immer höher geschraubt, gleichzeitig aber auch immer weniger lebendige Arbeit benötigt. Während diese Berufsgruppe 1992 noch eine vermeintlich glänzende Zukunft besaß, war schon ein Jahr später flächendeckend Ernüchterung eingetreten. Weil große Computer-Konzerne und einige der bedeutenden Software-Firmen ihre Belegschaften reduzierten, veränderte sich mit der Arbeitsmarktsituation schlagartig die gesamte Berufsperspektive. Diese Entwicklung ist aber erst der Anfang tiefgreifender struktureller Veränderungen in der Datenverarbeitungsindustrie, die für die beschäftigten Menschen permanente Unsicherheit und den beständigen Zwang zur Mobilität, Profilierung und Qualifikation bedeutet.

⁷ G. Meißner, Software-Söldner. Über die digitale Revolution in Indien, in: Spiegel special, Nr. 3/1995, S. 89.

⁸ G. E. Famulla/P. Gut/V. Möhle/M. Schumacher/U. Witthaus, Persönlichkeit und Computer, Opladen 1992, S. 59.

Während die ersten Informatiker-Generationen in einem sowohl technischen als auch sozialen Neuland noch kreative Gestaltungsspielräume besaßen, wird auf den aktuellen Entwicklungsstufen das Netz der Vorgaben und inhaltlichen Restriktionen immer enger, aber auch die Systeme der Leistungskontrolle immer effizienter. Durch das Prinzip des "modularen Programmierens" hat auch die Arbeitsteilung in die Arbeitswelt der Programm-Entwickler Einzug gehalten. Die informationstechnologischen Kernbereiche nähern sich in schnellem Tempo der "Normalität" der Arbeitswelt an, in der einer Minderzahl qualifizierter Arbeitsplätze eine große Zahl anspruchsloser und belastender Beschäftigungsverhältnisse gegenübersteht. Die Auswirkungen der Computerisierung auf die Arbeits- und Sozialverhältnisse werden also auch bei der zukünftigen Entwicklung durch soziale Differenzierung und der daraus resultierenden ungleichen Verteilung von Lebenschancen geprägt sein.

Computer-Arbeit schreibt aber nicht nur bestehende Ungleichheitsrelationen fest, sondern ermöglicht durch die Vernetzung der Informationen und die Bündelung unterschiedlicher Datenströme eine Intensivierung der sozialen Kontrolle. Zunächst wird dem Kapital "durch die neue Technik die Möglichkeit in die Hand gegeben, die gesamten betrieblichen Abläufe zentral zu steuern, zu koordinieren und im Prinzip jederzeit, d.h. zu jeder Minute zu kontrollieren".⁹ Aber auch der Intensivierung der Erhebung von Daten aus der "Privatsphäre" und der Zusammenführung von Informationen aus allen denkbaren Lebensbereichen, sowie ihrer herrschaftstechnologischen "Verarbeitung", sind keine technischen Grenzen gesetzt. (Es ist gelinde gesagt erstaunlich, wie abwesend solche naheliegenden Gesichtspunkte mittlerweile in der linken Diskussion sind !)

E. Die sozio-kulturellen Konsequenzen der Computerisierung weisen sowohl soziale als auch altersspezifische Differenzierungsmuster auf. Während der Computer sich erst relativ spät in das Leben der meisten Erwachsenen "gedrängt" hat und seine Gesetzmäßigkeiten und "Ansprüche" nur einen Teil ihrer Lebenszeit beherrscht, ist seit einem Jahrzehnt für die nachwachsenden Generationen die Mikroelektronik ein zentraler Bezugspunkt ihrer Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung geworden.

Der Anleitung zum "spielenden Umgang" mit dem Computer mag zwar angesichts eines zunehmenden Konkurrenzdrucks für die beruflichen Integrationschancen des Einzelnen unverzichtbar sein. Für seine Persönlichkeitsentwicklung ist die vermittelte technologische Effizienz aber weniger förderlich. Je intensiver die Identifikation mit den symbolischen Orientierungsmustern ausfällt, um so unterentwickelter bleiben soziale Kompetenz und die Fähigkeit kritischer Infragestellung vorgegebener Verhältnisse und Sachverhalte.

⁹ H. Korte, Büro-rationalisierung und neue Technologien, in: ders., Zwischen Provinz und Metropole. Essays von der Nützlichkeit der Soziologie, Darmstadt 1990, S. 107.

Auch im sozialisatorischen Kontext kann der Computer nicht als Ursache problematischer Entwicklungen angesehen werden: "Der Computer schafft nicht dort ein neues Problem, wo es vorher keines gab, aber bei einer bestimmten Art von Kindern scheint er Grundstrukturen der Isolierung und Vereinsamung zu verstärken".¹⁰ Die "Computersozialisation" hat aber auch dort, wo sie sie keine (im Sinne der herrschenden "Normalitäts"-Vorstellungen) pathologischen Charaktere hervorbringt, eine objektive Formierungsfunktion: Sie vermittelt die Prinzipien eines zweckrationalen Formalismus und inhaltsleeren Funktionalismus.

Die Einübung der technologischen Funktionalität ist stufenförmig organisiert. Auf der untersten Stufe werden durch die Beschäftigung mit Video- und Computerspielen die für den hochtechnologischen Kapitalismus erforderlichen psychischen und geistigen Dispositionen eingeübt. "Der Erwerb sprachlicher Kompetenzen, die die Grundlage eines reflektierten Umgangs mit den Gefühlen bilden, wird durch das Computerspiel kaum gefördert."¹¹ Im Zentrum des "Lernprozesses" steht stattdessen die Konzentration auf ein vorgegebenes Handlungsschema bei gleichzeitigem Training der Konzentrationsfähigkeit und des Reaktionsvermögens. Die Spiele erfordern augenblickliche Reaktionen, was zur Konsequenz hat, "daß reflexive und selbstreflexive Kognitionspotentiale in der Spielsituation selbst ausgeschaltet werden müssen".¹² Selektive Informationsaufnahme und automatisierte Reaktionsformen, rigide Selbstkontrolle und Emotionsunterdrückung bereiten die Kinder und Jugendlichen auf das Funktionieren in größeren technischen und sozialen Zusammenhängen vor und "Befähigen" sie auch der sozialen Isolierung in der Mensch-Computer-"Interaktionsbeziehung" standzuhalten sowie die geforderte Distanz zum realen Leben einzunehmen. "Der Umgang mit dem Spielautomaten hat ... eine Art Vorbereitungs-funktion für die Eingliederung in die Zukunftsgesellschaft. Im Umgang mit der Spielelektronik eigenen sich die Kinder und Jugendlichen die "Voraussetzungen für die kommende Stufe verinnerlichter Arbeit an."¹³ Eingeübt wird vorrangig eine zweckrationale Perspektive, für die Menschen und Dinge austauschbare Objekte sind.¹⁴

F. Obwohl die Einführung des Computers in der Arbeitswelt von Unsicherheit begleitet ist und auch die erhoffte Zunahme anspruchsvoller und selbstbestimmter Arbeitsplätze ausgeblieben ist, hat er sich einen festen

¹⁰ S. Turkle, Die Wunschmaschine. Der Computer als zweites Ich, Reinbek 1986, S. 159.

¹¹ G.-E. Famulla u.a., a.a.O., S. 137.

¹² Ebd., S. 133.

¹³ H. Rosemann, Computer: Faszination und Ängste bei Kindern und Jugendlichen, Frankfurt/M. 1986, S. 348f.

¹⁴ "Es scheint, als ob die Weltverlorenheit, der Abschied von den realen und handgreiflichen Dingen, die Gleichgültigkeit gegenüber den Inhalten das erwünschte Verhalten für die nächste Generation von Arbeitenden, auf verschiedenen hierarchischen Stufen, ist." (W. Volpert, Zauberlehrlinge. Die gefährliche Liebe zum Computer, München 1988, S. 71).

Platz im Alltagsleben erobert werden können. Für viele ist er zentraler Bezugspunkt ihrer Freizeitaktivitäten. Vom Computer geht eine Faszination aus, die durch den Reiz der Technik alleine nicht zu erklären ist. Nicht erst seitdem Computer-Spiele den Markt beherrschen (und viele andere Freizeitbeschäftigungen verdrängt haben) und die Unterhaltungselektronik mit der Computertechnik zusammenwächst, ist seine "spielerische" Dimension offensichtlich geworden. Auch EDV-Beschäftigte (deren Berufstätigkeit nicht nur auf mechanische Dateneingabe beschränkt ist) sprechen von einer "Freude am Spiel, die das Programmieren so lustvoll macht".¹⁵ Fasziniert sind *diese* Anwender von ihrer Fähigkeit, logisch-kausale Ordnungsschemata zu durchdringen und symbolische Vorgänge zu beeinflussen. Die Organisationsformen der Computer-Arbeit, die schnelle und konzentrierte Abfolge von Signalen und der Reaktionen darauf, führt zu einer Dynamik mit großem Erlebniswert: "Die Tätigkeit selbst wird als selbsterfüllend erlebt."¹⁶

Die "Geistmaschine" erlaubt es ihren Bedienern in einen künstlichen Kosmos einzutauchen, der gegenüber der Realität einen unbestreitbaren "Vorzug" besitzt: Er ist klar gegliedert und "berechenbar", er bietet eine Überschaubarkeit und Verlässlichkeit, die in der konkurrenzdominierten Lebenswirklichkeit vermisst wird. Die bildschirmvermittelte Computerwelt erlaubt es Ihren Benutzern sowohl bei der Freizeitbeschäftigung als auch bei der (qualifizierten) beruflichen Tätigkeit, Kontrolle auszuüben und sich experimentierend in einer Kunstwelt zu bewegen. Die symbolischen Anordnungen der "Geistmaschine" haben den subjektiven Status einer "Gegenwelt" mit Rückzugs- und Zufluchtpotentialen. Sich auf sie einzulassen, bietet die Chance, der problemgeprägten Alltagswelt temporär zu entfliehen. Die Computer-Akteure können durch das "Eintauchen" in den medialen Mikrokosmos soziale Bedrohungserlebnisse und Angstzustände "verdrängen", die Beschränkungen des Alltagshandeln "vergessen" und die in der Konkurrenzfiguration als Bedrohung empfundenen Mitmenschen "ausschalten". Indem der Computer-Akteur sich seine "exklusive" Welt schafft, kann er auch das Bedürfnis nach sozialer Distanz, das die meisten Alltagsbeziehungen prägt¹⁷, unproblematisch "befriedigen".

Die mikroelektronische Kunstwelt ermöglicht als vorrangigen Effekt den verändernden und planbaren Eingriffs und das Handeln in ihrem Rahmen vermittelt das Gefühl einer selbstbestimmten "Weltbeziehung". Die Handlungsschritte sind zwar an einen definierten Rahmen gebunden, der selbst aber nicht als einschränkender Faktor registriert wird.

¹⁵ S. Schachtner, Geistmaschine. Faszination und Provokation am Computer, Frankfurt/M. 1993, S. 13.

¹⁶ G.-E. Famulla u.a., a.a.O., S. 144.

¹⁷ Vgl.: C. Szczesny-Friedmann, Die kühle Gesellschaft. Von der Unmöglichkeit der Nähe, München 1991.

Die Gesetzmäßigkeit der Computer-Welt bleibt den Menschen in aller Regel ein ebensolches Geheimnis wie die Bewegungsprinzipien der sozialen Welt. Der Beitrag der Akteure zum Funktionieren der symbolischen Welt kann sich deshalb verselbstständigen, und ihnen als "fremdes, sachliches: nicht als das Verhalten ihrer gegeneinander, sondern als ihr Unterordnen unter Verhältnisse, die unabhängig von ihnen bestehen"¹⁸ gegenüber treten. Dennoch ist der Computer-Kosmos überschaubarer als die reale Welt und kann den Benutzern die Möglichkeit des Eingreifens in das symbolische Regelgefüge und das Gefühl des Handelns und aktiven Reagierens auf Problemkonstellationen vermitteln.

G. Wunsch und Wunscherfüllung liegen im Computer-Handeln eng beieinander und vermitteln relativ unproblematisch ein Erfolgsgefühl. Weil psychische Entfaltungsbedürfnisse im Vordergrund stehen und in der imaginären Bildschirmwelt die Relationen zwischen den Symbolen grenzenlos verändert werden können, beherrscht nicht nur den Programmierer, sondern auch den versierten Laien der Eindruck, "der Schöpfer von Universen, deren alleiniger Gastgeber er selbst ist", zu sein.¹⁹ Darin liegt ein bedeutender Unterschied zu den von Film und Fernsehen vermittelten Phantasiewelten. Der Computer-Benutzer hat an der Entstehung seines individualistischen "Reservats" einen aktiven Anteil. Er erlebt die Illusion einer ständigen Bewegung und grenzenlosen "Flexibilität", auch wenn er sich nicht von der Stelle bewegt oder mit anderen Menschen Kontakt aufnimmt.

Gegenüber der Einsamkeit des Fernsehkonsumenten repräsentiert die Weltabgeschiedenheit des Computer-Akteurs eine intensivere Form der sozialen Isolation, der zu entfliehen die individuellen Kräfte selten ausreichen. Wer sich auf die hermetische Computer-Welt eingelassen, sie zu seinem primären Orientierungskosmos gemacht hat, wird immer wieder nur auf sein eigenes Ich verwiesen. Durch das Fehlen eines Handlungspartners oder einer Perspektive jenseits der Kunstwelt entwickelt sich eine "narzistische, d.h. selbstbezügliche Struktur der Kommunikation", die immer nur "die Begegnung mit dem 'anderen Ich' auf dem Bildschirm" erlaubt, und eine Projektion der eigenen Gefühle in der Identifikation mit den Objekten der Scheinwelt "und Widerspiegelung derselben darstellt."²⁰

Durch diese Kreisbewegung geraten viele Computer-Fanatiker in einen psychischen Zustand, der nur als Sucht beschrieben werden kann und weit verbreitet ist. "Ich ... bin nur wenigen Computerarbeitern oder -wissenschaftlern begegnet", berichtet Hans G Helms, "die von solcher Besessenheit gänzlich frei gewesen wären. Aber ich kenne etliche kindliche wie erwachsene Programmierer und Tüftler, die Symptome hochgradiger psychi-

¹⁸ K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 75.

¹⁹ J. Weizenbaum, Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M. 1977, S. 160.

²⁰ G.-E. Famulla u.a., a.a.O., S. 139.

scher und sozialer Störungen aufweisen.²¹ Diese Menschen werden von dem Zwang getrieben, immer wieder in die geordnete und (zumindest teilweise) ihrem Willen unterworfenen Welt zurückzukehren. Die Gründe dafür sind naheliegend: "Je ausgiebiger man sich als Herrscher selbstgeschaffener Sternwelten bestätigt, desto schwerer fällt die Rückkehr in den Schmutz der Alltagswelt, mit all ihren Einschränkungen und Problemen."²² Es ist gleichzeitig aber gerade der synthetische Charakter der Computerwelt, der die Akzeptanz der Realität zunehmend erschwert und immer wieder den Trieb nach symbolischer Betätigung stimuliert.

Weil die Handlungskompetenz aber nur eine imaginäre Größe ist, die individuellen Interventionen nur die Relationen eines künstlichen Universums, das gerade durch seine strikte Trennung von der Realität funktioniert, verändern, werden die Individuen nur um so stärker von den repressiven Ansprüchen vereinnahmt, denn das "Computer-Handeln" produziert die illusionäre Abwendung von der Realität nur um den Preis einer Verstärkung der faktischen Abhängigkeit von ihr.

Trotz der unauflöselichen Verbindung von Entfremdung und Selbstentfremdung repräsentiert das intensive Computer-Handeln dennoch den Versuch, eine Gegenwelt zu den Reglementierungen und Fremdbestimmungen der Alltagswelt aufzubauen. Es ist ein hilfloses Aufbegehren gegen die Fremdbestimmung des Lebens und die Dominanz menschenfeindlicher Vergesellschaftungsformen.

H. Die internationalen Kapitalgruppen träumen vom größten Wachstumsmarkt des nächsten Jahrhunderts und sind bemüht, sich durch Milliardeninvestitionen in die Multi-Media-Technologie die erhofften Profitancen zu sichern. Doch die (Kapital-)Intensität, mit der die informations- und kommunikationstechnologische "Progression" vorangetrieben wird, steht in einem auffälligen Gegensatz zur Transparenz der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven. Unklar bleibt, in welche Richtung sich sowohl die Lebensverhältnisse als auch die globalen sozio-ökonomischen Reproduktionsbedingungen durch die Dominanz der Informationstechnologie verändern. Sicher ist, daß die multi-medialen Komplexe nicht soziale Aufklärungsprozesse in Gang setzen und ebenso wenig das zur demokratischen Partizipation notwendige Wissen mehren werden. Die Flut unstrukturierter Informationen wird die verbreitete Bewußtlosigkeit eher noch weiter zementieren. Unter den Bedingungen der vollständig zur Ware herabgesunkenen Nachricht bleibt für soziales Lernen und historisches Erinnern wenig Platz.

Die massenmedialen Bewußtseinsagenturen haben es nicht unbedingt nötig, die Unwahrheit zu verbreiten. Sie erzielen ihre Wirkung durch die Selektion der Themen und Fakten. Dabei ist die falsche Konkretheit und der

²¹ H. G Helms, Die Computer und die Phantasie, in: Merkur, Jg. 1983, S. 931.

²² W. Volpert, a.a.O., S. 64.

fragmentarische Charakter des Alltagsbewußtseins gleichzeitig ihr Bezugspunkt und ihre Legitimationsbasis. Durch den Zerfall der traditionellen Sozialorientierungen eines historischen Erinnerungsvermögens beraubt, sind die Menschen des "multi-medialen Zeitalters" den massenhaften, zusammenhanglos aneinandergereihten oder in ein sachfremdes Interpretationsschema gepreßten "Informationen" hilflos ausgeliefert.²³ Allein durch diese Präsentationsformen wird nicht nur eine dem Herrschaftssystem adäquate Sichtweise durchgesetzt, sondern werden auch die Informationsbedürfnisse so geprägt, daß sie sowohl mit der Angebotspalette der Medienindustrie als auch mit den politisch-ideologischen Verhältnissen deckungsgleich sind.²⁴

Angesichts der Realität der massen-medialen Bewußtseinsformung ist es entweder Ausdruck einer mit mangelnder Phantasie gepaarten Dummheit oder eines herrschaftskonformen Zynismus, wenn von den "Datenautobahnen" und den multimedialen Informationssystemen eine Demokratisierung des Informationszuganges oder gar selbsttätige Aufklärungsprozesse erwartet werden.²⁵ Fortschrittliche Effekte werden unabhängig vom fetischisierten und paralysierten Zustand des Massenbewußtseins alleine schon durch die kommerzielle Formung der digitalisierten Verbundnetze (vorsichtig ausgedrückt) begrenzt bleiben. Denn "gemacht wird, was sich rechnet: Danach sind folgende Nutzungen wahrscheinlich:

- Rationalisierung einschließlich neuer Formen der Arbeitsorganisation (Telearbeit),
- zusätzliche Wege und Vertriebsformen der Fernsehunterhaltung,
- neue Angebots- und Bestellformen für den Versandhandel und Touristikunternehmen.²⁶

(Auch wenn in marxistischem Diskussionszusammenhang nur noch selten über die politik-ökonomischen Aspekte einer Sache die Rede ist, sollte nicht die kapitalismusimmanente, ursächlich mit dem Zirkulationsprozeß des Kapitals und seiner gesetzmäßigen Beschleunigungstendenz zusammenhängende Bedeutung des forcierten Ausbaus des Kommunikationsnetzes unerwähnt bleiben!)

²³ Vgl.: W. Seppmann, Medien-Bewußtsein, in: Marxistische Blätter, H. 1, 1993.

²⁴ Nach Ansicht der Medien-Multis liegt in diesem Mechanismus - natürlich - eine soziokulturelle Großtat. Denn "die Geschichte zeigt, daß die Konsumenten noch nie wußten, was sie eigentlich wollten - bis sie die neuen Angebote einmal selbst kennenlernen". ("Das Wichtige erleben wir zusammen". Gespräch mit Time-Warner-Chef Gerald Levin über die Medien der Zukunft, in: Spiegel special, Nr. 3/1995, S. 31).

²⁵ Es bleibt deshalb müßig, die Frage aufzuwerfen, wie es "die Mehrzahl der Menschen lernen kann, sich technisch in die Netze einzuklinken und dort gezielt und erfolgreich das für sie Interessante zu finden, also durch die enorme Fülle von Angeboten zu navigieren". (H. Kubicek, Der amerikanische Weg zum Information-Superhighway, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6/1995, S. 342).

²⁶ D. Henschel, a.a.O., S. 329.

Seit die "interaktiven Medien" im Gespräch sind, ist auch klarer zu sehen, was in der herrschenden politischen Kultur unter Partizipation und selbstbestimmtem Handeln verstanden wird. Dem Fernseh-Benutzer wird zugestanden, mit dem zu einem Warenhauskatalog umfunktionierten Bildschirm zu "kommunizieren" und per Knopfdruck seine Konsumbedürfnisse zu befriedigen. Doch soll es nicht nur so profan zugehen, denn ebenfalls neue Zeiten "kultureller Vielfalt" sind angekündigt. Der Medien-Konsument soll in Zukunft nicht mehr warten müssen, bis ihm die x-te Wiederholung eines B-Streifens aus dem Kirch-Fundus vorgesetzt wird, sondern er soll in die Lage versetzt werden, *diese Produkte* gemäß seiner eigenen Zeitplanung (und gegen bare Zahlung!) anzufordern.

Die "interaktive" Apparatur soll die Individuen vor allen Dingen davor bewahren, mit anderen Menschen Kontakt aufzunehmen, was sich beim Einkaufen im Supermarkt oder beim Ausleihen von Videokassetten tatsächlich nicht immer vermeiden läßt. Jenes "moderne Eremitentum" das Günter Anders schon nach den Erfahrungen mit den Anfängen der TV-Kultur prognostiziert hatte, soll nun in die Phase seiner Vollendung treten; die zunehmende Isolierung am Arbeitsplatz soll in der Konsum- und Freizeitwelt vervollständigt werden.

Auch solche Manipulationsformen des Massenbewußtseins erklären sich nicht durch die "Eigengesetzlichkeiten" der (Medien)Technologie, sondern durch die ökonomischen, politischen und sozialen Einflußfaktoren.²⁷ Aber auch wenn die Informationselektronik nicht die Ursache der Bewußtseinsmanipulation und Verhaltensformung ist, hat doch durch das veränderte technische Organisationsgefüge (insbesondere seit der Computer im Alltag Einzug gehalten hat) die ideologische Herrschaftsvermittlung einen anderen Charakter bekommen. Trotz massiver politischer Einflußnahme und ökonomischer Reglementierung erweckt die massen-mediale Bewußtseinsformung einen neutralen Eindruck. Die geistige Anpassung und die bewußtseinsprägenden sozialen Interessen verschwinden hinter der Fassade von "programmatischer Vielfalt", "politischer Neutralität" und "geistiger Pluralität".

²⁷ Vgl. F. Schmidt, MedienMultis + Multimedia, isw-report Nr. 22, 1995.

Heinrich Bleicher-Nagelsmann

Das Ende der 4. Gewalt?

Die klassischen Medien in der "multimedialen Informationsgesellschaft"

Nicht mehr weit vom Ende dieses Jahrtausends entfernt stehen wir am Beginn einer Entwicklung, die den traditionellen/klassischen Medienbereich und damit auch dessen Aufgabe und Funktion für die Gesellschaft gravierend verändern wird. Die mit "Multimedia" schlagwortartig bezeichnete Entwicklung wird von ihren Betreibern, allen voran dem amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, als das "größte Geschäft auf dem wichtigsten und lukrativsten Markt des 21. Jahrhunderts" bezeichnet.¹

Ähnlich wie bei der Einführung von privatem Rundfunk in der Bundesrepublik vor gut zehn Jahren herrscht Goldgräberstimmung. War es damals primär Medienkapital, insbesondere aus dem Printbereich, das auf den Markt drängte, stellt sich die Situation heute anders dar.² An den Multimedia-Schürfstellen tummeln sich Digger unterschiedlicher Herkunft. Neue Schnittstellen entstehen durch das Zusammenwachsen der bisher getrennten Bereiche Telefon, Rundfunk und Film sowie Computer. Der Telekommunikationsmarkt in Europa und insbesondere der Bundesrepublik wird durch Deregulierung neu strukturiert. Der Rundfunkmarkt wird ökonomisch und programmlich immer stärker nach privatkapitalistischen Prinzipien strukturiert, was mit weiteren Konzentrationsprozessen verbunden ist.³ Die Märkte der Computer- und Endgeräteindustrie verschränken sich immer stärker und durchdringen die beiden vorher genannten Märkte. Digitalisierung und Datenkompression sind die Prinzipien, die die Konvergenz der genannten Bereiche und Märkte auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Wirft man einen Blick auf die "global player" im Multimedia-Geschäft, so zeigt sich schnell, daß die großen Telekommunikationskonzerne mit AT&T an der Spitze (111,1 Mrd. DM Umsatz 1993) und SIP (24,6 Mrd.

¹ Der Spiegel, Nr. 50 vom 12.12.1994, zitiert nach Michael Schwemmler: Das größte Geschäft des 21. Jahrhunderts, in: Kurt van Haaren/Detlef Hensche (Hrsg.): Multimedia - Die schöne neue Medienwelt auf dem Prüfstand, Hamburg 1995, S. 17. Zur Definition von "Multimedia" bzw. der Beschreibung von Multimedia-Anwendungen siehe: Wilfried Fegter: Multimedia: technische Grundlagen - praktische Anwendungen, in: Kurt van Haaren/Detlef Hensche, a.a.O. S. 29-42.

² Zum 10jährigen "Jubiläum" ist eine Vielzahl von Einschätzungen und Bewertungen in den medienpolitischen Fachzeitschriften erschienen. Im Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklung verweise ich auf Hans J. Kleinsteuber: Das Prinzip Kommerz, in: van Haaren/Hensche: Multimedia, a.a.O. S. 157-168.

³ Vgl. zuletzt Leo Kirchs Einstieg bei Berlusconi Mediaset, u.a. Frankfurter Rundschau und Stuttgarter Zeitung vom 21.7.95.

DM Umsatz in 1993) an 10. Stelle⁴ deutlich vor den größten Medienkonzernen der Welt liegen, z.B. Bertelsmann (18,4 Mrd. DM Umsatz in 1993) und Sony (11,8 Mrd. DM Umsatz in 1993).⁵ Die Goldadern im Multimedia-Geschäft müssen allerdings erst noch erschlossen werden. Beim Abstecken der Claims sind nicht unerhebliche Finanzmittel notwendig. Selbst große Medienkonzerne wie Bertelsmann oder Kirch sind hierbei auf branchenfremde Kapitale oder strategische Allianzen angewiesen. Dabei stehen ihnen weitaus kapitalkräftigere Konkurrenten, wie Siemens, Veba, RWE oder Mannesman gegenüber, die wie auch die Telekom auf dem neuen Zukunftsmarkt engagiert sind.⁶

Vergleicht man die Struktur des klassischen/traditionellen Mediensektors mit dem des Multimediasektors, so wird die einseitige Gewichtsverlagerung und Funktionsverschiebung der "Medien" deutlich. Die Kapitalmacht liegt deutlich auf Seiten der medienfremden Kapitale. Für den Privatkfunk gilt übrigens auch schon, daß es sich bezüglich der Anteilseigner nicht um reine Medienkapitale handelt. Z.B. bei Leo Kirchs Kabelkanal ist der Beisheim-Konzern mit 45 % im Geschäft, beim Musiksender VIVA sind es Plattenkonzerne und Frank Otto (Otto-Versand). Mit der Perspektive Multimedia machen solche Beteiligungen natürlich auch verkaufsstrategisch einen Sinn. Von Anbeginn war klar, daß es den Privatkfunkbetreibern in erster Linie darum ging, Geld zu verdienen. Daran ist in dieser Gesellschaft nichts Ehrenrühriges. Zu kritisieren ist allerdings die insbesondere von politischen Befürwortern damals beschworene Programm- und Meinungsvielfalt. Nach zehn Jahren dualer Rundfunkstruktur läßt sich eindeutig belegen, daß, von einigen Feigenblättern wie "Spiegel-TV" oder Alexander Kluges DCTP abgesehen, nur Konserven oder Unterhaltung im Stile der soap-operas das "Programmprofil" der Privaten ausmachen.⁷ Der Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT) behauptet zwar in einer jüngst veröffentlichten Studie⁸, daß die Qualität vor allem bei den Informationssendungen der Privatkfunker deutlich zugenommen haben, aber selbst die FAZ kann nicht umhin festzustellen, daß diese "Ansicht nicht von jedem Beobachter geteilt wird".⁹

⁴ Siehe Michael Schwemmler: Das größte Geschäft..., a.a.O., S. 20.

⁵ Siehe Klaus Pickshaus: Klassenziel global player - Die Rolle des Medienkapitals im Multimedia-Geschäft, in: Kurt van Haaren/Detlef Hensche, a.a.O. S. 44.

⁶ Vgl. hierzu im einzelnen und an ausgewählten Beispielen den schon zitierten Artikel von Klaus Pickshaus, a.a.O., S. 43-52.

⁷ Zum Programmprofil der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten siehe Media Perspektiven Basisdaten - Daten zur Mediensituation in Deutschland 1994, S. 16-29. Außerdem: Udo Michael Krüger: Trends im Informationsangebot des Fernsehens, in: Media Perspektiven 2/95, S. 69-87.

⁸ Das private Fernsehen - Die Rahmenbedingungen und Perspektiven einer Wachstumsindustrie, hrsg. v. VPRT, Bonn 1995, S. 17.

⁹ Privatfernsehen mit kräftigem Wachstum, in: FAZ v. 13. Juli 1995.

Eindeutig haben die Privaten allerdings den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auf dem Feld der Werbung den Rang abgelassen.

Hatten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD und ZDF) 1985 zusammen noch einen Werbefernsehumsatz von 1.439,7 Mio. DM betrug dieser 1993 nur noch 815 Mio. DM.¹⁰ Allein RTL, der werbestärkste private Fernsehanbieter, hat dagegen seinen Werbeumsatz von 124,6 Mio. DM in 1988 auf 1.844,4 Mio. in 1993 gesteigert.¹¹ Diese Umschichtung des Werbevolumens hat zu empfindlichen Einnahmeverlusten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geführt. In der laufenden Diskussion um die Erhöhung der Rundfunkgebühren spielt dies eine wichtige Rolle. Da die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sich über ihre Werbeeinnahmen und Gebühren finanzieren, muß bei sinkenden Einnahmen auf der einen Seite und gleichbleibenden bzw. steigenden Kosten die andere Seite der Einnahmequelle erhöht werden. Hier ist für konservative Politiker ein wesentlicher Ansatzpunkt, um Druck auszuüben. Am deutlichsten haben dies Stoiber und Biedenkopf mit Wissen und Zustimmung Kohls in ihrem Frontalangriff auf die ARD zu Beginn dieses Jahres praktiziert. In ihren "16 Thesen zur Reform der ARD"¹² behaupten sie, daß "das Gesamtangebot des öffentlich-rechtlichen Bereichs aus prinzipiellen wie aus Kostengründen auf das Maß reduziert werden muß, das durch die Grundversorgung der Bevölkerung geboten ist". Damit stellen sie den eigentlichen Sachverhalt auf den Kopf. Die vom Bundesverfassungsgericht (BVG) gebotene Grundversorgung ist keine Finanzfrage sondern eine Programmfrage. Dazu hat sich das BVG in seinem Urteil vom Februar 1994 deutlich geäußert: "Rundfunkfreiheit ist ... vor allem Programmfreiheit. Es ist der Rundfunk selbst, der aufgrund seiner professionellen Maßstäbe bestimmen darf, was der gesetzliche Rundfunkauftrag in publizistischer Hinsicht verlangt."

Im Hinblick auf eine funktionsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befinden sich die unionistischen Systemveränderer in erschreckender Distanz zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Das böse Wort von einer "uferlosen Erhöhung der Gebühren und Ausweitung der Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Bereich" fällt auf seine Urheber zurück. Es waren maßgeblich Parteipolitiker selbst, die in der Vergangenheit wenig staatsfern in die Entscheidungen der alten Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) eingewirkt haben. Dem hat das BVG einen Riegel vorgeschoben. Gleichzeitig hat es Bestand, Entwicklung, Finanzierung und Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachdrücklich festgeschrieben.

¹⁰ Media Perspektiven Basisdaten, a.a.O., S. 10.

¹¹ A.a.O., S. 21.

¹² Veröffentlicht u. a. in der Frankfurter Rundschau vom Januar 1995 und in Media Perspektiven Heft 3/95. Zur Bewertung dieses Papiers siehe Heinrich Bleicher: "Kritischer Journalismus ist das Ziel" in "M" Menschen machen Medien, Heft 3/95.

Inwieweit die nach dem BVG-Urteil neu zusammengesetzte KEF unabhängig und sachgerecht den Finanzbedarf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bewerten wird, bleibt abzuwarten. Skepsis ist allerdings angebracht. In einem KEF-Papier vom Mai 1995 werden hinsichtlich der Neustrukturierung der Produktionskapazitäten im öffentlichen Rundfunk Überlegungen angestellt, die weitgehend rein betriebswirtschaftlichen Sichtweisen folgen.¹³ Der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, und der stellvertretende Vorsitzende, Gerd Nies, stellen in einem Brief an den KEF-Vorsitzenden Rainer Conrad u.a. fest: "Ihre Vorschläge zur Auslagerung öffentlich-rechtlicher Produktionen halten wir allerdings für sehr bedenklich. Insbesondere ihr theoretischer Gedankengang, 'sämtliche Produktionsleistungen, von der Aufnahme und Bearbeitung der Beiträge und Sendungen bis zur Ausstrahlung durch private Unternehmer erledigen zu lassen...' würden den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nachhaltig schwächen ... Befremdlich ist auch ihr Hinweis auf Argumente von privaten Unternehmen, durch 'geringe Zwänge hinsichtlich arbeitsrechtlicher und tariflicher Verpflichtung' eine größere unternehmerische Flexibilität zu erreichen." Im Endeffekt laufen solche Überlegungen darauf hinaus, bestehende Tarifverträge zu unterlaufen. Abschließend stellen Hensche und Nies fest: "Mit Befremden müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es einen starken politischen Druck gibt, die finanzielle Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausschließlich mit Stellen- und Sozialabbau-Plänen zu meistern. Diese Sichtweise hält die IG Medien für ungeeignet, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftsfähig zu machen."¹⁴

Aufgabe der Politik ist es, für Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks tätig zu werden. Statt dessen werden aber Kommerzfunkbetreiber zum Schaden der Öffentlich-Rechtlichen aus durchsichtigem machtpolitischem Kalkül unterstützt. Getreu der alten Aussage von Herrn Stoiber: "Wer die Chancen privater Anbieter absichern will, muß dafür sorgen, daß die Werbeeinnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschränkt bleiben." Die Abschaffung der ARD als bundesweites Vollprogramm wäre ein Meilenstein auf diesem Weg. Auf der Strecke blieben kritischer Rundfunkjournalismus, Rundfunk als Kulturträger, Rundfunkvielfalt und damit ein wesentlicher Baustein unserer Demokratie.

Die Frage ist gestellt, inwieweit die Medien und insbesondere der Rundfunk zukünftig ihrer Aufgabe als 4. Gewalt, das heißt der informierenden kontrollierenden Funktion für unsere Gesellschaft, noch nachkommen können. Dies hängt sicherlich entscheidend davon ab, inwieweit insbesondere der öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Medium und Faktor der öf-

¹³ Das Papier ist inzwischen veröffentlicht in: epd/Kirche und Rundfunk, Nr. 51 vom 1. Juli 1995, S. 19-22. Dort wird auch über die Stellungnahme der IG Medien berichtet.

¹⁴ Zur Dokumentation siehe "M" Menschen machen Medien, Nr. 8/9 1995.

fentlichen Meinungsbildung auch in der Informationsgesellschaft funktionieren kann und wird.

Wesentlich wird die Funktion des Rundfunks auch davon abhängen, wie weit es gelingt, die notwendige publizistische Autonomie für die Programmproduzenten abzusichern. Gerade angesichts der Medienkonzentration kommt dem eine steigende Bedeutung zu. Erneut in ihre gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen sind auch die Gremienvertreter insbesondere der gesellschaftlichen Gruppen in den Rundfunkräten.

Wenn im folgenden schwerpunktmäßig der Rundfunkbereich betrachtet wird, so soll damit nicht die Bedeutung der Presse und des Printmediensektors insgesamt geringgeschätzt werden. Deutlich muß darauf hingewiesen werden, daß auch im Pressesektor weitere Konzentrationsprozesse zu verbuchen sind.¹⁵ Der Bericht der Monopolkommission für die Bundesregierung verschleiert diesen Sachverhalt allerdings. Sowohl für den Presse- als auch für den Rundfunksektor. Völlig unzureichend wird die Verflechtung zwischen beiden analysiert und problematisiert.

Dieser Sachverhalt und andere konzentrationsrelevante Gesichtspunkte werden in den einschlägigen Passagen im 10. Hauptgutachten der Monopolkommission, das im wesentlichen auf Deregulierung und Wettbewerb zielt, sträflich vernachlässigt. Im Hinblick auf Analyse und notwendige Konsequenzen ist das Gutachten erstaunlich widersprüchlich. Einerseits weist es selbst auf die besondere verfassungsrechtliche Stellung der Medien, auf ihre Bedeutung für Informationsfreiheit und Meinungsbildung hin, andererseits zieht es jedoch in der Sache daraus keine Konsequenzen. Weder im Unterabschnitt zur Pressekonzentration noch in den Ausführungen zum Rundfunk. Ein Schelm, wer dahinter politisches Kalkül vermutet. In einer ausführlichen Stellungnahme zur Anhörung über das Gutachten und für die Presse haben die IG Medien und der DGB Stellung bezogen und das Gutachten als völlig verfehlt kritisiert.

Konzentrationskontrolle im Rundfunkbereich

Ohne die gesellschaftliche Bedeutung der Presse für die Information und Meinungsbildung gering bewerten zu wollen - hier besteht permanenter Handlungsbedarf zur Sicherung von Informations- und Meinungsfreiheit sowie innerer Pressefreiheit - ist die Bedeutung des Mediums Fernsehen sowohl im Hinblick auf den Stellenwert für Multimedia und die sogenannte Informationsgesellschaft als auch hinsichtlich der Bedeutung für eine demokratische Öffentlichkeit ungleich höher einzuschätzen.¹⁶

¹⁵ Siehe insbesondere die kontinuierlich von Horst Röper in Media Perspektiven veröffentlichten Untersuchungen. Z.B.: Formationen deutscher Medienmultis 1993, a.a.O., Heft 3/94 S. 125-144.

¹⁶ Frei nach dem Motto: "Zeitungen lügen wie gedruckt, was im Fernsehen zu sehen ist, muß einfach wahr sein."

Der augenblicklichen Diskussion um den Rundfunkstaatsvertrag kommt gerade wegen der Konzentrationskontrolle im Rundfunkbereich besondere Bedeutung zu.¹⁷ Darüber, daß die Konzentrationskontrolle der Landesmedienanstalten in der Vergangenheit versagt hat, herrscht relativer Konsens. Auch die Landesmedienanstalten selbst sind sich ihrer unzureichenden Voraussetzungen und Mittel zu Konzentrationskontrolle und Sanktion von Verstößen bewußt.¹⁸

Zur organisationsrechtlichen Vielfaltssicherung sind derzeit im wesentlichen drei Hauptmodelle in der Diskussion: das zur Zeit gültige Modell der Anbietergemeinschaft, das Zuschauer-Marktanteilsmodell (in verschiedenen Varianten) und das Werbemarktanteilsmodell.¹⁹

Es kann nicht darum gehen, von seiten der Gewerkschaften ein weiteres Modell in die Diskussion zu werfen. Entscheidend ist es, Eckpunkte und Bedingungen zu formulieren, die auf jeden Fall eingehalten werden müssen. So hat der DGB-Bundesvorstand am 9. Mai 1995 ein Positionspapier zum Rundfunkstaatsvertrag verabschiedet und den Ministerpräsidenten der Länder sowie den politischen Parteien zugeleitet.²⁰ Im DGB-Bundesvorstandsbeschuß werden folgende Regelungen benannt, die eine wirksame Konzentrationsbegrenzung und ein höheres Maß an Vielfalt gewährleisten sollen:

- Die öffentliche Aufsicht über private Rundfunkanbieter muß effizienter gestaltet werden.
- Private Rundfunkanbieter müssen verpflichtet werden, ihre wirtschaftlichen Beziehungen offenzulegen.

¹⁷ Zur Konzentrationsentwicklung im Fernsehbereich vgl. u.a.: Jürgen Heinrich: Keine Entwarnung bei Medienkonzentration. Ökonomische und publizistische Konzentration im deutschen Fernsehsektor 1993/1994, in *Media Perspektiven* 6/1994, S. 297-310.

¹⁸ Siehe Victor Henle: Erfahrungsbericht der Landesmedienanstalten zur Sicherung der Veranstalter- und Beteiligungsvielfalt im bundesweit verbreiteten Rundfunk, in: *Die Sicherung der Meinungsvielfalt: Berichte, Gutachten und Vorschläge zur Fortentwicklung des Rechts der Medienkonzentrationskontrolle*. Hrsg.: Die Landesmedienanstalten, Berlin 1995, hier S. 9-125. Dieser Band bietet zusammen mit den einschlägigen, in den *Media Perspektiven* erscheinenden Artikeln einen guten Überblick zur Konzentrationsproblematik.

¹⁹ Das letztere wird im wesentlichen von dem Frankfurter Rechtswissenschaftler Friedrich Kübler vertreten. In seiner Ausformung und Intention kommt es der Tatsache, daß die Privatfunkveranstalter mit Werbung Geld verdienen wollen, am nächsten. Der grundlegende publizistische Aspekt tritt dabei allerdings in den Hintergrund. Siehe Friedrich Kübler: Argumente für ein Werbemarktanteilsmodell, in: *Media Perspektiven* 2/95, S. 48-57. In einem jüngst veröffentlichten Gutachten für die nordrhein-westfälische Landesmedienanstalt (veröffentlicht in *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 39 vom 20. Mai 1995) macht Kübler allerdings interessante Ausführungen zur Sicherung innerer Pressefreiheit, d.h. zur Sicherung professioneller Autonomie der publizistisch Verantwortlichen, a.a.O., S. 30/31. Inzwischen gibt es noch einen modifizierten Vorschlag, der für ein Einflußanteilsmodell votiert. Norbert Holzer: Konzentration: Plädoyer für ein Einflußanteilsmodell, in: *epd/Kirche und -rundfunk* Nr. 51 vom 1. Juli 1995, S. 5-10.

²⁰ Das Positionspapier ist veröffentlicht in: *DGB- Informationen zur Medienpolitik* 2/1995, S. 2-8.

- Medienmacht muß durch wirksame, die Konzentration hemmende Regelungen begrenzt werden.

- Innerhalb der einzelnen privaten Rundfunkanstalten muß durch sogenannte binnenplurale Instrumente (Fensterprogramme und Redaktionsstatute) Vielfalt gewährleistet werden.

- Die deutschen Regelungen müssen eine Nähe zu EU-Regelungen aufweisen, um bundesdeutsche Sonderwege zu vermeiden. Die EU muß Grenzen für die Konzentration von Print- und elektronischen Medien festlegen. Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen auch in der EU garantiert werden. Die Rundfunkhoheit der Bundesländer darf auch durch EU-Normen nicht beschnitten werden.²¹

Die genannten Punkte werden dann im einzelnen weiter ausgeführt. Die medienrechtliche Konzentrationsprüfung soll nach Vorstellung des DGB durch das Bundeskartellamt wahrgenommen werden. Seine Entscheidung soll "für alle Landesmedienanstalten bindend (sein) ... Eine solche Regelung könnte die derzeit diskutierte Bundesorganisation der Landesmedienanstalten (Körperschaft der Landesmedienanstalten oder eine Medienanstalt der Länder) ersetzen und den föderalen Grundgedanken des Rundfunks stärken".²² Dieser Vorschlag dürfte trotz der (falschen) formalen Begründung nicht zweckdienlich sein, denn die verbindliche Entscheidung beim Bundeskartellamt würde gerade den Föderalismus in Frage stellen. Darüber hinaus werden ründfunkspezifische Kriterien nicht berücksichtigt.

Um die Position der Landesmedienanstalten nicht noch weiter auszuhebeln, sondern sie gerade angesichts der multimedialen Entwicklung zu stärken, käme es darauf an, sie gemeinsam in die Lage zu versetzen, ihrer Aufgabe wirklicher Kontrolle nachkommen zu können.²³

Dezidiertere Zielvorgaben als der DGB-Beschluß macht der Hauptvorstand der IG Medien in einem Antrag "Gewerkschaftliche Eckpunkte zur Medienkonzentration" für den 3. Gewerkschaftstag im Oktober. So fordert er z. B. auch Entflechtungen, wo bereits regionale Machzusammenballungen entstanden sind, die Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt einschränken bzw. nicht entstehen lassen. In dem Antrag werden folgende Eckpunkte für die Neuregelung der Konzentrationsproblematik im Rundfunkstaatsvertrag genannt:

1. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat verfassungsrechtlich und medienpolitisch eine besondere Stellung; seine Struktur muß Offenheit und

²¹ A.a.O., S. 4.

²² A.a.O., S. 6.

²³ Das von der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) vorgelegte Eckwertepapier zum Digital Video Broadcasting (DVB) gibt Anhaltspunkte dafür, daß sich die Landesmedienanstalten jetzt gemeinsam dezidiert über ihre zukünftigen Aufgaben auseinandersetzen. Siehe die Dokumentation des Papiers in *epd/Kirche und Rundfunk*, Nr. 55 vom 15. Juli 1995.

Meinungsvielfalt gewährleisten. Er steht nur in ganz begrenztem Umfang mit privatrechtlich organisierten Medien in Konkurrenz am Werbemarkt: Das soll auch so bleiben. Eine Einbeziehung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Konzentrationsüberlegungen ist daher verfehlt.

2. Marktanteilsmodelle, die an Zuschaueranteilen anknüpfen, übersehen, daß echte Marktbeziehungen zwischen Rundfunkanbietern und Zuschauern nicht bestehen - die wirtschaftliche Konkurrenz, die wirtschaftliche Macht und auch die Programmangebote sind vom Wettbewerb um den Werbemarkt bestimmt. Zuschaueranteilsmodelle gehen insofern auch von falschen Voraussetzungen aus. Allen bekannten Modellen ist im übrigen gemeinsam, daß sie im Grunde den erreichten Konzentrationszustand absichern wollen (u.a. dadurch, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk als marktanteilmindernd in die Gesamtbetrachtung einbezogen wird).

3. Konzentrationskontrolle kann wirksam nur stattfinden, wenn Entscheidungen unabhängig von Standort- und politischen Interessen getroffen werden. Konzentrationsprüfungen müssen daher einer unabhängigen bundesweiten Kommission übertragen werden; die getroffenen Entscheidungen müssen unter Konzentrationsrechtlichen Gesichtspunkten für die Zulassung verbindlich sein.

4. Begrenzung der Medienkonzentration setzt Transparenz voraus, über alle für die Konzentrationsprüfung relevanten Beteiligungen, Verflechtungen und vertraglichen Abhängigkeiten; eine Verletzung der Verpflichtung zur Offenlegung muß zur Versagung der Zulassung führen.

5. In die Konzentrationsprüfung dürfen nicht nur Kapitalbeteiligungen einbezogen werden, sondern auch faktische Abhängigkeiten und langfristige vertragliche Verflechtungen.

6. Beteiligungen im Printsektor, am Rechtsmarkt und bei rundfunkähnlichen Diensten müssen in die Konzentrationsprüfung einbezogen werden.

7. Betreiber von Netzen dürfen sich weder unmittelbar noch mittelbar an Rundfunkbetrieben beteiligen.

8. Programmauflagen bei der Zulassung dienen der Herstellung oder Sicherung von Meinungsvielfalt. Ihre Einhaltung muß überwacht, Verstöße müssen - notfalls mit Lizenzentzug - sanktioniert werden.

9. Die redaktionelle Unabhängigkeit muß durch Einführung und Ausbau innerer Rundfunk- und Pressefreiheit gestärkt werden.

10. Zum Schutz vor politischer Instrumentalisierung muß sichergestellt sein, daß politische Parteien und Kandidaten für politische Ämter sich weder mittelbar noch unmittelbar an Rundfunkveranstaltern beteiligen können.

11. Bei der Einspeisung von Rundfunkprogrammen in Kabelnetze muß der Vorrang öffentlich-rechtlicher Programme gesichert sein.

Landesmediengesetze müssen in ergänzenden Regelungen insbesondere das Entstehen regionaler Machtzusammenballungen im Print- und audiovisuellen Sektor verhindern und gegebenenfalls, wo solche Machtzusammenballungen bereits entstanden sind, entflechten. Insbesondere auf regionaler Ebene sind Maßnahmen möglich und notwendig, um kleine unabhängige, nichtkommerzielle Anbieter zu fördern und Verbreitungsmöglichkeiten sicherzustellen.

Zu erwägen ist, ob Rundfunkanbieter oberhalb eines bestimmten Anteils am Werbemarkt eine besondere Abgabe leisten müssen, die zur Förderung kleiner unabhängiger Anbieter eingesetzt werden kann. Eine solche Regelung kann sich daraus rechtfertigen, daß sich eine starke Stellung am Zuschauermarkt überproportional am Werbemarkt umsetzt, wodurch der Marktzutritt für kleinere Anbieter und deren Chancen zusätzlich erschwert werden.²⁴

In ihren Angriffen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk lassen die konservativen Systemveränderer nicht nach. Kurt Biedenkopf hat inzwischen seine Forderung nach der "Reform" der ARD erneuert. Auch aus SPD-Reihen gibt es Vorschläge zur "Verschlankung" der ARD. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck, Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder, hat unter Beifall von Stoiber mit seinen "Märzthesen"²⁵ wenig geeignete Vorschläge zur "Neuordnung des Rundfunks im Südwesten" gemacht. Die Ablehnung des Vorschlags für eine "Mini-ARD" kam prompt von den Sendern aus Baden-Württemberg und Hessen; nicht nur seitens der Geschäftsführung. Der Personalrat des Hessischen Rundfunks hat sich in seinem Info vom 22.3.95 hierzu deutlich geäußert: "Wer ... Zwangsoperationen verfügt, ohne die Machthierarchien in den Anstalten anzutasten, wer Programmvielfalt reduziert und regionale Identität zerstört, wer nicht mal richtig rechnen kann und die größten Anstalten aus dem Finanzausgleich entläßt, der erreicht das Gegenteil von dem, was er - hoffentlich - will. Der skizziert uns kein 'Zukunftsszenario', sondern spielt uns im 'Grausamen Südwesten' das Lied vom Tod."

Eine wirkliche Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Wohlgemerkt, es geht nicht darum, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner jetzigen Verfassung für immer zu konservieren. Um zukunftsfähig zu werden, ist er reformbedürftig. Hierfür müssen ihm einerseits entsprechend der vom Bundesverfassungsgericht formulierten Bestands- und Entwicklungsgarantie die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Andererseits aber - und das ist genauso entscheidend - müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sich erneuern im Hinblick auf ihre Verwaltungs- und Organisationsstrukturen und damit den Programmauf-

²⁴ Siehe Sonderheft IG Medien Forum.

²⁵ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 15. März 1995.

trag. Dies kann mit Aussicht auf Erfolg nur mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften geschehen. Die IG Medien hat deshalb ARD und ZDF eine Gestaltungspartnerschaft angeboten²⁶ und Vorschläge zur programmorientierten Neuorganisation vorgelegt. In einem Antrag des Hauptvorstandes der IG Medien zum 3. Gewerkschaftstag im Oktober wird hierzu unter dem Titel "Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks" festgestellt:

"Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß seine inneren Strukturen weiterentwickeln und darauf achten, effizient zu wirtschaften; Effizienz muß sich freilich am Programmauftrag orientieren und daran messen lassen, damit nicht einseitig die möglichst billige Produktion von Programm zum Maßstab wird.

Die Erhaltung von inhaltlicher und formaler Qualität und ihre Weiterentwicklung unter den Bedingungen der Digitalisierung erfordern zwingend eine enge Zusammenarbeit zwischen Programm und Technik in Teamarbeit gleichberechtigter Redakteure/Redakteurinnen und Techniker/Technikerinnen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Erhaltung seiner Eigenproduktionsfähigkeit.

Die Erhaltung der Eigenproduktionsfähigkeit ist auch ein wesentliches Element zur Sicherung der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und einer starken Stellung am Rundfunkmarkt.

Eine Auslagerung von Produktionsfähigkeit, um Tarifverträge zu unterlaufen, ist nicht nur sozial unverträglich, besonders für eine öffentlich-rechtliche gebührenfinanzierte Anstalt, sondern schwächt darüber hinaus die inhaltliche und formale Gestaltungskraft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und nimmt ihm damit einen wesentlichen Konkurrenzvorteil gegenüber den privatrechtlichen Anbietern.

Die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Zuge der inneren Reformdiskussion politisch aufgezwungenen Spar- und Privatisierungspläne orientieren sich fast ausschließlich an betriebswirtschaftlichen, für die Industrie entwickelten Kostenreduzierungskonzepten. Sie werden weder dem kulturellen noch dem demokratischen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gerecht, wie ihn das Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigt hat.

- Planstellenabbau ist kein Rezept für Effizienzsteigerung und auch die falsche Vorgabe für programmorientierte Weiterentwicklung von inneren Strukturen. Die Schaffung neuer Strukturen muß unter Einbeziehung der Beschäftigten, ihrer Kreativität und ihres Engagements erfolgen. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk muß auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitsort für junge Menschen in Medienberufen sein.

²⁶ Siehe Gerd Nies: Gestaltungspartnerschaft mit ARD und ZDF notwendig - Stellen- und Sozialabbau der falsche Weg, Kommentar in "M" Menschen machen Medien, Heft 4/94, S. 6.

- Digitalisierung, Multimedia und Programmervielfachung stellen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor neue Aufgaben. Von neuen Möglichkeiten und neuen Diensten, von veränderten Angeboten, die erforderlich sind, um angesichts veränderter Hör- und Sehgewohnheiten auch morgen alle Bürger in der Gesellschaft erreichen zu können, darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht ausgeschlossen bleiben.

Angesichts der massiven Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist klar, daß er nicht allein durch die Gegenwehr der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften langfristig gesichert werden kann. Notwendig ist eine gesellschaftliche Bewegung, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Bedeutung als Medium und Faktor für eine demokratische Gesellschaft ernst nimmt, ihn dahingehend unterstützt, aber auch die notwendigen Anforderungen formuliert.²⁷

Auf Initiative der IG Medien, von Media Watch, der Evangelischen Akademie Iserlohn und Einzelpersonen aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen ist die "Iserlohner Initiative für demokratische Medien" hervorgegangen, die ihre Position in bisher zwei Memoranden veröffentlicht hat.²⁸

Nach Auffassung der Initiative basiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf einem einzigartigen Grundkonzept: Staatsfreiheit, Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen, Demokratieauftrag und Grundversorgung der gesamten Bevölkerung mit einem qualitativ hochwertigen Programmangebot und Diensten, die sich an die Allgemeinheit richten und der Meinungsbildung dienen. "Dieses Konzept kann von keiner anderen Einrichtung als dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk verwirklicht werden. Deswegen muß der öffentlich-rechtliche Rundfunk zukunftsfähig für die sogenannte Informationsgesellschaft gemacht werden.

Hierfür bedarf es der entschiedenen Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Herstellung eines politischen Konsenses über Aufgaben und Strukturen eines öffentlichen Rundfunks. Die Initiative für demokratische Medien tritt mit dem Ziel an, das breite gesellschaftliche Interesse am Fortbestehen und Fortentwickeln des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszudrücken und verstärkt in den Diskurs der EntscheidungsträgerInnen einzubringen.²⁹

²⁷ Die Anträge zum 3. Gewerkschaftstag der IG Medien erscheinen demnächst in einer Sonderausgabe des IG Medien Forum

²⁸ Siehe "M" Menschen Machen Medien, Nr. 6/94 und Nr. 4/95. Die Memoranden können als Sonderdruck über den Hauptvorstand der IG Medien oder die Kontaktadresse der Initiative: Media Watch/Heinrich Böll-Stiftung e.V., Brückenstr. 5-11, 50667 Köln, bezogen werden.

²⁹ Informationsblatt der Initiative, Manuskript.

Ansatzpunkte / Handlungsperspektiven

Im Zusammenhang mit der Multimedia-Entwicklung stehen erneut einige Fragen und Überlegungen zur Diskussion, die unter Gesichtspunkten der Emanzipation im Hinblick auf die Rolle der Massenkommunikationsmittel geäußert worden sind. Hinsichtlich der Funktion des Rundfunks stellte Brecht in seiner vielzitierten Rede über den Rundfunk als Kommunikationsapparat fest: "Nicht Rohstoff wartet auf Grund eines öffentlichen Bedürfnisses auf Methoden der Herstellung, sondern Herstellungsmethoden sehen sich angstvoll nach einem Rohstoff um."³⁰ Und die Frage nach dem "Lebenszweck des Rundfunks" für das öffentliche Leben beantwortete er mit der Forderung, den Rundfunk "aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln."³¹ Was Brecht für den Rundfunk forderte, gilt erst recht für das Multimedia-System. Es "hat über dies (die Weitergabe von Berichten, H.B.) hinaus die Einforderung von Berichten zu organisieren, d.h. die Berichte der Regierenden in Antworten auf die Fragen der Regierten zu verwandeln. (Es) muß den Austausch ermöglichen. (Es) allein kann die großen Gespräche der Branchen und Konsumenten über die Normung der Gebrauchsgegenstände veranstalten. Die Debatten über Erhöhung der Brotpreise, die Dispute der Kommunen. Sollten sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, darüber nachzudenken, warum es utopisch ist."³²

So weit Brecht, dessen Überlegungen Enzensberger in seinem schon legendären Kursbuch-Aufsatz "Baukasten zur Theorie der Medien" wieder in Erinnerung rief. Die Überlegungen fortführend stellte er fest: "Die Entwicklung vom bloßen Distributions- zum Kommunikationsmedium ist kein technisches Problem. Sie wird bewußt verhindert, aus guten, schlechten politischen Gründen. Die technische Differenzierung von Sender und Empfänger spiegelt die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Produzenten und Konsumenten wider, die in der Bewußtseins-Industrie eine besondere politische Zuspitzung erfährt."³³

Ein emanzipatorischer Gebrauch der Medien, die Entwicklung des Multimedia-Systems zu einem demokratisch organisierten Produktions- und Distributionsapparat steht auf der Tagesordnung. Technisch gesehen wäre dies durchaus möglich, wie z.B. das System Internet zeigt. Grundsätzlich geht es darum, Zugangs- und Verteilwege offen zu halten, um die Voraussetzungen für Teilhabe und Gestaltung zu schaffen. Trotz bzw. gerade wegen Multimedia muß die informationelle Grundversorgung für alle garan-

³⁰ Bertolt Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat, in: Schriften 1, Bd. 21 der Berliner und Frankfurter Ausgabe, Berlin und Weimar/Frankfurt 1992, S. 552.

³¹ A.a.O., S. 553.

³² A.a.O., S. 554.

³³ Hans Magnus Enzensberger: Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: Kursbuch 20, Frankfurt am Main 1970, S. 160/161.

tiert sein. Es gilt, in der Richtung weiterzudenken, die Herbert Kubicek u.a. unter Bezug auf das Beispiel USA angeregt haben.³⁴

Die Debatte darum hat auf Seiten der Gewerkschaften und in der Linken gerade erst begonnen. Die IG Medien hat sich nach einer gewissen Phase der nicht öffentlichkeitswirksamen Diskussionsprozesse und Aktivitäten wieder zu Wort gemeldet.³⁵ Gemeinsam mit der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) hat sie Anfang Juni diesen Jahres in Frankfurt eine große, öffentlichkeitswirksame Veranstaltung unter dem Motto "Multimedia gestalten - Vorfahrt für Arbeit und Menschlichkeit" organisiert. Die mit ca. 500 Teilnehmern im Hessischen Rundfunk gut besuchte Veranstaltung war quasi ein "öffentlicher Paukenschlag", mit dem die Gewerkschaften ihre Präsenz und Kompetenz in der Debatte kundtaten. Ein von den Hauptvorständen der IG Medien und DPG vorgelegtes "Memorandum zur Informationsgesellschaft"³⁶ benannte erste zentrale Punkte, die aus Gewerkschaftssicht für die Gestaltung von Multimedia wichtig sind.

Einleitend heißt es in dem Memorandum: "Gesellschaftliche Verantwortung erfordert mehr, als Informationsdienste nur zügig bereitzustellen. Die Verwirklichung der Informationsgesellschaft braucht besonderes Verantwortungsbewußtsein, weil Information und Kommunikation Voraussetzung für unsere Meinungsbildung und damit für politische Gestaltungsprozesse ausschlaggebend ist. Die Interessen der Arbeitnehmer/-innen und der Bürger/-innen unseres Landes müssen auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft vorrangig berücksichtigt werden. Weil die Informationsgesellschaft unser Leben grundlegend verändern wird und die Grundlagen unserer Demokratie berührt, ist ein gesellschaftlicher Gestaltungsprozeß erforderlich. Bei der Realisierung der Informationsgesellschaft ist nicht blinder Aktionismus angesagt, sondern ein kritisch-konstruktives Konzept, das Raum und Zeit läßt für demokratische und soziale Diskussion und Gestaltung."³⁷

Zu einer Diskussion über diesen gesellschaftlichen Gestaltungsprozeß waren Referenten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft eingeladen, die in vier Foren ihre Positionen zu verschiedensten Aspekten von Multimedia präsentierten und z. T. aus Zeitgründen leider nur sehr kurz mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierten. Festzustellen, daß die Vertreter aus Wirtschaft und Politik, von Ausnahmen wie z.B. dem grünen Europaabgeordneten Frieder O. Wolf abgesehen, mit ihren Positionen auf nur geringe Resonanz bzw. heftigen Widerspruch bei den anwesenden Ge-

³⁴ Vgl. Herbert Kubicek u.a., Mehr Information wagen! in: van Haaren/Hensche, Multimedia, S. 223-238.

³⁵ Vgl. Peter Völker: Vom homo sapiens zum homo consumens?, in: van Haaren/Hensche, a.a.O., S. 169-178.

³⁶ Das Memorandum ist veröffentlicht u.a. in IG Medien-Forum, Nr. 6, und kann als Sonderdruck beim Hauptvorstand der IG Medien angefordert werden.

³⁷ A.a.O., S. 11.

werkschaftskolleginnen und -kollegen stießen, ist schon fast banal. Die ungewünschten Positionen sind allerdings die in der aktuellen Debatte dominierenden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen, auch öffentlich. Dies kann und wird die gewerkschaftsinterne Debatte und kritisch-solidarische Diskussion mit Wissenschaftler/-innen und Politiker/-innen nicht ersetzen. Das "Memorandum zur Gestaltung der Informationsgesellschaft" wird mit anderen einschlägigen Anträgen den Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Medien im Oktober zur Beratung und Beschlußfassung vorliegen. In dieser Beratung muß und wird sich zeigen, welche Strategie die IG Medien in Sachen Multimedia einschlägt und was für sie unverzichtbare Positionen und Forderungen sind. Paul Kolm, ein österreichischer Gewerkschaftskollege, hat dazu auf der Frankfurter Tagung unter Zustimmung vieler Kolleginnen und Kollegen festgestellt: "Wenn die Gewerkschaften die Stimme erheben, genügt es nicht zu wissen, wogegen man auftritt, notwendig ist auch ein Alternativkonzept, wofür man eintritt, welche Forderungen gestellt werden sollen. ... Es geht um die Definition von Rahmenbedingungen für die Bewertung der Programme."³⁸ Zur Klassifikation bot er drei mit Beispielen unterlegte Kategorien an: Ablehnung, Gestaltung und Förderung.³⁹ Sie sind zur Prüfung und Bewertung für jede spezifische Multimedia-Anwendung heranzuziehen. Dafür gilt es Kompetenz zu entwickeln. Mit der bloßen Formel, "was dem Kapital nützt, ist schlecht für uns", werden wir den komplexen Anforderungen und Aufgaben, die sich mit der Multimedia-Entwicklung stellen, nicht gerecht.

Neben der gewerkschaftsinternen Diskussion über Multimedia in der IG Medien und im DGB soll auch die kritische, öffentliche Diskussion weiter vorangetrieben werden. Gemeinsam mit dem BdWi, dem SPD-Wissenschaftsforum, der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, der DPG, der IG Metall und anderen wird die IG Medien im Januar des kommenden Jahres in Hamburg einen Kongreß zum Thema "Informationsgesellschaft * Medien * Demokratie" veranstalten, der sich den in der bisherigen Diskussion eher unterbelichteten Fragen von Multimedia widmen wird.

Wie notwendig kritische, demokratieorientierte Diskussion gegenüber der mainstream-Haltung von Politik und Wirtschaft ist, hat sich erst jüngst wieder gezeigt. Vertreter des DGB und die Vorsitzenden der von Multimedia primär betroffenen Gewerkschaften waren Mitte Juni anlässlich eines Gesprächs mit den Bundesministern Bötsch und Rexrodt zur Mitdiskussion im Hinblick auf den geplanten "Bericht der Bundesregierung über die Infogesellschaft 2000" eingeladen worden. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien (Petersberger Kreis) saßen in dieser Frage schon länger beisammen. Durch die Beteiligung einiger weniger Gewerkschaftsvertreter gegenüber der geballten Macht interessierter Wirtschaftskreise kam es

³⁸ Zitiert nach Paul Kolm: Europa und die globale Informationsgesellschaft, in: van Haaren/Hensche, Multimedia, S. 221.

³⁹ Siehe Paul Kolm, a.a.O.

quasi fünf Minuten vor zwölf dazu, daß der mainstream nicht mehr so ungehindert fließen konnte wie vorher. Der bis dahin einhelligen Auffassung der Mehrheit hinsichtlich Deregulierung, Liberalisierung und z. B. Absage an den Rundfunkbegriff als Gradmesser auch für Multimedia ist eine deutliche Absage durch die Minderheit erteilt worden. Inwieweit dies seinen Niederschlag im Bericht der Bundesregierung findet, bleibt abzuwarten.

Die Auseinandersetzung um zukünftige Gestaltung von Multimedia ist auch ein Kampf um Begriffe. Der Definition des Rundfunkbegriffs und seiner Tragfähigkeit für die Zukunft kommt hierbei entscheidende Bedeutung zu.⁴⁰

Wenn es der konservativen Politik und der Wirtschaft gelingt, entgegen der Rechtsprechung des BVerfG, den Rundfunkbegriff für Multimedia obsolet zu machen, haben sie eine wichtige Auseinandersetzung gewonnen. Wenn sie dann den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit der Definition einer "Grundversorgung" als "kultureller Restversorgung" in eine Nische drängen, ist für sie die nächste Etappe gelaufen. Die ist übrigens, wie Uwe Kamman unter Bezug auf den Sat-1-Geschäftsführer Jürgen Doetz zu Recht bemerkt, das Ziel. "Der Kern dieser Intervention, die den Begriff 'duales System' auf- und ablösen will, (ist) wohl dies: den privatkommerziellen Rundfunk gedanklich und rechtlich vollkommen aus besonderen Verpflichtungen herauszulösen, die mit einem gesellschaftlich-politischen Gesamtbegriff von Rundfunk verbunden sind. Privatfunk soll als Veranstaltung sui generis gelten, in völliger Unabhängigkeit frei schwimmend."⁴¹ Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk könnte dann auch die letzte Runde eingeläutet werden. Szenarien des Niedergangs gibt es schon in Australien und Kanada.⁴² Ob die USA auch in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle für Europa spielen, ist noch ungeklärt. Die konservative Mehrheit in den USA hat allerdings den Hebel angesetzt. "Public Broadcasting vor dem Aus?" lautet die Frage.⁴³

Die Zukunft hat wieder begonnen

"Die Zukunft hat schon begonnen" stellte Robert Jungk Anfang der 50er Jahre in seinem Buch gleichnamigen Titels fest, in dem er "Amerikas Allmacht und Ohnmacht" auf den Feldern der Atomtechnologie, der Com-

⁴⁰ Zur umfassenden Auslegung des Rundfunkbegriffs vgl. "Der verfassungsrechtliche Rundfunkbegriff im Lichte der Digitalisierung der -telekommunikation" - ein Rechtgutachten im Auftrag der Hamburgischen Anstalt für neue Medien von Hubertus Gersdorf, Berlin 1995.

⁴¹ Uwe Kamman: Musterfragen, in epd/Kirche und Rundfunk Nr. 53 vom 8. Juli 1995, S. 3.

⁴² Siehe Hans J. Kleinsteuber/Volker Wiesner: Szenario des Niedergangs, in: medium 1/92, S. 57-60.

⁴³ Siehe Peter Widlok: USA: Public Broadcasting vor dem Aus?, in: Media Perspektiven 6/95, S. 282-289.

puter- und Gentechnologie beschrieb. Beschreibend und kritisch wertend skizzierte er "eine Welt im Entstehen..., (eine) von Menschen entworfene, im Höchstmaß vorausgeplante, kontrollierte und je nach dem Fortschrittsstand immer wieder 'verbesserte' Schöpfung".⁴⁴ Fast zeitgleich schrieb Günter Anders sein heute immer noch in vielen Passagen aktuelles und bedenkenswertes Buch über die "Antiquiertheit des Menschen". In ihm hat er, ebenfalls am Beispiel Amerikas, die Entwicklung des Fernsehens und damit verbundene Konsequenzen für die menschliche Kommunikation und Handlungsfähigkeit im Zusammenhang mit der technischen Entwicklung kritisch antizipiert.

Fast fünfzig Jahre später befinden wir uns an einem Entwicklungspunkt, an dem die von Anders und Jungk beschriebenen Entwicklungen konvergieren. Der Blick zurück nach vorn könnte auch in diesem Fall hilfreich sein, um die Sinne und den Verstand zu schärfen für das, was unsere Aufgabe ist: Im Interesse der abhängig Beschäftigten, mit ihnen und mit allen, die an einer menschenwürdigeren Gesellschaft interessiert sind, die Arbeits- und Lebenswelt so zu gestalten, daß nicht Profit und Kommerz sie beherrschen, sondern aufgrund des gesellschaftlichen Reichtums und wirklich demokratischer Verfassung alle nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen kommunizieren und leben können.

⁴⁴ Robert Jungk: Die Zukunft hat schon begonnen, Stuttgart 1952.

Klaus Pickshaus

Gewerkschaften und Multimedia

Anmerkungen zu einer Zwischenbilanz

Vor einem Jahr war in dieser Zeitschrift die Frage gestellt worden, ob die Gewerkschaften die digitale Revolution verschlafen.¹ Zur Erinnerung: Während 1994 Multimedia schon die öffentliche Debatte beherrschte, ließen gewerkschaftliche Meinungsäußerungen und Interventionen auf sich warten - ein Defizit, dessen Ausgleich ein Beschluß des DGB-Kongresses im Juni 1994 einforderte, der auf Initiative von IG Medien und Deutscher Postgewerkschaft zustande gekommen war.

Ein Jahr später läßt sich resümieren: Multimedia mit seinen Auswirkungen für die Arbeitswelt wie für die Gesellschaft ist zu einem zentralen Diskussionsthema vor allem der unmittelbar betroffenen Gewerkschaften geworden, und erste gewerkschaftliche Positionsbestimmungen haben eine breite öffentliche Resonanz gewinnen können.

Zu diesem gewerkschaftlichen Politikbildungsprozeß, seinen Defiziten und offenen strategischen Problemen einige vorläufige und subjektive Notizen aus den Erfahrungen innerhalb der IG Medien:

1. Aufholen eines Nachholbedarfes

Mit dem von Post- und Mediengewerkschaft gemeinsam getragenen Kongreß "Multimedia gestalten - Vorfahrt für Arbeit und Menschlichkeit" am 1./2. Juni 1995 in Frankfurt am Main, an dem über 500 Gewerkschafter, Wissenschaftler und Vertreter von Wirtschaft und Politik teilnahmen, gelang eine erste öffentlichkeitswirksame Präsentation wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen. Für Anliegen und Anlage dieses Kongresses spielten u.a. folgende Aspekte eine Rolle:

* Seit dem Herbst 1994 folgte eine Multimedia-Veranstaltung der anderen - jeweils ohne gewerkschaftliche Beteiligung. Gewerkschaftliche Kompetenz in dieser Frage wird entweder nicht vermutet oder nicht gewünscht. Insbesondere der G7-Gipfel Ende Februar 1995, der sich dem Thema Informationsgesellschaft widmete und von einem Treffen mit über 40 Konzernvertretern der global players im Multimedia-Geschäft begleitet war, demonstrierte augenfällig die Ignoranz gegenüber den Anliegen der Gewerkschaften und Bürgerbewegungen. Ein gewerkschaftlicher Kongreß zu diesem Problem mußte diese Mauer mit einer medienwirksamen Inszenierung durchbrechen, was durch den Veranstaltungsort im Hessischen

¹ Vgl. Klaus Pickshaus, Medienbranche im Umbruch. Verschlafen die Gewerkschaften die digitale Revolution? in: Z 19, September 1994, S. 83ff.

Rundfunk und die demonstrative Auseinandersetzung mit prominenten Vertretern von Medienunternehmen, Telekom, EU-Kommission und -Parlament, der Bundesregierung und internationalen Gewerkschaftsgästen gelang.

* Angesichts einer verbreiteten Multimedia-Euphorie und darauf aufbauender Beschäftigungswunder-Verheißungen mußte die soziale Realität des derzeitigen und künftigen Arbeitsplatzabbaus bei Telekom und in der Medienbranche bilanziert werden. "Stellenabbau im Multimediaboom" titelte nach der Konferenz die Frankfurter Rundschau (v. 2.6.1995). Zur Bilanz zählt auch die Erkenntnis, daß zahlreiche Multimedia-Anwendungen innerhalb der Arbeitswelt ganz klassische Rationalisierungsinstrumente sind. Weitere radikale Schritte der Arbeitszeitverkürzung forderten deshalb einhellig Referenten beider Gewerkschaften. Einer angekündigten Ausweitung des Sektors von Telearbeit soll nur bei Ausbau der sozialen und politischen Schutzrechte, einschließlich der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, zugestimmt werden.

* Nicht zuletzt der Berlusconi-Schock gab der Demokratiefrage eine zusätzliche Brisanz. Damit steht sowohl die Frage der immer weniger durchschau- und kontrollierbaren Medienmachtzusammenballung als auch das Problem des allgemeinen Zugangs und der Nutzungsmöglichkeiten der neuen multimedialen Dienste, um die weitere Ausprägung einer "Klassen-Informationsgesellschaft" zu verhindern. Eine Schlüsselforderung war deshalb die nach der Gewährleistung einer "informationellen Grundversorgung", d.h. nach diskriminierungsfreien und auch nichtkommerziellen Zugangsmöglichkeiten zu den Netzen und Diensten. Sie steht konträr zur gegenwärtigen Multimedia-Strategie großer Teile des europäischen Medienkapitals, die vorrangig vor allem mittels des digitalen Satellitenfernsehens auf Berieselung und Vermarktung abzielt statt auf den Ausbau von interaktiv nutzbaren Datennetzen.² Dieses Konzept wurde insbesondere beim geplanten und vorerst gescheiterten Kartell Telekom, Bertelsmann und Kirch deutlich.

Gleichwohl werden in der Beurteilung der Rolle solcher global player auch unterschiedliche Sichtweisen der beiden kooperierenden Gewerkschaften sichtbar: Während die DPG der privatisierten Telekom durchaus die Rolle eines global player zubilligt und deshalb selbst gegen die marktbeherrschende Troika von Telekom und der zwei Medienmultis wenig einzuwenden hätte, gehörte die Kritik an den politisch und gesellschaftlich verhängnisvollen Folgen der Medienkonzentration zum Grundtenor der IG-Medien-Referenten (so etwa bei Gerd Nies und Detlef Hensche auf der Konferenz). Medienkontrolle und Konzentrationseinschränkungen, ein demokratisch verfaßter Mediensektor insbesondere durch die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Widerstand gegen die

² Vgl. hierzu das sehr informative Interview mit Hans-Jürgen Kleinstaubler, Über Medienmole und freiheitsspendende Technologien, in: IG Medien Forum 4/1995, S. 6ff.

Kommerzialisierungslogik gehören zu den Essentials, die faktisch gegen eine privatmonopolistische Ausprägung des Medienkapitalismus gerichtet sind.³

Innergewerkschaftlich wurde die Tagung ebenso wie der gleichzeitig vorgelegte Reader "Multimedia - Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand" mit großer Übereinstimmung als kompaktes und nützliches Informationsangebot gewertet.⁴ Im Meinungsbildungsprozeß innerhalb der IG Medien hatte im Winter und Frühjahr 1995 Multimedia schon auf den Bundeskonferenzen der Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage sowie Rundfunk/AV-Medien/Film und der Angestellten jeweils eine zentrale Rolle eingenommen. Eine Bilanzierung der strategischen Implikationen für die Gewerkschaft wird dem Gewerkschaftstag im Oktober 1995 in Bielefeld vorbehalten bleiben.

2. Defizite und Problemstellungen

Notwendigerweise ließ die Konferenz zahlreiche, auch zentrale Fragestellungen offen. Dazu zählt das Schlüsselproblem, welche Gestaltungsmacht die Gewerkschaften eigentlich derzeit noch besitzen, um die Prozesse eines multimedialen Umbruchs zur Informationsgesellschaft entscheidend mitzuprägen. Allein die Proklamation "Multimedia gestalten" reicht da nicht aus. Allerdings hilft auch die Empfehlung, sich als Gegenmächts- und Widerstandsorganisation zu begreifen, keineswegs sehr viel weiter, wenn nicht konkretisiert wird, was dies für Organisationen bedeutet, die ja keinen wirtschaftsfriedlichen Kurs steuern, sondern durchaus auf harte Arbeitskämpfe in den letzten beiden Jahren zurückblicken. Diese Arbeitskämpfe weisen allerdings bestenfalls Teilerfolge auf, überwiegend sind sie eher durch Rückzugsgefechte gekennzeichnet.

Die Debatte um die konkreten Gestaltungsstrategien und inhaltliche Leitbilder auf betrieblicher, tarifpolitischer, branchenbezogener und staatlicher Regulierungsebene läßt noch auf sich warten, auch wenn zu einzelnen Feldern durchaus konzeptionelle Vorschläge vorliegen - etwa im erwähnten Reader "Multimedia". Die Rückkoppelung zum Kräfte- und Durchsetzungspotential auf den jeweiligen Ebenen gehört zur entscheidenden Aufgabe gewerkschaftlicher Strategiebildung, die weiterhin auf der Tagesord-

³ Dabei steht dieser gesellschaftskritische medienpolitische Ansatz oftmals quer zum politischen mainstream im DGB, der Multimedia vorrangig als industriepolitisch zu gestaltendes Wachstumsfeld sieht, hinter dem die ökonomisch und politisch dominierenden Kapitalkräfte konturenlos verschwinden. Diese Zusammenhänge galt es - wie geschehen - auf einer Fachtagung zur Informationsgesellschaft zu thematisieren. Daran ist auch in erster Linie der gesellschaftskritische Ertrag zu bemessen - und nicht in einer fundamentalistischen Erbsenzählerei, wie oft denn nun der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit Erwähnung fand.

⁴ Vg. Kurt van Haaren/Detlef Hensche (Hrsg.), Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand, Hamburg 1995. Vgl. hierzu die Besprechung von Fred Schmid in diesem Heft.

nung steht. Dabei sind konkrete Handlungsschritte zu Einzelbereichen wie Arbeitsorganisation und Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung usw. auszuarbeiten, die vor allem Perspektiven für die Beschäftigtengruppen aufzeigen, die vom digitalen Umbruch in Druckereien, Verlagen und Rundfunkbetrieben betroffen sind.

Dazu gehört auch die Entscheidung, auf welche Politikebene am dringendsten Kraft konzentriert werden muß. Denn nach dem Frankfurter Kongreß machten die Gewerkschaften eine interessante Erfahrung: Schlagartig häuften sich Gesprächs- und Beratungsangebote von Ministerien und Parteien. In einer Situation, in der noch um breite gesellschaftliche Resonanz für Multimedia geworben wird, reagieren die parlamentarischen Lobby- und Politikregulierungskreise offenbar sehr sensibel auf das Einfordern von Beteiligung und Mitbestimmung. In der Zusammenarbeit mit Europaparlamentsabgeordneten sind dabei auch schon einige Erfolge erzielt worden. Allerdings kommen die Gewerkschaften - nicht nur angesichts beschränkter personeller Ressourcen - nicht umhin, Feigenblattfunktion und tatsächliche Einflußmöglichkeiten hierbei sehr realistisch abzuwägen.

Dabei sollte auch folgendes nicht vergessen werden: Gerade um im gesellschaftspolitischen Bereich Gegenmacht zu entwickeln, gewinnt eine zielgerichtete Bündnispolitik der Gewerkschaften erstrangige Bedeutung. Das "Iserlohner Bündnis", eine Zusammenarbeit von Medienwissenschaftlern, Kirchenvertretern, Gewerkschaftern u.a., entstanden zur Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen die Kommerzialisierungslogik, ist ein Beispiel für die gemeinsame Front aller Betroffenen, die sich auch auf die gesamte Thematik der multimedialen Informationsgesellschaft ausweiten ließe.⁵ Ohne solche gesellschaftspolitischen Bündnisse werden die Gewerkschaften alleine im politischen Raum wenig bewegen, auch wenn sich das viele DGB-Lobbyisten immer wieder einbilden.

3. Medienbranche mit gespaltener Zukunft

Je nach Betroffenheit ist das Interesse am Multimedia-Thema bei den verschiedenen Beschäftigtengruppen der Medienbranche sehr unterschiedlich entwickelt. Dem ist bei der Entwicklung einer gewerkschaftlichen Strategie Rechnung zu tragen.

Oftmals wird die Medienbranche eher zur "Gewinnerseite" des Strukturwandels gezählt, den die digitale Revolution beschleunigt und der die klassischen Branchengrenzen gehörig durcheinander wirbelt.⁶ Sowohl hin-

⁵ Vgl. hierzu den Beitrag von Heinrich Bleicher-Nagelsmann in diesem Heft.

⁶ Vgl. Johann Welsch, Multimedia und die Angst vor dem Ende der Arbeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1995, S. 871ff.

sichtlich der ökonomischen Perspektiven als auch in Bezug auf die Arbeitsplatzentwicklung muß hier allerdings differenziert werden.⁷

* Eine entscheidende Rolle werden die Anbieter von Programmen und Dienstleistungen auf dem Multimedia-Markt spielen, den die Medienkonzerne beliefern werden. Die meisten großen Medienkonzerne besitzen zwar noch ihr Standbein im Printsektor, haben aber zielgerichtet in den letzten Jahren die dort erzielten Gewinne in den Fernseh- und Videobereich investiert und sich zu Multimedienunternehmen entwickelt. Dies gilt auch für die meisten deutschen Großverlage, wenn auch nur Bertelsmann in der vorderen Reihe der global player zu finden ist. Die Beschäftigung im Audio- und audiovisuellen Sektor (Hörfunk- und TV-Anstalten, Filmunternehmen usw.) hat in den letzten Jahren kräftig zugenommen, wobei insbesondere sogenannte freie Tätigkeiten anwachsen.

* Der Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in mehrfacher Hinsicht in eine Zwickmühle geraten: Der kommerzielle Sektor drängt den öffentlich-rechtlichen Bereich zurück - verstärkt noch durch politischen Druck. Zwar stellen die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit etwa 60 000 festen und freien Beschäftigten noch einen großen Beschäftigungsbereich dar. Die Auswirkungen der Digitalisierung, die zunehmend auch hier die Arbeit umwälzt, sind hinsichtlich möglicher Arbeitsplatzverluste noch nicht endgültig abschätzbar. Das eigene Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der interaktiven Multimedia-Zukunft ist noch unklar.

* Die Beschäftigungsentwicklung im Printsektor, zu dem neben der klassischen Druckindustrie auch die Verlage zu zählen sind, stagniert. Große Arbeitsplatzverluste gab es in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Druckvorstufe, die vom digitalen Umbruch besonders betroffen ist. Die Perspektive vieler Unternehmen wird mit davon abhängen, ob es ihnen in den nächsten Jahren gelingt, in neue multimedienrelevante Bereiche hinein zu diversifizieren, d.h. sich zu Mediendienstleistern zu entwickeln, zu deren Angeboten auch elektronische on-line- oder off-line-Produkte und Dienstleistungen gehören. Nach Einschätzung von Experten ließ die jüngste Fachmesse DRUPA im Mai 1995 eher ein Beharren im Printbereich erkennen. Somit könnte sich die Spaltung der Branche zwischen dem im Multimediageschäft engagierten großen Medienkapital und der Vielzahl kleinerer und mittlerer Druckbetriebe verschärfen. Hinzu kommt, daß sich viele neu entstehende Betriebe wie digitale Druckzentren oder Mediendienstleister von vornherein außerhalb der Branchen- und damit auch der Verbands- und Tarifgrenzen etablieren.

* Als stark expandierender Sektor haben sich im letzten Jahrzehnt die Werbe- und PR-Agenturen erwiesen, die mittlerweile einen zentralen öko-

⁷ Vgl. hierzu im einzelnen Klaus Pickshaus, Klassenziel global player. Die Rolle des Medienkapitals im Multimedia-Geschäft, in: van Haaren/Hensche (Hrsg.), Multimedia, a.a.O., S. 43ff.

nomischen Mechanismus der gesamten Medienbranche darstellen und sich zunehmend auch auf das Multimedia-Geschäft einstellen. Wie seit Jahren schon Druckvorstufenarbeiten können weitere Tätigkeiten (z.B. Anzeigenarbeiten) angesichts digitaler Vernetzungen in diesen Agentur-Sektor verlagert werden.

Diese Ausdifferenzierung der Medienbranche verschärft die politischen Probleme für eine wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung: Während klassische hochorganisierte Druckbetriebe weiter schrumpfen, weitet sich ein neuer kleinbetrieblicher Sektor von Agenturen, Studios u.ä.m. aus, der außerhalb der Tarifgrenzen steht und weitgehend noch unorganisiert ist. Hinzu kommt - zunehmend gestützt auf Telekooperation - die Ausdehnung "schein-selbständiger" Arbeiten, die zu einer "Nomadisierung" der Arbeitskraft führen kann. Der Betrieb als Ort sozialer Kommunikation und gewerkschaftlicher Solidarität droht sich zu verflüchtigen.

Diese Ausfransung der Branche hat selbstverständlich auch Folgewirkungen für den bisherigen zentralen Arbeitgeberverband, den Bundesverband Druck, denn gerade in den genannten Sektoren entstehen neue Wirtschaftsverbände. Hinzu kommt, daß diese Situation von entscheidenden Kräften des Medienkapitals, insbesondere im Bereich der großen Zeitungsverlage, offenbar politisch genutzt werden soll, um das bisherige Tarifvertragssystem in der Druckindustrie auszuhebeln. Die reihenweisen Austritte großer Zeitungshäuser aus dem Bundesverband Druck könnten den Druck dahin verstärken, lediglich noch eine Wirtschaftsverbandsfunktion zu akzeptieren. Parallele Prozesse in der Metallindustrie (wie die Androhung einer Selbstauflösung von Gesamtmetall) lassen auf eine abgestimmte Strategie der Deregulierung und Gewerkschaftsschwächung schließen.

4. Wird Multimedia die Gewerkschaftslandschaft verändern?

Viele der geschilderten Umstrukturierungsprozesse, die innerhalb der Medienbranche stattfinden, zugleich aber auch dramatisch die Branchengrenzen verwischen, sind zwar seit Jahren zu beobachten, werden aber durch den Multimedia-Umbruch in den nächsten Jahren noch an Dynamik zunehmen. Traditionelle gewerkschaftliche Grenzziehungen, die heute schon in vielen Fällen überholt sind, werden nicht aufrecht zu erhalten sein. Insbesondere im privaten Dienstleistungssektor entwickelt sich branchenübergreifend ein großer Zukunftsbereich, der nur durch Zusammenarbeit der dort engagierten Gewerkschaften erfolgreich "bearbeitet" werden kann.

Eine solche Situation verlangt eigentlich eine starke DGB-Zentrale, um gewerkschaftliche Grenzkonflikte zu vermeiden und gezielt die Kraft auf die unorganisierten branchenübergreifenden Wachstumsbereiche richten zu können. Modellhaft könnten neu entstehende Technologie- oder Me-

dia-Parks, Bereiche wie Telearbeit u.ä.m. in der Kooperation mehrerer Gewerkschaften unterstützt werden.

Gerade bei der Erschließung der Multimedia-Bereiche könnte für die Gewerkschaften der Blick auf die Neuformierungsprozesse im Kapitallager lehrreich sein: Denn hier reagiert man derzeit nicht mit "feindlichen Übernahmen" oder Fusionen, sondern vor allem mit der Bildung "strategischer Allianzen" - also punktuellen, interessengeleiteten und ausbaufähigen Formen der Kooperation.

Gegenwärtig sind allerdings effektive Schritte einer kooperativen Betreuung neuer Bereiche noch nicht in Sicht; eher herrschen Verdrängungswettbewerb und das Recht des Stärkeren bei der Erschließung neuer Bereiche vor, wenn dies denn überhaupt gelingt.

Der organisationspolitischen Schwäche des DGB entspricht der programmatisch-inhaltliche Zustand, der durch eine Rücknahme des allgemeinpolitischen Mandats und eine Anpassung an die neoliberale Wirtschaftspolitik gekennzeichnet ist. Die gemeinsame DPG/IG-Medien-Initiative zu Multimedia hat die DGB-Aktivitäten zweifellos belebt, und nach erstem Zögern haben nunmehr auch andere Gewerkschaften dieses Thema "entdeckt". Die konzeptionelle und programmatische Diskussion innerhalb der Gewerkschaften wird zu diesem Thema lebhafter werden. Dabei wird unter anderem über die Frage gestritten werden müssen, welche Rolle neben einer industriepolitischen Bearbeitung die Aspekte der Mediendemokratie und Kulturpolitik künftig einnehmen.

INTERNATIONALER MARX-KONGRESS

Hundert Jahre Marxismus - Bilanz und künftige Entwicklung

Universität Paris-X, 27.-30. September 1995

Bilanz: Die Marxsche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Aktualität, ihre Entwicklungen, ihre Grenzen - Arbeiterbewegung und Gesellschaften des "realen Sozialismus" - Die Marxismen in der Kultur dieses Jahrhunderts (Philosophie, Sozialwissenschaften, Ökonomie, Kulturtheorie etc.) - Der große Umbruch von 1989 und die Zukunft der Gesellschaften des ehemaligen sozialistischen Blocks

Aktualität: Kapitalistische Ausbeutung und gesellschaftliche Klassen heute - kapitalistisches Weltsystem, supranationale Institutionen - Klassenkampf, neue soziale Bewegungen - Krise und Regulierung des Kapitalismus - Staat und Bürokratie, "Rassen" und "Ethnien" - gesellschaftliche Geschlechterbeziehungen, feministische Bewegung

Entwicklung: Arbeiterbewegung und neue Akteure historischer Veränderung - politische Ökologie - Feminismus - Menschenrechte, neue citoyenneté - Konzepte des Sozialismus und Kommunismus - Modernität, Postmodernität - Kultur und Utopie - Subjektivität, die ethische Frage heute - die Neomarxismen

Erwartete Teilnehmer: Elmar Altvater, Etienne Balibar, Jacques Bidet, Paul Boccara, Angela Davis, Enrique Dussel, Fredric Jameson, Georges Labica, Domenico Losurdo, Lucien Sève, Jacques Texier, André Tosel u.a.

Nähere Informationen und Anmeldung bei: Actuel Marx, 19 bd du Midi
F-92000 Nanterre, France

Sonderverkauf

für »Z«-Leser

Isaac Abusch <i>Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</i> statt DM 19.80	nur DM 9.80	Alexander Kan <i>Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung</i> statt DM 29.80	nur DM 9.80
J. Becker/Th. Bergmann/A. Watlin (Hg.) <i>Das erste Tribunal</i> statt DM 29.80	nur DM 14.80	Mario Kessler <i>Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus</i> statt DM 24.-	nur DM 11.80
Th. Bergmann u. a. (Hg.) <i>Lenin - Theorie und Praxis in historischer Perspektive</i> statt DM 58.-	nur DM 29.-	Enzo Traverso <i>Die Marxisten und die jüdische Frage</i> statt DM 78.-	nur DM 38.80
Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hg.) <i>Leo Trotzki - Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft</i> statt DM 39.80	nur DM 19.80	Hans-Gerd Henke <i>Der »Jude« als Kollektivsymbol in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1914</i> statt DM 22.-	nur DM 9.80
Müller/Reinfeldt/Schwarz/Tuckfeld <i>Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas</i> statt DM 19.80	nur DM 9.80	Harald Jentsch <i>Die politische Theorie August Thalheimers</i> statt DM 22.-	nur DM 9.80
Gert Schäfer <i>Gewalt, Ideologie und Bürokratismus</i> statt DM 29.-	nur DM 13.80	Michael Kersten <i>Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern</i> statt DM 22.-	nur DM 9.80
Wladislaw Hedeler <i>Stalin - Trotzki - Bucharin</i> statt DM 27.-	nur DM 12.80	Wolfgang Haible <i>Schwierigkeiten mit der Massenkultur. Kulturtheorie und Massenmedien in der DDR</i> statt DM 34.-	nur DM 16.80
Wladislaw Hedeler <i>Nikolai Bucharin. Bibliographie</i> statt DM 69.-	nur DM 29.-	Alexander Watlin <i>Die Komintern 1919-1929</i> statt DM 34.-	nur DM 16.80
Theodor Bergmann/Wolfgang Haible <i>Die Geschwister Thalheimer</i> statt DM 9.80	nur DM 4.-	Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs <i>»J'accuse!« Zur Affäre Dreyfus</i> statt DM 16.80	nur DM 9.80
Wladislaw Hedeler/Ruth Stoljarowa <i>Nikolai Bucharin. Leben und Werk</i> statt DM 24.-	nur DM 11.80	Donzelot/Meuret/Miller/Rose <i>Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault</i> statt DM 22.80	nur DM 10.80
August Thalheimer <i>Programmatische Fragen</i> statt DM 18.80	nur DM 8.80	Ben Fowkes <i>Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa</i> statt DM 45.-	nur DM 22.80
Jack Jacobs <i>Sozialisten und die »jüdische Frage« nach Marx</i> statt DM 49.-	nur DM 24.80		
Etienne Balibar <i>Für Althusser</i> statt DM 29.-	nur DM 13.80		
Cassius <i>Der Prozeß gegen Mussolini</i> statt DM 14.80	nur DM 6.80		

Decaton Verlag

Postfach 2161, 55011 Mainz
Tel./Fax: (06133) 60555

Jacques D'Hondt

Die Philosophie am Ausgang Europas

Sollen die Geschicke der Europa-Idee in der Philosophie untersucht werden, so ist es zweifellos nicht überflüssig, sich zuvor nach den Geschicken der Philosophie in Europa zu fragen. Im übrigen lasse man sich von dieser ungewöhnlichen Frage nicht zu sehr beunruhigen.

Sie erwächst aus einer Feststellung: Die Philosophie, zumindest so, wie wir sie hier und jetzt gemeinhin verstehen, entstand vor ein paar Dutzend Jahrhunderten in Griechenland. Welches Verhältnis zu Griechenland hat nun wirklich diese Philosophie, "so wie sie für uns ist", wie Hegel sagte und ihr damit eine selbstgewählte Grenze zuschrieb, die sie in künftigen Jahrtausenden oder Jahrmillionen wohl kaum respektieren wird. Im übrigen erspart ihm die zeitliche Definition nicht die inneren Unstimmigkeiten, so wie wir über ihr nicht vergessen, daß sich das antike Griechenland auch auf Kleinasien ausdehnte und tiefwirkende Einflüsse aus fremden Ländern empfing, wie aus Ägypten. Schon dieses Griechenland ist nicht rein geographisch, sondern eher linguistisch, historisch und ideologisch.¹

Lassen wir jedoch die Detail-Einwände und -Vorbehalte beiseite und anerkennen wir die hervorragende Rolle Griechenlands bei der Geburt der Philosophie, sein gewaltiges und unvergeßliches Verdienst. Hierhin würde ein Dithyrambus gehören, geböte man nur über die Stimme, die er erfordert.

Dies hätte verdient, daß man lange darauf eingeht, aber um unseres Anliegens und der Kürze willen wenden wir uns besser einem anderen Aspekt dieser Geburt zu.

Die Brüche

Zwar wurde die Philosophie sehr wohl in Griechenland geboren, also in Europa, aber bei der geringsten Nachprüfung erscheint diese Lokalisierung problematisch. Wenn sich das Bewußtsein nur als solches bestimmt, indem es sich von seinen Gegenständen unterscheidet und sich ihnen entgegengesetzt, so hat die Philosophie, das zugespitzte Bewußtsein, diesen Gegensatz sogleich in der Einbildung über seine realen Grenzen hinausgetrieben und damit von Anfang an jene Übertreibung, jene Überschwenglichkeit bezeugt, die sie hinfort kennzeichnen wird. Im wesentlichen hat sie in der Subjektivität der Philosophen der Welt gegenüber stehen und vorgeben wollen, sich so deren Besonderheiten und erst recht deren Einzelheiten zu entledigen: gegenüber jener Erde und

¹ Vgl. E. Dussel, Europa, Moderne und Eurozentrismus, in: Z 20 (Dezember 1994), S. 83.

vollauf bestrebt, sich ohne Unterschied zwischen deren Kontinenten global so weit wie nur möglich von ihr loszulösen, womit sie eine Kluft grub, der sie zuweilen sogar keinen einzigen Blick zuwerfen wollte. Wohin waren da das kleine Griechenland, das kleine Europa verwiesen, mit ihren seltsamen Lebens- und Denkweisen, mit ihrer lachhaften Folklore?

Die Philosophie hat sich nahezu sofort für universell und universalistisch erklärt, allerdings nicht ohne ein Fortdauern ungelegener parzellärer Bindungen. Schon Sokrates wollte "Weltbürger" sein. Aber die Philosophie selbst gab - zweifellos illusorisch - vor, weniger in der Welt als außerhalb der Welt zu leben, zu atmen und sich zu bewegen, außerhalb Griechenlands, außerhalb Europas, ohne angebbare Entfernung. Diese Illusion war wesentlich für sie, sie hat sich von ihr genährt, sie hat damit in paradoxer Weise diese Welt bereichert, der sie den Wert und bisweilen gar die Wirklichkeit abstritt, und sie hat in gewissem Maße, ohne es zu wissen oder zu wollen, dazu beigetragen, sie zu verändern und - wer weiß? - vielleicht zu bessern.

Die Philosophie hat sich gesetzt, indem sie sich der Welt, auch der menschlichen Welt entgegengesetzte oder entgegenzusetzen meinte, indem sie mit ihr brach. In Wirklichkeit ging dieser stiftende Bruch aus einem Bruch in der Welt selbst hervor, und der Philosophie geschah es, daß sie ihn verspürte oder erahnte. Nur einer in sich gespaltenen Menschheit konnte ein Denken entspringen, das sich von ihr loszulösen vermochte. Denker, die zu behaupten wagten, der Körper sei eine Art Grab für die Seele, mußten wohl Griechenland als kleinen Gedankenfriedhof und Europa, das damals recht unbekannte, als eine Wüste des Geistes ansehen.

Gegen die Besonderheiten und den Partikularismus, gegen die Einzelheiten und den Provinzialismus, aber sich schmeichelnd, diese zu begreifen, schwungvoll getragen von erhabenen Illusionen, kultivierten sie den Universalismus wie eine Protestbewegung. Keiner von ihnen wollte zugestehen, daß die Wahrheiten, die er entdeckte, wie auch immer mit der Geographie und der Ethnologie, dem sanften Klima Ioniens oder der erheblichen Zerklüftung der Mittelmeerufer zusammenhingen.

Für die Philosophie handelte es sich um ein Losreißen statt um eine bloße Geburt, obwohl sie doch selbst einem Bruch ähnelt. Demnach spielt sich alles so ab, als ob gerade die unauflöselichen Einzelheiten des Landes und des Zeitalters zum Kontrast den universalistischen Aufschwung des Geistes ausgelöst hätten. Die großen griechischen Philosophen haben die wichtigsten Allgemeinbegriffe geprägt, die wir noch immer verwenden.

Man erzählt, Napoleon habe nach so vielen Abenteuern eines Tages erklärt: "Dieses alte Europa langweilt mich!" Die Philosophie hingegen empfand nicht erst im Alter schöpferische Unzufriedenheit - so unzufrieden war sie von Anfang an mit Griechenland, mit Europa und mit dem Übrigen.

Griechenland war der Ausgangspunkt der Philosophie. Ein Punkt wird erst Ausgangspunkt, wenn man von ihm abgegangen ist. Aber anderswo hat sich die Philosophie auch nicht auf längere Dauer niedergelassen.

Der Trennungsakt wird während ihrer gesamten Geschichte systematisch erneuert. Er erhält mitunter verschwenderisches Ausmaß. So etwa, als das Christentum in Europa einzieht und sich das christliche Denken auf die Philosophie griechischen Ursprungs aufpfropft. Was bleibt an Europäischem an dieser Philosophie, die nun vom Orient Fruchtreiser erhielt? Hölderlin singt:

Der Sonne des Fests, antwortet / Der Chor der Gemeinde: so kam / Das Wort aus Osten zu uns, / Und an Parnassos' Felsen und am Kithäron hör ich, / O Asia, das Echo von dir und es bricht sich / Am Kapitol und jählings herab von den Alpen ... /²

Aber was kommt es auch in diesem Drama schon auf den geographischen Ort und die ethnische Einzelheit des Ausgangs an? Hegel befließigt sich, seine Leser zu überzeugen: Wie wichtig ist es denn, daß Jesus "ein Palästinenser" oder, wie er manchmal auch sagt, "ein Syrer" war; der Ort, der Kontinent, die Zeit, die Nation zählen in ihrer Positivität nicht für den, der immer zugegen sein will, wenn sich zwei seiner Schüler in seinem Namen begegnen, immer bei ihnen, bis zum Ende der Zeiten. Anderes Gesicht des Universalismus: Griechenland, Europa, Asien verlöschen in der Ferne.

Die meisten Philosophen haben weiter diesen Steilhang erklommen. Descartes, unaufhörlich auf Wanderschaft, weist allen Büchern die Tür oder glaubt wenigstens, das zu tun. Er hegt keine Vorliebe für Leute aus der Touraine oder dem Poitou. Es erstaunt ihn nicht, daß es "unter den Persern und den Chinesen ebenso verständige" Menschen gibt wie bei uns, ja daß dort "mehr Leute Vernunft gebrauchen oder sie mehr gebrauchen als wir".

So läßt er das virtuelle Feld der Philosophie weit über Europa hinausgehen. Andere werden, ebenso auf Konkordanz zielend, umgekehrt Europa fast bis zu den Dimensionen der Philosophie ausweiten. Leibniz kann sich entschiedener als Europäer sehen, dies aber, weil er zunächst China für ein "Europa des Ostens" hält!

Weder für den einen noch für den anderen ist die Philosophie morgen- oder abendländisch. Jeder meint, alles anzufangen, und manche verschärfen den Bruch in apokalyptischer Weise. Kant sieht am Abend der metaphysischen Schlacht nur Tote. Er offenbart seinen Lesern, daß "die kritische Philosophie sich als eine solche ankündigt, vor der es überall noch gar keine Philosophie gegeben habe"; ja, "vor dieser Philosophie sei gar keine andere noch gewesen".³ Er behandelt die Systeme aller seiner Vorgänger,

² F. Hölderlin, Am Quell der Donau, in: Sämtliche Werke und Briefe, Berlin 1970, Bd. 1, S. 450.

³ I. Kant, Die Metaphysik der Sitten, AB VII.

die sich, ob bescheiden oder hochfliegend, eingebildet haben, Philosophen zu sein, als Papierfetzen. Geboren wird die Philosophie also nun in Königsberg, das einmal Kaliningrad sein wird und das man nicht durchweg zu Europa rechnen wird. Aber die Kantsche Kritik löst sie, der Absicht nach, radikal von der Erde los.

Etwas später nimmt dann die moderne Philosophie einen ganz neuen Aufschwung in den Werken Reinholds, Fichtes, Schellings, Hegels, die zur Zeit ihrer höchsten Genialität sämtlich in Jena Aufnahme finden. Wird man sagen, daß das Klima Sachsen-Weimars das spekulative Denken förderte oder daß sich Jena für europäischer hält als andere Städte? Man weiß wohl, weshalb sie alle in Jena Zuflucht nahmen, unter Goethes umsichtigem Schutz.

Sie haben alle geglaubt, die wahre Fassung der Philosophie sei entschieden deutsch, und im selben Moment die Hegemonie des höchst abstrakt allgemeinen denkenden Subjekts gepriesen! Hegel geht so weit zu schreiben: "Wir haben also im ganzen zwei Philosophien: die griechische und die germanische."⁴ - Ein Fakt, der, wäre er wahr, explizit dem Prinzip seines Systems widersprechen würde.

Schelling hingegen, vom Echo seiner Philosophie in Frankreich unterrichtet und um seinen Ruhm besorgt, wird sich des Problems bewußt. Zwar bemerkt auch er, daß es keine französische Philosophie gebe - bis auf die revolutionäre Ausnahme Descartes -, daß die gesamte authentisch ausgedrückte Philosophie deutsch sei, aber er zieht aus dieser Bemerkung eine interessante, wenn auch nicht ganz aufrichtige Lehre. In seiner Studie *Über den nationalen Gegensatz in der Philosophie* räumt er angesichts der tiefen und anhaltenden Divergenzen ein, daß "jener nationale Gegensatz in Ansehung der Philosophie wirklich besteht": aber, so fügt er hinzu, "dieser Zwiespalt /zeigt/ zunächst nur, daß diejenige Philosophie, in der sich die Menschheit selbst zu erkennen vermochte, die wahrhaft allgemeine Philosophie, bis jetzt noch nicht existiert. Die wahrhafte allgemeine Philosophie kann unmöglich das Eigentum einer einzelnen Nation sein, und solange irgendeine Philosophie nicht über die Grenzen eines einzelnen Volkes hinausgeht, darf man mit Zuversicht annehmen, daß sie noch nicht die wahre sei, wenn vielleicht auch auf dem Weg dazu."⁵

So faßt Schelling, allerdings nur momentan, eine radikale Senkung des Zinssatzes ins Auge, den man der spezifisch deutschen Philosophie schuldet.

In dieser Perspektive sind die Schranken eines Kontinents ebensowenig zu dulden wie jene einer Nation. Hat die Philosophie sie jemals geduldet?

⁴ G.W.F. Hegel, *Theorie Werkausgabe*, Frankfurt am Main 1971, Bd. 18, S. 131.

⁵ F.W.J. Schelling, *Zur Geschichte der neueren Philosophie*, hrsg. von M. Buhr, Leipzig 1984, S. 210f.

Die universelle Basis

In jener Vorgeschichte des Menschen, aus der es uns nicht auszuschneiden gelingt, kommt es zu einem Moment, wo die Kultur und das Denken sich entwickeln und variieren, während die geographischen und ethnischen Bedingungen vergleichsweise relativ stabil bleiben. In der Regie der menschlichen Welt treten die historisch konstituierten sozialen Strukturen an die Stelle der ursprünglichen Naturzwänge, von denen sie herkommen.

Diese Mutation bedeutet freilich eine, wenn auch nicht absolute, so doch mit der Zeit immer weitergehende Befreiung von den natürlichen Bedingungen. Aber zum einen gerät sie nie zu dem erträumten Absolutismus, und zum anderen weigern sich die Philosophen oft anzuerkennen, daß sie mit einer noch stärkeren, jedoch eher schleichenden Abhängigkeit von den sozio-kulturellen Bedingungen bezahlt wird. Dieses ist, wiewohl nicht direkt sinnlich faßbar, doch nicht minder wirksam und entscheidend.

Will man die geographischen und ethnischen Ursachen nicht gelten lassen, so fragt sich, warum denn die Philosophie eben in Griechenland entstand. Etwa weil, wie Hegel einmal unterstellt, Griechenland eine freie politische Verfassung hatte? Was für ein vorsätzlicher Betrug! Er spricht selbst lang und breit vom Gewicht der Sklaverei, von der Erniedrigung der Frauen, von dem religiösen Obskurantismus, der politische Entscheidungen von den Phantasien eines Orakels oder den Zufällen eines Opfers abhängig machte...

Im Gegenteil konnten sich vielmehr, gerade weil Griechenland *keine* freie Verfassung, keine wirkliche Freiheit für alle Menschen hatte, manche von ihnen, wie Aristoteles klar festhielt, der allgemeinen Politik oder gar, ausnahmsweise, dem reinen Denken widmen.

Die weitverbreitete Sklaverei war Garant der Muße einer kleinen Anzahl von freien, das heißt, von schwerer und schmutziger Arbeit befreiten Bürgern. Aber im Rückblick zeigt sich der, zumindest in manchen Hinsichten, illusorische Charakter dieser Freiheit. Wie könnte derjenige, der den anderen knechtet, frei sein, wenn er für sein eigenes Überleben völlig von jenem abhängig ist, wenn ihm diese Herrenposition eine einseitige Sicht auf die Dinge aufzwingt, wenn sie ihn dazu neigen läßt, sogar das allgemein-menschliche Verhältnis zur Natur zu vergessen? Teilung um Teilung ziehen einander nach sich. Die erste Teilung der Arbeit führt auf die innere soziale Teilung der Gesellschaften, die nationalen Teilungen, die Trennung von theoretischer und praktischer Tätigkeit, all die Antagonismen, deren Ergiebigkeit Kant hochschätzte, und sie befördert den phantasmatischen Höhenflug der Philosophie.

Nur wenige Philosophen vermochten, punktuell scharfblickend, sich ihres eigenen sozialen Status bewußt zu werden, sei es auch nur partiell und verworren.

Welch außerordentliche, blitzartige Erleuchtung - unter so vielen anderen bei ihm -, wenn Kant plötzlich eingesteht: "Die Geschicklichkeit kann in der Menschengattung nicht wohl entwickelt werden, als vermittelt der Ungleichheit unter Menschen; da die größte Zahl der Notwendigkeiten des Lebens gleichsam mechanisch, ohne dazu besonders Kunst zu bedürfen, zur Gemächlichkeit und Muße anderer, besorget, welche die minder notwendigen Stücke der Kultur, Wissenschaft und Kunst, bearbeiten, und von diesen in einem Stande des Drucks, saurer Arbeit und wenig Genusses gehalten wird, auf welche Klasse sich denn doch manches von der Kultur der höheren nach und nach auch verbreitet." Indessen "wachsen die Plagen auf beiden Seiten".⁶

Der Leser verspürt in diesen Worten Kants, hinter der objektiven Anerkennung der wirklichen Situation, sehr wohl ein Bedauern, ein Sehnen nach der verlorenen Einheit, das Weh darüber, daß die Gesellschaft nicht ebenso universell ist, wie die Philosophie universalistisch sein will.

Doch wenn dem menschlichen Grundverhältnis, das Kant analysiert, die Universalität insofern abgeht, als die Menschen darin in zwei untrennbar verbundene und gleichwohl getrennte, entgegengesetzte und ungleiche Kategorien gefaßt sind, ist es indessen insofern universell, als es sich überall, wo Menschen leben, einstellen kann und sich schließlich einstellt, und das nicht nur in Europa. Kein Mensch entgeht ihm, ob de jure oder de facto. Und Kant sieht sehr wohl, daß auch die Philosophie von ihm abhängt und daß sie sich, gerade unter den Bedingungen seiner Zeit, damit abfinden muß und diesbezüglich Hoffnung nur aus den Möglichkeiten einer reflektierenden Teleologie schöpfen kann.

Die Philosophen sind als solche nicht die Nutznießer dieser sozialen Teilung, die Kant ungenau kennzeichnet, aber sie bringt ihnen Vorteile, und vornehmlich den, daß sie *sein* können. Kant spürt zutiefst den Kontrast zwischen dem freien philosophischen Anspruch auf Universalität, im Ideal, und der fatalen sozialen Partikularisierung, in der Realität.

Diese Situation, die Kant nur einerseits - unter dem anregenden, produktiven Aspekt - hoch wertet, um in der anderen Hinsicht ihre Unmenschlichkeit zu beklagen, wird Schelling einige Jahre später für sein Teil bestätigen, jedoch unverhohlen als erfreulich. Auch er träumt von einer universellen Philosophie. Aber er beruft sich dreist auf die aristotelische Lehre der "naturgegebenen" Sklaverei, um die Bedingungen der Entfaltung der Philosophie in der Moderne zu rechtfertigen: Für ihn ist "die erste vom Staat zu erfüllende Forderung", wie er proklamiert, "daß den Besten Muße gegönnt sei", und er rechnet sich sichtlich zu diesen "Besten". Die antike wie die moderne Sklaverei hat für ihn natürlichen und notwendigen Charakter. "Dem einen frommt Sklave, dem anderen Herr zu sein", präzisiert er. In den Gesellschaften kann es, ihm zufolge, "keine Art von Ordnung" geben,

⁶ I. Kant, Kritik der Urteilskraft § 83.

wenn es nicht "von Geburt an" eine Unterscheidung zwischen Herrschern und Beherrschten gebe.⁷

Schmerz erfüllt bei Kant, zynisch bei Schelling, findet sich bei beiden die bewundernswert klarblickende Feststellung einer menschlichen Unterschiedlichkeit, die weit tiefer greift und entscheidender ist als die zwischen den Kontinenten, den Rassen oder den Nationen. Selbst wenn sie am Ursprung auf geographischen oder ethnischen Basen fußt, emanzipiert sie sich doch rasch von dieser Umgebung. Einmal konstituiert, funktioniert diese soziale Beziehung als relativ selbständige, bedingt unabhängige Struktur und folgt nunmehr ihren eigenen Entwicklungsgesetzen. Vielleicht hat sie sich zuerst in einigen verstreut gelegenen Regionen Europas herausgebildet, aber sie erweist sich im Gebrauch als universell menschlich, als imstande, sich in ihrer unmenschlichen Menschlichkeit überall einzustellen, wo es Menschen gibt, und bei Bedarf auch auf anderen Planeten.

Boden und Ethnie regieren nicht mehr die Menschenwelt, und sie gewinnen ihre einstige Vormachtstellung nur dann auf schreckliche Weise, in einer Art Rückschritt um Jahrtausende wieder, wenn die ökonomischen, sozialen und politischen Instanzen es ihnen erlauben oder, weil sie dabei auf ihre Kosten kommen, sie dazu ermuntern. Die Philosophie aber, weit entfernt, aus alledem hervorgegangen zu sein und sich dafür verantwortlich zu halten, fällt dieserhalb wenigstens strenge Urteile, wenn sie schon nicht imstande ist, wirksam einzugreifen. Eine Geophilosophie ist, wenn möglich, theoretisch noch unhaltbarer als eine dogmatische Geopolitik.

Das politische Europa-Projekt, mit dem man uns jetzt in den Ohren liegt - aber die alten Ohren haben derlei früher schon öfters vernommen und darüber an Bereitwilligkeit verloren -, dieses Projekt ist natürlich nicht philosophisch. Was nicht besagt, daß ihm Bedeutsamkeit abgeht und daß die Philosophen darüber hinweggehen sollen. Ganz im Gegenteil! Ob man ihm zustimmen oder es ablehnen will, geht es doch alle an, übrigens nicht nur die Europäer. Dieses Projekt kennzeichnet sich jetzt hauptsächlich als politisch, und es kann *Objekt der politischen Philosophie* werden, aber nicht deren *Subjekt*.

Die Philosophie unterscheidet sich von der Politik, und es kann sich nicht darum handeln, einem ephemeren Europa-Bild, das eine Politik zeichnet, zufolge zu philosophieren. Pflicht der Philosophen wäre es vielmehr, Europa der universalistischen Idee zufolge zu modellieren, und nicht nur Europa, sondern die Welt, von einem Standpunkt aus, den Kant vielleicht nicht sehr geschickt als "weltbürgerlich" qualifiziert hat.

⁷ F.W.J. Schelling, Philosophie der Mythologie, zit. von D. Losurdo, in: Zur Architektonik der Vernunft, hrsg. von L. Berthold, Berlin 1990, S. 574.

Mutmaßungen

Das Europa-Programm, das man uns präsentiert, zuerst Versuch eines militärischen Aufbaus gegen eine für bedrohlich gehaltene und aus dem geographischen Europa ausgeschlossene Sowjetunion gewesen, hat sich zu einem Plan für ökonomische und soziale Leitung gewandelt. Es handelt sich darum, jenseits dieser flexiblen Grenze Marktanteile zu gewinnen oder zu bewahren. Sehr konkrete und sehr dringliche Probleme erheben sich. Sie verdienen Untersuchung, Diskussion, Entscheidung, und die Philosophen müßten sich sehr wohl mindestens mit ihrer Stimme in diese Debatte einmischen.

Aber sie würden es dann in der Tonart des Philosophen tun, *Ideen* folgend, die generell recht störend wären. Enttäuscht von denen, die sich 1818 auf dem Aachener Kongreß gerühmt hatten, sie würden Europa endgültig und harmonisch organisieren, hat Beethoven einst erläutert: "Diese großen Bankiers haben alle Minister in der Hand, sie können die Regierungen in Verlegenheit stürzen, sooft sie wollen. Man kann ohne sie kein politisches Geschäft abschließen ... Man hat gesehen, wie sie sich in Aachen verständigten, um Geld von allen Konten und Guthaben der verschiedenen Höfe zu klauben ... Die europäische Politik hat so einen Weg eingeschlagen, daß ohne Geld und ohne Bankiers nichts mehr zu machen ist ... Allesamt haben diese Regierungen keine Idee."⁸

Sich von Interessen lenken zu lassen und sich noch einzubilden, daß man sie kontrolliere, heißt, keine *Ideen* zu haben. Diese müßten von der Philosophie vorgeschlagen werden, die in ihrem Universalismus alle begrenzten Standpunkte aufhebt. Sie müßte die *Europa-Idee*⁹ prägen, desgleichen übrigens die Idee Asiens und jene der endlich in einer einzigen Welt versammelten Menschen der ganzen Erde, was zweifellos zu schön wäre, um ganz wahr zu sein. Was für eine Ambition!

Aber wir beklagen die traurige Zersplitterung, Zerrissenheit, Belanglosigkeit, Verstiegenheit der prekären Philosophie, und das reduziert uns auf reumütige Bescheidenheit und chronische Lahmheit.

Die Philosophie, die sich selbst sucht, die Philosophie *in statu nascendi*, in ihrer Schwäche vielleicht um so mehr geliebt, wird jedenfalls unermüdlich weiter in leidenschaftlicher Erwartung Ausschau halten nach den jungen Heroen des Denkens, die da kommen und sie vollenden werden.

⁸ L. v. Beethoven, zit. von Elie Faure, in: *Oeuvres complètes*, Paris: Pauvert 1964, t. III, p. 812. (Rückübersetzt).

⁹ Vgl. M. Buhr (Hrsg.), *Das geistige Erbe Europas*, Napoli 1994.

Elisabeth Bessau

Geschichte und Persönlichkeit

Exemplarische Erörterungen

Es gilt zu unterscheiden:

1. Historische Ereignisse, die in dieser Form nicht stattgefunden hätten, wenn eine bestimmte Persönlichkeit nicht in den Ablauf der Ereignisse eingegriffen hätte.
2. Historische Prozesse, die beschleunigt wurden, weil eine Persönlichkeit eingriff.
3. Katastrophen, die verhindert oder gemildert wurden, weil ein einzelner Mensch einen Prozeß hemmte.
4. Abläufe im historischen Geschehen, die von einer kleinen Gruppe von Menschen abhängen.
5. Geschichtsabläufe, die scheinbar autonom abrollen, weil niemand etwas tut.

Natürlich sind alle diese Prozesse auch mit negativen Vorzeichen zu beobachten: Ein einzelner führt eine Katastrophe herbei, beschleunigt sie, hemmt eine gute Entwicklung; eine kleine Gruppe führt in den Niedergang; weil alle in einer einseitigen Richtung aktiv werden, rollt eine Entwicklung scheinbar autonom.

Wir erkennen gern die weltgeschichtliche Bedeutung einzelner Persönlichkeiten an, die die Fähigkeit haben, im Augenblick das historisch Richtige zu tun und an die durch dieses Tun Betroffenen die richtigen Worte zu richten. Ein einzelner bleibt in seinem Tun durchaus nicht dort stehen, wo es der historische Prozeß plausibel erscheinen läßt. Er geht oft so weit, wie andere in seiner unmittelbaren Umgebung ihm zu folgen bereit sind. Ob er dadurch zum Geschichtsbildner wird, hängt von Umständen ab, die er allein nicht bestimmen kann.

Es sollen exemplarisch für ihr Wirken in einem bestimmten Geschichtsaugenblick Leonidas, Arminius, Lenin, Gandhi und Mandela betrachtet werden. Gemeinsam ist diesen Persönlichkeiten, daß sie der jeweils kriegstechnisch und von der ökonomischen Macht her unterlegenen Seite angehören und daß sie kein persönliches Opfer, wie groß es auch sei, scheuen.

Leonidas

Mit einer gewaltigen zahlenmäßigen Übermacht rückt der Perserkönig Xerxes 480 v. Chr. gegen Griechenland vor. Das persische Weltreich umfaßte damals 5,5 Millionen Quadratkilometer, Griechenland gerade 30 000

Quadratkilometer. Die wichtigste Landstreitmacht unter den Stadtstaaten Griechenlands war Sparta. Sparta war dem zur See stärkeren Athen an Bevölkerungszahl unterlegen, aber die freien Männer Spartas waren ein Leben im Dienst der sozialen Gemeinschaft von Kindheit an gewohnt. Die Kindererziehung war der Willkür der Kleinfamilie entzogen. Sie geschah in staatlichen Einrichtungen, die in den damaligen unruhigen Zeiten das Ertragen von Entbehrungen, die Stählung des Körpers, die Hinordnung der Gedanken und Gefühle auf das öffentliche Wohl vor allem förderten. Jeglicher Luxus und der Gebrauch von Edelmetallen waren untersagt. Die wehrfähigen Männer nahmen ihre kargen Mahlzeiten gemeinsam ein und übten sich täglich im Gebrauch der Waffen. Ausdauer, Tapferkeit und Bedürfnislosigkeit waren Spartas Tugenden. Eine solche Gemeinschaft ist schon weitgehend eine Vereinigung von Gleichen, obwohl es traditionsgemäß zwei Könige gab, die priesterliche Aufgaben versahen und von denen einer Oberbefehlshaber im Kriege war. Die Staatsführung oblag einem jährlich neu zu wählenden Fünferkollegium. Alle wehrfähigen freien Männer entschieden über Gesetzgebung, Beamtenwahl, Staatsverträge, Krieg und Frieden. Natürlich gehörte auch die spartanische Kultur dem Typus der Sklavenhaltergesellschaft an, wengleich einer milderer Form, da die Sklaven dem Staat gehörten und in Eigenverantwortung als Heloten das Land bebauten, von dessen Erträgen sie die Hälfte abzuliefern hatten.

Wir müssen davon ausgehen, daß der Spartanerkönig Leonidas durch Kundschafter vor der eigentlichen Konfrontation mit dem Gegner von dessen Übermacht erfahren hatte. Sein Geschlecht leitete sich von Herakles ab. Bevor er mit seiner Armee nach den Thermopylen in Mittelgriechenland zog, schlief er, so berichtet Plutarch, im Tempel des Herakles, der ihm im Traum erschien und ihn wissen ließ, daß kein Spartaner zurückkehren werde. Er selbst hatte wahrscheinlich längst den Tod gewählt anstelle eines Sklavendaseins im Dienste der Perser. Zu einer Zeit, in der es keine Medien gab und auch keinen pragmatischen Glauben an die Machbarkeit aller sozialen Voraussetzungen für einen Konsens, war der Hinweis auf den Ahnherrn des Stadtstaates für diejenigen Krieger, die weniger mutig und opferbereit gewesen sein mögen, ein innerer Ansporn. An dem Paß angelangt, der den Zugang zu Griechenland erschloß, entließ Leonidas einen Teil der anderen griechischen Heerstämme, die vielleicht weniger zuverlässig erschienen. Aus den historischen Quellen ist bekannt, daß keiner der Verteidiger der Thermopylen den Tag überlebte. Die von Athen geführte Seestreitmacht zog sich während dieses Tages in die enge Bucht von Salamis zurück, in der die Vielzahl der großen persischen Schiffe sich behinderte und manövrierunfähig war, so daß die Perser besiegt werden konnten. Die Geschichtsschreiber aller Zeiten folgten der griechischen Überlieferung und rühmten die Opfertat der Spartaner unter Leonidas, der bewußt den Tod für die Freiheit Spartas wählte, weil dadurch die entwickeltere Gesellschaft überlebte. Die persische Sklavenhaltergesellschaft wurde von einem König beherrscht, dem göttliche Ehren zu erweisen wa-

ren. Seine Helfershelfer, die Satrapen, die den Provinzen des riesigen Reiches vorstanden, beuteten schamlos die unterworfenen Völker aus. Ein unerhörter Luxus herrschte dort durch Jahrhunderte an den Höfen, der den Griechen fremd war, auch dem kunstliebenden Athen. Die Griechen beuteten die Arbeitskraft der unterworfenen Völker unter möglicher Schonung des Lebens derjenigen aus, die ihnen ein Maß an Freizeit ermöglichten, das sie für Sport und die Entwicklung sozialer Fähigkeiten im Falle Spartas, für die Entwicklung intellektueller Fähigkeiten im Falle Athens zu nutzen wußten. Das Beispiel des Leonidas lehrt, daß Überzeugungskraft und kompromißlose Bereitschaft zum Opfer des eigenen Lebens die Wende in der Eroberung Südeuropas durch die Perser herbeiführten.

Arminius

Ein halbes Jahrtausend nach den Ereignissen in Griechenland wird wieder eine Weltmacht in ihrem Eroberungszug durch den Einsatz eines einzelnen zur Umkehr gezwungen. Es ist Arminius, ein Häuptling aus dem germanischen Stamm der Cherusker, der im westfälisch-niedersächsischen Gebiet alle sich ansonsten oft befehdenden Kräfte zusammenfaßte und drei Legionen - rund 30 000 Mann - der Weltmacht Rom im Jahre 9 n. Chr. völlig vernichtete. Die Römer versuchten mehrfach erfolglos, die Grenze ihrer Kolonien vom Rhein ostwärts an die Elbe zu verlegen. Am 29. September 9 begann ein dreitägiger Kampf schlecht ausgerüsteter Barbaren gegen die an Zahl, Ausrüstung und Kriegserfahrung weit überlegenen Römer, die sogenannte Varusschlacht, die den Untergang dreier Legionen brachte. Sechs Jahre später griffen die Römer mit rund 90 000 Mann an. Arminius siegte diesmal in offener Feldschlacht, wengleich mit hohen Verlusten. Im folgenden Jahr erfolgte ein dritter Angriff der Römer, die ihre Streitkräfte mit Hilfstruppen auf 112 000 Mann erhöht hatten. In abermals dreitägigen Kämpfen erlitten beide Seiten hohe Verluste, doch die Römer zogen sich nun für immer hinter den Rhein zurück. Tacitus berichtet in den "Annalen" ausführlich über Arminius. Der Abstand zwischen den Germanen, die zum Schutz nur einen Schild und zum Kampf einen Speer, aber wegen Eisenmangels kein Schwert hatten, und den Römern, die mit Speer, zweischneidigem Schwert, Helm, eisernen Schulterspannen, Lederkoller und Schild ausgerüstet waren, war gewaltig. Mit 21 Jahren ging Arminius zu den Römern an den Niederrhein, um bei ihnen die Kriegskunst zu erlernen. Fünf Jahre später siegte er in der Varusschlacht. Die römischen Soldaten kämpften für Gold und Silber, aber nicht um Freiheit, Familie und Leben. Eine Sklavenhaltergesellschaft, in der es wie bei den Römern - Sklaven in Bergwerken, auf Galeeren, auf Latifundien und im Hause gab, kannten die Germanen nicht. Bei ihnen gab es keine Bergwerke, keinen Großgrundbesitz, nur von ihnen selbst geruderte Boote und einen bescheidenen Hausstand. Burgen waren steinerne Ringwälle mit einfachen Holzhallen. Tacitus gibt Worte des Arminius wieder,

die er an die Cherusker richtete. Er nannte deutlich die Alternative: schimpfliche Knechtschaft und Zwingherrn oder Kampf für das Vaterland, für die Ahnen und für die Freiheit. Eine zweite Rede des Arminius sieben Jahre später, als ihm sein Bruder als römischer Offizier an der Weser gegenüberstand, ist ebenfalls von Tacitus überliefert. Arminius gemahnte seinen Bruder an seine Pflicht gegenüber dem Vaterland, gegenüber den Göttern und den Blutsverwandten und rief ihn zum Kampf für die Freiheit, jedoch vergeblich. Zu diesem Zeitpunkt war die Frau des Arminius bereits den Römern in die Hände gefallen, die sie mit ihrem Sohn später gefesselt in Rom zur Schau stellten. Wie Leonidas scheute auch Arminius kein persönliches Opfer. Seine Burg wurde zerstört, er verlor Frau und Kind, und fünf Jahre nach seinem letzten Sieg wurde er ermordet. Tapferkeit und Mut paarten sich mit Würde, Beredsamkeit, Klugheit und Weitblick. Daß er das Mittel der Rede zum Anfeuern seiner Weggefährten benutzte, unterscheidet ihn von Leonidas. Er hat wie dieser den Kulturraum kommender Zeiten geprägt, dem die Sklavenhaltergesellschaft für ein weiteres Dreivierteljahrtausend erspart blieb.

Lenin

Viele historische Ereignisse sind nicht durch das Wirken einer Persönlichkeit, sondern durch eine Gruppe oder durch verschiedene Individualitäten, deren Handeln dasselbe Ziel hatte, entschieden worden. Zu diesen Ereignissen gehören die Reformation und die Französische Revolution. Für alle Folgezeit bis heute blieb die Erklärung der Menschenrechte durch die französische Nationalversammlung vom 26. August 1789 von unschätzbare Bedeutung, die die persönliche Freiheit und Rechtsgleichheit aller Bürger schützte. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" war der Schlachtruf des Bürgertums gegenüber dem Adel und dem Klerus, ohne daß irgendwelche Versuche unternommen wurden, Brüderlichkeit innerhalb der Verfassung zu verankern. Immerhin war es das erste Mal in der uns bekannten Menschheitsgeschichte, daß Teile einer nationalen Verfassung überzeitlichen und internationalen Vorbildcharakter erhielten. Brüderlichkeit gehörte zum Bekenntnis der fortschrittlichen Teile Frankreichs, aber sie trat nirgends in der Verfassung in Erscheinung. Sie war die Hoffnung der verarmten und ausgebeuteten Klassen. Erst als durch Marx ein Parteiprogramm formuliert wurde, das ebenso überzeitlichen und internationalen Vorbildcharakter erhielt wie die französische Verfassung von 1789, das Manifest der Kommunistischen Partei von 1848, erhielt die Hoffnung auf eine brüderliche Welt eine reale Grundlage mit dem Ziel einer Gesellschaft, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Manifest, S. 47).

Lenin erlebte schon als Schüler hautnah, daß Klassenkampf in seiner Zeit ein Kampf auf Leben und Tod war. Einen Monat nach seinem 17. Geburtstag wurde am 8. (20.) Mai 1887 sein geliebter ältester Bruder

Alexander in Petersburg als Verschwörer gegen den Zaren gehängt. "Mein Weg ist mir durch meinen älteren Bruder vorgezeichnet worden", (Lenin, S. 19) soll er festgestellt haben. Sieben Monate nach dem Tod des Bruders wurde Lenin der Universität verwiesen und für zehn Monate auf ein Gut der Familie verbannt. Als Externer durfte er Jahre später seine juristische Examina ablegen. In sechs einsamen Jahren reifte Lenin zum Revolutionär, bevor er 1883 nach Petersburg übersiedelte. Zwei Jahre später wurde er verhaftet und nach vierzehn Monaten in einer Einzelzelle für drei Jahre nach Ostsibirien verbannt. Ein halbes Jahr nach dem Ende der Verbannung emigrierte er und verbrachte die folgenden fünf Jahre in Deutschland, England und der Schweiz. Ende 1905 kehrte er für ein Jahr nach Rußland zurück, ein weiteres Jahr verbrachte er in Finnland. Dann begann eine Emigration von neuneinhalb Jahren Dauer, die er vorwiegend in Paris, in der Nähe von Zakopane und in der er Schweiz verbrachte. Nach der Februarrevolution von 1917 gelang es ihm, im April nach Rußland einzureisen. Die Jahre der Emigration hatte er zum Schreiben und für politisch-organisatorische Arbeit genutzt. Vor allem aber gewann er ein untrüglisches Gefühl für die richtige Entscheidung, die der Augenblick verlangte. Das war es, was ein Revolutionär brauchte. Als er am 3. (16.) April 1917 in Petrograd begeistert empfangen wurde, rief er sofort zur sozialistischen Revolution auf. Seine Anhänger waren verunsichert, seine Gegner hielten ihn für wahnsinnig, seine Parteifreunde wollten ihm anfangs nicht folgen. Lenin sah unbeirrt sein Ziel vor sich, weil er fühlte, daß der historische Moment für die Verwirklichung gekommen war. Drei Wochen später gab ihm die Mehrheit der Parteitagdelegierten Recht. Nach drei Monaten der politischen Arbeit mußte Lenin ein letztes Mal die Arbeit im Untergrund und im Exil für drei Monate fortsetzen, bevor er am 7. (20.) Oktober 1917 illegal nach Petrograd reiste.

Dreierlei ist an Lenin hervorzuheben: 1. Die Unbeirrbarkeit, mit der er an einem als richtig erkannten praktischen Weg festhielt. 2. Die Sicherheit, mit der er den richtigen Zeitpunkt für eine politische Tat wählte. 3. Die einfache und klare Sprache, die alles Gesagte zu einer unwiderlegbaren Wahrheit für die Zuhörer werden ließ.

Lenin wirkte nicht mit Suggestivkraft auf die Massen, sondern durch ihn hindurch sprach die Geschichte selbst. So empfand es Gorki, der in eindrucksvollen Worten ein Erlebnis von der Gegenwart Lenins vermittelt: "... in seinem ... Gesicht glühten und funkelten die scharfen Augen eines Lüge und Elend des Lebens unermüdlich verfolgenden Jägers ... Der Glanz dieser Augen machte seine Rede noch flammender und unheimlich klar. Manchmal war es, als spräche die unbändige Energie seines Geistes in Funken aus diesen Augen. Seine Rede erzeugte stets ein fast physisches Empfinden unwiderlegbarer Wahrheit ..." (Lenin, S. 39).

Lenin entwarf Pläne für den bewaffneten Aufstand, gab Losungen aus, schrieb Briefe und redete mit seiner ganzen Überzeugungskraft auf die

Genossen ein, denen die militärische Aktion oblag. Aber er selbst griff nicht zur Waffe. Die sozialistische Revolution in Rußland sollte die russischen Arbeiter und Bauern vor dem Hunger retten, und sie sollte den Frieden ermöglichen. Am 24. Oktober (6. November) schrieb er an die ZK-Mitglieder: "Es ist sonnenklar, da jetzt jede Verzögerung des Aufstandes den Tod bedeuten würde ... Man darf nicht warten! Man kann alles verlieren! ... Das hat die Geschichte aller Revolutionen bewiesen, und ungeheuerlich wäre das Verbrechen der Revolutionäre, wenn sie den Augenblick verpaßten, obwohl sie wissen, daß die Rettung der Revolution, das Friedensangebot, die Rettung Petrograds, die Rettung vor dem Hunger, die Übergabe des Bodens an die Bauern von ihnen abhängt." (Lenin, S. 120f.) Einen Tag später war der Sieg der Oktoberrevolution unter geringen Menschenverlusten gelungen. Dies war ein Verdienst Lenins durch Anordnung der richtigen Maßnahmen zum bestmöglichen Zeitpunkt.

Von allen wahrhaft bedeutenden Veränderern der Geschichte werden große persönliche Opfer verlangt. Dies scheint ein gleichsam unumstößliches Gesetz zu sein. Der Mord an Lenins Bruder war der Anfang, 16 Jahre Exil in Finnland, Mittel- und Westeuropa, 3 Jahre Verbannung nach Ostsibirien, 15 Monate Gefängnis, also rund 20 Jahre dieses kurzen Lebens fern der Heimat, waren das Kernstück des Reifens zum Ergreifer des historischen Augenblicks. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution lebte Lenin bescheiden wie bisher. Einen Lohn über dem eines Facharbeiters lehnte er ab. Hungerte das Volk, so hungerte auch er mit Frau und Schwester. Seine Überlegenheit war sein Weitblick, war die richtige Einschätzung der Wirklichkeit, war das Ziel als Mittelpunkt des Lebens, hinter dem eine Person unbedingt zurücktreten mußte, selbstverständlich auch die eigene. So kritisierte er nach der Revolution die Presse: "Wohin man sieht, schreiben sie über mich. Ich finde dieses vollkommen unmarxistische Herausstreichen einer einzelnen Person sehr schädlich. Es ist falsch, unzulässig, überflüssig." (Lenin, S. 131) Wohl starb Lenin am 21. Januar 1924 am letzten einer Reihe von Schlaganfällen, doch hatte ein knapp vier Jahre vor dem ersten Schlaganfall auf ihn verübtes Attentat einen hohen Blutverlust zur Folge, der an seinen Kräfte gezehrt hat.

Die Oktoberrevolution war das Vorbild für die Revolutionen in China und Kuba. Ist etwas von ihren Errungenschaften für das russische Volk heute noch erhalten geblieben? In erster Linie ist es die Gewißheit, daß das Volk gegenüber der Obrigkeit eine Macht besitzt. Zeitens sind es die Überwindung des Analphabetentums und ein hoher Qualifizierungsstand eines großen Bevölkerungsanteils. Drittens ist es die industrielle Entwicklung des riesigen Agrarlandes.

Gandhi

Wie Lenin als Marxist nicht ohne den Hintergrund der abendländischen Philosophie zu denken ist, so Gandhi nicht ohne die religiöse Philosophie

des hinduistischen Indiens. Jain-Mönche verkehrten im Elternhaus. Sie dürfen kein Lebewesen, auch kein Insekt, töten und gegenüber keinem Wesen Gewalt anwenden. 1882, mit 13 Jahren, wurde Gandhi verheiratet. Damit er zum Jurastudium nach England gelassen wurde, was der Familie zu gefährlich erschien, fand ein Jainmönch den Ausweg, daß der Neunzehnjährige drei Gelübde ablegte, und zwar weder Wein noch eine Frau noch Fleisch anzurühren. Gandhi übernahm seit seinen drei Studienjahren in London europäische Kleidung für sich und seine engere Familie. Als Anwalt war er in Indien wegen seiner Unfähigkeit zu reden wenig erfolgreich. Nur im Abfassen von schriftlichen Eingaben und später vor allem im Aushandeln von Vergleichen erwies er sich als begabt. Mit 24 Jahren begab er sich nach Südafrika, um in Natal bei einem Prozeß einer indischen Firma mitzuwirken. Mit zwei Unterbrechungen von wenigen Monaten blieb Gandhi 21 Jahre in Südafrika.

Zu Gandhis Kampf gehörte auch das Experimentieren unter anderem mit Ernährung, Gesundheitspflege, Handarbeit und neuen Gemeinschaftsformen auf dem Land. 1908 verbrachte er mehrere Monate wegen bürgerlichen Ungehorsams im Gefängnis. Gandhi erklärte Selbstaufopferung zum Mittel seines politischen Kampfes. Sein Kampf gegen die Briten wurde allmählich zu einem Kampf gegen die durch sie gebrachte Zivilisation. Er gebrauchte natürlich die moderne Technik, Eisenbahnen, Telefon, die Druckerpresse und so weiter, doch erkannte er deutlich, daß zwischen britischem und indischem Kapitalismus kein Unterschied bestehen würde: "Es ist nicht das britische Volk, das Indien regiert, sondern es ist diese moderne Zivilisation ... Wenn die britische Herrschaft morgen durch eine indische Herrschaft ersetzt würde, die auf diesen modernen Methoden aufbaut, dann wäre Indien um kein Haar besser, außer daß es etwas von dem Geld, das nun nach England fließt, zurückbehalten könnte, aber Indien wäre dann nur ein zweit- oder fünfrangiges Land, das Europa oder Amerika nachahmt." (Gandhi, S. 60)

Um selbst ein Vorbild zu geben, gab Gandhi 1910 seine erfolgreiche Anwaltspraxis auf, zog mit seiner Frau und seinen vier Söhnen auf die sogenannte Tolstoi-Farm und verzichtete 1912 auf alles Privateigentum. Ende 1913 führte er in Südafrika zum letzten Mal eine Aktion zivilen Ungehorsams an.

Im Januar 1915 kehrte er nach Indien zurück, nun nicht mehr europäisch gekleidet. Er war jetzt ein Politiker, der den politischen Kampf zu planen und auszuführen verstand und der als Redner die Volksmassen begeisterte. Er verzichtete auf alle Annehmlichkeiten des Lebens und erreichte durch zahllose persönliche freiwillige Opfer eine unerhörte Ausstrahlungskraft auf andere. In Indien gründete er wieder eine soziale Gemeinschaft, in der er mit seinen Mitarbeitern lebte und arbeitete. In Reden und Schriften nannte er den britischen Imperialismus "ein satanisches System", welches Millionen Inder durch planmäßige Ausbeutung an den Bettelstab gebracht

habe (Gandhi, S. 77). 1919 rief er erfolgreich zu einem zweiwöchigen Generalstreik auf. 1920 begann er Aktionen der Nichtzusammenarbeit. Am 13. März 1922 wurde er verhaftet und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, doch nach zwei Jahren aus Gesundheitsgründen entlassen. Die Wiedereinführung des Spinnens auf indischen Dörfern beschäftigte ihn die nächsten vier Jahre. Dann erwartete die Kongreß-Partei die Führung der Bewegung bürgerlichen Ungehorsams durch ihn. Am 4. Mai 1930 wurde Gandhi für ein Dreivierteljahr ins Gefängnis gebracht. Nach seiner Entlassung verhandelte er mit dem Vizekönig, später in London. 1932 wurde er wieder für anderthalb Jahre ins Gefängnis gesteckt und schließlich aus Gesundheitsgründen entlassen, da er in den Hungerstreik getreten war.

Nach seiner Entlassung widmete sich Gandhi jahrelang ganz dem Kampf gegen die Ausgrenzung der Unberührbaren. In der Kongreßpartei setzte er als Programmpunkte Alkoholverbot, Grundschulbildung und Entschuldung der Bauern durch.

Im Zweiten Weltkrieg wurde von Gandhi eine neue Kampagne bürgerlichen Ungehorsams begonnen. 1942 wurde er für fast zwei weitere Jahre eingesperrt. Am 13. August 1947 erhielten Indien und Pakistan endlich die volle Unabhängigkeit. Ein letztes Mal hatte Gandhi im Januar 1948 mit einem Hungerstreik Erfolg, der nach sechs Tagen zu einer Vereinbarung führte, die das Morden zwischen Hindus und Moslems eindämmen sollte. Am 30. Januar 1948 wurde er aus nächster Nähe in New Delhi von einem Hindufanatiker erschossen.

Jawaharlal Nehru, der erste Ministerpräsident Indiens, sein Schüler, schrieb über Gandhi: "Dieser kleine Mann von geringer Körperkraft hatte etwas von Stahl an sich, etwas Felsenartiges, das irdischen Kräften ... nicht nachgab ... Seine Sprache war einfach ungeschminkt, seine Stimme und Erscheinung kühl ..., aber hinter dieser äußerlichen Eisdecke brannte die Hitze eines lodernden Feuers konzentrierter Leidenschaft ... Der Weg, den er wies, war hart und schwierig, aber es war ein mutiger Pfad, und er führte ... zu dem versprochenen Land der Freiheit ... seine Persönlichkeit war viel größer, als man auf Grund ihres Zeugnisses meinen würde ... Er war geradezu Indien ... Etwas Kindliches ist um ihn, das bezaubert ... Er zog Leute an ... Oft verstanden sie ihn gar nicht. Aber die Handlung, die er vorschlug, war etwas Greifbares, das ... geschätzt werden konnte." (Gandhi, S. 137f.)

Lenin erreichte sein Ziel durch entschlossenes Handeln im richtigen Augenblick. Gandhi wurde durch seine persönlichen Opfer in der Reduzierung der eigenen Lebensansprüche auf das Existenzminimum eines Heiligen der große soziale Beweger in einem Land, das sich zu beträchtlichen Teilen in den Extremen zwischen Gewalttätigkeit und Lethargie bewegte. Wie die KPdSU seit 1991 nicht mehr existiert, so war auch die Kongreßpartei gegenüber den Idealen, die sie unter Gandhi und Nehru formten, an einem Tiefpunkt angelangt, als am 21. Mai 1991 der letzte Nehruenkel und

Ministerpräsident Indiens von einer Bombe zerrissen wurde. Was in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts eine Errungenschaft war, ist vergangen.

Mandela

Als drei Jahre nach den verhängnisvollen Ereignissen des Jahres 1991 Nelson Mandela als erster schwarzer Präsident Südafrikas vereidigt wurde, dämmerte für alle fortschrittlich gesinnten Menschen eine neue Hoffnung herauf. (Vgl. die Besprechung seiner Autobiographie in Z Nr. 21, S. 243 ff.) Lenin und Gandhi sind fast gleich alt. Mandela ist ein Mensch des 20. Jahrhunderts, am 18. Juli 1918 geboren. Die Provinz seiner Geburt, die Transkei, grenzt an Natal, wo Gandhi wirkte.

Mandela führte in den ersten neun Jahren seines Lebens das einfache Leben auf dem Lande ohne irgendwelche zivilisatorischen Errungenschaften, in dem Gandhi ein Ideal für alle Menschen sah. Als ihn sein Vormund nach traditionellem Brauch wider seinen Willen verheiraten wollte, floh er nach Johannesburg. Er studierte Jura und wurde Anwalt wie Lenin und Gandhi. Wie Lenin konnte er seinen Beruf als Folge seines politischen Kampfes nur kurze Zeit ausüben. 1946 erließ die Regierung in Südafrika diskriminierende Gesetze gegen die Inder, die passiven Widerstand leisteten, woraufhin 2.000 Inder in die Gefängnisse geworfen wurden. Die Aktionen der Inder wurden für Mandela zum Vorbild für den ANC (African National Congress), dessen Jugendfunktionär er zu dieser Zeit war. "Entscheidend war ... vor allem die Bereitschaft, Leiden und Opfer auf sich zu nehmen." (Mandela, S. 147) 1948 siegte die Partei der Apartheid bei den weißen Parlamentswahlen in Südafrika und erließ 1949 härtere Gesetze. 1950 wurde Mandela in das Nationale Exekutivkomitee des ANC gewählt. Nach seiner Vorstellung sollte die Antwort des ANC auf diese Gesetze "Massenaktionen in der Art von Gandhis gewaltfreien Protesten" sein (ebenda, S. 160). Die Führer des ANC müßten bereit sein, "falls nötig, für ihre Überzeugungen ins Gefängnis zu gehen, wie Gandhi." (Ebenda, S. 160) Ein eintägiger politischer Streik 1950 lehrte ihn: "Ein Mann, der in den Kampf verwickelt war, war ein Mann ohne häusliches Leben." (Ebenda, S. 167) Mandela "wollte gewaltlosen Protest nur, solange er effektiv war." (Ebenda, S. 179) Damit erregte er den Widerstand von Gandhis zweitem Sohn, Manilal Gandhi, der in Südafrika wirkte.

Die erste Mißachtungskampagne brachte 8.500 Menschen in Bewegung und Mandela für vier Monate ins Gefängnis. Sie befreite ihn von dem Gefühl der Unbesiegbarkeit des weißen Mannes. Nun war er ANC-Präsident von Transvaal und wußte schon bald, daß Gewaltlosigkeit nicht zum Ziel der Befreiung führen würde. Im Dezember 1956 wurde er mit anderen zum ersten Mal des Hochverrats angeklagt, worauf die Todesstrafe stand. Einer der Mitangeklagten wurde später aus politischen Gründen gehängt.

Die Freilassung gegen Kautions konnte den Zusammenbruch von Mandelas Anwaltspraxis nicht verhindern. Der ANC wurde 1960 verboten. Der Pro-

zeß endete 1961 mit einem Freispruch, doch Mandela hatte keine andere Wahl, als in den Untergrund zu gehen. Er reflektiert an jedem Abschnitt des Weges, wie weit das, was seine Neigung ist, was seine Freude wäre, mit den notwendigen Forderungen des Freiheitskampfes vereinbar ist. Es war seine freie Wahl, alle Energie und alle Intelligenz für die Ziele des ANC einzusetzen. Sobald ihn die Organisation mit Verantwortungen betraut hat, endet die Freiheit im Privatleben.

Die Ausgangslage war für die schwarzen Südafrikaner sehr viel ungünstiger als für die Inder oder für die fortschrittlichen Russen. Der ANC konnte sich keine bezahlten Funktionäre leisten. Ein großer Teil der Mitglieder waren Analphabeten oder zu arm, um Druckerzeugnisse zu erwerben. Ein schwarzer Anwalt konnte unmöglich fünf- bis sechstausend Pfund pro Jahr verdienen, wie Gandhi in seiner südafrikanischen Zeit. Er konnte auch nicht von der Arbeit als politischer Schriftsteller leben wie Lenin. Wollte er sein Leben der Politik widmen, konnte er nicht - wie es Mandelas heißer Wunsch war - für die verwitwete arme Mutter, für Schwestern, Kinder und Frau sorgen. Die Mandela so teure Mutter lebte ein armseliges Leben als Gandhi seit der Zeit seines freiwilligen Verzichts auf allen Komfort. Über seine Arbeit im Untergrund schrieb Mandela im Juni 1961: "Ich habe diesen Weg gewählt, der ... mehr Risiken und Strapazen mit sich bringt als der Gefängnisaufenthalt ... Nur durch Leiden, Opfer und militante Tat kann Freiheit erreicht werden" (Mandela, S. 371f.). In diesem Monat begann er, den ANC nach und nach von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes um Freiheit zu überzeugen. Mandelas große Gabe ist die Überzeugungskraft im persönlichen Gespräch, der offenbar niemand widerstehen kann. So erreicht er, daß er mit der Bildung einer militärischen Organisation beauftragt wird.

Niemals kam Mandela in die Lage, selbst zur Waffe im Befreiungskampf greifen zu müssen. Im August 1962 wurde er verhaftet und zu Gefängnis verurteilt. Vom Gefängnis wurde er wieder ins Gericht gebracht. Es wurde die Todesstrafe verlangt und am 22. Juni 1964 das Urteil: lebenslängliches Gefängnis gefällt. Zu dieser Zeit hatte er bereits 2 Jahre Gefängnis hinter sich und weitere 26 Jahre Gefängnis vor sich.

Die Bedingungen dieser Gefängnisjahre sind unmenschlich: 24 Stunden täglich brennt die Glühbirne, bei 5 Grad und Arbeit im Freien gibt es keine langen Hosen, keine Socken. Es gibt kein Radio, keine Zeitung, zum Schlafen dienen eine Strohmatten und alte, fast durchsichtige Decken. Alle sechs Monate durfte ein Brief geschrieben, ein Brief und ein Besucher - für eine halbe Stunde - empfangen werden. Dreizehn Jahre mußte Mandela Schwerstarbeit im Kalksteinbruch bei mangelhafter Ernährung leisten. "Das Gefängnis war eine Art Feuerprobe für den Charakter eines Menschen." (Mandela, S. 610)

1976 kam auf Mandela eine Versuchung zu: Ein Minister besuchte ihn und schlug eine erhebliche Haftverkürzung vor, wenn er die Homeland-Regie-

rung seiner Heimatprovinz, der Transkei, anerkennen und dorthin ziehen würde. "Ein solches Angebot hätte nur ein Wendehals annehmen können." (Mandela, S. 646) Im Januar 1985 bot der Staatspräsident die Freilassung Mandelas an, wenn er "bedingungslos auf Gewalt als politisches Instrument verzichte" ... Soweit ich mich erinnere, war es das sechste an Bedingungen angeknüpfte Angebot der Regierung in den letzten zehn Jahren, mich freizulassen." (Mandela, S. 696) Mandelas Antwort lautete: "Nur freie Menschen können verhandeln ... Ich werde zurückkommen." (Mandela, S. 700) Im gleichen Jahr begann er Gespräche mit dem Justizminister. Im Februar 1990 wurde er freigelassen. Im Rückblick auf sein Leben schreibt Mandela: "Es war diese Sehnsucht nach der Freiheit meines Volkes, ... die mein Leben beseelte ... die Ketten an allen Menschen meines Volkes waren die Ketten an mir ... Ich wußte ..., daß der Unterdrücker genauso befreit werden mußte wie der Unterdrückte ... Der Unterdrückte und der Unterdrücker sind gleichermaßen ihrer Menschlichkeit beraubt ... um frei zu sein, ... muß man so leben, daß man die Freiheit des anderen respektiert und fördert." (Mandela, S. 835f.)

Daß Mandela den Leidensweg seelisch und geistig unbeschadet überlebte, zeigt in Wahrheit seine Berufung zum Präsidenten Südafrikas. Seine Opfer waren die notwendige Ergänzung zum bewaffneten Kampf, den andere führten, damit die rechtliche Gleichstellung der Schwarzen mit den Weißen in Südafrika möglich wurde.

Im 20. Jahrhundert wird das, was ein Mensch durch Selbsterziehung und durch das freiwillige Ertragen von Leiden aus sich macht, zum entscheidenden Faktor, der ihm die Kraft und die Legitimation gibt, eine führende Rolle bei der Bewältigung politischer und sozialer Kämpfe zu spielen.

Für die Zeiten nach einer Revolution gilt: Keine Parteihochschule kann Menschen für Führungsaufgaben heranbilden, wenn sie bei ihnen nicht die Bereitschaft zu persönlichen Opfern und Verzicht auf einen materiellen Wohlstand über dem der Arbeiterklasse entwickelt.

Quellen

Konrad Schwab, Die Mythologie der Griechen, Frankfurt/M. 1855

Theodor Fuchs, Arminius und die Externsteine, Stuttgart 1981

Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1979 (Zitiert: Manifest)

Hermann Weber, Lenin, Reinbek 1992 (Zitiert: Lenin)

Heimo Rau, Gandhi, Reinbek 1970 (Zitiert: Gandhi)

Nelson Mandela, Der lange Weg zur Freiheit. Autobiographie, Frankfurt/M. 1994 (Zitiert: Mandela)

Hans Luft

Nach der Zwangsprivatisierung

Gedanken zur Eigentumsproblematik ein halbes Jahrzehnt nach dem DDR-Anschluß

Unter den Linken ist seit dem Scheitern des sozialistischen Versuchs in der früheren Sowjetunion und Mittel-Ost-Europa die Eigentumsfrage verstärkt Gegenstand einer kontroversen Diskussion. Jenen, die die Bedeutung der Eigentumsart zugunsten demokratischer Verfügungs- und Mitbestimmungsrechte relativieren, steht die einfache Praxis der Kreditvergabe großer Banken entgegen, die immer nach Sicherheiten fragen, wobei die beste Sicherheit nach wie vor der Bodenbesitz ist. Vielleicht ist es da nützlich, zunächst einen Blick in die Geschichte zu werfen.

Ein historischer Rückblick

Um "Mein", "Dein" und "Unser" geht es bereits seit der Auflösung der Urgemeinschaft und der Entstehung des ersten Privateigentums. Zu den Protagonisten der Pole Gemein- und Eigennutz gehören die griechischen Philosophen Platon und Aristoteles. Auf Aristoteles stützte sich das Römische Recht, das die Lehre vom Privateigentum bis zum Recht auf Privateigentum an Menschen in Gestalt der Sklaven verabsolutierte. Das auftretende Christentum beehrte dagegen auf, denn wenn alle Menschen Geschöpfe Gottes seien, kann nicht ein Mensch Besitz des anderen werden. In der Folgezeit wurde die Priorität des Privateigentums vom Christentum relativiert, im Mittelalter theoretisch durch Thomas von Aquino, dem Stammvater der heutigen katholischen Soziallehre, praktisch in der Organisation der Klöster und der Tätigkeit der Orden. Mönche und Nonnen mußten traditionell eigentumslos sein.

Als Reaktion auf diese Extreme mittelalterlicher Religiösität begründete Hegel ähnlich wie der englische Ökonom Smith den Zusammenhang von persönlicher Freiheit und Privateigentum. Und konsequenterweise forderte er ein Verbot der Klöster. Die durch Privateigentum entstehende soziale Ungleichheit war für ihn noch kein Thema, befand sich der Kapitalismus doch noch in seinen Kinderschuhen, und der preußische Feudalstaat konnte romantisch verklärt werden. Anders einige Jahrzehnte später, wo die Polarisation von Reichtum und Armut für jeden offensichtlich war. Der Franzose Proudhon bezeichnete daher das Eigentum als Diebstahl. Der Engländer Malthus machte die rasante Vermehrung der Menschheit für die sozialen Gegensätze verantwortlich. Mill und Say verwiesen auf die Sparsamkeit der Kapitalisten und die Entsamung der Firmengründer. Befriedigen konnten alle diese Erklärungen nicht.

Marx und Engels forderten im Kommunistischen Manifest die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln¹, wobei sie immer zwischen Eigentum an Produktionsmitteln und Eigentum an Konsumgütern unterschieden. Da sich jedes Kapital über kurz oder lang in akkumulierten Mehrwert verwandelt², wäre die Überführung von Privateigentum in gesellschaftliches auch rechtmäßig, wobei sie in den Aktiengesellschaften dafür die höchste Vorstufe³ sahen. Ihre geistigen Erben - ob Hilferding, Kautsky, Luxemburg oder Lenin - waren stark von der Vorstellung der Nationalisierung der Großindustrie geprägt, angelehnt an die Forderung der Arbeiterbewegung "Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein", wobei interessanterweise schon Friedrich Engels bei solcher Nationalisierung eine Entschädigung für möglich hielt.⁴

Die Verstaatlichungen nach der russischen Oktoberrevolution 1917 - übrigens ohne Entschädigung - zeigten nicht die erhofften Ergebnisse. Ein rein zentralstaatliches Modell führt bei ungenügender parlamentarischer Demokratie zu wachsenden Effektivitätsverlusten und politischen Krisen. In der DDR hatten die Demokratiedefizite gerade auf zentraler Ebene die Verselbständigung der Verfügung über das Eigentum gegenüber den Interessen der Eigentümer selbst zur Folge. Sie äußerte sich in Gestalt der Überforderung der Wirtschaft durch die Hochrüstung und subjektivistischer Ziele in Strukturpolitik und Prestigebauten. Gerechterweise muß man aber auch sagen, daß die immer sehr komplizierten äußeren Bedingungen die Bereitschaft für demokratische Reformen beeinträchtigten bzw. Reformansätze erschwerten. Und dort, wo wie in Chile der Versuch eines demokratischen, von parlamentarischen Mehrheiten getragenen Sozialismus stattfand, wurde er mit Gewalt und Blutvergießen einschließlich der Ermordung des frei gewählten Präsidenten Allende während eines Militärputsches abgebrochen.

Andererseits konnte z.B. bei der Vereinigung Deutschlands das staatlich organisierte Volkseigentum ohne großen Widerstand des Volkes kapitalistischen Großkonzernen zugeschanzt bzw. überhaupt vernichtet werden. Aber wie sollten die Arbeiter das Volkseigentum verteidigen, wenn es staatlich organisiert war und der Staat DDR nicht mehr existierte? Vielleicht wäre das bei kommunalem Eigentum leichter möglich gewesen.

Wenn jedenfalls vor und nach der Währungsunion Hunderttausende in die alten Länder fortzogen bzw. dorthin pendelten, so ist das doch einfach dem Überlebenskampf infolge der Vernichtung von Arbeitsplätzen im Osten und weniger einer Ablehnung des Volkseigentums geschuldet. Zwar ließen

¹ Karl Marx/Friedrich Engels. Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 475.

² Karl Marx. Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 695.

³ Karl Marx. Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25, S. 452.

⁴ Friedrich Engels. Zur Wohnungsfrage. In: MEW, Bd. 18, S. 282.

sich zu Wendezeiten Belegschaften auch entsolidarisieren bis hin zur Denunziation erfahrener Kombi- und Betriebsdirektoren zugunsten von oft inkompetenten West-Managern. Aber andererseits wurden auch Betriebe im Osten erhalten, weniger im Ergebnis der Einsicht der Treuhand und potentieller Investoren, als vielmehr infolge des Widerstands von Belegschaften gegen Plattmache und der Ausarbeitung kluger Sanierungskonzepte durch die früheren Chefs mit Unterstützung der Belegschaft, was die Treuhand dann sogar zu Verlustzuschüssen und Liquiditätsbürgschaften veranlaßte. Solche Betriebe im Osten sind oft Notgemeinschaften für das Überleben geworden. Sehr zum Erstaunen von Managern und Gewerkschaftern aus den alten Bundesländern gab es hier die klassische Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Konstellation als Interessengegensatz von Kapital und Arbeit nicht, vielleicht auch eine Nachwirkung des Volkseigentums?

Ein Ergebnis der sozialistischen Versuche in der Sowjetunion und anderen Ländern bestand auf jeden Fall darin, daß entwickelte kapitalistische Industriestaaten sie als Herausforderung an die Sozialpflicht des privaten Eigentums begriffen, von denen wir als in der BRD angekommene ehemalige DDR-Bürger trotz aller heutigen Angriffe auf den Sozialstaat noch profitieren, im Unterschied z.B. zu den Bürgern der ehemaligen Sowjetunion, die bei der Privatisierung infolge der Hyperinflation in ein tiefes Existenzloch gefallen sind. Aber auch die Restauration der Vorkriegseigentumsverhältnisse in Ostdeutschland u.a. nach dem Prinzip "Rückgabe vor Entschädigung" führten und führen nicht nur zur massenhaften Vernichtung der Arbeitsplätze, sondern auch direkt zur Enteignung einer immer größeren Anzahl von Menschen, also zu dem, was Eucken und andere neoliberale Theoretiker gerade für Gemeineigentum deklarieren zu müssen glaubten. Sie haben damit ebenso Schiffbruch erlitten wie jene Ideologen, die Marx und Engels zur Legitimation jeder Maßnahme des Moskauer Sozialismus bemühten. Die Art und Weise der mit der Entsozialisierung einhergehenden Restauration des Kapitalismus selbst hat es dahin gebracht, daß das Interesse an einer Befragung von Karl Marx wieder zunimmt, wobei folgende neuen Entwicklungsmomente zu berücksichtigen sind.

Neue Entwicklungsmomente

Erstens: Einerseits hat die wachsende Konzentration und Zentralisation des Kapitals bis hin zur Fusionierung der Giganten im nationalen und internationalen Maßstab zu einem kaum noch durchschaubaren Geflecht von wechselseitigen Kapitalbeteiligungen geführt. Den klassischen Privatunternehmer gibt es dort schon lange nicht mehr. Andererseits entsteht er immer wieder neu, haben trotz Konkursen kleine Privateigentümer immer wieder eine Chance, wie z.B. Garagenfirmen im Softwarebereich zeigen. Mit wachsendem ökonomischen Erfolg

verwandeln sich solche Kleinbetriebe jedoch meistens in Kapitalgesellschaften.

Zweitens: Immer deutlicher wird, daß mit wachsendem Wohlstand und wachsender Bildung die Absichten und Ansprüche der Menschen an die wirtschaftliche Tätigkeit differenzierter werden. Der eine arbeitet gern als lohnabhängig Beschäftigter, der andere liebt es, sich wirtschaftlichen Risiken auszusetzen, und der dritte bevorzugt als Anteilseigentümer die Arbeit in einer Genossenschaft.

Drittens: Zumindest in den entwickelten Industriestaaten sind bezahlbare Arbeit ebenso wie Absatzmärkte knapp geworden, jedoch immer genügend Arbeitskräfte, nicht zuletzt durch die weltweite Migration, vorhanden. Das zwingt zu einer Umbewertung der Rolle der unternehmerischen Arbeit, besonders wenn sie Arbeitsplätze erhält bzw. neue schafft, was sich schon im Ansatz bei Karl Marx findet.⁵ Hinzu kommt, daß sich ostdeutsche Unternehmer, ob nun als Reprivatisierer oder Existenzgründer bspw. im Rahmen von MBO der harten Konkurrenz alteingesessener Firmen aus dem Westen erwehren müssen. Gelingt ihnen das, so liegt dieser Erfolg auch im Interesse der bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, so daß sich neue Interessenkonstellationen ergeben.

Viertens: Bestimmte vom Sozialismus geschaffene sozialökonomische Tatsachen, wie z.B. die durch das genossenschaftliche Eigentum entstandene gemeinschaftliche Agrarproduktion, wirken auch unter privatwirtschaftlichen Bedingungen und einem neuen politischen System dank des Willens der Beteiligten fort.

Aus all' dem ergeben sich für Gegenwart und Zukunft Notwendigkeit und Möglichkeit der Existenz verschiedener Formen des Eigentums an Produktionsmitteln als da je nach ökonomischer Zweckmäßigkeit und dem Willen bzw. den Wünschen der Menschen selbst sind:

⁵ Bei der Analyse der Spaltung des Profits in Zins und Unternehmerrückgewinn macht Karl Marx auf die Verselbständigung der Arbeit der Oberleitung der Unternehmen aufmerksam, die einerseits produktive Arbeit ist, andererseits von bezahlten Angestellten geleistet werden kann und so den Kapitalisten selbst, wenn er sie denn nicht ausführt, überflüssig macht:

"Die Aktienunternehmungen überhaupt - entwickelt mit dem Kreditwesen - haben die Tendenz, diese Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen von dem Besitz des Kapitals, sei es eigenes oder geborgtes; ganz wie mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft die richterlichen und Verwaltungsfunktionen sich trennen von dem Grundeigentum, dessen Attribute sie in der Feudalzeit waren. Indem aber einerseits dem bloßen Eigentümer des Kapitals, dem Geldkapitalisten der fungierende Kapitalist gegenübertritt und mit der Entwicklung des Kredits dies Geldkapital selbst einen gesellschaftlichen Charakter annimmt, in Banken konzentriert und von diesen, nicht mehr von seinen unmittelbaren Eigentümern ausgeliehen wird; indem andererseits aber der bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, weder leihweise noch sonstwie, alle realen Funktionen versieht, die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen, bleibt nur der Funktionär und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß." (Karl Marx. Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25, S. 400/401)

- Gemeineigentum in Form von öffentlichem Eigentum in Händen des Bundes, der Länder oder Gemeinden, wobei es sich auch in privatrechtlicher Form z.B. in AG's konstituieren kann, damit die betreffenden Unternehmen Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten erhalten; dabei wird es sich auf Dauer nur bewähren, wenn seine Strukturen auch bei veränderten Mehrheiten im Ergebnis von Wahlen überleben können;
- klassisches Privateigentum in Form von Familienbesitz, Personen- und Kapitalgesellschaften;
- genossenschaftliches als privates Anteileigentum;
- internationales Eigentum im Sinne des Eigentums multinationaler Konzerne oder des Anteileigentums mehrerer Staaten und Konzerne;
- gemischtes Eigentum mit staatlichen, privaten und kommunalen Anteilen z.B. bei Versicherungsgesellschaften u.ä.

Was könnte Eigentumspluralismus sein?

Einem solchen Eigentumspluralismus liegt selbst der Gedanke des Wettbewerbs zwischen den Eigentumsformen zugrunde, z.B. zwischen der im Privateigentum wurzelnden Innovationsfähigkeit einerseits und andererseits der Sozialpflichtigkeit des Eigentums sowie der Mitbestimmung der Beschäftigten, für die sich a priori beim genossenschaftlichen Eigentum oder bei jeweiligen Mehrheiten im Parlament beim Eigentum in öffentlicher Hand günstige Möglichkeiten bieten. Das hier Erreichte wird dann auch auf private Unternehmungen ausstrahlen. Wichtig sind immer die Chancengleichheit aller Eigentumsformen und die Schaffung von Möglichkeiten, daß jeder Eigentum erwerben kann, wenn er dies möchte. Selbst offizielle Hochschullehrbücher der Volkswirtschaftslehre heben die Unzulänglichkeiten einer reinen Privateigentumsverfassung hervor, wenn es etwa bei Woll heißt: "Jedermann hat zwar das Recht, sein Arbeitnehmerverhältnis aufzugeben und selbständig zu werden. Einen Anspruch auf das Gründungskapital besitzt er dagegen nicht, obwohl es vielleicht ökonomisch zweckmäßiger wäre, kreativen und initiativen, aber mittellosen Interessenten leichter zu Startkapital zu verhelfen, als es gegenwärtig der Fall ist."⁶

Und ohne Besitz gibt es eben auch keine Verfügung. Das vergessen jene, die Besitz und Verfügung über das Eigentum verschieden gewichten. Ist nicht z.B. Massenarbeitslosigkeit Folge von Eigentumslosigkeit, Verweigerung des Zutritts zum Eigentum an den Produktionsmitteln, ohne den es überhaupt keine Aneignung und Verfügung über das Eigentum geben kann?

Zugleich muß im sozialistischen Verständnis auch heute Eigentum an Produktionsmitteln immer auf Arbeit beruhen, wobei es nicht möglich ist, daß

⁶ Artur Woll. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 10. Auflage. München 1990, S. 75.

alle Menschen Privatunternehmer werden können und sicher auch nicht wollen, sondern auch Formen gesellschaftlichen Eigentums eine Existenzberechtigung haben. Aber es hat dauerhaft keinen Bestand, den Menschen für ihre Arbeit eine bestimmte Eigentumsform aufdrängen zu wollen.

Schließlich ist theoretisch zu hinterfragen, ob früher gebrauchte Begriffe wie sozialistisches und kommunistisches Eigentum glücklich gewählt waren, es nicht besser um gesellschaftliches resp. Gemeineigentum geht. Ich gestehe, daß ich hierzu noch keine endgültige Meinung habe, wobei sich die DDR-Ökonomen schon frühzeitig von sowjetischen Thesen über das allgemeine kommunistische Volkseigentum gelöst hatten und von zwei Formen des sozialistischen Eigentums (staatliches und genossenschaftliches) sprachen. Wichtiger erscheint mir jedoch die Bestimmung der Felder, wo sich Gemeineigentum, wie es auch Art. 15 Grundgesetz ausdrücklich ermöglicht, als vorteilhaft erweisen kann. Ich denke dabei an

- Wirtschaftsgüter der Infrastruktur, wo verschiedene Anbieter unsinnig sind wie z.B. mehrere Strom- oder Trinkwasseranbieter mit eigenen privaten Leitungen;

- Wirtschaftsgüter, die monopolisierbar sind, weshalb sich dort im Unterschied zu beliebig vermehrbaren Gütern aus dem Besitzanspruch wie z.B. von Großgrundbesitzern⁷ eine bevorzugte Stellung hinsichtlich ökonomischer Macht sowie ein von Arbeit unabhängiges Einkommen in solcher Höhe ergibt, daß sie ohne Arbeit nicht nur leben können, sondern Spitzenverdiener der Gesellschaft werden. Ähnliches zeigt sich übrigens heute auch in der Entwicklung der hochspekulativen internationalen Finanzmärkte. Die Geschäftsführer der drei größten amerikanischen Rentenfonds - Fidelity Investments, Vanguard Group und Capital Research & Management - konzentrieren nach Angaben des französischen Publizisten Eric Leser in ihren Händen eine nie dagewesene Finanzmacht, die kein Wirtschaftsminister und kein Direktor der Weltbank besitzt;⁸

- Aufgaben, die besonders förderungswürdig sind, wie z.B. Produktion von Umwelttechnik, Erschließung alternativer Energiequellen (Sonne, Wind, Gezeiten) oder Konversion, wobei sich durchaus nach einer bestimmten Startphase eine Privatisierung als zweckmäßig erweisen kann wie umgekehrt auch eine Verstaatlichung privater Konzerne, wofür es auch in Westeuropa Beispiele gegeben hat.

⁷ Als Großgrundbesitz, der durch die Bodenreform enteignet wurde, galten nach 1945 Güter über 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche.

⁸ Eric Leser. Le pouvoir sans partage des deux cents gérants. Le Monde. Paris. 28.1.1995.

Und Le Monde diplomatique hat im Mai 1995 analysiert, daß zu den 50 einflußreichsten Männern der Erde kein Staatsoberhaupt oder Regierungschef gehört. Die Spitzenposition nehme vielmehr Bill Gates ein, der Boß von Microsoft, der die strategisch wichtigen Märkte der neuen Medien beherrscht und sich anschickt, die Datenautobahnen unter seine Kontrolle zu bekommen.

Privates und darin eingeschlossen auch genossenschaftliches Eigentum wird sich immer dort als vorteilhaft erweisen, wo das Vorhandensein verschiedener Anbieter zu einem ökonomisch sinnvollen Wettbewerb führt, der Innovationsbedarf hoch und Risikokapital gefragt ist. Das betrifft z.B. die verarbeitende Industrie, das Bauwesen, die Landwirtschaft sowie herkömmliche Reparaturen und Dienstleistungen.

Das Vorhandensein mehrerer Eigentumsformen in einem Land hat seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung immer positiv beeinflusst. Nach dem II. Weltkrieg wirkte nicht nur im Osten, sondern auch im Westen eine verstärkte staatliche Einflußnahme, verbunden mit der Nationalisierung großer Teile der Grundstoffindustrie sowie wichtiger Banken, befördernd auf den wirtschaftlichen Aufbau, wodurch erst eine spätere sozialverträgliche Privatisierung in einer Reihe westeuropäischer Staaten möglich wurde. Bis heute agieren auf dem Bankensektor der Bundesrepublik öffentlich-rechtliche Anstalten erfolgreich, was die Berechtigung des Eigentumspluralismus nur unterstreicht.

Vertane Chancen

In der DDR war in jenen Jahren das Leben leichter, wo auf Kampagnen gegen Privateigentum und kapitalistische Unternehmer verzichtet, diese vielmehr über Mischformen wie die staatliche Beteiligung an Privatbetrieben seit 1956 in den Aufbau einbezogen wurden, und dies in der Verfassung des Jahres 1968 auch festgeschrieben wurde.⁹ Selbst bei dem umfangreichen Sektor Volkseigentum an den sog. Kommandohöhen der Wirtschaft und fehlender Gewerbefreiheit - die restriktive Politik der Gewerbe genehmigungen wurde erst nach 1976 gelockert -, wirkte sich diese Tendenz positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und Akzeptanz des Sozialismus in der Bevölkerung aus, weil einmal der wirtschaftliche Wettbewerb angeregt und den Interessen und Absichten der Menschen an ihre wirtschaftliche Tätigkeit besser entsprochen wurde. Ebenso zeigte die Aufnahme der sog. Großbauern¹⁰ in die LPG und ihre Wahl in die Vorstände und als Vorsitzende seit 1954 bei Anerkennung verschiedener Typen der LPG positive Resultate. Die deutliche Abgrenzung zur Praxis der Kollektivierung in der Sowjetunion ist sicher neben den generellen Vorzügen des landwirtschaftlichen Großbetriebes einer der hauptsächlichsten

⁹ So hieß es in Art.14, Abs. 2 Verfassung der DDR vom 6. April 1968: "Das enge Zusammenwirken von sozialistischen und privaten Wirtschaftsunternehmen und -einrichtungen wird vom Staat gefördert. In Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Erfordernissen können private Betriebe auf Antrag staatliche Beteiligung aufnehmen." In der Neufassung vom 7. Oktober 1974, die lediglich von der Volkskammer beschlossen wurde, fehlt im Artikel 14 dieser Absatz 2. Lediglich der Artikel 16 war wieder deckungsgleich, wo es hieß: "Enteignungen sind nur für gemeinnützige Zwecke auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung zulässig. Sie dürfen nur erfolgen, wenn auf andere Weise der angestrebte gemeinnützige Zweck nicht erreicht werden kann".

¹⁰ Allgemein galten in den Anfangsjahren der DDR Bauern mit über 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche als sogenannte Großbauern.

Gründe dafür, warum die Mehrheit der ostdeutschen Bauern auch heute noch trotz vielfältiger Diskriminierungen der LPG-Nachfolger an der gemeinsamen Agrarproduktion festhalten will.

Im Gegensatz dazu war vor allem die in den Jahren 1952/53 erfolgte Kriminalisierung von Privatunternehmern als Steuerhinterzieher oder die Verwehrung der Aufnahme der Großbauern in die LPG immer mit sozialen Spannungen (1952 Flucht vieler Bauern aus der Altmark und Westmecklenburg in die Bundesrepublik) und ökonomischen Verlusten verbunden. Die letzte Aktion dieser Art war die Überführung der staatsbeteiligten und privaten Betriebe der Industrie und des Bauwesens in Volkseigentum im Jahre 1972, die zu Einschränkungen im Konsumgüterangebot und zu viel Haß bei den betreffenden Mittelständlern führte, der sich 1989/1990 entlud und noch nicht verebbt ist.

Heute besteht die Gefahr, daß die Dominanz des Privateigentums (noch dazu bei willkürlicher Einengung des Begriffs durch Ausgrenzung der Genossenschaften) ohne Gegengewicht eines leistungsfähigen Sektors öffentlichen Eigentums zu Teuerung und Verarmung beträchtlicher Teile des Volkes führt. Schon erliegt das ehrliche Geschäftsgebaren des deutschen Kaufmanns der Verlockung, Reichtum durch Übervorteilung in der Zirkulationssphäre zu erwerben, was nicht nur Karl Marx, sondern auch der von den Neoliberalen als Stammvater angesehene Franzose J.B. Say anprangerte.¹¹ Das zeigen nicht nur solche spektakulären Fälle wie der Skandal um den Baulöwen Schneider, sondern auch die sich - für Ostdeutsche völlig ungewohnt - ständig ohne großes Aufsehen, dafür aber um so schmerzhafter, verschlechternde Zahlungsmoral im normalen Geschäftsverkehr, die Lehrstellenmisere, wo private Unternehmen den Staat regelrecht erpressen, indem sie keine Lehrstellen anbieten, weil es sich für sie nicht rechnet.

Im Osten Deutschlands hätte nach der Wiedervereinigung die Chance bestanden, durch Erhalt volkseigener Betriebe den Eigentumspluralismus in ganz Deutschland weiter auszuprägen. Sie wurde durch die mit der Verwirklichung des Prinzips "Rückgabe vor Entschädigung" erfolgten Zwangsprivatisierung zum Schaden von Ost und West weitgehend verspielt. Lediglich in der Landwirtschaft besteht noch die Möglichkeit, etwas Eigenständiges aus dem Osten in das vereinigte Deutschland einzubringen, wobei schon durch den Beitritt der DDR zur BRD die Rechtsform der Agrargenossenschaft erstmalig in Deutschland zu einem ökonomischen Faktor geworden ist.

¹¹ Vgl. Karl Marx. Das Kapital. Erster Band. MEW, Bd. 23, S. 178, Berlin 1968 und J.B. Say. Ausführliches Lehrbuch der praktischen politischen Ökonomie. Erster Band. Leipzig 1845, S. 384.

Landwirtschaft ging eigenen Weg

Die ostdeutsche Landwirtschaft war vorwiegend genossenschaftlich organisiert. Die LPG hatten, z.B. auch im Unterschied zu den Konsumgenossenschaften, keine zentrale Oberleitung, obwohl sie natürlich an die DDR-Gesetze und die staatlichen Planaufgaben gebunden waren. Aber schon dieses geringe Mehr an Selbständigkeit führte dazu, daß die Mitglieder der meisten der in der DDR 1989 existierenden 3844 LPG diese in einem demokratischen Willensbildungsprozeß in privatrechtliche Unternehmen umwandelten. Die gemeinsame Agrarproduktion wird heute durch juristische Personen in Gestalt von eingetragenen Genossenschaften, Gesellschaften bürgerlichen Rechts, GmbH bzw. GmbH & KG und Aktiengesellschaften fortgeführt. Es sind dies alles de facto ebenso wie de jure private Unternehmungen, unabhängig davon, daß ihre Vorgängerorganisationen auf sozialistischem Gedankengut basierten. Die Bauern sind, ob als Genossen, Kommanditisten, Gesellschafter oder Aktionäre, Anteilseigentümer geblieben. Obwohl sie zu einem beachtlichen Teil am 18. März 1990 und danach die CDU als Partei der schnellen Einheit gewählt hatten, hielten sie mehrheitlich entgegen dem agrarpolitischen Leitbild der CDU an der gemeinsamen Agrarproduktion fest. Wenn jetzt einige der CDU nahestehende Kreise eine zweite Privatisierung fordern, so betreiben sie politischen Etikettenschwindel, wie Jost W. Kramer, Geschäftsführer des Instituts für Genossenschaftswesen der Humboldt-Universität Berlin feststellt.¹² Privatisieren läßt sich nur, was nicht bereits privatisiert ist. Anderenfalls ist es lediglich Umverteilung von Privateigentum zugunsten anderer Privateigentümer. Entweder hatten die LPG-Mitglieder das Recht, ihre Unternehmen frei umzuwandeln, mit allen sich daraus ergebenden Möglichkeiten, oder man hätte konsequenterweise direkt und diktatorisch die Aufteilung der LPG in bäuerliche Einzelbetriebe erzwingen müssen.

Von etwa 165.000 Ende 1994 noch in der Landwirtschaft Beschäftigten arbeiten nur 22.505 als Wieder- bzw. Neueinrichter auf 19,9 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, darunter fast ein Viertel im Nebenerwerb.¹³ Natürlich heißt das auch, daß gegenüber 1989 fast vier Fünftel der Bauern und Landarbeiter aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Neben altersbedingten Ursachen und der weiteren notwendigen Rationalisierung sind daran jedoch nicht die juristischen Personen, sondern hauptsächlich die erzwungenen Flächenstillegungen und die drastischen Rückgänge der Tierproduktion¹⁴ durch die Auflagen der Europäischen Union und die Verdrängung ostdeutscher Nahrungsgüter vom Binnenmarkt schuld.

¹² Jost W. Kramer. Zur aktuellen Diskussion über Genossenschaften in der landwirtschaftlichen Produktion. Sächsisches Genossenschaftsblatt Nr. 2/1995, S.33.

¹³ Siehe Agrarbericht 1995. Deutscher Bundestag. 13. Wahlperiode. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 13/400, S. 14.

¹⁴ So gingen die Rinderbestände in den neuen Bundesländern von 1989 bis 1993 auf 57 % zurück, die Schweinebestände gar auf 38 %, während letztere in den alten Ländern gleich

Indem die durchschnittliche Betriebsgröße der juristischen Personen in der Regel über 1.000 Hektar LN liegt, wurden in der ostdeutschen Landwirtschaft vorhandene effektive Betriebsstrukturen größtenteils erhalten. Deshalb hat sie gute Wettbewerbschancen im Rahmen der Europäischen Union, vorausgesetzt, politische Diskriminierungen der LPG-Nachfolger werden beendet.

Neben der Wahl der richtigen Rechtsform sind die Erfahrungen der Menschen, die das Unternehmen leiten und gemeinsam tragen, von großer Bedeutung. Hierzu stehen viele zu DDR-Zeiten hervorragend ausgebildete Führungskräfte zur Verfügung, die Erfahrungen in der erfolgreichen Leitung großer Agrarunternehmen haben und gegen die sich jetzt der Hauptstoß derer richtet, die unbedingt auch in den Dörfern die Vorkriegseigentumsverhältnisse restaurieren und die ostdeutsche Landwirtschaft zur Bedeutungslosigkeit verurteilen wollen.

geblieben sind, obwohl sie mit 186,5 Tieren je 100 ha LN nur wenig unter dem Bestand in der DDR (194,7 Tiere je 100 ha LN) lagen. (Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Vierteljahresschrift. März 1994, S.* 42). Und es sind die oft gescholtenen juristischen Personen, die mit 67,6 VE (Großvieheinheiten) je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wesentlich mehr Rinder und Schweine halten als die Einzelwirtschaften im Vollerwerb mit 27,4 VE und im Nebenerwerb mit 39,7 VE sowie die GbR mit 29,6 VE. (Siehe Agrarbericht 1995. Deutscher Bundestag. Ebenda, S. 43, 46-48)

Joachim Bischoff

Gesellschaftsvertrag, Zivilgesellschaft, Klassenkampf

Auf der Suche nach einem gesellschaftlichen Grundkonsens als neuem Klassenkompromiß

Die Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag findet Zustimmung aus höchst unterschiedlicher Richtung.¹ Logischerweise erstreckt sich diese Gemeinsamkeit nur auf Oberflächliches; bei der Frage nach den Ursachen für die Zerstörung des bisherigen und den Inhalten sowie dem Modus der Übereinkunft für einen neuen Gesellschaftsvertrag gehen die Auffassungen weit auseinander.

1.

In einer Erklärung 'Solidarität am Standort Deutschland', die von vielen Sozialwissenschaftlern, dem katholischen Nell-Breuning-Institut und dem DGB getragen wird, werden die Massenarbeitslosigkeit und die neokonservative Standortpolitik für die Spaltung der Gesellschaft und den Verlust gesamtgesellschaftlicher Solidarität verantwortlich gemacht. Daraus wird folgende Schlußfolgerung abgeleitet: "Um den bundesdeutschen Sozialstaat als unerläßlichen Bestandteil einer 'sozialen Demokratie' zu festigen, braucht es einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen allen Bundesbürgern und -innen. Dieser Vertrag umfaßt die wechselseitige Verpflichtung, die gesellschaftliche Spaltung gemeinsam und nach persönlichem Leistungsvermögen anzugehen und zu überwinden. Dies liegt im gemeinsamen Interesse aller und bestätigt den zivilen Charakter der Bundesrepublik. Ein solcher Gesellschaftsvertrag läßt sich staatlich nicht erzwingen, sondern kann nur aus öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen als freiwillige Übereinkunft aller entstehen."²

Im Lager der neokonservativen Politik wird dagegen die Fixierung auf ständische Interessen (Korporativismus) und der Zerfall der religiösen und familiären Wertorientierungen für die Zerstörung des Konsensus der Nachkriegsordnung verantwortlich gemacht. So spricht sich der Chef-Öko-

¹ Über den jüngsten Stand der Debatte geben Aufschluß: J. Hall (ed): *Civil Society*, Cornwall 1995; B. van den Brink (Hrsg.), *Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie*, Frankfurt 1995; F. Deppe, Ein neuer Gesellschaftsvertrag, in: *Sozialismus* 7-1994, S. 25f.; J. Bischoff: Neue Qualität von Zivilgesellschaft, in: *Sozialismus* 9-1994 S. 22ff.

² Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, Frankfurt: *Solidarität am Standort Deutschland. Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 20. Mai 1994. Vgl. dazu auch *Markt und Menschlichkeit, kirchliche und gewerkschaftliche Beiträge zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft*, Reinbek 1995.

nom der Deutschen Bank Norbert Walter für eine Auflösung der korporativistisch organisierten Gesellschaft und die Rückkehr zu einem fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerb aus. "Der neue Gesellschaftsvertrag muß nicht nur eine bessere Grundlage eines Wohlstandes für alle (und nicht nur für die von Korporativisten geschützten Großgruppen allein) sein, sondern auch für eine im Ergebnis menschlichere, soziale Welt. Die Kosten der Anonymisierung der Gesellschaft müssen ins Kalkül genommen werden. Das Gewebe unserer Gesellschaft muß mehr sein als Verbindung atomisierter Individuen mit einem großen Staatsschiff à la Titanik, einem Schiff, das angeblich nicht sinken kann."³

Aus der Gegenüberstellung dieser Positionsbestimmungen läßt sich als kleinstgemeinsamer Nenner festhalten: der lange Jahre gültige gesellschaftliche Basiskonsens ist offenbar zerbrochen. Was von der neokonservativen Seite als Endes der Vollkasko-Mentalität begrüßt wird, wird von der Linken als Verlust an gesellschaftlicher Solidarität bedauert.

Eine Klärung der Zusammenhänge von Gesellschaftsvertrag, Zivilgesellschaft und Klassenkampf fällt allerdings schwer, weil schon bei den sprachlichen Bezeichnungen eine politische Philosophie unterstellt wird. Beispielsweise vermutet der Philosoph E. Vollrath hinter der modernen Redeweise von Gesellschaftsvertrag, Zivilgesellschaft etc. ein großangelegtes Täuschungsmanöver der marxistischen Linken.⁴ Während auf dem rechten politischen Spektrum unterstellt wird, Zivilgesellschaft und Gesellschaftsvertrag seien trojanische Pferde, mit denen die Linke ihre alte Ablehnung der kapitalistischen Marktwirtschaft voranbringen will, sieht etwa Fülberth in der Verwendung entsprechender Termini bereits eine erfolgreiche Entwaffnung der Linken. Mit der Rede von Zivilgesellschaft und Gesellschaftsvertrag werde der Übergang zu einer normativen Vorstellung vollzogen, in der für soziale Emanzipation und Klassenkampf kein Platz mehr ist. Als theoretische Regression sei dieser Vorgang unterbelichtet: "Wir haben es hier nicht mit einer Konvergenz von zwei Traditionen zu tun, sondern mit der restlosen Übergabe der einen (einst sich als marxistisch verstanden habenden) an die andere (die bürgerliche)."⁵

Die Auseinandersetzung über die öffentliche Sprache ist bekannt. Neuerdings ist bestenfalls eine Verschärfung zu registrieren, weil es um die Verteidigung von Hegemonie, also geistig-kultureller Vorherrschaft geht. Die Möglichkeiten wurden vom ehemaligen Generalsekretär der CDU Heiner Geißler populär umrissen: "Revolutionen werden heute nicht mehr herbeigeführt, indem man Telegraphenämter und Bahnhöfe besetzt, sondern in-

³ N. Walter: Auf dem Weg zu einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens, Die Zeit der Vollkasko-Mentalität ist vorbei, in: *NZZ* 18./19.3. 1995, S. 15.

⁴ Vgl. E. Vollrath, Umbau der Demokratie? in: *FAZ* vom 3.1.1992.

⁵ G. Fülberth, Zivilgesellschaft, Totalitarismus, Kommunitarismus. Zur Legitimationsfunktion politischer Philosophie, in: *Z*, Nr. 21, März 1995, S. 84.

dem man Begriffe besetzt.⁶ Die Linke muß diese Herausforderung annehmen: "Der Kampf um die politische Sprache oder, genauer gesagt, die Wiederaneignung der im Normalvollzug funktionierender Herrschaftsverhältnisse enteigneten Sprache- und Symbolformen, ist für Emanzipationsbewegungen von lebensnotwendiger Bedeutung."⁷ Meine Gegenthese lautet: die Termini 'Gesellschaftsvertrag' und 'Zivilgesellschaft' markieren keineswegs eine Kapitulation vor der neokonservativen Hegemonie, genauso wenig wie der Begriff des 'Klassenkampfes' "durch eine stalinistische und poststalinistische Praxis unumkehrbar"⁸ zur Analyse der bürgerlichen Gesellschaftsformation unbrauchbar geworden ist. Wir müssen klären, welche unterschiedlichen Interessen beim Kampf um die Termini Gesellschaftsvertrag und Zivilgesellschaft unterliegen; dies ist die Voraussetzung für eine Wiederaneignung analytischer Kategorien und öffentlicher Symbole.

2.

Der kanadische Politikwissenschaftler Robert W. Cox kommt m.E. zurecht zu der Einschätzung, daß die kapitalistischen Hauptländer seit Ende der siebziger Jahre in einer tiefgreifenden Umbruchsituation stecken: "Der Gesellschaftsvertrag, der die ungeschriebene Verfassung des historischen Blockes des neoliberalen Blockes gebildet hatte, wurde in allen entwickelten kapitalistischen Ländern in den Jahren nach 1974/75 gebrochen. Diese Jahre waren zugleich ein Schwelle in der Entwicklung der Klassenkämpfe. Regierungen verbündeten sich mit dem Kapital, um Bedingungen herzustellen, die von den Geschäftsleuten als günstig für eine Wiederbelebung der Investitionen angesehen wurden, und sie drückten die Gewerkschaften in eine defensive Position. Von da an hörte der Tripatismus (i.e. das Kooperationsmodell des Korporatismus: Staat, Unternehmerverbände und Gewerkschaften handeln die 'Sozialkontrakte' aus -J.B.) auf, die bestimmende Methode für die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen der Produktion zu sein. Es bildet sich eine neue Struktur der Produktionsbeziehungen heraus, die dazu tendierte, die Arbeiterklasse in eine relativ gesicherte und geschützte Minderheit (einbezogen in korporativistische Regelungen auf der Unternehmensebene) und in eine fragmentierte und relativ ungeschützte Mehrheit von ArbeiterInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu polarisieren."⁹

Die Herausbildung des bis Ende der 70er Jahre respektierten sozialen Konsensus ist nicht als Verhandlung von Vertragspartnern vorzustellen, sondern diese ungeschriebene Verfassung eines historischen Blocks sozialer Kräfte ist schrittweise in sozialen Konflikten ausgestaltet worden.

⁶ Zitiert in: O. Negt/A.Kluge, Maßverhältnisse des Politischen, Frankfurt 1992, S. 61.

⁷ Ebda., S. 57.

⁸ So A. Brie, M. Brie, G. Gysi, Lagerdenken führt nicht voran, sondern zurück, in: ND, 8./9.4.1995, S. 10.

⁹ Zitiert in: F. Deppe, Ein neuer Gesellschaftsvertrag, in: Sozialismus 7-1994, S. 30.

Diese Form eines konfliktuellen Konsensus resultiert aus der Grundkonstruktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Es wird stets an der Oberfläche der Gesellschaft und damit im Alltagsbewußtsein davon ausgegangen, daß die verschiedenen Produktionsfaktoren wie Arbeit, Kapital, sowie Grund und Boden harmonisch bei der Wertschöpfung zusammenwirken. Bei der Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums fällt dieser Schein der Harmonie hin und wieder zusammen. Die Verteilungskonflikte, die durchaus harte Formen annehmen können, stellen den Konsensus nicht grundsätzlich oder radikal in Frage. Schon Marx notierte daher über diese Bewegungsform: Soweit ein Gegensatz zwischen den Einkommensbeziehern und ihren Quellen stattfindet, "entspringt er bloß aus der Konkurrenz, welcher der Agenten mehr vom Produkt sich aneignen soll, vom Wert, den sie zusammenschufen, und kommt es dabei gelegentlich zur Keilerei, so zeigt sich dann doch schließlich als Endresultat dieser Konkurrenz zwischen Erde, Kapital und Arbeit, daß, indem sie sich untereinander stritten, daß jeder einen größeren Fetzen bekommt, so daß ihre Konkurrenz selbst nur als der stachelnde Ausdruck ihrer Harmonie erscheint."¹⁰

Die bürgerliche Gesellschaft war stets durch Verteilungskonflikte und damit durch diese Form eines konfliktuellen Konsensus charakterisiert. Die soziale Stellung der Einkommensbezieher (Revenuen) resultiert nicht aus der jeweiligen Struktur der Lebensweise, sondern aus ihrem relativen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Die soziale Stellung der Klassen ist durch diesen proportionellen Anteil von Lohn und Gewinn- oder Vermögenseinkommen definiert. Der gelegentlich aufbrechende Konflikt ist eine Verteilungauseinandersetzung, also ein Konflikt sozialer Klassen, was keineswegs einschließt, daß die Beteiligten sich über den Charakter der Auseinandersetzung im klaren sind. Vielfach bleiben die Verteilungskonflikte auf einzelne Wirtschaftsbranchen beschränkt. Aber in Fällen der gesetzlichen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, der Einführung von Karenztagen beim Krankengeld oder der Veränderung der Alterssicherung können sich diese Konflikte ausweiten, so daß sie in eine gesamtgesellschaftliche, politische Konfrontation münden.

Es ist ein krasses Mißverständnis, wenn in der Debatte um Gesellschaftsvertrag und Zivilgesellschaft ein Ende der Klasseneinandersetzen unterstellt wird. Es kommt nicht darauf an, ob die Beteiligten - seien es die Besitzenden, seien es die Lohnabhängigen - ein Bewußtsein vom sozialen Kräfteverhältnis und den ökonomischen Hintergründen haben. Fakt ist, daß sich in bestimmten Zeitabschnitten eine Tendenz zur Verschärfung in den Verteilungauseinandersetzungen nachweisen läßt, gleich ob es sich um das Entgelt, die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitregelungen oder Formen der Sekundärverteilung wie Gesundheit, Bildung, Alterssicherung handelt. Daß wir in allen kapitalistischen Metropolen im letzten Jahrzehnt

¹⁰ K. Marx, Theorien über den Mehrwert, in: MEW 26.3, S. 494.

einen Bedeutungszuwachs der Auseinandersetzungen um Einkommens- und Sekundärverteilung feststellen, dürfte kaum strittig sein. Umstritten ist allerdings, welche Konsequenzen dieser Bedeutungszuwachs gesellschaftspolitisch hat und welche Veränderung daraus für die bislang dominierenden Themen der globalen Gefährdung der Menschheit durch moderene Kriegstechnologie, ökologische Katastrophen und Unterentwicklung entstehen.

3.

Die Angriffe auf soziale Standards sind keine Eintagsfliegen. Ohne ein solides ökonomisches Fundament und einen erfolgreichen Regulierungs- und Steuerungszusammenhang läßt sich das Grundmuster sozialer Evolution per konfliktuellem Konsens nicht über mehrere Jahrzehnte hinweg durchhalten. Peter von Oertzen¹¹ hat dafür eine prägnante Formel gefunden: "Ökonomisch beruht dieses wohlfahrtsstaatliche System auf der seit den dreißiger Jahren neu entwickelten Fähigkeit des Staates und der ihn tragenden Klassen, durch zielbewußte Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik die innewohnende Krisentendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu dämpfen und bis heute die Wiederkehr katastrophaler Weltwirtschaftskrisen wie der von 1929-1939 zu verhindern." Die politische Klasse und der historische Block sozialer Käfte ist durch gesellschaftlichen Widerstand und politischen Einfluß zu jenem Regulierungssystem gezwungen worden, das die lange Phase der prosperierenden Kapitalakkumulation und die sozialstaatliche Ausfächerung der Konsumgesellschaft ermöglichte. "Die relative soziale und politische Stabilität des Systems wurde erzeugt und nach Störungen immer wieder hergestellt durch eine staatliche Politik der 'Reformen' und eine dementsprechende auf solche Reformen abzielende, d.h. 'reformistische' Haltung der großen Mehrheit der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung." Gerade die Ausformung der ungeschriebenen Verfassung und die Kompromisse in den Verteilungskonflikten waren unverzichtbare Rahmenbedingungen für die strukturelle Hegemonie der bürgerlichen Klassen. "Marxistisch gesprochen handelt es sich beim Wohlfahrtsstaat um einen asymmetrischen Klassenkompromiß und eine Teilintegration der Arbeiterbewegung in die kapitalistische Gesellschaft. 'Asymmetrisch', weil die gesellschaftliche Interessenvertretung der kapitalistischen Klassen der Interessenvertretung der Arbeiterklasse strukturell überlegen ist; 'Teilintegration', weil die Arbeiterbewegung selbst unter einer betont nicht 'revolutionären' ideellen Führung dennoch immer auch über die kapitalistische Gesellschaft hinausstrebt."¹²

Es ist unter diesem Blickwinkel überhaupt nicht erstaunlich, daß die Mehrheit der Lohnabhängigen (Sozialdemokratie, Gewerkschaften) auf den

¹¹ P. von Oertzen, Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984, S. 20.

¹² Ebda, S. 21.

schleichenden Legitimitätsverlust des Sozialstaates, die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und Sozialfonds und die wachsende Massenarbeitslosigkeit zunächst defensiv reagiert. Ein breiteres Unbehagen an den sozialstaatlichen Leistungen entstand zunächst aus der unsystematischen Ausgestaltung der Sekundärverteilung. Vor allem im Bereich Wohnen, Gesundheit und Bildung wurde die ursprünglich Absicht einer Korrektur der Primärverteilung nur unzureichend oder gar nicht erreicht. Die bürokratischen Kontroll- und Steuerungselemente trugen gleichfalls zur Diskreditierung der sozialstaatlichen Sekundärverteilung bei. Aber die entscheidende Auseinandersetzung um die Sekundärverteilung entwickelte sich erst im Zusammenhang mit dem Umbruch der fordistischen Betriebsweise und den Konflikten in den entsprechenden Lebensverhältnissen.

Mit dem Ende der fordistischen Massenproduktion und dem Übergang zur strukturellen Überakkumulation werden die Fundamente für den Großteil der sozialstaatlichen Leistungen brüchig. Angesichts der immensen Produktivitätssteigerungen bietet der Industriesektor zu wenig Erwerbsarbeitsplätze. Die gewohnte Produktpalette läßt sich mit immer mehr Maschineneinsatz und immer weniger menschlicher Arbeit erzeugen. Gerade der Sozialstaat ist kein finanzpolitisches Perpetuum mobile. Die Fähigkeit, Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld zu zahlen oder medizinische Leistungen, Schulen, Hochschulen und ein kulturelles Angebot kostenfrei für große Teile der BürgerInnen anzubieten, hat etwas mit soliden wirtschaftlichen Grundlagen zu tun. Wenn immer mehr Bürger von der Seite der Einzahlenden auf die Seite der Empfänger überwechseln, gerät das erkämpfte System sozialer Sicherheit und zivilgesellschaftlicher Standards aus den Fugen. Richtig ist allerdings auch, daß neben den wirtschaftlichen Fundamenten eben auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse über das sozialstaatliche Gesicht entscheiden.

Die Aufkündigung des ungeschriebenen Basiskonsensus ist gleichfalls kein einmaliger bewußter Akt. Durch eine Veränderung in der ökonomischen Grundkonstellation und der massiven Verengung der Verteilungsspielräume reagiert die politische Klasse auf die Krisen nicht mehr mit Reformpolitik, sondern mehr und mehr mit Rücknahme sozialstaatlicher Kompensationen unter dem Stichwort der Anpassung der Sekundärverteilung an die Leistungsfähigkeit der Ökonomie. Damit wird gleichfalls schrittweise und unbewußt die Grundlage der Prosperitätskonstellation der Nachkriegszeit zerstört; die schleichende Aufkündigung des bisherigen Gesellschaftsvertrages läuft zugleich auf eine Rücknahme von gesellschaftlicher Steuerung und Regulierung hinaus, die den Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre prägten.

Faktisch wird durch diese kontraproduktive Operation die kapitalistische Gesellschaftsformation in eine tiefere Krise hineingetrieben: mit der Verschlankung der industriellen Produktion entledigt sich das Kapital wichtiger Fähigkeiten und Kompetenzen; über die anhaltenden Defizite in den öffentlichen Haushalten wird die Akkumulation des Geldkapitals

enorm befördert und damit der Gegensatz zwischen der Real- und Geldkapitalakkumulation verschärft; schließlich läuft die Zerstörung der sozialen Sicherheit und die Verschlankung des öffentlichen Dienstes auf eine Gefährdung des politischen Systems hinaus. Über den Ausgang der wachsenden Konflikte und Krisen wird in sozialen Kämpfen entschieden. Die These vom Übergang in ein postfordistisches Entwicklungsstadium ist eine vorschnelle Verlängerung bestimmter Entwicklungslinien.¹³

4.

Die seit dem Regierungswechsel von 1982 in der Bundesrepublik agierende neokonservative Regierungskoalition stützt sich auf einen Block sozialer Kräfte, der die schrittweise Veränderung der überlieferten Verteilungsverhältnisse und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses als unverzichtbar zur Lösung der Probleme ansieht. Selbstverständlich sind sich größere Teile der Wahlbevölkerung über die komplizierten Zusammenhänge von Produktions- und Verteilungsstrukturen nicht vollständig im klaren; gleichwohl folgen sie bislang in ihrer Mehrheit einer Regierungskoalition, die Kürzung von Sozialeinkommen (Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe) zum Programm erhebt, um einem vermeintlichen Sozialmißbrauch einen Riegel vorzuschieben. Wenn große Teile der Bevölkerung bereit sind, den Krisenopfern die Unterstützungszahlungen zu kürzen, wird ein Appell zu sozial gerechteren Umschichtungen in den Einkommensverhältnissen wenig Resonanz haben. Die Debatte über einen 'neuen Gesellschaftsvertrag' bleibt abstrakt, wenn nicht berücksichtigt wird, daß die Zerstörung des sozialen Konsens und die Gefährdung der zivilgesellschaftlichen Errungenschaften politisch bewußte Akte sind.

Die Aufkündigung und der politisch gewollte Umbau des Klassenkompromisses vollzieht sich nicht nach der Vorlage einer von politischen Strategen am grünen Tisch ersonnenen Projektskizze. Was die neokonservativen Parteien unter dem Umbau des Sozialstaates verstehen, resultiert aus der Einschätzung, daß sich die ökonomischen Auftriebskräfte nur dann wieder entfalten können, wenn die vermeintliche Überlastung durch Verteilungsansprüche beseitigt wird. Über Art und Umfang des Umbaus entscheidet gleichfalls das gesellschaftliche Kräfteverhältnis. Allerdings entwickelt es sich nicht gerade zugunsten der abhängig Beschäftigten und Besitzlosen.

Die Gewerkschaften verlieren infolge der Relativierung des Industriesektors und des Übergangs zur flexiblen Automatisierung massiv an Mitgliedern; diese Schwäche wird verstärkt durch die Massenarbeitslosigkeit. Im politischen Raum wird es zunehmend schwieriger, gesamtgesellschaftliche Solidarität durchzusetzen, weil die Polarisierung von Beschäftigten und

¹³ Vgl. hierzu J. Bischoff, Postfordistischer Kapitalismus oder Krise des Fordismus?, in: Sozialismus 1-95, S. 25ff.

ausgegrenzten sozialen Schichten einen wirksamen Widerstand schwieriger macht.

Mit dem Abbau des Sozialstaates wird faktisch nicht nur das in den letzten Jahrzehnten wirksame Steuerungspotential der Kapitalakkumulation gefährdet, sondern zugleich der zentrale Vermittlungszusammenhang für die Massenloyalität untergraben. Zum Verständnis des Basiskonstanz der Nachkriegszeit gehört auch, daß die machtpolitische und nationalstaatliche Legitimation der Herrschaft im Kern durch sozialstaatliche Ordnungspolitik ersetzt wurde. Sicherlich wird die Mehrheit der Lohnabhängigen eine beträchtliche Zurückschneidung sozialstaatlicher Transfers tolerieren, aber sobald die Substanz dieser Sekundärverteilung getroffen ist - wie bei der Altersversorgung -, dürften die bisherigen Hegemoniestrukturen gefährdet sein: "Offenbar entspricht ein gesetzlich verankertes System sozialer Leistungen, das auf die Erhaltung des Lebensstandards und nicht nur auf ein Grundsicherung ausgerichtet ist, den Wünschen der überwiegenden Masse der Bevölkerung und ist deshalb zu einem zentralen Postulat moderner Staatlichkeit in westlichen Industrienationen geworden."¹⁴ Die zentrale These lautet daher: mit der Verallgemeinerung des Lohnarbeiterstatus in den kapitalistischen Hauptländern und der Fundierung des bürgerlich-demokratischen Systems auf allgemeinen politischen BürgerInnenrechten werden die gesellschaftlichen Grundlagen für die Erkämpfung und Durchsetzung von sozialen Bürgerrechten gelegt. Mit der gesellschaftlichen Regulierung der Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital (Tarifpolitik, Primärverteilung) gewinnt schließlich die Ausgestaltung der Sekundärverteilung über den Sozial- und Wohlfahrtsaat prägenden Einfluß auf die Lebensverhältnisse.

Weder die Dynamik der Kapitalakkumulation noch die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse wären ohne die sozialstaatliche Steuerung erklärbar. Die Auseinandersetzung um die politisch-soziale Emanzipation hat seitdem zwei Komponenten: die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Verteidigung und Ausweitung der BürgerInnenrechte. Aber auch hier bleibt ein Begründungsverhältnis bestehen, das Marx folgendermaßen zusammenfaßte: "Wenn die 'civil rights' der labourer do not affect 'their economical position', their economical position, however, does affect their civil rights."¹⁵ Der Angriff der neokonservativen Parteien auf die ökonomische Position der Lohnabhängigen läuft daher auf eine Beschränkung der 'civil rights' und einen Umbau der Zivilgesellschaft hinaus. Es ist allerdings selbst Ausdruck der tiefsitzenden Krise der sozialistischen Bewegung und der Gewerkschaften, wenn in ihren Reihen die Auseinandersetzung um die Zivilgesellschaft partiell zum ideologischen Nebenkriegsschauplatz erklärt wird.

¹⁴ G.A. Ritter, Über die Mündigkeit der Bürger und die Fürsorgepflichten des Staates, in: Umbau der Sozialsysteme, Krefeld 1994, S. 20.

¹⁵ K. Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 424.

Mit den sozialstaatlichen Transformationen verlieren Religion und Nationalismus deutlich an Einfluß als Legitimationsgrundlage politisch-staatlicher Herrschaft. Es entwickelt sich ein charakteristischer Widerspruch: mit der Zuspitzung der Verteilungskonflikte wird die sozialstaatliche Sekundärverteilung angegriffen, deren radikale Beseitigung würde aber zugleich die Legitimation des politischen und gesellschaftlichen Systems in Frage stellen. Keine entwickelte kapitalistische Gesellschaft kann auf ein Mindestmaß an sozialer Sicherung verzichten und die Rückführung auf ein solches Mindestmaß bleibt auch der Bewegung des konfliktuellen Konsensus unterworfen. Rechtsextreme oder rechtspopulistische Bewegungen nehmen die wachsenden Konflikte und Fehlentwicklungen zum Anlaß, einen Umbau des gesellschaftlichen und politischen Systems zu fordern.

5.

Bei der aktuellen Debatte über Zivilgesellschaft, Gesellschaftsvertrag und Klassenkampf geht es weder um Spezialistenprobleme der Philosophie noch um einen Ritus der Kapitulation vor der politischen Klasse. Mit der proklamierten Anpassung der Sozialleistungen (Sekundärverteilung) an die veränderten Leistungsbedingungen der Ökonomie wird der Sache nach eine der tragenden Ideen der bürgerlichen Gesellschaft kassiert. Historisch zeigt sich erneut, daß die Vorstellung von einer Gesellschaft mündiger Bürger, die auf Basis einer vermeintlichen Privatökonomie ohne allzu krasse sozial-ökonomische Ungleichheiten sich über gesellschaftliche und politische Strukturen verständigen, an der Wirklichkeit scheitert. Kocka verweist zurecht auf die Geschichtsmächtigkeit der Idee einer Bürgergesellschaft und auf den großen Anteil der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an der Realisierung dieser Utopie: "Der auf seine Entstehung in der Aufklärung verweisende Begriff der bürgerlichen Gesellschaft (Bürgergesellschaft, civil society) meint einen Entwurf, ein fortschrittliches, bis heute unvollendetes Projekt: eine Gesellschaft, mündiger, gleichberechtigter und freier Bürger und Bürgerinnen, die auf marktwirtschaftlicher Grundlage, als Privatpersonen, Familienmitglieder und in der Öffentlichkeit, unter dem Schutz rechts- und verfassungsstaatlicher Institutionen, zunehmend demokratisch, gebildet und vernünftig zusammenleben und ihr Zusammenleben ohne Gewalt, ohne obrigkeitstaatliche Gängelung und überflüssige Herrschaft und Ungleichheit, selbständig und gemeinsam organisieren. Die gesellschaftliche Wirklichkeit der letzten zwei Jahrzehnte war von diesem Entwurf meist weit entfernt. In den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ging die Idee der Bürgergesellschaft beinahe zur Gänze verloren. Auch heute ist sie noch unerfüllt und durch neue Krisen bedrängt."¹⁶

¹⁶ J. Kocka, Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft, in: Arbeiterbewegung im Vergleich, Geschichte und Gesellschaft, 20. Jg., Heft 4/1994, S. 495.

Die Arbeiterbewegung hat mit ihren Kämpfen um politische und soziale Rechte viel beigetragen zur Verwirklichung dieser Utopie einer Zivilgesellschaft. Sie hat aber zugleich mit der Durchsetzung einer 'Diktatur über die Bedürfnisse' die eigene Konzeptionslosigkeit gegenüber einer prinzipiellen Kritik an dieser Utopie von der Bürgergesellschaft demonstriert. Wenn die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung mündiger BürgerInnen auf zivilgesellschaftlicher Basis (der Mikrobasis einer herrschaftsfreien Aneignung der Natur) bestritten wird, dann bliebe als schlechte Alternative eben die politisierte gesellschaftliche Arbeit, in der die Privaten keine freie Entscheidung über Bedürfnisse und eigene Leistung mehr haben. Lehrt uns das Fiasko des Staatssozialismus also, daß wir uns mit der unerfüllbaren Utopie einer Zivilgesellschaft abfinden und die sozialen Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft ertragen müssen?

Die marxistisch-sozialistische Kritik an der Utopie einer Bürgergesellschaft zielt darauf, daß mit der unterstellten Beschränkung der sozio-ökonomischen Ungleichheit die Logik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses unterschätzt wird. "Die allgemeine juristische Vorstellung von Locke bis Ricardo daher die des kleinbürgerlichen Eigentums, während die von ihnen dargestellten Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise angehören. Was dies möglich macht ist das Verhältnis des Käufers und Verkäufers, die formell dieselben bleiben in beiden Formen. Man findet bei allen diesen Schriftstellern das doppelte: 1) ökonomisch gegen das auf Arbeit beruhende Privateigentum, zeigen die Vorteile der Expropriation der Masse und der kapitalistischen Produktionsweise nach; 2) ideologisch und juristisch wird die Ideologie des auf Arbeit beruhenden Privateigentums ohne weiteres auf das auf der Expropriation der unmittelbaren Produzenten beruhende Eigentum übertragen."¹⁷ Der entscheidende Ansatzpunkt für eine sozialistische Kritik an zivilgesellschaftlichen Konzeptionen konzentriert sich also darauf, ob der Zusammenhang von kleinbürgerlicher und kapitalistischer Aneignungsweise gesehen wird. Die Vorstellung von einem Eigentumsverhältnis, das ausschließlich auf eigener Arbeit und Anstrengung beruht, ist also eine reelle Seite der bürgerlichen Gesellschaft. Allerdings dominiert hier die Aneignung fremder Arbeit. Eine bloße Beschränkung der privaten Aneignungsweise, wie sie sämtliche Sozialphilosophen im Sinne haben, hilft nicht weiter. Nur durch Kontrolle und Steuerung des kapitalistischen Aneignungsprozesses kann sich eine Entfaltung von privatem Eigentum, das auf eigener Arbeit basiert, ausbilden.

Die marxistische Kritik geht davon aus, daß der Widerspruch im Aneignungsgesetz für die bürgerliche Gesellschaft grundlegend ist. Selbstverständlich muß in dieser Gesellschaftsordnung für die weitgehende Realisierung der Idee einer Gesellschaft mündiger Bürger gekämpft werden.

¹⁷ K. Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, in: MEGA, II; Bd. 4.1, S. 134f.

Auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise wird diese Fiktion überhaupt erst möglich, zugleich kann sie im Rahmen dieser ökonomischen Strukturen nicht realisiert werden. Die sich noch vertiefende Diskussion über Zivilgesellschaft markiert eine wichtige Einsicht: die bürgerliche Produktionsweise und die ihr entsprechenden Verteilungsverhältnisse werden nicht mehr durchgängig als Naturformen des gesellschaftlichen Lebens gesehen; mit diesem geschichtlichen Blick eröffnet sich eine Aussicht auf eine andere Gesellschaft, über deren Ausgestaltung sich freilich verständigt werden muß.

6.

Geht man von der Einschätzung aus, daß durch die Dynamik der Kapitalakkumulation die Utopie einer naturrechtlichen Beschränkung der Ungleichheit in geschichtlichen Knotenpunkten diskreditiert wird, dann stellt sich eben die Frage, wie eine zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzeption aussehen müßte oder ob mit der These von der politischen Vermittlung jedweder Ökonomie nicht zwangsläufig die Degeneration zu einer Diktatur über die Bedürfnisse programmiert ist.

In der Debatte um die Kategorie 'Zivilgesellschaft' reproduzieren sich Probleme der etatistischen Sozialismuskonzeption. Im Kapitalismus herrscht einerseits wegen der regellosen Willkür der Warenproduktion (Konkurrenz) eine nahezu undurchsichtige Struktur des Lebensprozesses, andererseits wird auf Grundlage des Privateigentums die demokratische Willensbildung entscheidend eingeschränkt (die Betriebe als undemokratische Sektoren, privatkapitalistische Presselandschaft, Parteienproporz statt Volksentscheidungen, etc.). Der Versuch zur Verwirklichung einer rationalen und planmäßigen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit setzt in dieser Logik eben die umfassende Politisierung der Entscheidungen, also öffentliche Kontrolle und Mitgestaltung auf allen Ebenen bei radikaler Meinungs- und Artikulationsfreiheit - auch für Minderheiten - voraus. Der angestrebten Aufwertung des öffentlichen Lebens entspricht aber eher - wie schon Luxemburg richtig konstatierte - eine miserable Praxis: "Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institutionen, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein; einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft".¹⁸

¹⁸ Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 362.

Die prinzipielle Kritik an einer sozialistischen Ökonomie zielt darauf, daß schon in den einfachsten Reproduktionsstrukturen eine Politisierung der Ausgestaltung und Verteilung gesellschaftlicher Arbeit angelegt ist. Daher gehören - so die Verteidiger dieser Gesellschaftsordnung - zivilgesellschaftlicher Mikrokosmos und kapitalistische Ökonomie zusammen; es bestehe nur die Wahl zwischen Ungleichheit oder einer mehr oder minder menschenverachtenden Diktatur über die Bedürfnisse und individuellen Lebensverhältnisse. Allerdings basiert dieses Ausgrenzung auf der Einschätzung, daß eine zivilgesellschaftliche Form der befreiten Arbeit nicht denk- und realisierbar ist.

Unbestreitbar existierte in den staatssozialistischen Gesellschaften Osteuropas weder ein relevanter Sektor von Privatarbeit noch ein freies öffentliches Leben. Die Eroberung eines nicht-staatlichen Bereiches wurde hier stets als grundlegender Angriff gegen die Prinzipien dieser Gesellschaftsformation gesehen. Zivilgesellschaft steht im Gegensatz zur Allmacht des Staates. Die antistaatlichen, systemsprengenden Bestrebungen traten im Laufe der Auseinandersetzungen und Konflikte hervor, weil eben die staatssozialistischen Gesellschaften bei aller programmatisch bekundeten Reformbereitschaft und zähen Versuchen zur Veränderung faktisch nicht in der Lage waren, zivilgesellschaftliche Sektoren herauszubilden. Insofern existierte weder eine rechtsstaatliche Struktur, noch ein Netz von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Der gescheiterten staatssozialistischen Gesellschaftsformation soll dabei weder grundsätzlich jeder Modernisierungsimpuls noch die Evolutionsfähigkeit abgesprochen werden. Die Entwicklungsstrategie der Gesellschaften sowjetischen Typus konnte - wengleich um den Preis eines ungeheuren menschlichen Leids - in sehr rückständigen Gesellschaftsverhältnissen eine Industrialisierung aus eigener Kraft erzwingen. Die wachsende Unzufriedenheit mit den von der bürokratischen Kommandowirtschaft erbrachten Leistungen löste zudem eine Vielzahl von politischen und ökonomischen Reformversuchen aus. Allerdings blieben die zentralen Fundamente der Disposition und Koordination gesellschaftlicher Arbeit unberührt, weshalb die aus dem gesellschaftlichen Leben hervorwachsenden spontanen Kräfte schließlich mit der Strategie der 'civil society' den revolutionären Umsturz dieser Gesellschaftsordnung herbeiführen konnten.

Die BürgerInnen wollten und wollen kein System mehr, in dem alles durch den Staat und durch die Staatspartei reguliert und reglementiert wird. Zwangsbeglückung und Erziehungsdiktatur störten schließlich mehr als die Vergeudung von Ressourcen und die wachsenden parasitären Strukturen. Mit der Zerstörung der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung wird zugleich der Übergang auf ein neues Verständnis von 'civil society' auf die Tagesordnung gesetzt. Denn die 'civil society' steht in komplementärer Beziehung zum politisch-staatlichen System. "Die 'civil society' in dem Sinne, in welchem sie in den demokratischen Ländern verstanden wird, nämlich als eine bestimmte natürliche gesellschaftliche Realität, muß sich also von

neuem bilden. Sie ist nicht einfach eine Neuauflage der ehemaligen anti-totalitären 'civil society'.¹⁹

Es ist reichlich naiv, wenn Personen, Bewegungen oder Symbole des osteuropäischen Umbruchs schlicht zu Vorkämpfern oder gar 'Ikonen' einer Zivilgesellschaft erklärt werden. Im Moment der Beseitigung des administrativ-bürokratischen Kommandosystems wird die bisherige Orientierung brüchig. Die Organisationen der Zivilgesellschaft waren durch ihre Gegnerschaft zur staatssozialistischen Gesellschaftsordnung bestimmt und zusammengehalten. Der Übergang zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft und einem liberal-demokratischen Rechtsstaat kann keineswegs aus einem stabilen "privaten Gewebe" nichtstaatlicher Organisationen heraus erfolgen. Es ist kaum verwunderlich, daß tradierte Organisationen und Ideologien in dieser Umbruchsituation deutlich an Einfluß gewinnen. Sowohl die religiösen Einstellungen als auch die gemeinsame Abstammung werden wesentliche Katalysatoren der gesellschaftlichen Konsensbildung in dieser Situation. Mit dem Umschlag von Nationalgefühl in Nationalismus und den neu eröffneten Ansprüchen einer dominanten Religion ist aber der Ausbau einer zivilgesellschaftlichen Struktur bereits eminent gefährdet.

7.

Die entscheidende Frage lautet: gibt es Ansatzpunkte für eine zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzeption? Zielte die Debatte um das Absterben und die Zerstörung des Staatsapparates auf eine nichtetatistische Befreiung gesellschaftlicher Arbeit? Die Alternative kann nur darauf zielen, daß die BürgerInnen sowohl Vor- und Nachteile der Spontaneität kapitalistisch strukturierter Marktprozesse als auch die eingeschränkte Verantwortlichkeit des Staates für die Ökonomie anerkennen. Die Analyse des Kapitalismus zeigt, daß die Lohnabhängigen zur Sicherung ihrer Interessen und die Erweiterung des zivilgesellschaftlichen Terrains auf den Einsatz der Staatsgewalt angewiesen sind. Ausweitung von civil rights und gesellschaftlicher Regulierungen kann nur erreicht werden durch Verwandlung gesellschaftlicher Einsicht in gesellschaftliche Gewalt, und unter den gegebenen Umständen kann das nur durch allgemeine Gesetze geschehen, durchgesetzt durch die Staatsgewalt. Tarifvertragliche Regelungen ersetzen nicht die gesetzliche Regelung, wenn wirklich ein allgemeiner Fortschritt fixiert werden soll. Aus dieser Überlegung heraus sind isolierte Modellversuche zur Veränderung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise stets mit Skepsis zu betrachten, wie wohl sie - partiell wie bei den Genossenschaften - eine Aufhebung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital verkörpern. Ein republikanisches System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten stützt sich auf die Erfahrungen aus Genossenschaften, Kooperativfabriken, selbstverwalteten Unternehmen etc. Zielvorstel-

¹⁹ Th. Mazowiecki, Polens schwieriger Weg in die Normalität, in: FAZ vom 24.8.1991.

lung marxistischer Gesellschaftskritik war daher stets eine nichtetatistische, gleichwohl antikapitalistische Zivilgesellschaft.

Um die gesellschaftliche Produktion in ein umfassendes und harmonisches System freier Kooperativarbeit zu verwandeln, bedarf es einer Steuerung und Regelung der gesellschaftlichen Ökonomie, aber keiner umfassenden Ersetzung von ökonomischen Handlungen von Privatpersonen durch eine Gesamtplanung. Solche Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft können nur verwirklicht werden durch den Übergang der organisierten Gewalt der Gesellschaft, d.h. der Staatsmacht, aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Produzenten selbst. Die Schlußfolgerung lautet also keineswegs, daß mittels des erweiterten politischen Einflusses sofort die Warenproduktion abzuschaffen und eine despotische Regierungsinstanz zur Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu etablieren wäre. Im Gegenteil bei der "allmählichen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter" ist man auf das überlieferte Kreditsystem und das zweistufige Bankensystem angewiesen. Die Veränderungen in den allgemeinen Bedingungen beziehen sich darauf, daß ganz andere Entscheidungsrechte in den Unternehmen durchgesetzt werden müssen, so daß wirklich von Kooperativunternehmen gesprochen werden kann. Eine entsprechende Veränderung der Primär- und Sekundärverteilung, des Steuerrechts, staatlicher Subventions- und Förderungspolitik eröffnet weitere Regulierungs- und Steuerungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Bei allem Wettbewerb unter Privatsubjekten, Kooperativfabriken und Genossenschaften etc. kann an einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung festgehalten werden. Der assoziierte Verstand muß gesamtgesellschaftliche Entwicklungsperspektiven fixieren und auf Basis der Selbsttätigkeit der Einzelunternehmen Regulierungen und Steuerungen durchsetzen. Und in diesem Sinne ist von einer planmäßigen Produktion die Rede: "Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll - was wäre das anderes, meine Herren, als der Kommunismus, der 'mögliche' Kommunismus?"²⁰

²⁰ K. Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd.17, S. 343; Vgl. ausführlicher dazu: Sozialistische Studiengruppen, Egalitarismus oder politische Ökonomie der emanzipierten Arbeit? in: Sozialismus 7/8-1995, Supplement.

Hier die Adressen aller DKP-Mitglieder

bei denen Sie in Ost und West die UZ abonnieren können:

Was? Euch gibt's noch?
Na Klar! Helmut Kohl
und die Deutsche Bank gibt's
ja auch noch.

Und die Dresdner Bank darf
auch die Menschen in Dresden
wieder zur Kasse bitten.

Und die Herren von Krupp, Thyssen,
Siemens, VW, Opel, BASF ...
machen weiter Arbeitsplätze platt
für den Profit.

Von Rügen bis zum Bodensee,
von Frankfurt/Oder bis
Frankfurt/Main wäscht eine
Treuhand die andere.

Schwarze Biedermänner und
braune Brandstifter
arbeiten Hand in Hand.

Nur wenigen geht es immer besser:
den Unternehmern
und ihren Interessenvertretern in
Parlamenten und Amtsstuben.

Arbeitende und Arbeitslose,
Frauen und Männer,
jung und alt zahlen die Kosten, -
angeblich für die „Einheit“.

Also, warum sollte es ausgerechnet
uns nicht mehr geben?
Bloß weil es die DDR nicht
mehr gibt? (Was wir sehr bedauern,
auch wenn sie nicht das Paradies war).

Warum sollten
wir ausgerechnet jetzt aufhören,
das zu tun, was wir 25 Jahre lang
konsequent getan haben?

Die Interessen arbeitender und
arbeitsloser Menschen vertreten?
Für Frieden streiten? Für eine
lebenswerte Zukunft?
In Rathäusern, Betrieben,
Gewerkschaften und auf der Straße.

Warum sollten wir nicht versuchen,
den Reichen wegzunehmen,
was ihnen nicht gehört,
weil wir alle ihren Reichtum
schließlich erarbeitet haben?

Wir sind und bleiben
der kleine rote Stachel,
der denen da oben
im Sitzfleisch schmerzt.

Aber die Adressen
aller DKP-Mitglieder
werden wir trotzdem nicht
veröffentlichen.

(Auch wenn wir eine kleine Partei sind -,
der Platz in dieser Anzeile
würde nicht ausreichen.)

Wer sich für die UZ
und die Politik
der DKP heute interessiert,
kann sich an folgende
Adressen wenden:

Partei Vorstand der DKP
Hoffnungstr. 18
45127 Essen
Telefon 02 01 / 22 51 48
Fax 02 01 / 20 24 67

Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Stadtfeldkamp 22, 24114 Kiel
Telefon 04 31 / 67 10 84

Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstr. 66
20251 Hamburg
Telefon 0 40 / 4 80 49 00
Fax 0 40 / 4 80 42 19

Bezirksvorstand Bremen
Postfach 150150, 28091 Bremen
Telefon und Fax 04 21 / 3 96 84 16

Bezirksvorstand Niedersachsen
Postfach 1523, 30015 Hannover
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Telefon 02 01 / 22 51 47
Fax 02 01 / 20 24 67

Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen
Telefon 02 14 / 4 93 23
Fax 02 14 / 4 64 50

Bezirksvorstand Hessen
Hansteinstr. 4, 60318 Frankfurt/M.
Telefon 0 69 / 5 97 56 73

Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Hermannstr. 36, 67547 Worms

Bezirksvorstand Saar
Mainzer Str. 94, 66121 Saarbrücken
Telefon 06 81 / 63 50 04-05
Fax 06 81 / 6 55 95

Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stolzstr. 8, 70190 Stuttgart
Telefon 07 11 / 2 62 55 10

Bezirksvorstand Nordbayern
c/o Justine Wazansky-Krack
Kaulbachstr. 39, 90408 Nürnberg
Telefon 09 11 / 35 20 60

Bezirksvorstand Südbayern
c/o Walter Listl
Matterhornstr. 39, 81825 München
Telefon 0 89 / 42 37 67
Fax 0 89 / 4 48 23 97

Bezirksvorstand Berlin-West
c/o Nina Hager,
Pieskower Weg 52, 10409 Berlin

Bezirksvorstand Berlin-Ost
c/o Klaus Steiniger
Teterower Ring 37, 12619 Berlin
Telefon 0 30 / 5 61 34 04

Probexemplare anfordern bei:

**UZ-Redaktion
Hoffnungstr. 18
45127 Essen
Telefon (Verlag) 02 01 / 20 00 06
(Redaktion) 02 01 / 22 54 47
Anrufbeantworter 02 01 / 22 51 48
Fax 02 01 / 20 24 67**



**Zeitung der DKP -
Sozialistische
Wochenzeitung**

Linke Politikansätze in Deutschland heute (I)

Z beginnt mit dieser Ausgabe die Vorstellung linker, marxistischem Denken verpflichteter Politikansätze in Parteien (und Organisationen) der BRD. Es handelt sich jeweils um Selbstdarstellungen durch Repräsentanten und Akteure der diese Ansätze tragenden Gruppen. Wir eröffnen diese Serie mit einem Beitrag von Ellen Brombacher, Berlin, einer der Sprecherinnen der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS.

Ellen Brombacher

Kommunistische Linke in der PDS

Reflexionen zur Strategiedebatte

I. "Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende"¹. Zehn Unterzeichner fanden in kulturvollem Streit einen Konsens, ihren Beitrag zur Strategiedebatte in der PDS. Entgegen den Festlegungen der Januar-Tagung des 4. Parteitag wurde allerdings auf einer gemeinsamen Sitzung von PDS-Bundesvorstand und Parteirat de facto der vorläufige Abbruch der Strategiedebatte beschlossen. Im Januar war ohne Not eine "Stalinismus"-Debatte hochgekocht worden. In ungesunder Atmosphäre setzte der PDS-Vorstand seine Vorstellungen im wesentlichen durch: die fünf Punkte samt Unvereinbarkeitsklausel und - als Beleg für Unvereinbarkeit - die Nichtwiederwahl von Sahra Wagenknecht als Vorstandsmitglied.

Der PDS hat dieser Parteitag weder praktisch noch strategisch etwas gebracht. Es sei denn, irgend jemand wertet das Recht auf ein wenig Antikommunismus als einen Zugewinn an Pluralität. Eine Richtungsänderung wurde eingeleitet.

Die Sorgen der Achtunddreißig² artikulieren verbreitete Befürchtungen in der PDS-Mitgliedschaft über den weiteren Weg der Partei. Eine Vor-

¹ "Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende. Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren" wurde als Beitrag zur Debatte der PDS am 1. Juni 1995 veröffentlicht und neben Sprecherinnen und Sprechern der KPF (Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Michael Benjamin) von folgenden weiteren Mitverfassern und -trägern unterzeichnet: J. Bischoff, G. Branstner, D. Frielinghaus, H. Jung, H. Marohn, M. Mebel, E. Sauermann. Er gliedert sich in 1. eine knappe Analyse des Kapitalismus in Deutschland heute, 2. eine Bestimmung der Rolle der PDS als Oppositionskraft, 3. die Hauptforderungen in der Gegenwart und 4. die Essentials des Selbstverständnisses der PDS als sozialistischer Partei. (Bezug gegen DM 2,- in Briefmarken bei: Olaf Albrecht, Pistoriusstr. 106c, D-13086 Berlin-Weißensee)

² Es handelt sich um den von 38 Wissenschaftlern, Künstlern, Intellektuellen unterzeichneten Aufruf "In großer Sorge", der Mitte Mai veröffentlicht wurde und aus dem sich in der Folge das "Marxistische Forum" in der PDS entwickelte (siehe Rubrik "Berichte" in dieser Z-Ausgabe).

standsmehrheit will eine solche Richtungsdiskussion gegenwärtig nicht. Es herrscht - scheint's - Unsicherheit, wie sie ausginge. Es sei ein Fehler gewesen, nicht schon im Januar Parteipraktisches zu behandeln, entdeckte man jetzt, nachdem genau diese Forderung vor dem Parteitag ignoriert worden war. Nun steht Kommunalpolitik zur Debatte. Die trifft einen Nerv des Wirkens unserer Partei, wenn sie nicht isoliert von der Analyse deutscher Verhältnisse und von der Strategie der Partei behandelt wird. So leisten wir jener Geistesverfassung am ehesten Widerstand, die die Rolle der Theorie, nicht zuletzt der Marx'schen, zunehmend verneint. In diesem Sinne soll der o.g. Strategiebeitrag "Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende" in die Parteitagsvorbereitung einfließen. Ich will nachfolgend nicht den Versuch unternehmen, das veröffentlichte Papier vordergründig zu kommentieren. Vielmehr möchte ich mich zu einigen mit dem Beitrag in ursächlichem Zusammenhang stehenden Fragen äußern, von denen ich meine, daß sie in linker Politik im Allgemeinen und in der PDS im Besonderen eines größeren Stellenwerts bedürften.

II. "Das Geschäft gedeiht auf Trümmern... Geschändet, entehrt, im Blute wattend, von Schmutz triefend - so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt - als reißen Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit -, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt..." Rosa Luxemburg, 1916.

Wir stehen auf einer schmalen Straße. Im Rücken der Landwehrkanal, in den sie Rosa schmissen. Vor Augen den Bendlerblock. Ein Bundeswehrgebäude. Einst OKW der Wehrmacht. Hier wurde Stauffenberg erschossen. Auf engstem Raum Erinnerung an zwei Kriege und an Menschen, die widerstanden.

Wir sind vielleicht hundert Demonstranten. In fünf Tagen wird das deutsche Parlament beschließen, aufs Neue deutsche Soldaten kämpfend in die Welt zu schicken. Den Serben wird es kaum gefallen, daß zum dritten Mal in diesem Jahrhundert deutsche Komißstiefel ihre Erde schänden. Vergeltung kann nicht ausbleiben. Und was letztlich die Russen tun, wenn Serben und Deutsche aufeinander schießen, vermag niemand zu sagen. Ist dies der Vorabend eines europäischen Krieges? Und wann würde der zum globalen?

Woher noch Hoffnung nehmen, am Ende dieses Jahrhunderts, von dem wir glaubten, in ihm würde der Sprung getan, vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit. Eine Hoffnung, verbunden mit unzähligen Opfern. Gibt es nur einen Funken Gewißheit, daß die Menschheit sich vor dem Untergang bewahrt? Gewiß ist nur: Nichts zu tun bedeutet das sichere Ende. Das ist Pflicht zum Handeln. Vielleicht sind mehr dazu bereit, als gegenwärtig spürbar. Zersplitterung macht kraftlos.

Friedrich Engels ist aktueller denn je: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in

die Barbarei. Angesichts des Sozialismuszerfalls erscheint es fast undenkbar, dem Rückfall in die Barbarei einen neuen sozialistischen Anlauf entgegenzusetzen. Da verläßt einen beinahe die Phantasie, und auch lautes Pfeifen im Walde ist keine Lösung. Und doch: genau diese Barriere ist zu überwinden. Sonst ist wirklich alles verspielt. Begründete Hoffnungen, eine sozial gerechte Gesellschaft zu errichten, wird es kaum geben ohne analytische Bewertung des gewesenen Sozialismus, ohne die Benennung seiner Grenzen und Möglichkeiten. In der Niederlage den Blick für die Möglichkeiten zu verlieren - die bevorstehenden und die gewesenen -, heißt, sich nie wieder zu erholen!

Kürzlich las ich: "Der Sozialismus, der keiner war, ist vergangen." Wie oft stehen Verkünder solcher Äußerungen für die Auffassung, der Kapitalismus würde nun sozusagen sein Wesen überwinden. Nunmehr, da der überflüssige Nichtsozialismus verschwunden sei, wäre der Weg frei für den jetzt ungebremst besser werdenden realen Kapitalismus. Diese schlichte Denkweise verbindet sich inzwischen untrennbar mit dem Begriff vom "Neuen Denken", welches sich als doppelter Irrtum erwies.

Seit es den Sozialismus, der angeblich keiner war, nicht mehr gibt, erweist sich der real existierende Kapitalismus vielmehr immer purer als das, was er ungehindert ist. Es ist zweckmäßig, zu analysieren, welche Rolle der Real-Sozialismus für die Entwicklung und Modifizierung des Kapitalismus spielte. Was den nämlich reformfähig erscheinen ließ, war vor allem Resultat der Systemkonkurrenz, eines über 70 Jahre währenden Versuches, Kapitallogik außer Kraft zu setzen. Diese Systemalternative war sowohl durch nichtsozialistische Tendenzen geprägt, die zum Ende hin rapide zunahm, aber ebenso schon durch sozialistische Errungenschaften: das Recht auf Arbeit, die Überwindung der Bildungsschranken, die Beseitigung der Obdachlosigkeit und anderes. Keine Kleinigkeiten.

Der zweite Irrtum, der dem "Neuen Denken" innewohnte, ist uralte: man müsse dem Kapital nur ein wenig entgegenkommen, so eine Art Wandel durch Annäherung zu sozialistischen Gunsten betreiben. Mag sein, Gorbatschow hat weder Bernstein noch Luxemburg gelesen und seine Berater enthielten ihm vor, bei wem sie abschrieben. Schon 1899 formulierte Rosa Luxemburg: "...entweder hat Bernstein in bezug auf den Gang der kapitalistischen Entwicklung recht, dann verwandelt sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft in eine Utopie, oder der Sozialismus ist keine Utopie, dann muß aber die Theorie der Anpassungsmittel nicht stichhaltig sein."

Der Luxemburg ginge es vermutlich auch heute nicht nur gut. Insonders nicht mit ihrer Schrift "Sozialreform oder Revolution". Rosa Luxemburg würde der Partei womöglich Querelen bescheren, läse sie z.B. André Bries "Warum Respekt vor dem Unternehmertum". Vielleicht würde sie ihren Ausruf wiederholen: "...Angesichts dieses ist nicht die Entstehung der opportunistischen Strömung, sondern vielmehr ihre Schwäche überraschend..."

Nun sie aber in dem Bernsteinschen Buche zum vollen Ausdruck gekommen ist, muß jedermann verwundert ausrufen: Wie, das ist alles, was ihr zu sagen habt? Kein einziger Splitter von einem neuen Gedanken! Kein einziger Gedanke, der nicht schon vor Jahrzehnten von dem Marxismus niedergetreten, zerstampft, ausgelacht, in nichts verwandelt worden wäre..."

Haben nicht die Erfahrungen des vergehenden Jahrhunderts in jeder Hinsicht bewiesen, wie Kapitallogik sich durchsetzt? Wie kommt einer in Anbetracht dieses Geschichtsverlaufes zu Illusionen, die in allem an Bernstein erinnern? A. Brie schreibt:

"... Für mich bedeutet Vergesellschaftung, daß die Interessen der großen Mehrheit gegenüber dem Eigentümer durchsetzbar sind. Der entscheidende Punkt dabei: Verfügt die Gesellschaft oder ein Privatkapitalist über den Profit? Wenn die Gesellschaft darüber verfügt, ist für mich Vergesellschaftung hergestellt. Und zwar auch ohne Enteignung." Daß der sozialistische Versuch wesentlich daran scheiterte, daß er die Lösung der Eigentumsfrage zwar in Angriff nahm, aber letztlich nicht bewältigte, kann doch in Erwägung des heutigen Weltzustandes wohl nicht zu der Antwort führen: Im Prinzip lassen wir alles, wie es ist, in diesem Rahmen aber werden wir alles ändern. Über solche Positionen spottete nicht nur Rosa Luxemburg. Darüber spötteln auch Insider des big business. So der Schweizer Topmanager Hans A. Pestalozzi: "... Wir verändern unser Bewußtsein, und aus all den brutalen Großkonzernen, aus all den aggressiven Rüstungsbetrieben, aus all den zerstörerischen Chemieunternehmen, aus all den lebensfeindlichen Atomkraftwerken werden nun sonnige, wonnige, friedliche, dezentralisierte Kleinbetriebe. Schon beginnt Daimler-Benz, nur noch Fahrräder zu produzieren, ... Die Rüstungsindustrien werden sich dem öffentlichen Verkehr widmen... United Fruit wird das geraubte Land in Südamerika zurückgeben... Die Großbanken räumen ihre Paläste ... und stellen sie als Familienwohnungen zur Verfügung... Die Krise der Neuzeit ist keine Krise der Wahrnehmungen... Die Herren, die an der Macht sind ... wollten es so, wie es heute ist, und wollen, daß es so bleibt, wie es ist..."

Kein Kommunist. Eine Art Abtrünniger von der anderen Seite nur.

Die Luxemburg hat dem Wesen nach Ähnliches formuliert: "... Je mehr der Produktionsprozeß vergesellschaftet wird, um so mehr beruht der Verteilungsprozeß auf reinem Austausch, und um so unantastbarer und geschlossener wird das Privateigentum."

Die Illusionen, die wir über uns hatten, trugen wesentlich zu unserem Scheitern bei. Illusionen über das Kapital führen die Menschheit in den Abgrund. "Neues Denken"! Was blieb?

Man gehe die Namen jener durch, die unter der Flagge von Glasnost und Perestroika in der früheren Sowjetunion und anderswo den Sozialismus mit menschlichem Antlitz versprachen: Gorbatschow, Jelzin, Shewardnadse, Jakowlew und all die anderen. Nichts ist eingelöst. Die schufen

vielmehr die Voraussetzung für eine Art Manchester-Kapitalismus als bitterer Farce. Sie haben - sieht man vom reichen Deutschland und anderen, etwas westlicher gelegenen Gegenden ab - ihre Völker auf den "Standard" der dritten bis fünften Welt zurückgestoßen. Kriege eingeschlossen.

Kritik am Gorbatschowismus heißt nicht, es hätte beim Alten bleiben sollen. Die Zeit war überreif für Reformen. Nur kam statt derer Restauration. Der erste Anlauf, eine nicht nach den Gesetzen der Kapitallogik funktionierende Gesellschaftsordnung zu errichten, wurde faktisch abgebrochen. Uns Kommunisten und Sozialisten, die wir - ohne Illusionen über den Kapitalismus - täglich die soziale Erfahrung machten, daß sich der sozialistische Versuch vor allem ökonomisch festfährt, trifft historische Schuld. Gründe finden sich immer. Von Verdiensten soll an dieser Stelle bewußt nicht die Rede sein. Es bleiben unzweifelhafte Fakten: Anstelle der Analyse geschönte Rechenschaftsberichte. Anstelle konzeptionell-theoretischer Weiterentwicklung Apologetik. Anstelle der Bewegung Erstarrung. Natürlich war unser Gegner mächtig und ohne Skrupel. Allein - dies spricht uns nicht frei. Unsere mangelnde Konstruktivität war wesentlich Bedingung dafür, daß in dieser festgefahrenen Situation jene das Heft in die Hand nahmen, die die "Rettung" des Sozialismus durch die Anbiederung an den Kapitalismus propagierten. Die Resultate sind bekannt.

Würdelos ging - zumindest in Europa - der sozialistische Versuch dieses Jahrhunderts zu Ende. Wesentliches Merkmal dieser Würdelosigkeit war und ist der von Konjunkturerwägungen getragene Umgang mit Geschichte, betrieben nicht zuletzt durch solche, die sich früher als Kommunisten verstanden. Noch einmal: Ohne Analyse des Gewesenen keine Chance für Kommendes. In Erwägung der Erschütterungen und Verwirrungen, die durch den Zerfall der realsozialistischen Staaten hervorgerufen wurden, und der damit besonders verbundenen Zweifel an der Richtigkeit der Marxschen Theorie ist es unabdingbar, unbestechlich das Vergangene zu analysieren, sich vor Lebenslügen zu hüten, Fehlinterpretationen unserer Theorie und Apologetik beim Namen zu nennen und gerade durch bedingungslose Ehrlichkeit den Weg wieder frei zu machen für vorurteilslose Sicht auf die Aktualität und prinzipielle Stimmigkeit des Gerüstes unserer Weltanschauung.

Allerdings hat der gegenwärtig übliche Umgang mit Geschichte wenig mit solcherart Anforderungen gemein. Nicht das Bedürfnis nach Analyse wird bedient, sondern der Zeitgeist. Der besagt: Sozialismus ist an sich nicht machbar. Ihn versucht zu haben, ist ein Frevel. Der Mensch verkommt ohne die Knute. "Moderner": Die Daseinsweise der Zivilisation richtet sich nun einmal nach der Kapitallogik.

Die sogenannten Postkommunisten huldigen dem Zeitgeist natürlich nicht so vordergründig. Sie bedienen ihn durch würdelose Selbstbezüglichung. Der sozialistische Versuch wird "bewertet", losgelöst von Raum und Zeit, abgehoben von konkreten Bedingungen, vom Kampf ums Überleben. Die

skrupellose Feindschaft, die uns das Kapital entgegenbrachte, wird weitgehend negiert, unsere Fehler, Irrtümer und Verbrechen werden verabsolutiert. So bleibt nur Scham. Teils schämen sich jene am lautesten, die sich am schamlosesten mit den neuen Verhältnissen arrangieren. Die Logik der Dinge.

Diese Art, mit Vergangenen umzugehen, verstellt der Analyse den Weg und setzt dem Zeitgeist keine Schranken.

Der Untergang des Sozialismus dieses 20. Jahrhunderts wirft natürlich für sehr viele Menschen die Frage auf, ob es überhaupt möglich ist, die Eigentumsfrage im Sinne der Allgemeinheit zu lösen und die politische Macht weitgehend frei von Voluntarismus zu gebrauchen. Auch hier irrte Rosa Luxemburg nicht mit ihren eindringlichen Warnungen vor Tendenzen der Erstarrung, die sie sehr bald nach dem Sieg der Bolschewiki erkannte. Dabei werden sich zu jenem frühen Zeitpunkt kritische Sympathisanten der Oktoberrevolution kaum haben vorstellen können, zu welcher furchtbaren Deformationen, ja Verbrechen, die tatsächlich jeden Kommunisten beschämen, die Fehlentwicklungen unter Stalin führten und welche mittel- und langfristigen Folgen sie haben würden. Dieter Kraft schreibt m.E. völlig zurecht in der Auseinandersetzung mit Kurt Gossweiler: "Aber es geht nun ausschließlich doch auf sein (Stalins) Konto, daß sich in der SU ein Führungsprinzip etablieren konnte, das es einem Gorbatschow schließlich sogar ermöglichte, völlig ungehindert seine eigene Partei zu vernichten und eine sozialistische Weltmacht auszuliefern. Stalin ist nicht die Alternative zu Gorbatschow, er ist dessen institutionalisierte Voraussetzung. Und daß Leute wie Gorbatschow oder Jelzin überhaupt je in ein Politbüro der KPdSU einziehen konnten, ist die Folge eines von Stalin zu verantwortenden Regimes, in dem ganz offensichtlich der Opportunismus größere Chancen hatte als das Prinzip der kollektiven Führung."

Es ist unendlich schwer, nach einer historischen Niederlage, wie wir sie erlitten haben, und der damit unvermeidlich einhergehenden Demoralisation und Resignation zu sagen: Und dennoch war es legitim, die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung zu setzen und die Konsequenz der politischen Machtübernahme damit zu verbinden.

Daß dieser erste Versuch scheiterte, ist, historisch betrachtet, vielleicht nicht einmal sonderlich ungewöhnlich. Auf keinen Fall jedoch hat sich das Problem der Eigentumsfrage damit im kapitalistischen Sinne erledigt. Übrigens: auch in dieser Frage eine geniale Weitsicht der Luxemburg. "Die sozialistische Umwälzung setzt einen langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat allem Anschein nach mehr als einmal zurückgeworfen wird, so daß es das erste Mal, vom Standpunkt des Endresultates des ganzen Kampfes gesprochen, notwendig zu früh ans Ruder gekommen sein wird."

III: Heute ist die Forderung nach grundlegender Veränderung der Eigentumsverhältnisse keine tagespolitische. Nicht weil die Zeit nicht reif wäre.

Aber die Widerspiegelung dieses Zustandes im Bewußtsein jener, die im Profitmechanismus zerrieben werden, ist faktisch kaum gegeben. Die Medien produzieren in einem unerhörten Maße falsches Bewußtsein. Die "moderne" kapitalistische Gesellschaft ist eine Ideologiegesellschaft ersten Ranges und eine ihrer Hauptwaffen ist die von vielen geglaubte Behauptung, sie sei eine ideologiefreie. Es scheint wie die Quadratur des Kreises, worauf schon die Achtundsechziger ziemlich hilflos verwiesen. So Herbert Marcuse: "Wir stehen heute vor dem Problem, daß die Umwandlung objektiv notwendig ist, daß aber das Bedürfnis nach dieser Umwandlung gerade bei den Schichten, die klassisch für die Umwandlung prädestiniert waren, eben nicht vorliegt. Erst einmal müssen die Mechanismen, die dieses Bedürfnis ersticken, beseitigt werden, was wiederum das Bedürfnis nach ihrer Beseitigung voraussetzt. Das ist eine Dialektik, aus der ich keinen Ausweg gefunden habe." Nicht nur er. Um wieviel perfekter ist die Manipulation heute. Und die Linke hat kaum Einfluß auf die öffentliche Meinung, verfügt kaum über finanzielle und materielle Möglichkeiten, die es ihr erlauben würden, auch nur bescheiden in dieser Mediengesellschaft zu stören. Und doch muß sie genau damit beginnen! Wir sollten kreativer nach Antworten suchen, wie bescheidene Fortschritte erzielt werden können.

IV. Noch einmal zum Zustand der klassisch für die Umwandlung Prädestinierten. Besser: zu Ursachen für ihre Bewußtlosigkeit. Die linke Bewegung stellt sich gegenwärtig als weitgehend handlungsunfähig dar. Die aus dem realsozialistischen Versuch verbliebenen Strukturen suchen ihre Zukunft teils in der Annäherung an die Sozialdemokratie und teils auch in einer geistigen Rückkehr zu jenen Zeiten des sozialistischen Versuchs, die durch Rigidität Stabilität garantierten, auf Kosten der Langzeitwirkungen.

Ich gehöre zu jenen, die die Auffassung vertreten, die Schlußfolgerung aus dem Scheitern des ersten sozialistischen Versuchs kann weder zurück zu Stalin noch zurück zu Bernstein führen. (In der PDS kenne ich allerdings kaum jemanden, der Stalin anhänge. Hier denke ich eher an Tendenzen in der früheren Sowjetunion. Die neuen Bernsteinanhänger sind da in deutschen Ländern weit häufiger.)

Eine andere Frage ist, daß es auf Dauer zu einer antikommunistischen Erosion der Linken kommen muß, wenn Teile von ihr bereit sind, das Schindluder "Stalinismus"- diesen Kampfbegriff- zu akzeptieren. Es wird üblich, Kommunisten generell als "Stalinisten" abzustempeln: Das Muster dieser Stigmatisierung ist primitiv und daher für Primitive einleuchtend: Stalin schuf stalinistische Strukturen. Die Grundlagen hierfür legte Lenin. Nach Stalins Tod blieb sein Geist in Gestalt poststalinistischer Strukturen erhalten. Ergo: Der gesamte sozialistische Versuch war seinem Wesen nach stalinistisch. Demzufolge ist, wer sich zur Legitimität dieses Versuchs bekennt, Stalinist. Sich der Stalinismuskeule nicht zu widersetzen, heißt, im Bűßergewand vor dem Kapital auf dem Bauch zu kriechen.

Zurück zum eigentlichen Problem: Wenn es stimmt, daß die Welt nach Veränderung schreit, zur Zeit aber weit und breit keine Kraft in Sicht zu sein scheint, die positive Veränderungen bewirken könnte, so läßt das nur den Schluß zu, daß alles getan werden muß, damit sich die Linke nicht noch weiter zersplittert, sondern im Gegenteil: sich findet und erweitert.

Ein anderer Schluß scheint nicht weniger wichtig: Das Kapital selbst muß Wege suchen, die Krisenmanagement in seinem Sinne erlauben. Die Vorstellungen, die kapitalistische Gesellschaft könne sich durch Reformen von innen evolutionär so verändern, daß sie ihre Widersprüche und Konflikte produktiv löst und in eine zunehmend humane Gesellschaft hinüberwächst, widersprechen dem Gang der Dinge. Die reale Entwicklung nach dem Wegfall des europäischen Sozialismusversuchs geht in die entgegengesetzte Richtung: Krieg ist erklärtermaßen wieder zum legitimen Mittel der Politik geworden. Reale Abrüstung gibt es faktisch nicht. Nie - so amnesty international - gab es in den letzten 50 Jahren derart viele Menschenrechtsverletzungen. Auch auf dem Gebiet der Ökologie sind keine Fortschritte zu verzeichnen. In den entwickelten kapitalistischen Ländern grassieren Sozialabbau und die rapide Einschränkung bürgerlich-demokratischer Rechte. Die mentale Verelendung läßt immer mehr Menschen psychisch erkranken. Gewalt gehört zur Alltagsnormalität. Sie hat den Rang von Unterhaltung. Die Kriminalität wird nur noch partiell beherrscht. Rassismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit bestimmen zunehmend das Stammtischklima. Und dieses prägt in beträchtlichem Maße Wahlverhalten. Die frühere zweite Welt wird in rasendem Tempo zur dritten und die dritte vegetiert in den Tod.

Dies ist das Klima, welches politische Rechtsentwicklung hervorbringen muß. Den "geistigen" Boden hierfür bietet der Verfall jeglicher humanistischer Werte. Wer das nicht glaubt, muß einfach nur Privatfernsehen gucken.

Diese Situation zwingt uns, für die ernsthaft bestehende Gefahr zu sensibilisieren, daß mit dem Wegfall des sozialistischen Versuchs auch die bürgerliche Demokratie ihre Schuldigkeit getan haben könnte. Das Kapital ist seiner Natur nach aggressiv und volksfeindlich, also antidemokratisch. Der bloße Ansatz einer gesellschaftlichen Alternative veranlaßte es zu Modifikationen, die heute nicht mehr nötig sind und vermutlich auch schon nicht mehr möglich sein werden. Die ökonomische, soziale und politische Entwicklung macht Gleichschaltung für das kapitalistische System immer mehr zum Gebot. Die spürbare Brutalisierung, z.B. von Polizeieinsätzen, zeigt an, wie man zukünftig mit Opposition zu verfahren gedenkt. Die Verschärfung der Ausländer- und Asylpolitik ist der Beginn einer großangelegten Abschottung vor der Armut des größten Teils der Welt. Die Militarisierung verweist auf die Hauptrichtung des geplanten Krisenmanagements. Die tragischen Ereignisse von Oklahoma City sollten für Linke Grund genug sein, US-amerikanische Rechtsentwicklung als möglichen

Modellansatz für die Transformation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft in einen neuartigen internationalen Faschismus wahrzunehmen. Sätze wie der nachfolgende scheinen keine Entgleisung zu sein, sondern vielmehr eine um sich greifende Ideologie - die offensichtlich finanziell und materiell gut gestützt ist. "Ich hasse, ich hasse es, was mit meinen Leuten passiert, weißen Leuten. Ich hasse, daß wir die Gesetze der Natur vergessen haben. Die diktieren, daß man sich um die eigene Gattung kümmern muß. Wir wollen ein weißes Vaterland. Wir wollen getrennt von anderen Rassen leben."

Worte eines vierundzwanzigjährigen Faschisten, Gründer einer straff organisierten US-amerikanischen Herrenmenschenbewegung. Eine von vielen, zunehmend gut vernetzt, auch international. Die Erfahrung von Auschwitz ist keine Garantie gegen dessen Wiederholbarkeit. Wenn das Großkapital nur noch die faschistische Lösung - wie auch immer der "moderne" Nazi daherkäme - als Krisenmanagement für möglich hielt, griffe es darauf zurück.

Dieser Gefahr wegen darf unser Schluß nicht kurz sein! Wir dürfen nicht zu Apologeten der heutigen bürgerlichen Gesellschaft werden, und zugleich gilt es, sie gegen die Rechten zu verteidigen, vor der schleichenden Verbreiterung des sie umgebenden faschistoiden Rands. Dazu bedarf es breiter Bündnisse. Sie zu befördern, gehört zu den wesentlichsten Aufgaben kommunistischer Linker.

Zunehmend wichtig wird auch, Versuche der Neuen Rechten ernst zu nehmen, maßgebliche Teile, durch die Niederlage verstörter, ideologisch entwurzelter Linker in eine nationalistisch-rassistische Bewegung zu integrieren. Wohin totale Prinzipienlosigkeit führen kann, deutet sich in der italienischen PDS an. Mit jeder politischen Kraft soll geredet werden, auch mit den Faschisten. Und dies geschieht. Man trifft sich gemeinsam in der undefinierten Mitte und einigt sich auf die 'liberale Revolution', was immer das sein mag. Dies ist kein spezifisch italienisches Problem. Es gehört offensichtlich zur Strategie der Neuen Rechten, Kontakte zu Linken herzustellen, scheinbare Gemeinsamkeiten in sozialen Forderungen zu behaupten und partiell gemeinsame Aktionen anzustreben. Die Neue Rechte setzt etwa auf folgende Pseudologik: Die Ideologien seien gescheitert. Man müsse sich aus dem tradierten Rechts-Links-Verständnis lösen. Gefragt seien Patriotismus, Nationalgefühl, Ordnung. Nirgendwo sei festgeschrieben, daß es auf ewig Sache der Linken ist, sich um die sozialen Belange zu kümmern, und die der Rechten, nach dem starken Mann zu rufen. Wo Linke sich auch nur auf solche Überlegungen einlassen, hören sie auf, sie selbst zu sein. Ob in Rom, in Moskau oder anderswo! Solche Tendenzen zu analysieren, sie theoretisch zu bekämpfen und nirgendwo praktisch zu bedienen, ist unumgänglich.

Multimedia: "Jobkiller" statt "Jobknüller"

Tagung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und der IG Medien am 1./2. 6. 1995 in Frankfurt/M.

Unter dem Motto "Multimedia gestalten - Vorfahrt für Arbeit und Menschlichkeit" veranstalteten die beiden Gewerkschaften Anfang Juni im Hessischen Rundfunk eine gemeinsame Fachtagung. Zu den rund 500 Teilnehmern gehörten neben Funktionären und Betriebsräten beider Organisationen Vertreter anderer DGB- sowie ausländischer Gewerkschaften, Medienwissenschaftler, auch Spitzenmanager großer Medienkonzerne, Abgesandte der Bonner Ministerialbürokratie und der EU-Kommission aus Brüssel. Im Hinblick auf die geschaffenen Fakten einer gewinnorientierten Informationsgesellschaft fände nach den Worten des IG-Medien-Vorsitzenden Detlef Hensche die Tagung "spät, aber nicht zu spät" statt. Der DPG-Chef Kurt van Haaren ergänzte, daß es von Seiten der Medienkonzerne und der Regierungen schon zahlreiche Konferenzen zu Multimedia gegeben habe, wobei die Gewerkschaften ausgegrenzt worden seien. Als Beispiel dafür nannte van Haaren den G7-Gipfel, der im Februar 1995 auf Einladung der EU in Brüssel zum Thema Informationsgesellschaft tagte, wozu auch 45 Topmanager von weltweit führenden multinationalen Konzernen geladen waren.

Der Impuls für die gewerkschaftliche Fachtagung ging von einem Initiativantrag beider Organisationen auf dem 15. DGB-Kongreß 1994 aus. In der Zwischenzeit haben die Hauptvorstandsstäbe von DPG und IG Medien ein "Memorandum zur Gestaltung der Informationsgesellschaft" vorgelegt, das in Frankfurt der eigenen Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Kurz zuvor war im VSA-Verlag die Schrift "Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand" (Herausgeber Kurt van Haaren und Detlef Hensche) erschienen, in der viele der Akteure der Frankfurter Tagung zu Wort kamen. Ziel und Gegenstand der Fachtagung war es nicht, die im "Memorandum" (und im VSA-Buch) entwickelte Konzeption zu Multimedia mit den Vertretern der Mitgliedschaft zu diskutieren und gegebenenfalls zu korrigieren. Vielmehr ging es den Veranstaltern darum, über ihre Konzeption mit gesellschaftlichen Kräften, nicht zuletzt den Repräsentanten der Kapital- und Regierungsseite (einschließlich EU) einen Dialog zu beginnen. Entsprechend waren die vier Foren (nur dort konnten sich die Teilnehmer zu Wort melden) und die abschließende Podiumsdiskussion angelegt. Kritisch muß an dieser Stelle angemerkt werden: Mit dem "Memorandum" haben die Hauptvorstände beider Gewerkschaften eine weitgehende programmatische Kursänderung ohne die Einbeziehung der Mitgliedschaft vollzogen. Ausgangspunkte der Vorstellungen zu Multimedia sind nicht mehr der grundlegende Interessengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie der Anspruch der Gewerkschaften,

Gegenmacht zum Kapital, Kampf- und Widerstandsorganisation zu sein. Entgegen der gültigen DGB-Programmatik sowie der programmatischen Aussagen von IG Medien und DPG hatte Detlef Hensche schon vor der Tagung geschrieben: "Ohnehin relativiert sich der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit als dominantes Erklärungsmuster der eigenen Lage sowie als Ursache gesellschaftlicher, ökologischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen." (Gewerkschaftliche Monatshefte 2/95, S. 66) An keiner Stelle des "Memorandums" und der Reden der beiden Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, daß sich die digitale Revolution innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vollzieht, dem Profitstreben untergeordnet ist und zu Lasten der arbeitenden Klasse zur Anwendung kommt. Damit haben die beiden innerhalb des DGB zum linken Spektrum zählenden Gewerkschaften die Chance vertan, die notwendigen Forderungen für eine "demokratische Multimedia-Ordnung" in eine allgemeine Kapitalismuskritik einzubetten.

Stattdessen wird ein "gesellschaftlicher Konsens" anvisiert, auf dessen Basis Anwendung von Multimedia nicht ausschließlich oder einseitig von den Profitinteressen des Kapitals bestimmt wird. Das wird in dem "Memorandum" mehrfach angesprochen, wie auch das folgende Zitat zeigt: "Die Entwicklung zur Informationsgesellschaft darf nicht von kommerziellen Interessen dominiert werden und nur der Logik der Gewinnerwartung folgen." Als Basis für eine demokratische Multimedia-Ordnung fordert das "Memorandum" einen "staatlich regulierten Wettbewerb".

Notwendige Forderungen wie das "Recht auf Zugang zu allgemein verfügbaren Universaldiensten" für alle Bürgerinnen und Bürger, "Sicherungen gegen politischen Gebrauch medienpolitischer Macht", "wirksame Konzentrationskontrolle (international, national, regional) mit Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen (Lizenzentzug und Entflechtung)", fortschrittlicher Daten- und Verbraucherschutz sowie verbessertes Urheberrecht sollen durch den Staat reguliert werden. Um nicht ins Abseits zu geraten, wären, nach Hensche, die Gewerkschaften zum "Mitgestalten verdammt". Allerdings stellen Kritiker die Frage, warum abweichend vom gültigen DGB-Grundsatzprogramm (Teil: Presse, Funk und Fernsehen) auf gewerkschaftliche Mitbestimmung in einer demokratischen Multimedia-Ordnung verzichtet wird. Durch Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit kann kaum eine der demokratischen Forderungen realisiert werden.

Nachdem die Gewerkschaften trotz Widerstands die Installierung von profitorientierten privaten Radio- und Fernsehsendern durch die Medienkonzerne nicht verhindern konnten, sehen nun IG Medien und DPG einen Schwerpunkt im "Erhalt und dem Ausbau öffentlich-rechtlicher Informationsangebote". Dazu heißt es im "Memorandum" u.a.: "Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß in Deutschland und Europa als Kernelement eines nichtkommerziellen Informations-, Kultur- und Unterhaltungsangebotes stabilisiert, gestaltend ausgebaut und finanziell gesichert werden. Er

muß unabhängig von politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Abhängigkeit zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beitragen. Die Selbstständigkeit hat ihren Preis, aktuell notwendige Gebührenerhöhungen müssen verwirklicht werden."

Für diese Forderungen sollen nach Detlef Hensche die Mitglieder mobilisiert werden. Ob dabei die Erhöhung der Rundfunkgebühren von der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder befürwortet wird, muß angezweifelt werden. Die Pläne von Biedenkopf und Stoiber, die ARD zu zerschlagen, bedürften aktiver Gegenwehr. Auch der Vorschlag des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Beck (SPD), vier ARD-Sender zusammenzulegen wurde kritisiert und abgelehnt. Zu einem Kettenglied für Aktionen zur Erhaltung von ARD und ZDF könnte der Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze in den Sendeanstalten werden. Mit der gegenwärtig beginnenden Digitalisierung werden nicht nur Tonbänder und Videofilme, sondern auch zahlreiche Berufe, wie Cutterinnen und Tontechniker überflüssig.

Die im "Memorandum" eher etwas unterbelichteten Folgen von Multimedia in der Arbeitswelt spielten auf der Tagung eine größere Rolle. Schon im Einführungsreferat setzte sich Kurt van Haaren mit der euphorischen These von EU-Kommissar Bangemann und Wirtschaftsminister Rexrodt auseinander, daß mit Multimedia innerhalb der EU bis zum Jahre 2000 angeblich zehn Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Vielmehr würden durch die Multimedia-Anwendungen in Produktion und Dienstleistung Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet. In der Debatte in einem Forum hieß es, Multimedia wäre kein "Jobknüller, sondern ein Jobkiller". Unverständlich bleibt, daß das "Memorandum" nicht die weitere Arbeitszeitverkürzung zur Sicherung von Arbeitsplätzen fordert. (Die DPG hatte 1972 als erste Gewerkschaft die 35-Stunden-Woche gefordert und die IG Medien diese als erste ab 1.4.1995 in der Druckindustrie durchgesetzt.) Selbst in den Bereichen, die unmittelbar zum Kern von Multimedia gehören, werden Stellen abgebaut. So hat die teilprivatisierte Deutsche Telekom AG bekanntgegeben, daß bis zum Jahr 2000 von den jetzt 225 500 Arbeitsplätzen 60 000 der Rationalisierung zum Opfer fallen sollen. Während der bei der Podiumsdiskussion anwesende Telekom-Vorstandsvorsitzende Ron Sommer eine rosige Zukunft für Multimedia und für das Zusammengehen mit anderen "Wettbewerbern" - gemeint sind die Konkurrenten, die anderen großen Medienkonzerne - vorausgesagt hat, war er nicht bereit, sich zu der Arbeitsplatzvernichtung bei Telekom zu äußern. Offensichtlich will die Konzernspitze mit dem Arbeitsplatzabbau die Profiterwartungen für die privaten Geldanleger steigern, wenn Telekom 1996 mit nominal 2,5 Milliarden DM neuer Aktien an die Börse geht. Es handelt sich um die "bislang größte Neuemission in der Börsengeschichte". Rund 15 Milliarden soll dieser Coup bringen und 1998 in gleicher Höhe nochmals wiederholt werden. (Börsen-Zeitung, 14.6.95). Bei der endgültigen Privatisierung des wichtigsten Teils der ehemals staatlichen Deutschen Bundespost wird die Mammutemission von der Deutschen und Dresdner

Bank zusammen mit der US-Bank Goldman Sachs ausgeführt. Leider hat die DPG ihre frühere grundsätzliche Ablehnung der Privatisierung und Zerschlagung der Bundespost aufgegeben. Wie Ron Sommer zeigten sich auch Bertelsmann-Vorstand Thomas Middelhoff, der zuständige EU-Kommissar Karel van Miert und andere hochkarätige Gäste reserviert gegenüber dem gewerkschaftlichen Mitgestaltungsanspruch. Demgegenüber gab es interessante Hinweise von Vertretern ausländischer Gewerkschaften und von Wissenschaftlern. Beispielsweise erinnerte Paul Kolm von der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten daran, daß die Gewerkschaften den Mut aufbringen sollten, bestimmte Multimedia-Anwendungen (z.B. Telemedizin) abzulehnen und zur Durchsetzung ihrer Forderungen als Bürgerbewegung zu handeln. Statt "ja, aber" sollte bei bestimmten Anwendungen, wie der Teleheimarbeit, "nein, wenn nicht" gesagt werden.

Mehrere Redner, auch von IG Metall und HBV, waren sich einig, daß die Anwendung von Teleheimarbeit zunehmen werde und schon heute viele sozial ungeschützte Arbeitsverhältnisse entstanden sind. Es müsse sichergestellt werden, daß diese Heimarbeit "nur im Rahmen fester sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse erfolgt, in den Geltungsbereich von Tarifverträgen fällt, ... sozialer Isolation entgegenwirkt und der Mitbestimmung der betrieblichen Interessenvertretung unterliegt". An dieser Stelle wird in dem "Memorandum" das einzige Mal von Mitbestimmung gesprochen.

Eine Reihe von Wissenschaftlern machte darauf aufmerksam, daß die massenhafte Anwendung von Multimedia ein hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten erfordert und neue Berufsbilder entstehen werden. Peter Seeger vom Europäischen Medieninstitut prognostizierte in diesem Zusammenhang neue Spaltungen der Gesellschaft. Er befürchtet folgende Dreiteilung: 1. Computer-Freaks, die jung, gut gebildet und einkommensstark sind; 2. Aneigner, die durch berufliche Anforderungen gezwungen sind, sich mit dem PC und den neuen Daten-Highways zu beschäftigen; 3. Verlierer, denen das Geld und das Wissen fehlt, Multimedia-Geräte anzuschaffen und zu nutzen. Die dritte Gruppe, die von Multimedia faktisch ausgegrenzt werde, bilde die Mehrheit der Bevölkerung; es wären die ungelerten Arbeiterinnen und Arbeiter, die Arbeitslosen, Rentner, Sozialhilfeempfänger und Hausfrauen. Zum Abschluß der Fachtagung wies Detlef Hensche darauf hin, daß durch Multimedia bisherige Branchengrenzen verschwinden und neue Branchen entstehen. Hier dürften die Gewerkschaften nicht auf den vorhandenen verkrusteten Strukturen beharren und sich "gegenseitig die Mitglieder abjagen", sondern müßten künftig gemeinsam handeln. Der DGB-Bundesvorstand, der auf der Fachtagung nur durch einen Abteilungsleiter aus dem zentralen Apparat vertreten war, hat große Defizite und auch nicht die Kompetenz, die erforderliche Organisationsreform zu verwirklichen. Ein kleiner Schritt nach vorn wäre es schon, wenn angesichts digitaler Revolution und Multimedia DPG und IG

Medien künftig als Gegenmacht zu Telekom, Bertelsmann und anderen Konzernen miteinander kooperierten. Und das nicht nur mit dialogorientierten zentralen Fachkonferenzen, sondern durch gemeinsamen Aktivitäten von der Basis bis zur Spitze.

Werner Petschick

Reaktivierung des marxistischen Erbes

Zur Gründung des "Marxistischen Forums in der PDS" im Juni 1995

Als Erbe und Negation der SED hat sich die PDS seit 1989/90 als pluralistische Partei des demokratischen Sozialismus verstanden, deren Profil als sozialistische Partei in der erweiterten BRD weitgehend offen blieb, von den verschiedenen Parteirichtungen jedoch mit unterschiedlichen Vorstellungen verbunden wurde. Der Zusammenhalt der auf fünf Prozent der ehemaligen SED-Mitgliedschaft geschmolzenen Partei, wobei ein weit größeres Sympathisantenfeld erhalten blieb, wurde vor allem durch die Diskriminierungen und die massive Gegnerschaft des offiziellen politischen Systems gewährleistet. Hinzu kommt seit 1993 im Zuge der sogenannten Vereinigungskrise, dem Bewußtwerden des quasikolonialen Charakters des DDR-Anschlusses und einer zunehmenden DDR-Nostalgie im Osten eine wachsende Wählerzustimmung für das politische Projekt PDS, so daß im Oktober 1994 fast die Stimmenzahl der letzten DDR-Volkswahl vom März 1990 erreicht werden konnten und der Sprung in den Bundestag wieder gelang.

Die damit entstandene Situation hätte für die Partei die Gelegenheit gegeben, unter Beibehaltung des bisherigen Pluralismuskonsenses - wobei der Kernpunkt unter den gegebenen Bedingungen der gleichberechtigte Platz der kommunistischen und marxistischen Strömung sein mußte - die neuen Möglichkeiten auszuloten und den im Parteiensystem offenen Platz einer linkssozialistischen Partei neuer Prägung zu besetzen. Demgegenüber hielten die bestimmenden Kräfte der Parteiführung - nach der politischen Geografie dem rechten Flügel bzw. den modernistischen Reformern zuzurechnen - die Zeit für gekommen, Kurskorrekturen im Sinne ihrer Zielsetzungen zu forcieren, die Verabschiedung von der sozialistischen Tradition und vom Marxismus voranzutreiben, die Linke an den Rand zu drängen und insbesondere die Kommunistische Plattform (KPF) auf die Ausgrenzungsbank zu verweisen bzw. ihre Sezession ins Kalkül zu ziehen. Dabei konnte die Parteiführung mit der Unterstützung der Medienöffentlichkeit rechnen. Im Vorfeld des für Januar 1995 anstehenden Parteitages diente die Inszenierung einer Anti-Stalinismus-Kampagne für die entsprechenden personalpolitischen Polarisierungen. Freilich signalisierten die Reaktionen

aus der Mitgliedschaft auf ein im November vom Parteivorstand verabschiedetes 10-Punkte-Papier, das die rechte Kursänderung enthielt, daß ein allzu glatter Durchmarsch nicht erwartet werden konnte.

Auf dem Parteitag sah sich die Führungsgruppe (Gysi, Bisky) unter Einbindung des Repräsentanten der zentristisch-traditionalistischen Parteiströmung, Modrow, veranlaßt, das 10-Punkte-Papier zurückzuziehen, unter Ausschaltung der statuarischen Regularien ein moderater formuliertes 5-Punkte-Papier zur Abstimmung vorzulegen und durchzusetzen. Dies war freilich, ebenso wie bei der Personalentscheidung gegen die Sprecherin der KPF, Sahra Wagenknecht, nur mit Einsatz der letzten demokratischen Pressionsmittel, den Rücktrittsdrohungen, möglich. Insgesamt bedeuteten die Entscheidungen des Parteitages eine Rechtsverschiebung und die Aufkündigung des bisherigen Pluralismus-Konsenses. Freilich zeigte sich auch Widerstand, der zur Niederlage der Parteiführung in einigen Personalentscheidungen führte. Berücksichtigt werden muß, daß der Parteitag in seiner Zusammensetzung nur ein verzerrtes Abbild der Mitgliedschaft war. Seine Entscheidungen blieben jedoch insofern tragfähig, als sich die Führung auf eine durch die sozialistisch-zentralistische Tradition geprägte politische Physiognomie der Mitgliedschaft (Vertrauen zur Führung, Harmoniebedürfnis, Abneigung gegen Fraktionen u.a.) stützen kann.

Die Veröffentlichungen nach dem Parteitag verwiesen darauf, daß die Führungsgruppe bestrebt war, die programmatisch-politische Rechtsverschiebung fortzusetzen und festzuzurren. Dazu gehörte die nahezu provokative Verabschiedung von Klassenkampfvorstellungen, die weitere Relativierung der Eigentumsfrage, eine weitere Profilierung als verlässlicher potentieller Bündnispartner der SPD und der Grünen, das Ausflaggen von Integrationsbereitschaft in das System des Metropolenkapitalismus, die verschärfte Abgrenzung zur DDR und SED, das Votum für eine linke Volkspartei, was mit einer forcierten Westausdehnung vorangetrieben werden sollte.

Dies mußte zu einem wachsenden Unbehagen bei einem relevanten Teil der Mitgliedschaft führen, nicht zuletzt bei jenen Gruppen der Intelligenz, die marxistischem Denken verpflichtet geblieben sind (immerhin sind 30 Prozent der PDS-Mitglieder Akademiker aus DDR-Zeiten). Dieses Unbehagen wurde schon Ende April von Hans Modrow, dem Ehrenvorsitzenden der PDS, in einem ND-Artikel (29./30. April 1995) artikuliert, hatte bei der Parteiführung allerdings keine erkennbare Resonanz. Festzuhalten ist, daß marxistische Interpretationsmuster der neuen Realität sich in der Mitgliedschaft in dem Maße reaktivierten, wie die sozialen Folgen der kapitalistischen Restauration zum Tragen kamen.

Mitte Mai wurde die Stimmung in der PDS außerdem durch folgende Ereignisse geprägt. Zum einen durch die im Zusammenspiel von Gauck-Behörde und Bonner Bürokratie erneut mit äußerster Härte gegen Gregor

Gysi, den Vorsitzenden der Bundestagsgruppe der PDS und faktischen Parteiführer, angefachte Stasi-Kampagne. Hatte es nach den Bundestagswahlen vom Oktober 1994 zuerst den Anschein, als würde sich in der politischen Klasse gegenüber der PDS eine Linie der Einbindung und Integration durchsetzen, wurde nachfolgend und auch mit der Kampagne gegen Gysi offenkundig, daß die Linie der Zerstörung der PDS durch das Kartell der Bonner Demokraten noch nicht aufgegeben worden war und so für die Zukunft wohl eine Art von Doppelstrategie am wahrscheinlichsten ist. Diese Situation mobilisierte in der PDS bei allen Flügeln eine Solidarisierungshaltung, die von der Führungsgruppe offenkundig aber auch für die von Gysi vertretenen Vorstellungen zur PDS-Entwicklung beansprucht wurde.

Zum anderen konnte die PDS ihre Ziele bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 14. Mai 1995 nicht erreichen. Mit 2,37 Prozent der Stimmen blieb sie unter den Erwartungen und konnte nicht an die vorhergehenden Ergebnisse anknüpfen. Damit hatten die Ambitionen zur Westausdehnung der PDS, mit der in der Sicht der Parteiführung auch das, wenn auch nur passive, Gewicht der traditionellen Ost-Mitgliedschaft ausgehebelt und die Kreation der "modernen linken Volkspartei" befördert werden sollte, einen herben Rückschlag bekommen. Als linkssozialistische Oppositionspartei neben und auch gegenüber SPD und Grünen hätte im Westen gerade dieser Platz besetzt und - anstatt illusionäre Luftschlösser aufzubauen - die Kooperation mit jenen Kräften gesucht werden müssen, die dazu bereit waren bzw. sind. Und das sind nach Lage der Dinge in erster Linie die DKP und jene Kräfte, die früher mit der DDR kooperierten und ihre damalige Haltung heute nicht als den Irrtum ihres Lebens ansehen. Gerade eine solche Orientierung war seit 1990 durch die Führungsgruppe abgeblockt worden.

In dieser Situation erschien im "Neuen Deutschland" am 18.5.1995 als bezahlte Anzeige - Chefredakteur Oschmann hatte entgegen sonstigen Gepflogenheiten eine Veröffentlichung im redaktionellen Teil abgelehnt - eine Erklärung mit der Überschrift "In großer Sorge", die zur Entwicklung und Orientierung der PDS nach dem Parteitag kritisch Stellung nahm und von 38 Personen unterzeichnet war. Die Initiative war vom Sprecher der marxistischen Parteilinken, MdB Prof. Dr. Uwe Jens Heuer, ausgegangen, der damit vielfältige Anregungen bündeln konnte. Ihm hatte sich aus der Bundestagsgruppe Dr. Winfried Wolf angeschlossen. Ihr Gewicht erhielt die Erklärung jedoch durch Wissenschaftler und Künstler, die einst in der DDR mit herausragenden Leistungen einen prominenten Platz eingenommen hatten, darunter auch den Z-Lesern als Autoren dieser Zeitschrift bekannte Namen wie Ernst Engelberg, Hermann Klenner, Siegfried Prokop, Ekkehard Saucermann, Gottfried Stiehler.

In diesem Text heißt es zur Beurteilung des Parteitages und der nachfolgenden Situation:

"Der Grundkonsens der Partei wurde in drei Fragen aufgekündigt: Aufweicheung des Oppositionsverständnisses, Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrages; Absage an SED und DDR in Gestalt des Stalinismusverdikt und Einschränkung des Pluralismus in der Partei. Die sozialistische Zielsetzung verwandelt sich in eine unverbindliche Vision.

Diese ohne jede Not eingeschlagene Richtungsänderung ist unbegründet, leichtfertig und gefährlich. Wenn die PDS dem Anpassungsdruck nachgibt, untergräbt sie ihre Existenzgrundlagen. Je mehr sich die Bundesrepublik nach rechts entwickelt, desto wichtiger wird die Aktivität einer konsequenten linken Oppositionspartei. Wir wissen nicht, wie groß die Chance dieser Partei ist. Der Weg der Anpassung führt auf jeden Fall in die Überflüssigkeit, ins Nichts.

Die Verbindung von DDR-Herkunft, Verteidigung von Ost-Interessen und entschiedener linker gesamtdeutscher Opposition ist nicht Schwäche, sondern, bei entsprechender Politik, die eigentliche Stärke der PDS.

Um die Tradition einer großen historischen Bewegung für eine neue, ganz andere Zukunft zu nutzen, ist dreierlei notwendig:

1. Den Charakter der PDS als konsequenter Oppositionspartei zu bewahren, den entschiedenen Widerstand gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland fortzuführen, ostdeutsche Interessen und die Interessen aller Diskriminierten und durch den Rechtskurs Benachteiligten zu verteidigen.
2. Gemeinsam den Versuch zu unternehmen, vernünftig, also radikal Vergangenheit und Gegenwart zu analysieren und dabei für unsere Strategie das, was wir bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt haben, nicht leichtfertig zugunsten neuer Moden über Bord zu werfen.
3. Den in der PDS historisch gewachsenen Pluralismus zu verteidigen. Gerade hier liegt eine wesentliche Veränderung gegenüber der SED. Es ist absurd, den libertären Charakter einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu beschwören und gleichzeitig in der heutigen PDS die Solidarität aufzukündigen."

Gleichzeitig wurde zu einer offenen Diskussionsveranstaltung für den 29.5.1995 ins Bildungszentrum Hohenschönhausen, gewissermaßen im Herzen der PDS-Wahlerfolge, eingeladen.

Durch die Sprecher und Repräsentanten der Führungsgruppe der PDS und ihren durch sie mobilisierten Anhang erfolgte eine massive und emotional aufgeladene aggressive, mit Verunglimpfungen und absurden Unterstellungen durchsetzte Ablehnung der vorgetragenen Kritik. In die Niederungen politischer Kultur verirrte sich gar MdB Stefan Heym (parteilos), der den Unterzeichnern des Aufrufs den Parteiaustritt nahelegte und unterzeichnende Schriftsteller wegen ihrer einstigen loyalen Haltung zur Linie des DDR-Schriftstellerverbandes denunzierte (ND v.

26.5.1995). Damit wurde freilich auch eine Solidarisierungsfront für den Aufruf ins Leben gerufen.

Erst nach der Versammlung in Hohenschönhausen, die mit über 700 Interessenten überfüllt war, befeißigte sich die Führungsgruppe eines der Sache angemesseneren Stils. Hier war offenkundig geworden, daß der Aufruf den Nerv getroffen hatte und er nicht denunziatorisch als Ausgeburat weltfremder und parteispalterischer Professoren und Literaten abgetan werden konnte, und daß seine Befürchtungen und Argumente, vor allem aber die Berufung auf das Marxsche Erbe, in offener Diskussion Resonanz bei der Mitgliedschaft fanden. (Wir drucken im "Anhang" die Eröffnungsrede von Ernst Engelberg, dem Nestor der DDR-Geschichtswissenschaft, ab.) Die Grundintention vieler der Unterzeichner, daß es erforderlich sei, dem pragmatischen Anpassungskurs der Parteiführung durch die Mobilisierung des theoretischen Potentials, auch im Hinblick auf eine Politikberatung der Führung, gegenzusteuern, fand hier eine breite Zustimmung.

Nach der Veranstaltung und einer größeren zustimmenden Resonanz sahen sich die Unterzeichner gedrängt, am 6. Juni 1995 in Berlin-Weissensee das "Marxistische Forum in der PDS" (MF) zu gründen, eine statuarisch mögliche Gliederung der Partei. Das MF versteht sich nicht als politische Plattform im Sinne der KPF, sondern eher als institutionellen Ausdruck einer geistig-theoretischen Strömung in der PDS und in der Gesellschaft. So will das MF ab September 1995 beginnen, mit öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen marxistischen Interpretationen in der PDS und in der Öffentlichkeit ein stärkeres Gewicht zu geben. Geplant sind Veranstaltungen zu folgenden Themen: In welcher Gesellschaft leben wir?/ Deutschland und der nächste Krieg/ Leben in der DDR - Makel oder ...?/ Der Grundkonsens der PDS - Was bedeuten "Erneuerung" und "Reform"?/ Was heißt demokratischer Sozialismus? u.a. Das MF sucht auch im bundesweiten Rahmen den Kontakt und Austausch mit ähnlich orientierten Gruppen, Zeitschriften, Richtungen und Kräften. Begonnen wurde inzwischen auch die Arbeit an einer Analyse zur Situation der PDS. Vorgesehen sind Stellungnahmen zu Vorlagen und Veröffentlichungen des Parteivorstandes. So hofft das MF, vor allem durch die Mobilisierung intellektuellen Potentials Wirksamkeit zu erlangen.

Zur Koordinierung der Arbeit und zur Außenvertretung des MF wählte die Gründungsversammlung zu Sprechern bzw. Sprecherinnen: Gerhard Branstner, Uwe Jens Heuer, Volker Külow, Kurt Pätzold, Laura von Wimmersperg. Der Gründerkreis soll für weitere Interessierte geöffnet werden. Ansonsten sind die zukünftigen Strukturen noch offen.

Das MF versteht sich nicht als Partei in der Partei, sondern sucht Dialog und Kooperation auch mit der Parteiführung. Es begreift sich dabei freilich als Ausdruck und Stimme der linken und marxistischen Kräfte in der PDS und in der heutigen Situation als eine Form kritischer innerparteilicher Opposition. Die optimale Wirkungsmöglichkeit bestünde in der Beförde-

rung eines marxistischen Vetoblocks in der PDS, der in der Lage wäre, den weiteren Durchmarsch der modernistischen "Radikalreformer" zu stoppen, die Drift zur "Godesberger" Integrationsentscheidung zu verhindern und den Weg zu einer linkssozialistischen Partei mit marxistischem Fundament wieder zu öffnen. Mit der Übernahme der Funktion einer Art alternativer Bildungsorganisation oder linker Politikberatung wäre es nicht getan. Das MF müßte so oder so die Formen einer politisch-ideologischen pressure group noch ausfindig machen.

Freilich deutet Mitte des Jahres alles darauf hin, daß die Führungsgruppe die Ergebnisse der 1. Sitzung des 4. Parteitages mit administrativen Maßnahmen und weiteren Einschränkungen des Pluralismus nach links abzusichern gedenkt. So verlautbarte Ende Juli ein Umbau-Plan des "ND", dem ausgerechnet die Redakteure Brigitte Hering, Karleen Vesper und Holger Becker, drei der wenigen Linken und MF-Sympathisanten im "ND", zum Opfer fallen sollen. Dies betrifft ihre Entbindung von der Aufgabe der Gestaltung der "Forum-Seite" - bisher für die Theorie- und Strategiediskussion der Partei von zentraler Bedeutung, immer wieder auch Plattform von marxistischen und radikallinken Autoren und durch die Realisierung eines pluralistischen Anspruchs lebendigster Teil des "ND" - und ihr Herausdrängen aus der Redaktion. Sie seien hier auch unserer Solidarität versichert.

Heinz Jung

Anhang

Um der Zukunft der PDS willen

Eröffnungsrede auf der Versammlung im Bildungszentrum Berlin-Hohenschönhausen am 29. 5. 1995 von Ernst Engelberg

Werte Anwesende, liebe Genossinnen und Genossen,

wenn ich heute die Diskussion altershalber eröffne, dann liegt mir vor allem daran, zu Sachlichkeit und fairem Umgang miteinander zu mahnen. Hier ist keine Zusammenkunft übler Denunzianten - welch' schlimmes Wort -, hier ist auch keine Versammlung linker Sektierergruppen, keine von machthungrigen Karrieristen, und es ist auch keine - um einen Ausdruck von Friedrich Engels zu zitieren - von "finsternen Gesinnungslümmeln".

Wohl aber ist es eine Zusammenkunft von Menschen, die "in großer Sorge" sind um den geistig-politischen Zustand der PDS. Es ist ein Zustand, der bewußt gemacht werden muß, um verbessert werden zu können. Die Unterzeichner des Aufrufs halten eine Wiederkehr von DDR und SED für einen realitätsfernen Unsinn, und nicht einmal für

wünschenswert. Dies gehört schlicht und einfach zu zweckgerichteten Unterstellungen. Dagegen ist in der Erklärung die Rede vom Versuch, vernünftig, also radikal, Vergangenheit und Gegenwart zu analysieren.

Unsere Erklärung entstand aus der Enttäuschung über das stalinistische Schattenboxen auf der ersten Tagung des 4. Parteitages, bei dem über Scheinproblemen die anstehenden Zeitfragen vernachlässigt wurden. Uwe-Jens Heuer, den man heute verteufeln will, hat seine Auffassungen schon damals in offener Diskussion erregt dargelegt, also keineswegs denunziatorisch. Auch mich ergriff damals tiefe Unruhe, die mich veranlaßte, zur Selbstverständigung noch spät abends bei ihm anzurufen und mit ihm zu sprechen. So war es und nicht umgekehrt. Bei diesem Gespräch ging es um sachliche Fragen, nicht um personelle. Leider muß ich das mit Nachdruck betonen, weil die Dinge jetzt einfach auf den Kopf gestellt werden. Es scheint so, als brauche man einen Diabolus, also erfindet man ihn.

Um jetzt einen Namen zu nennen: Gregor Gysi. Wir alle wissen es und wollen es nicht vergessen, was er in schwieriger Zeit unter schier unmenschlichen Bedingungen für die PDS auf sich genommen hat. Das bleibt! Dies möchte ich ihm auch von dieser Stelle aus sagen. Und wenn heute wieder in der Presse Stasiverdächtigungen gegen ihn grassieren, dann gibt es für uns alle nur eines: Solidarität!

Aber es ist um der Zukunft der PDS willen, daß wir die theoretischen Fragen nicht weiter vernachlässigen dürfen. Es geht eben nicht an, um einen Zentralpunkt hervorzuheben, daß er in exponierter Position von einer "politikdominierten" Partei spricht und dabei einen Gegensatz zur "Ideologiepartei" konstruiert. Das widerspricht allen historischen Erfahrungen und ernsthaften theoretischen Erkenntnissen der letzten 150 Jahre. Dagegen müssen wir uns wehren.

Nochmals bitte ich darum, die Diskussion sachlich zu führen und nicht mit persönlichen Angriffen zu belasten. Es ist uns vieles in beleidigender Weise unterstellt worden, und manches hat mich trotz langer Lebenserfahrung geradezu fassungslos gemacht.

Begegnen wir dem, indem wir uns redlich bemühen, einander zuzuhören, einander nicht mit Vorurteilen zu begegnen und nicht aneinander vorbeizureden. In diesem Sinne also gutes Gelingen!

Der (Still-) Stand der Bewegung

Autonomie-Kongreß in Berlin 14. - 17. April 1995

Knapp 2.000 Menschen versammelten sich an den Ostertagen in Berlin, um über autonome und undogmatisch-linksradikale Politik zu diskutieren.¹ Seit den Libertären Tagen 1987 in Frankfurt, die 1993 ein zweites Mal stattfanden, hatte es kein vergleichbares Treffen der autonomen Linken mehr gegeben. Die Erwartungen wurden aber, je näher der Kongreß rückte, immer geringer, und zum Schluß war es schon ein Erfolg, daß er überhaupt stattfand - so sollte ursprünglich ein Großteil des Kongresses in seiner lokalen und regionalen Vorbereitung stattfinden, dies geschah jedoch nicht.

Hintergrund ist die unüberschbare Krise autonomer Politik und Bewegung. Hier fangen die Probleme auch schon an: was - außer der größten linksradikalen Strömung - sind überhaupt "die Autonomen"? Durch welche theoretischen, praktischen oder kulturellen Merkmale zeichnen sie sich aus? Die Zeiten des auch medial präsenten "schwarzen Blockes" sind vorbei, und nach dem Anschluß der DDR, dem Golfkrieg und dem deutschen Rechtsruck sind Herr und Frau Autonomia noch schwieriger zu verorten als zuvor. Konsens gibt es über die Existenz einer Krise; ihre Ursachen und erst recht die Möglichkeiten und Konzepte zu ihrer Überwindung und Aufhebung sind umstritten. Gleichzeitig finden viele politische und soziale Kämpfe und Gruppenbildungen der jüngeren Vergangenheit ohne Anlehnung an "die Autonomen" statt: Beispiele sind MigrantInnen- und Flüchtlings- oder Antifaschismuskämpfe und -gruppen.

Jeder der drei Kongreßtage wurde mit einer unter einem Motto stehenden Eingangsveranstaltung begonnen: In der ersten ("Was verstehen wir heute unter 'Autonomie'") wurden unter dem Transparent "Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit" im Hörsaal der TU Berlin die unterschiedlichen Zugänge überdeutlich. Sind "die" Autonomen eine traditionelle oder eine moderne Bewegung, vertreten sie kollektiv-kommunistische oder individualistisch-anarchistische Theoreme? Wollen die Autonomen eine Avantgarde sein? Welches Verhältnis haben Theorie und Praxis oder die Unterdrückungsverhältnisse Rassismus, Sexismus und Kapitalverhältnis zueinander? Oder gibt es gar mehr als die drei? Am zweiten Tag wurde über die organisatorischen und praktischen Probleme und Folgen unterschiedlicher

¹ Die Kongreßinitiative hat zwei Vorbereitungsbroschüren und "Der Stand der Bewegung. Lesebuch zum Autonomie-Kongreß" (288 S., 18 DM) veröffentlicht. Eine Kongreß-Dokumentation soll noch erscheinen (Kontakt: Kongreßini, c/o Mehrlinghof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin). "Feuer und Flamme" des Autors "Geronimo", das einzige und schon deshalb wichtige Buch zur Geschichte der Autonomen, liegt in überarbeiteter Zweitauflage vor (Verlag Edition ID-Archiv, Berlin, 234 S., 20 DM).

Politikverständnisse diskutiert - die unter anderem aus den gerade genannten Problemen resultieren. Zentral sind hier die Organisierung von und zwischen Männern und Frauen, die unterschiedlich eingeschätzt wird, und die fehlenden Beziehungen der doch hauptsächlich "weißen" und "männlichen" autonomen Bewegungen zu MigrantInnen, sog. Behinderten oder zu Lesben- und Schwulengruppen. Deutlich wurde auch, wie zerstritten und handlungsunfähig die autonomen Gruppen vieler Städte sind. Der dritte Tag versuchte die Spannung zwischen Alltag und Utopie zu thematisieren und auf verschiedene Revolutions- und Transformationsvorstellungen einzugehen.

Täglich fanden ca. ein bis zwei Dutzend vorbereiteter und spontaner Arbeitsgruppen statt, die sich höchst unterschiedlichen Thematiken widmeten: Das Spektrum reichte von Autonome und Computer über Stadtteilpolitik bis zu Osteuropa und revolutionärer, antipatriarchaler Männerpolitik. Am Ostermontag fand der Kongreß mit einer Demonstration zum Abschiebgefängnis Kruppstraße seinen Abschluß.

Der Kongreß wird in der autonomen Publizistik sehr unterschiedlich eingeschätzt: Es gibt unverhohlenen Selbstlob und harte Kritik. Die eher zustimmende Position findet die Unübersichtlichkeit und Vielfalt "der Autonomen" wichtig und bewahrenswert. Diese dürfte Selbstveränderung als ein Essential autonomen Politikverständnisses verstehen. Die ablehnende Position kritisiert gerade das Nebeneinander von Diskursen, Szenen, Themen und Kampagnen. Sie wendet sich gegen die Beliebigkeit und die Identitätspolitik und will - sofern sie sie anzugeben in der Lage ist - die wichtigen Themen diskutieren, setzt also Politik wichtiger als das eigene Befinden.

Der Kongreß hatte nicht zum Ziel, die wegweisenden Strategien für das 21. Jahrhundert zu entwickeln, auch sollte es nicht vorrangig um die Analyse "des Feindes" gehen, sondern um das Selbstverständnis und die innere Verfaßtheit der Autonomen und wie diese zur Krise beigetragen haben. Selbst unter dieser Einschränkung bleiben die Resultate des Kongresses ernüchternd. Die strukturellen Defizite der autonomen Bewegung, also Theoriefeindlichkeit, Unverbindlichkeit, Überbewertung von persönlicher Integrität und die Unfähigkeit, Menschen über längere Zeiträume zu integrieren oder Erfahrungen weiterzugeben, zeigten sich auch an diesen Tagen. Vorherrschend waren Harmoniesucht, inhaltliche Beliebigkeit und Realpolitik, gemixt mit Moralismus. Wenn der Kongreß ein Abbild "der" Autonomen war, ist es um diese politische Strömung schlecht bestellt. Wenn die Zusammengehörigkeit von gesellschaftlicher und persönlicher Veränderung angesichts der vielen Versuche, diese Erkenntnis wieder zurückzudrängen, zu den besseren autonomen Essentials gehört, treibt sie doch auch manche Blüten, die eine soziale Ausweitung erschweren, wenn nicht verunmöglichen. Erfahrungen größerer Bewegungen oder Parteien

sind, was z.B. die Organisierung unterschiedlicher Interessen oder die Entwicklung eines kollektiven Gedächtnisses angeht, kein Bezugspunkt.

Es war aber zu spüren, daß die Diskussion um einzelne Themen (z.B. Osteuropa) weit fruchtbarer war als jene über Grundsatzfragen. An einem Großteil der Autonomen ging der Kongreß wohl auch einfach vorbei: einerseits an den sich mehr kulturell verstehenden Jugendlichen und andererseits vermutlich auch an vielen "Alt-" oder auch in Teilbereichen engagierten Autonomen, die sich von diesem Kongreß nichts versprochen und deshalb zu Hause blieben.

Das "Ende der Autonomen" wurde - wie jetzt auch nach diesem Kongreß - schon oft prophezeit. Die Frage, ob die Autonomen nach ihrem Ende als linksradikaler Flügel der neuen sozialen Bewegungen noch mehr sind als eine jugendkulturelle Bewegung, ist nach diesem Kongreß offener als zuvor. Initiativen der undogmatischen radikalen (und vielleicht sogar von Teilen der reformistischen) Linken zur Kommunikation und evtl. Zusammenarbeit mit "den" Autonomen sind weiterhin angebracht - zum gegenseitigen Nutzen! - zumal es auf Seiten "der" Autonomen interessante Neuorientierungsversuche gibt.

Bernd Hüttner

Das U-Boot auf Potsdams Telegraphenberg

Funktional wie je, feiert der Einsteinturm seinen Siebzigsten¹

Als sich Preußen nach der ersten Verbannung Napoleons auf dem Wiener Kongreß aus der Erbmasse des napoleonischen Imperiums die fetten Rheinlande übereignen ließ, da begehrte der Große Generalstab zu Berlin nach einer schnellen Kommunikation mit den neu erworbenen, verdächtig liberalen Territorien im Westen. Folglich ließ das Preußische Kriegsministerium 1832 eine optische Telegraphenlinie installieren. Deren Ausgangstation befand sich auf dem Dach der Königlichen Sternwarte in der Dorotheenstraße im Zentrum Berlins; sie endete auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz. Die vierte der insgesamt 61 Stationen wurde auf dem bis dahin namenlosen Telegraphenberg im Süden Potsdams errichtet. Für optische Telegraphen wählte man hochgelegene Standorte; der Telegraphist bedurfte des freien Blicks auf die Nachbarstationen: Die veränderlichen Stellungen der sechs Signalarme mußte er mit dem Auge eindeutig erkennen und sie nachahmen. Auf der Eisenbahn wird dem Lokomotivführer noch heute mit ein- oder zweiarmigen Flügelsignalen bedeutet, ob er freie Bahn habe oder nicht.

Unweit der Stelle auf dem Telegraphenberg, über die einstmals der Generalstab seine Befehle nach Rheinpreußen leitete, kauert seit 70 Jahren eine gedrungene, wie zum Sprung geduckte, weiß angemalte Betonstruktur im Boden, deren kraftvolle Gestalt an die eines nicht ganz aufgetauchten U-Boots gemahnt: der Einsteinturm. Als diese wie in der Bewegung eingefrorene Masse am 6. Dezember 1924 in Betrieb genommen wurde, da bekam die Astrophysik ihr modernstes Arbeitsgerät, und die Architektur gewann eine Ahnung von Bauformen, wie sie von nun an durch das neue Baumaterial Eisenbeton ermöglicht, doch höchst selten nur realisiert wurden. Aus seiner Studentenzeit in den 20er Jahren erinnert sich Julius Posener, der Nestor der Architekturstories, an einen Vortrag Erich Mendelsohns, in dem der Architekt des Einsteinturms doziert habe, "die Form sei bestimmt durch die Konstruktion. [...] Da die neue Konstruktion, die Eisenbetonkon-

¹ Die von Joachim Krause konzipierte Ausstellung *Vom großen Refraktor zum Einsteinturm* bleibt bis auf Weiteres an den Wochenenden geöffnet.

Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf den vom Astrophysikalischen Institut Potsdam herausgegebenen Begleitband *Der Einsteinturm in Potsdam. Architektur und Astrophysik*, Ars Nicolai, Berlin 1995. Alle übrigen Zitate entstammen einem Tonbandinterview mit Joachim Krause und Jürgen Staude vom 17.12.1994.

Unter dem Titel der Ausstellung ist im Sommer 1995 ein vom Astrophysikalischen Institut gemeinsam mit dem Museumspädagogischen Dienst herausgegebener bebildeter Ausstellungsführer beim Anabas-Verlag, Berlin, erschienen.

Der Autor bedankt sich bei Jürgen Staude sehr herzlich, daß dieser die Darstellung der relativistischen und astrophysikalischen Fragestellungen und des im Einsteinturm inkorporierten wissenschaftlichen Instrumentariums auf Korrektheit überprüft hat.

struktion, eine fließende Konstruktion sei, so müsse ihr eine fließende Form der Bauwerke folgen. Das Neue am Einsteinturm sei, daß der Unterschied zwischen den Wänden, die tragen, und der Decke, die getragen wird, nicht mehr bestehe. Im Eisenbetonbau werde alles getragen und alles trage. Eben dies solle in der Architektur zum Ausdruck kommen." (144)

Der Einsteinturm ist nur zum Teil in Eisenbeton gegossen und zum Teil in Ziegelsteinen gemauert. Dennoch wirkt er, als sei er in einem Guß aus plastischem Material modelliert. Der Einsteinturm ist freilich mehr als bloß eine der bekanntesten und umstrittensten gebauten Visionen eines progressiven Architekten. Zumal für die Gegenwart, in der es üblich geworden, die Funktion eines Gebäudes hinter willkürlich kombinierten architektonischen Formelementen zu verbergen - als sei Funktionalität etwas Unredliches -, ist Mendelsohns Einsteinturm von exzeptioneller Relevanz; denn er ist eines jener raren Bauwerke, in denen Funktion und Form perfekt zur Synthese gelangt sind.

Um die Zusammenhänge zwischen der Funktion, die Einstein'sche Relativitätstheorie durch Sonnenbeobachtung empirisch zu verifizieren, und der die dafür erforderlichen Instrumente und Räume ummantelnden Form exemplarisch zu verdeutlichen, hat Joachim Krause, Kulturwissenschaftler an der Berliner Hochschule der Künste, das Jubiläum zum Anlaß genommen, in Kooperation mit den Potsdamer Astrophysikern eine Ausstellung zu konzipieren, "die die Entstehungsgeschichte des Einsteinturms in verschiedenen Aspekten darstellt. Ein Aspekt ist der wissenschaftliche Anlaß für den Bau des Einsteinturms: nämlich die Relativitätstheorie von Albert Einstein. Der zweite Aspekt ist der Wunsch nach empirischer Überprüfung der allgemeinen Relativitätstheorie. Mit dem Einsteinturm wollte Erwin Finlay Freundlich ein Instrument schaffen, das sich für diese Überprüfung eignet. Freundlich arbeitete damals hier in Potsdam. Der dritte Aspekt ist der, daß Erich Mendelsohn mit dem Einsteinturm sein erstes Hauptwerk geschaffen hat."

Der Einsteinturm ist die letzte bauliche Ergänzung des Astrophysikalischen Observatoriums, dessen Anfänge bis in die Gründerjahre nach dem Deutsch-Französischen Krieg zurückgehen. Das Militär hatte den Telegraphenberg schon Mitte des 19. Jahrhunderts geräumt, nachdem ihm Siemens mit dem elektrischen Telegraphen ein modernes Kommunikationsmittel bereitgestellt hatte. Die damals stattfindenden radikalen Änderungen in der Astronomie, erzählt Jürgen Staude, der Leiter des Sonnenobservatoriums Einsteinturm, waren 1874 der Anlaß "für die Gründung des Astrophysikalischen Observatoriums hier an der gleichen Stelle, an der später der Einsteinturm entstand. Spektroskopie war ein neues Mittel der Physik, um den physikalischen Zustand von heißen Gasen zu untersuchen. Die Photographie stand als neues Medium für die Datenaufzeichnung und Meßtechnik zur Verfügung. Und alles das wollten die Astronomen auf

Himmelskörper anwenden. Das Astrophysikalische Observatorium war das erste eindeutig physikalisch orientierte astronomische Institut der Welt."

"Fünfundzwanzig Jahre später, 1899, wurde am gleichen Ort der größte bis dahin gebaute Refraktor, der Große Potsdamer Doppelrefraktor, eingeweiht." (8)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden zentrale, bisher als gültig angesehene Vorstellungen von der Physik, von der Beschaffenheit der Materie und des Weltalls umgestoßen, zuerst durch Max Plancks Quantentheorie und wenig später, den Planck'schen Ansatz weiterdenkend, durch Albert Einstein mit seiner speziellen und allgemeinen Relativitätstheorie. Bis dahin hatten Raum und Zeit als konstante Größen gegolten. Nun lehrte uns Einstein zu begreifen, daß der Raum durch die in ihm sich bewegende Materie definiert wird, daß Raum und Zeit miteinander verkoppelte relative Größen sind, und daß Bewegung Raum und Zeit auf ähnliche Weise verändert, wie der Eisenbahnreisende es erlebt, wenn er im fahrenden Zug sitzt und aus dem Fenster schaut. Zur Überprüfung seiner Theorie schlug Einstein vor, drei vorausgesagte Effekte zu testen, die ins astronomische Fach fielen.

"Ein Effekt war bereits so gut bekannt," faßt Jürgen Staude Einsteins Vorschläge zusammen, "daß eine Messung nicht mehr notwendig war. Das war die Drehung des Perihels der Merkurbahn. Der zweite Effekt war die Ablenkung des Lichts in einem starken Schwerfeld, wie sie z B während einer totalen Sonnenfinsternis durch die Messung der Position der Sterne in der Sonnenumgebung erfaßt werden konnte. Der dritte Effekt war eine winzige Verschiebung von Spektrallinien eines Himmelskörpers mit einem starken Schwerfeld zum roten Teil des Spektrums hin. Diese Gravitationsrotverschiebung sollte im Sonnenspektrum nachgewiesen werden, weil die Sonne ja unser nächster Fixstern ist, der es gestattet, mit hoher Präzision das Spektrum der dort ausgesandten Strahlung zu analysieren."

In der Gilde der Himmelsforscher stießen Einsteins Empfehlungen allerdings kaum auf Resonanz. Der Berliner Astrophysiker Friedrich Wilhelm Jäger erklärt das Desinteresse damit, daß "zur damaligen Zeit die meisten Astronomen wenig Verständnis für die neuen physikalischen Vorstellungen aufbrachten - die heute selbstverständliche enge Verknüpfung von Astronomie und Physik stand damals noch in den Anfängen." Deshalb war es "sehr bedeutsam für die Entwicklung," urteilt Jäger, "daß ein junger Astronom, fasziniert von dieser neuen Physik, Einstein spontan seine Mitarbeit anbot: Erwin Freundlich", in jenen Jahren noch Assistent an der Berliner Sternwarte zu Babelsberg. Der andere, "der frühzeitig die fundamentale Bedeutung der Einstein'schen Theorie erkannte und die Pläne zum Nachweis der relativistischen Effekte nach Kräften förderte," war Karl Schwarzschild, seit 1809 Direktor des Potsdamer Astrophysikalischen Observatoriums. Schwarzschild "unternahm 1913/14 [...] Versuche zur Messung der Rotverschiebung im violetten Teil des Sonnenspektrums mit

einer auf dem Dach des Beamtenwohnhauses neben dem Großen Refraktor installierten Spektrographenanlage." (26)

Schon vor Schwarzschilds frühem Tod 1916 wurden die Versuche abgebrochen; denn es hatte sich gezeigt, daß sie eines anders beschaffenen Instrumentariums bedurften, als damals zur Verfügung stand. Was Schwarzschild begonnen hatte, verfolgte Freundlich indessen während des Ersten Weltkriegs in Gesprächen und Korrespondenzen mit Einstein und seinem Freund, dem Architekten Erich Mendelsohn, weiter.

"Zwischen beiden fand ein Austausch über die Entwicklung der Astronomie einerseits und die der Architektur andererseits statt. Eigentlich verband sie jedoch ihr gemeinsames Interesse an der Musik," charakterisiert Joachim Krause das Verhältnis zwischen Freundlich und Mendelsohn. Gemeinsames Musizieren hatte es tief geprägt. "Und aus dieser Beziehung entwickelt sich während des Ersten Weltkriegs eine intensive Korrespondenz über neuartige Sternwarten, die zunächst Phantasieprojekte sind, die Mendelsohn aber veranlassen, dieses Thema schon in einigen Serien von Zeichnungen durchzuarbeiten. Dabei wird er durch den Astronomen und Astrophysiker Erwin Freundlich fortlaufend korrigiert. Freundlich bringt ihm bei, wie ein neuzeitliches Observatorium angelegt werden muß, nach welchen Kriterien ein solches Observatorium zu gestalten ist."

Als Erich Mendelsohn 1917 anfang, futuristische Sternwarten zu entwerfen und Freundlich seine Skizzen in Feldpostbriefen zu übermitteln, da diente er "als Unteroffizier eines Scheinwerferzugs [...] an der russischen Front". (118, vgl. auch 53) Seine diversen soldatischen Erfahrungen mit Bunkern und Scherenfernrohren, mit U-Booten und ausfahrbaren Periskopen scheinen seine Entwürfe beeinflußt zu haben. Lassen die frühen Skizzen an in den Boden eingegrabene Bunker mit mächtigen Geschützkuppeln denken, so verwandelt sich die Kuppel allmählich in einen steil aufragenden Turm, noch ehe Freundlich in einem Brief an Mendelsohn vom 2. Juli 1918 das zur Sonnenbeobachtung optimal geeignete Turmteleskop "schematisch" skizzierte und beschrieb:

"Ein Betonturm von 15 m Höhe trägt oben die kleine Kuppel von 1,5 - 2,0 Meter Durchmesser. Der Turm ist doppelwandig d.h. sein äußerer Mantel umfasst einen ganz isolierten Schornstein von vielleicht 500 mm freier Öffnung und 500 mm Wandstärke. Auf diesem einen Schornstein steht ein Coelostat (Heliostat), der mit Hilfe seiner Spiegel das Bild der Sonne senkrecht nach unten in ein unterirdisches Laboratorium wirft, so dann auf einem horizontalen Betonfundament (isoliert) Spalt, Kamera, Diffraktionsgitter zur Erzeugung des Spektrums montiert sind. Das unterirdische Laboratorium ist etwa 15 m lang und nur so hoch und breit als unbedingt nötig, da es auf konstanter Temperatur gehalten werden soll. An das Laboratorium grenzen [...] mehrere Räume [...] für den elektrischen Ofen [und] für elektrische Bogenlampen; beide für sich gut ventiliert und mit Anschlüssen an die Starkstromanlage bzw. Luftpumpen versehen. Ferner liegt

dort eine Dunkelkammer und ein Arbeitszimmer mit Ausgang in die Oberwelt. Am Fusse des Turmes steht nur ein kleines Häuschen, das vielleicht ein oder 2 Räume hat und nach unten ins Laboratorium führt." (44)

"Neu war für Europa die Gestalt des Turmteleskops," erklärt Jürgen Staude. "Es gab dafür aber bereits ein Vorbild im Mount Wilson Observatorium in Kalifornien. Dort wurde für die Sonnenforschung ein großes Teleskop in vertikaler Position aufgestellt. Man vermeidet die Notwendigkeit der Bewegung des Teleskops dadurch, daß man das zu erfassende Objekt - in diesem Fall also die Sonne - durch Drehung von zwei Planspiegeln verfolgt. Die Spiegel befinden sich in der Kuppel an der Spitze des Teleskops. Und es genügt bei richtiger Justierung, den Hauptspiegel gleichförmig zu drehen, um die Sonne im Labor für die Analyse ständig verfügbar zu haben."

Eine Chance auf Realisierung bot sich dem Freundlich-Mendelsohn'schen Projekt nach dem mit herben Verlusten und Demütigungen endenden imperialistischen Krieg; denn, so argumentiert die auf dem Potsdamer Telegraphenberg aufgewachsene Architekturhistorikerin Barbara Eggers überzeugend, "geistige Erfolge hatten nun das lädierte Selbstbewußtsein der Deutschen zu stärken. Als schließlich im Mai 1919 die von der allgemeinen Relativitätstheorie vorhergesagte Lichtablenkung bestätigt wurde, und zwar von englischer Seite durch die Sonnenfinsternisexpedition des Astronomen Arthur Eddington [...], war das eine wissenschaftliche Sensation mit weltweitem Echo, und Einstein war plötzlich berühmt. Die *Berliner Illustrirte Zeitung* [...] zeigte Einsteins Porträt auf dem Titelblatt mit der Unterschrift: 'Eine neue Größe der Weltgeschichte: Albert Einstein, dessen Forschungen eine völlige Umwälzung unserer Naturbetrachtung bedeuten und den Erkenntnissen eines Kopernikus, Kepler und Newton gleichwertig sind.'" (76)

"In Deutschland merkt man," erzählt Joachim Krause die Geschichte weiter, "daß man für den internationalen Forschungswettbewerb keine guten Karten hat, weil man nicht über die modernsten Instrumente verfügt. Aber man weiß, daß es notwendig ist, den Anschluß an die Spitze der Forschung zu finden. Das gibt Freundlich den Rückenwind für sein Projekt Einsteinturm." Im historischen Rückblick hat sich Freundlich selbst dazu geäußert: "Ich wurde [...] beauftragt, Vorschläge zu machen, wie einem Prestigeverlust der deutschen Astronomie vorgebaut werden könne. Dies bot mir die Gelegenheit, die Idee zu einem neuartigen astrophysikalischen Institut auszuarbeiten, das die Forschungsmittel zu einer erfolgreichen Inangriffnahme der neuen Aufgabe besaß." (27)

Es dabei nicht bewenden lassend, agitierte Erwin Freundlich - auf Einsteins Betreiben 1918 zum "ersten hauptamtlichen Mitarbeiter des von Einstein geleiteten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik" berufen (38) - in der Öffentlichkeit für die Finanzierung der geplanten Forschungsstätte. "In ganz kurzer Zeit," erzählt Krause, "kommt es zur Gründung einer Ein-

stein-Spende. Freundlich ruft die Industriellen, die Banken, das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu einer großzügigen Spendung für den Bau eines neuen Observatoriums auf und hat damit Erfolg. Auf der Grundlage dieser Einstein-Spende bildet sich ein Kuratorium, das Einstein-Kuratorium, das dann Träger des Einsteinturms wird." 1921 wird die Albert-Einstein-Spende in die permanente Einstein-Stiftung umgewandelt.

Wenn Staat und Kapital in den Hungerjahren nach dem Ersten Weltkrieg so bereitwillig ins Portemonnaie griffen, daß für Bau und instrumentelle Ausrüstung des Projekts anderthalb Millionen Mark zusammenkamen, dann hing das freilich auch mit Prozessen zusammen, die Joachim Krause nicht ohne Ironie darstellt: "Einsteins Karriere als Kultfigur und Haßobjekt begann. Einerseits Schaulustige in seinen Vorlesungen, andererseits Morddrohungen. Antisemitismus wurde laut, auch bei Fachkollegen. Zu den originellsten Vorwürfen seiner erbitterten Gegner gehört sicherlich der des 'wissenschaftlichen Dadaismus'." (110)

Da die von rechts entfachte antisemitische Kampagne sich zu einem veritablen Getöse auswuchs, fühlte Einstein sich bewogen, über eine Emigration in die USA nachzudenken. Eine Abwanderung Albert Einsteins, des bekanntesten Wissenschaftlers und höchst geachteten Bürgers der Weimarer Republik, diesen peinlichen Gesichtsverlust wollten sich die herrschenden Kreise gern ersparen. Einstein sollte zum höheren Ruhm der wackligen Republik unbedingt im Lande bleiben. Das geht u.a. klar aus einem Brief hervor, den der Deutsche Geschäftsträger in London Anfang September 1920 an den Kultusminister in Berlin adressierte: "Professor Einstein ist gerade im gegenwärtigen Augenblick für Deutschland ein Kulturfaktor ersten Ranges, da Einsteins Name in weitesten Kreisen bekannt ist. Wir sollten einen solchen Mann, mit dem wir wirklich Kulturpropaganda treiben können, nicht aus Deutschland vertreiben." (79)

Solche ebenso blumigen wie offenen Worte eines pflichtbewußten deutschen Diplomaten darf man genußvoll auf der Zunge zergehen lassen. Einstein als kulturpropagandistische Manövriermasse erster Klasse zur Wiederherstellung des ramponierten Ansehens Deutschlands in der Welt, zur Verbesserung der Exportchancen der deutschen Industrie und zur dringend benötigten Aufstockung des deutschen Kredits bei der internationalen *haute finance*, bei den Barings und Rothschilds, den Morgans und Rockefeller. Das alles schwingt in dieser kaufmännisch nüchternen Bewertung Einsteins mit, die der Adressat anscheinend voll und ganz teilte; denn schon knappe zwei Wochen später beschwor der Kultusminister seinen für Finanzen zuständigen Ministerkollegen schriftlich, es sei "für die Staatsregierung eine unabweisliche Pflicht, die auf die neue Theorie bezüglichen Untersuchungen nach Möglichkeit zu fördern. Es wäre unerträglich, müßte der weitere Ausbau der von einem deutschen Gelehrten aufgestellten hochbedeutsamen Theorie allein dem Auslande überlassen werden." (79)

Der Einsteinturm sollte dem Ausland gegenüber als Leistungsnachweis, Einstein gegenüber als Köder dienen, um diesen unersetzlichen "deutschen Gelehrten" an Berlin zu binden und seine Abwanderung in die USA zu verhindern. Auch das macht begreiflich, warum die Spenden so unverhofft üppig ausfielen und die Bauvorbereitungen überhastet getroffen wurden. "Ende 1919 gibt es diesen Aufruf von Freundlich," rekapituliert Joachim Krause den Gang der Ereignisse, "und schon im Mai 1920 fahren Mendelsohn und Freundlich gemeinsam nach Jena, um mit *Carl Zeiss* die optische Installation zu diskutieren. Währenddessen zeichnet Mendelsohn eifrig am Einsteinturm, und schon im Juli 1920 - die Pläne sind noch gar nicht richtig fertig - ist Baubeginn. Es gibt noch keine Baugenehmigung. Es wird gebaut und gleichzeitig wird noch gezeichnet."

Für die unglaubliche Eile, mit der Mendelsohn und Freundlich die Realisierung ihres Projekts vorantrieben, gab es freilich noch einen anderen höchst triftigen Grund. Die "dauernd zunehmende Inflation [ist] ein besonders erschwerendes Moment in der Geschichte der Stiftung gewesen, und mehrfach drohte ein Stillstand im Bau." (85) Zum Glück trafen im jeweils letzten Augenblick immer wieder neue Spenden ein, so daß - trotz rapider Geldentwertung - mit kurzen Unterbrechungen bis zur endgültigen Fertigstellung weitergebaut werden konnte. 1921 wurde Erwin Finlay Freundlich zum Leiter des noch unvollendeten Instituts bestellt. Als Einstein-Institut nahm es 1924 seine Forschungen auf.

Das für Europa Ungewöhnliche am Einsteinturm war das senkrecht stehende Teleskop, war seine Konstruktion als Turmteleskop. Dabei ruht - wie schon beim Potsdamer Großen Refraktor - das Gestell, das das Teleskop trägt, auf einem eigenen Fundament, um es vor unliebsamen Erschütterungen und Schwingungen zu schützen und verschmierte Bilder zu vermeiden. Das tragende Gestell ist aus Holz, weil Holz Stöße und Vibrationen effektiver dämmt als Stahl. Es ist ein Turm im Turm. Von dem an der Turmspitze befestigten Coelostaten, der aus zwei Planspiegeln besteht, wird das Sonnenbild senkrecht nach unten in die Linse des Teleskops gelenkt. An dessen unterirdischem Fuß wird das Sonnenbild mittels eines weiteren Spiegels in die Horizontale und durch einen Spalt in der Wand zwischen Arbeits- und Dunkelraum auf die der Analyse dienenden Spektrographen umgelenkt. Der Spektrographenraum, ein etwa 15 m langer Dunkelraum, ist ein thermoisolierter Raum im Raum, den ein vor Wärmeschwankungen und Feuchtigkeit schützender Außenraum einhüllt, um zu gewährleisten, daß die Meßbedingungen stets konstant bleiben.

Diese bemerkenswerten technischen Innovationen, die den Einsteinturm auszeichnen, interpretiert Joachim Krause als frühe Bemühungen um *environment control*, will sagen, "das Gebäude selber übernimmt im Verhältnis zu seiner technischen Installation die Aufgabe, alle Umweltfaktoren unter Kontrolle zu bringen. Einerseits dient es als Klimahülle und andererseits ist es von der Gründung der Instrumente separiert, so daß diese er-

schütterungsfrei bleiben. Das Thema der künstlichen Räume, der thermokontanten Räume usw., wird mit dem Einsteinturm auf bravouröse Weise durchgearbeitet. Es ist sicherlich nicht nur für den Bau von Observatorien wichtig; vielmehr ist es in der Architektur allgemein zu einem sehr wichtigen Aspekt geworden."

Nicht minder progressiv als der architektonisch-bautechnische Entwurf Mendelsohns war Freundlichs wissenschaftliche Konzeption des Einsteinturms. Zwar hatte Freundlich ihn projektiert, um die relativistische Rotverschiebung im Sonnenspektrum nachzuweisen und damit Einsteins allgemeine Relativitätstheorie experimentell zu untermauern, aber er hatte die Anlage mit soviel Weitsicht geplant, lobt Jürgen Staude seinen Vorgänger, daß man mit ihr die verschiedensten sonnen- und quantenphysikalischen Fragestellungen bearbeiten konnte, von der physikalischen Natur der Sonnenflecken über die rätselhaften Spektrallinien der Sonnenkorona bis zu den Auswirkungen kosmischer Magnetfelder auf die äußere Erdatmosphäre.

"Es war möglich, Temperaturen zu bestimmen, Geschwindigkeiten, selbst Magnetfelder zu messen, Dichte und Druck abzuleiten, Wellenprozesse zu untersuchen - viele physikalische Prozesse also, die nirgendwo in einem irdischen Labor so vielschichtig erfaßt werden können, wie es auf einem kosmischen Objekt wie der Sonne möglich ist. Solche Aufgaben hatte man bei der Konzeption des Einsteinturms von Anfang an auch im Auge gehabt. Das Labor ist so großzügig gestaltet worden, daß neue Errungenschaften der Meßtechnik und Datenaufzeichnung jederzeit leicht installiert und neue physikalische Fragestellungen rasch aufgegriffen werden können. Die einzelnen Komponenten des Instrumentariums sind stets auf den neuesten Stand der Technik gebracht worden. - Wir sind froh, mit dem Einsteinturm sozusagen ein Hausinstrument am Standort des Instituts zur Verfügung zu haben, das in nahezu idealer Weise die Meßmöglichkeiten an den großen internationalen Teleskopen - z.B. den Sonnentürmen auf Teneriffa - ergänzt."

Das 1992 neu konstituierte Astrophysikalische Institut Potsdam (AIP) umfaßt außer dem 1876 begonnenen Astrophysikalischen Observatorium Potsdam mit dem 1924 in Betrieb genommenen Sonnenobservatorium Einsteinturm noch die 1913/14 fertiggestellte Sternwarte Babelsberg und - als jüngstes Element aus DDR-Zeiten - das seit 1954 arbeitende Observatorium für Solare Radioastronomie in Trensdorf. Je zur Hälfte wird es vom Land Brandenburg und von der Bundesregierung finanziert. Seine gegenwärtigen Hauptforschungsrichtungen umreißt Staude als "Kosmische Magnetfelder, Sonnen- und Sternaktivität" und als "Extragalaktische Astrophysik und Kosmologie". (104)

In den Neuen Bundesländern praktizieren die westdeutschen Kolonialherren und ihre dort amtierenden Statthalter regelmäßig die kalte (ökonomisch scheinlegitimierte) Liquidation des nicht zu ersetzenden wis-

senschaftlichen Potentials ostdeutscher Herkunft. Mit diesem Verfahren wurden Anfang 1995 die Fortexistenz der mit dem Einsteinturm nahezu gleichaltrigen und wissenschaftlich nicht minder bedeutsamen Sternwarte Sonneberg in Thüringen und die Weiterführung der von ihr seit 1925 kontinuierlich betriebenen photographischen Himmelsüberwachung, der die Entdeckung eines Drittels aller bekannten veränderlichen Sterne gelungen ist, zur Disposition gestellt. Erst nach massiven internationalen Protesten und einem Kommune wie Landkreis schwer belastenden finanziellen Engagement der Lokalbehörden konnte die Bedrohung vorläufig abgewendet werden. (Vgl. "Neues Deutschland" v. 1.1.95, 3.2.95, 31.3.95, 2.6.95.)

Eine derartige, langjährige Forschungsarbeit ebenso arrogant wie dumm mißachtende Behandlung qua Abwicklung ist dem Einsteinturm erspart geblieben. Dabei mag - wie schon 1920 - eine Rolle gespielt haben, daß die herrschenden Kreise der BRD sich ob des im Lande an Virulenz zunehmenden Antisemitismus genieren. Um eines opportunen Images willen zeigen sich diese Herrschaften bei passendem Anlaß ja auch gern mit Jarmulke oder schwarzem Hut auf dem berechnenden Schädel in einer Holocaust-Gedenkstätte der internationalen Öffentlichkeit.

Der Einsteinturm ist nämlich nicht nur eine bedeutende Forschungsstätte und ein Monument der modernen Architektur, in gewissem Verstand ist er auch eine jüdische Gedenkstätte. Alle drei Protagonisten - Albert Einstein, Erwin Finlay Freundlich und Erich Mendelsohn - waren assimilierte jüdische Intellektuelle und wurden 1933 von den Nazis ins Exil vertrieben. Damals soll ein mutiger Mitarbeiter des Sonnenobservatoriums die Portraitbüste Einsteins, die an seinem 50. Geburtstag im März 1929 im Foyer des Turms aufgestellt worden war, in der unterirdischen Dunkelkammer versteckt haben. An ihrem Platz habe zwölf Jahre lang *ein Stein* gelegen, wie auf einem jüdischen Grabmal. Einem jüdischen "U-Boot" gleich hat die untergetauchte Büste den Naziterror überlebt. Seit 1945 heißen Büste und Stein gemeinsam jeden willkommen, der den Einsteinturm betritt.

Hans G Helms

Achtung !!!

An alle, die schon jahrelang danach suchen

Reinhard Opitz

Faschismus und Neofaschismus

Pahl-Rugenstein

576 Seiten, geb., Sonderausgabe
49,80 DM, ISBN 3-89144-209-2

Diese Ausgabe enthält die beiden Bände „Der deutsche Faschismus bis 1945“ und „Neofaschismus in der Bundesrepublik“ in ungekürzter Fassung.

Georg Fülberth schreibt in „konkret“ 3/95 über Opitz: „Er war einer der originellsten, solidesten und produktivsten linken Köpfe in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren. (...) 1984 erschien das Buch, das als sein Hauptwerk gelten kann: *Faschismus und Neofaschismus*. Es handelte sich um eine gekürzte Fassung. 1988 kam der vollständige Text posthum heraus. Der erste trägt den Titel *Der deutsche Faschismus bis 1945*, der zweite heißt: *Neofaschismus in der Bundesrepublik*. (...) die Fülle des Materials und die zugleich präzise und stürmische

Diktion kann Ihnen den Atem nehmen.

Dieses Buch paßte in keinen der üblichen Faschismus-Diskurse. Massenbewegungen, Zirkel, einzelne Ideologen, finanzielle und industrielle Aktionen werden je für sich so behandelt und zugleich in Beziehung zueinander gesetzt, daß die einzelnen Elemente unverkürzt bleiben und doch durch die Gesamtheit des (monopol)kapitalistischen Systems bestimmt sind.“

**Wir brauchen
Vorbestellungen jetzt!**

Um diesen Titel Anfang Oktober lieferbar zu haben, brauchen wir ca. 400 Vorbestellungen, denn es gibt keine Filme oder Druckplatten mehr und der Druck von fast 600 Seiten ist auch nicht aus der Portokasse zu bezahlen.

Wer also dieses wichtige Werk in Händen halten will, möge jetzt bitte vorbestellen.

Außerdem von R. Opitz lieferbar:

Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945, 1070 Seiten, 68,- DM, ISBN 3-89144-198-3

Ich bestelle:

- Ex. **Faschismus und Neofaschismus**
49,80 DM
- Ex. **Europastrategien**
68,00 DM
zzgl. Porto

Pahl-Rugenstein Verlag · Breite Str. 47 · 53111 Bonn

Tel. 0228/63 23 06 · Fax 0228/63 49 68

Theoretische Generalrevision statt notwendiger Weiterentwicklung? - Zum Engels-Schwerpunkt in Z 22

Nach mehrmaliger Lektüre der Beiträge zum Engels-Schwerpunkt von Z 22 sehe ich mich veranlaßt, einige kritische Leseindrücke zu Papier zu bringen und mitzuteilen. Ich beziehe mich auf jene Beiträge, die im Kontext des Arbeitskreises um K.H. Tjaden entstanden sind. Die Beiträge von Jung, Griese/Pawelzig und Krysmanski fallen unter verschiedenen Gesichtspunkten aus dem Rahmen des durch die anderen Beiträge bestimmten Schwerpunktes.

Ich denke, man kommt nicht umhin, hier die Ansätze und die Intentionen zu einer Generalrevision der materialistischen Geschichtsauffassung, wie sie von Engels entwickelt worden ist, konstatieren zu können oder zu müssen. Diese Revision bezieht sich der Sache nach auch auf Marx, der die hierzu grundlegenden Werke mitverfaßt oder die zu seinen Lebzeiten von Engels verfaßten mitgetragen hat. Ich finde es ungerechtfertigt, die vorfindlichen terminologischen Unterschiede zu unterschiedlichen Lesarten oder zu Gegensätzen aufzubauschen. Freilich scheint es zum gegenwärtigen Zeitgeist auf der Linken zu gehören, Engels als den Simplifikateur abzustrafen, Marx aber als den großen Theoretiker (noch) auf dem Sockel zu lassen. Dieses Muster ist bekanntlich nicht neu, sondern offenkundig immer wieder Phänomen in Flauten der Bewegung. Umso bedauerlicher und für reife Persönlichkeiten erstaunlich empfinde ich die aus meiner Sicht nahezu pubertären Ausfälle gegen Engels an einigen Stellen, die mir zudem sachlich nicht gerechtfertigt erscheinen.

Engels hätte wahrscheinlich die Malträtierung seiner vor 120 Jahren geschriebenen Texte mit der ihm eigenen gelassenen Skepsis als Gang der Erkenntnis in der Generationenfolge kommentiert. (Beim Herumblättern in den Engels-Bezugstexten stieß ich auf eine bezeichnende Stelle, wo er bei der Erörterung der Relativität des Wahrheitsgehalts menschlicher Erkenntnisse äußerte: "Denn das wertvollste Resultat dürfte dies sein, uns gegen unsre heutige Erkenntnis äußerst mißtrauisch zu machen, da wir ja aller Wahrscheinlichkeit nach so ziemlich am Anfang der Menschheitsgeschichte stehen, und die Generationen, die uns berichtigen werden, wohl zahlreicher sein dürften als diejenigen, deren Erkenntnis wir - oft genug mit beträchtlicher Geringschätzung - zu berichtigen im Falle sind." - Anti-Dühring, MEW, Bd. 20, S. 80). Er hatte also nicht die geringsten Illusionen über die Nachkommenden. Aber der Z-Redaktion hätte es doch obliegen sollen - der eigenen marxistischen Selbstachtung wegen -, auf einem dem Anlaß gemäßen Umgangston zu bestehen.

Um nicht mißverstanden zu werden, ich möchte keinesfalls gegen eine notwendige Korrektur und Weiterentwicklung der Engels'schen Interpretationen der Frühgeschichte plädieren. Sie sind mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen sicher immer wieder nötig. Meine kritischen Anmer-

kungen betreffen vielmehr das Modell einer neuen materialistischen Geschichtsinterpretation, das hier angewandt und vorgeschlagen wird. Die Relevanz der zitierten Literatur und der angeführten Ergebnisse kann ich als Nichtexperte kaum beurteilen und nur darauf hoffen, daß sich die Z-Redaktion bemüht, marxistische Frühgeschichtler mit anderen Positionen - vielleicht Joachim Herrmann und Mitarbeiter, deren Arbeiten ja hier konkreter Gegenstand der Polemik sind - für Stellungnahmen zu gewinnen. Aber als kritischer Leser sollte man ja auch ohne das die Schlüssigkeit der Ableitungen nachvollziehen und kritisch beurteilen können. Und hier regen sich mehr Zweifel als Zustimmung.

Die kategoriale Uminterpretation der Frühgeschichte, worunter ich hier vor allem den Verzicht auf die zentralen Begriffe und Zusammenhänge in der Engels'schen Tradition, also Arbeit, Eigentum, Klassen oder deren Neubegründung wie etwa beim Staat u.a., verstehe, steht, wenn ich es richtig sehe, im Zusammenhang mit der Entwicklung einer ökologischen Reformstrategie, bei der die sozialökonomischen Verhältnisse in den Hintergrund treten und die als sozialistische verstanden wird (so lese ich heute den Beitrag von Düe/Tjaden in Z 21, S. 156-68). Dazu bedarf es, soweit sie den marxistischen oder besser den materialistischen Bezugsrahmen beizubehalten gedenkt, einer Neubestimmung ihres theoretischen Status und Inhalts. Von einer neuen Realität der postrealsozialistischen Ära - und natürlich der neuen Bedeutung der ökologischen Frage und der Erhaltung der Biosphäre - ergibt sich auch eine neue Sicht auf die Vergangenheit. Mit dem neuen Paradigma der Mensch-Umwelt-Beziehung als Ausgangspunkt von Gesellschaftstheorie erhält der bisherige Marxismus den Status des Besonderen unter einem neuen Allgemeinen. Freilich ist dabei, meines Erachtens, die Marx-Engels'sche Sicht auf Geschichte stark und vielleicht sogar unstatthaft eingeengt. Aber geht man darüber hinweg, dann könnte ein solcher Gang für die Gesellschaftstheorie tatsächlich anstehen und zwar, wenn die Menschheit die Klassengesellschaft hinter sich gelassen hat. Aber solange dies nicht der Fall ist oder sich die alte Klassenherrschaft sogar nochmals universalisieren kann, ergeben sich aus einer solchen Lesart Probleme und aus meiner Sicht Fehlbestimmungen der sozialistischen Strategie. Liest man unter diesem Gesichtspunkt die Beiträge von Czeskleba-Dupont und Düe, dann bestätigen sie gerade dies durch das weitgehende Ausklammern der sozialökonomischen Problematik und kommen dann zu Fehlbeurteilungen für das Alltagsgeschäft z.B. in Bezug auf den VW-Abschluß zur Arbeitszeitregelung von 1994.

Nach der Lektüre des Aufsatzes von Karl Hermann Tjaden ist mir seine begriffliche Fassung des Unterschieds zwischen Tier und Mensch unklar geblieben. Dies gilt auch dafür, im welchem Zusammenhang denn nun aufrechter Gang und Gebrauch der Hand zur Arbeit stehen. Sein Konzept der Subsistenzstrategie erinnert zu Recht an die Gemeinsamkeiten des Menschen mit den höheren Organismen. Aber es ist eben die Frage, ob man

auf den Arbeitsbegriff für die Menschwerdung verzichten kann und ob die Entgegensetzung von Marx und Engels gerade hier gerechtfertigt ist.

Das Wesen des Menschen als "ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" bestimmt Marx ja gerade in Auseinandersetzung mit der abstrakten Bestimmung von Feuerbach und mit der Auffassung der Praxis, dem Paradigma des neuen Materialismus, als sinnlicher Tätigkeit. Diese sinnliche Tätigkeit "verengt" sich dann auch bei Marx und Engels in der politischen Ökonomie auf den Arbeitsbegriff und zwar in einem Sinne, wie ihn Engels dann auch für die Frühgeschichte anwendet. Daß dies den konkreten Gang der Geschichte reflektiert, kann kaum in Abrede gestellt werden und wird erst in jüngerer Zeit in bezug auf die Verallgemeinerungsfähigkeit für jegliche reproduktive Aktivität infrage gestellt.

Demgegenüber ist Tjadens Brücke zur Menschwerdung die Unterscheidung von reflexiven und spontanen Aktionsmodi und das quantitative Anwachsen der ersteren. Aber wahrscheinlich läßt sich gerade dabei die Arbeit als *Movens* nicht ausklammern. Verfehlt halte ich Tjadens Finalismus- und Anthropozentrismusvorwurf an Engels. Solange Menschen, und nicht neue Sternwesen, die Gesellschaft konstituieren, muß Geschichte ihre Entwicklung in den Mittelpunkt stellen, um die niederen von den höheren Entwicklungsformen, also vom *homo sapiens* heutiger Gesellschaften her, erschließen zu können.

Ob die (englische) Schlußsentenz ('Oh mein Gott, hilf mir, mein großes Maul zu halten, bis ich weiß, worüber ich spreche!') auf Engels gemünzt ist oder als Selbstkritik aufgefaßt werden soll, ist für mich im Dunkeln geblieben.

Margarete Tjaden-Steinhauer setzt das Programm einer materialistischen Neuinterpretation der Frühgeschichte in Korrektur und Abgrenzung zu Engels fort. Speziell geht es um die *Gentilgesellschaft*, die Stellung der Frau, die Familie und den Staat - unter Umgehung von Privateigentum und Klassen. Gerade Engels zum Objekt heute vielfach gängiger feministischer Kritik zu machen, halte ich sachlich nicht für gerechtfertigt, noch weniger, ihn eines mangelnden materialistischen Ansatzes in diesen Fragen zu bezichtigen. Ebenfalls läßt sich Engels eine Dichotomisierung von Mensch-Tier nur bei äußerst selektiver Textauswahl vorhalten. Etwas anderes ist es, daß sich jede neue Qualität in der begrifflichen Fassung gegen die vorhergehende abgrenzen muß.

Auch für sie fungieren Unterhaltssicherung, Fortpflanzung, Schutz als die drei Grundfunktionen menschlicher (und tierischer) Gemeinschaften von den ersten menschlichen Aasfressern in der afrikanischen Savanne bis zu den Aussortierten beim Jüngsten Gericht. Unter diesen Funktionen wird die weitere Entwicklung der Gesellschaft interpretiert, so aus der Vorratsbildung die ersten sozialen Herrschaftsfunktionen oder aus dem Schutz vor äußeren Feinden der Staat. Der Ausblendung unterliegt die

sozialökonomische Differenzierung und Gegensatzbildung - bekanntlich Zentralstrang in der Engels'schen Tradition.

Als Protostaat erscheint, nimmt man es systematisch, schon die gentilistische Organisation und nicht erst der "Mann im Netzrock". Hier ist die Verfasserin gegenüber dem folgenden Beitrag von Lambrecht inkonsequent. Die Privatfamilie stülpt sich bei ihr von oben der Gesellschaft bzw. ihrer bäuerlichen Basis über: Mit dem Übergang zum dynastischen Staat bildet sich an der Spitze die Privatfamilie aus und verallgemeinert sich dann nach unten. Dies müßte allerdings schon entsprechende Verhältnisse an der Basis voraussetzen, die damit nur ihre staatliche Sanktion erhielten, womit man wieder bei der Fragestellung der Tradition wäre. Es versteht sich, daß für Margarete Tjaden-Steinhauer die Entmachtung der Frau mit der Entfaltung der Herrschaftsfunktionen des Staates erfolgt. Bringt man es theoretisch auf den Begriff, dann erscheint der Staat als Schöpfer der Privateigentums- und Familienverhältnisse. Damit wäre man aber bei einer Lesart, die mit einem materialistischen Ansatz nur noch schwer zu vereinbaren wäre.

Auf der Grundlage der frühgeschichtlichen Studien von K.H. Tjaden und von M. Tjaden-Steinhauer arbeitet Lars Lambrecht an einem zur marxistischen Tradition alternativen Begriff des Politischen, damit auch des Staates und generell von sozialen Herrschaftsverhältnissen. Das Politische ergibt sich, in Lambrechts Sicht, aus der Entwicklung der Grundfunktionen menschlicher Gesellschaft schlechthin. Es ist faktisch jegliche soziale Aktivität zur Organisierung und Gestaltung sozialer Gemeinwesen - eine Lesart, mit der freilich Marx und Engels nichts zu tun haben.

Um die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes zu begründen, begibt er sich in die Begriffsexegese, was denn nun unter "Verwaltung von Sachen" - die Fourier-Engels'sche Fassung sozialer Aktivität jenseits von Politik, Staat und Herrschaft - zu verstehen sei. Freilich m.E. mit wenig Ertrag. Ein Durchgang durch die frühsozialistische und kommunistische Literatur, die Marx und Engels zugänglich war, hätte die konkreten Konturen des Begriffs liefern können. So sind denn, für Lars Lambrecht, frühgeschichtliche Herleitung, reale Analyse und Vorstellung für das Absterben von Staat und Politik im Marxismus unscharf, unzureichend, unzulänglich.

Vor allem hält er eine Ableitung aus Eigentumsverhältnissen und Klassenkämpfen nicht für tragfähig. Auch in dieser Beziehung waren die besseren marxistischen Arbeiten von vor 1989 nicht ganz so unbedarft, wie sie Lambrecht heute erscheinen läßt. Ich selbst erinnere mich an die IMSF-Staatsstudie, die doch auch subtileren Ansprüchen genügen konnte.

Nun bleibt beim Abstieg vom Allgemeinen des Mensch-Natur-Verhältnisses und der entsprechenden Grundfunktionen sozialer Gemeinschaften zum Besonderen realer Gesellschaften ein Fortgang des Staates (vom Protostaat des Mannes im Netzrock zum dynastischen Staat und dann zum Staat der Klassengesellschaft), der als Konkretisierung der Grundfunktio-

nen und besonders der Schutzfunktion verstanden werden kann. Klassenherrschaft und Unterdrückung relativieren sich und sind von den Gemeinwesenfunktionen dominiert. Diese Lesart nähert sich zweifellos dem Grundtopos jeglichen Reformismus.

Lambrecht sieht als Kernpunkt eines "eingreifenden Denkens in Alternativen" in Bezug auf Staat und Politik ein nichthegemoniales Verständnis der Schutzfunktion, das mit einer neuen, nicht mehr eurozentristischen Periodisierung der Geschichtsabfolge abzustützen wäre. Freilich ermangelt, soweit meine (mangelhaften) Kenntnisse dieses Urteil zulassen, der von ihm favorisierte sanfte altamerikanische Entwicklungsweg doch noch der geschichtswissenschaftlichen Fundierung und ist eher Projektionspunkt alternativer Wünsche europäischer Intellektueller.

Für sachlich völlig unbegründet und durch nichts belegt erscheint mir in diesem Zusammenhang sein Ausfall gegen Manfred Buhr - der ebenfalls in Z 22 sein philosophisches Europa-Konzept vorstellte und dessen Europa-Buch in einer Rezension in Z 20 erörtert worden war. Mit der emotional aufgeladenen Negation eigener Biografieabschnitte sollte man aber eine Zeitschrift wie Z nicht belasten.

Leider verbietet es die erforderliche Kürze einer kritischen Leserschrift, jede Äußerung mit Zitat und Seitenangabe zu belegen. Dies mag zur Relektüre und eigenständigen Überprüfung anhalten und hätte so auch einen positiven Zweck. Auf jeden Fall bleibt zu hoffen, daß von den hier kritisierten Beiträgen Anstöße für eine lebhaftere Diskussion ausgehen, auch für die angekündigte IMSF/Z-Tagung am 21.10.1995. Eine Frage wird dabei sicher auch sein: Mit Engels, gegen Engels oder ohne Engels über Engels hinaus?

Hermann Lenke

Rückkehr in die Verantwortlichkeit, aber wie?

Die Arbeiterbewegung im allgemeinen hat sich noch immer der Frage des wirklichen sozialen Inhalts der Wende in den realsozialistischen Ländern zu stellen, andererseits aber auch der Frage zu öffnen, was noch immer ihr Inhalt sein könnte - zu vieles ist in der Bewegung geblieben; d.h. es geht darum, wie die Arbeiterbewegung unter diesen neuen Bedingungen der Geschichte, der bürgerlichen und der eigenen, möglichst rasch zur Form der sozialen Verantwortung zurückfindet und damit eine Phase der gesellschaftlichen Lähmung überwindet. Nachstehend sei in einigen Punkten auf die Problematik eingegangen.

1. Daß die marktwirtschaftliche Reform der bisher sozialistischen Länder einen derartigen ökonomischen Einbruch gebracht hat, entzieht der marktwirtschaftlichen Kritik am Realsozialismus den Teil ihrer argumentativen Grundlage, worin der Realsozialismus der mangelnden Entwick-

lung der Produktion/Produktivkräfte angeklagt war. Was man noch schlimmer, eigentlich erst wirklich schlimm macht, kann ja nicht mehr den Fundus für die Moral der Anklage gegen den Sozialismus abgeben. Daß ein sich nach wie vor bekennender Kommunismus also endlich aufhört, gesenkten Hauptes den Anwürfen der marktwirtschaftlichen Kritik Rede und Antwort zu stehen (oder nicht zu stehen), sondern umgekehrt wieder die "Marktwirtschaftliche Kritik" zur ökonomischen Verantwortung mahnt, die "Marktwirtschaft" auch, und wieder, am realen Sozialismus mißt, hebt dennoch nicht auf, daß er sich der Frage stellt: Wie hält/hielt es der reale Sozialismus mit der Entwicklung der Produktion, der Entwicklung sozialer Triebkräfte zur Entfaltung der Produktion? Aber sich selbst stellt, nicht schlechthin mehr unter dem Auspizium der Marktwirtschaft stellt. Das muß - nach fünf Jahren Praxis der Wende - vorbei sein. Wie lange denn noch Vorschußlorbeeren?

2. Völlig unabhängig vom Beginn wieder einer sozialen Gegenströmung gegen die Radikalkritik am Realsozialismus muß man sich aber der Tatsache stellen, daß das Gros der arbeitenden Bevölkerung Osteuropas noch immer passiv diese Wende, die den sozialen Abfall für die meisten brachte, hinnimmt, sich zu keiner gesellschaftlichen Gegenwehr aufrafft, so daß sich auch praktisch nicht (theoretisch aber sehr wohl) die Frage stellt, gesellschaftlich umzukehren, sondern es nur darum gehen kann, die Grundlagen der Reform anzunehmen, sie aber - und dies sozial gesehen - nur ihrerseits reformiert anzunehmen. Es geht, wenn es um Aufhebung der Passivität geht, also nur um Reform in der Reform. Ein Kommunismus, der nur die Armut der "Marktwirtschaft" anklagt, ohne sie sozial, d.h. als Armut nur von Produktionsverhältnissen zu verstehen, gibt sich selbst auf. Daß die Reform Verhältnisse der Produktion des Realsozialismus wendete, hebt auf, daß der Kommunist der Fähigkeit zur Produktion angeklagt ist, und setzt, daß er Kritiker der gewendeten Verhältnisse bleibt. Aus der Wende der Verhältnisse selbst kann nicht geschlossen werden, daß sie richtig gewendet. Man kann weder daran vorübergehen, daß ein Teil, auch der arbeitenden Bevölkerung des bisherigen Sozialismus, sich gesellschaftlich hinter die Wende gestellt hat, es ihm sozial "besser" geht, die Wende also einen gesellschaftlich/geschichtlichen Prozeß freigesetzt hat, noch daß es Wende war auf Kosten eines anderen Teils der Bevölkerung. Daß die Wende, von Teilen der sozialistischen Bevölkerung, sozial angenommen wird, obwohl es zu einer Form des ökonomischen Zusammenbruchs gekommen, hat dann allerdings nicht die Erklärung, daß ihr eine besondere Entwicklung der Produktivkräfte, oder ein besonderer Produzent, zugrundeliegt; was verbleibt, ist eine Veränderung der Produktionsverhältnisse im Sog der Reform, und diese brachte eine Umverteilung in der Aneignung des Sozialprodukts der Gesellschaft, obwohl es so dramatisch gesunken. Hier wird die soziale Bedeutung umverteilender Verhältnisse zur Produktion sichtbar, die für eine Form gesellschaftlicher Entwicklung genommen wird. Sie ist schon unter Bedingung niedriger Entwicklung der Produk-

tion/Produktivkräfte möglich (weshalb es im ärmsten Kapitalismus Reiche wie im reichsten Kapitalismus gibt, dies wird hier nur für ehemals Arbeitende des Sozialismus durchexerziert). Die Wende brachte nicht den Reichtum, aber für Wenige brachte sie ihn doch, sie brachte Reiche. Sie brachte sie im Unterschied zum ideellen Reichtum des realen Sozialismus als ökonomischen Reichtum, statt in Ideen, Bekenntnissen zu Ideen (und ideellen Personen) in Geld, in besonderen Rechten auf die Produktion.

3. Die bekennenden Kommunisten müssen sich unter dieser Bedingung entweder in die "nützlichen Idioten" der Marktwirtschaft, d.h. solche Kommunisten verwandeln, die angesichts weniger Reicher staunend vermelden, daß sie doch zu keiner Entwicklung der Produktivkräfte fähig waren (was die Marktwirtschaft aber "im Handumdrehen kann", selbst "bewältigt" unter Bedingung des Zusammenbruchs von Produktion), oder solche, die wieder den Unterschied von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen begreifen ... lernen, auf neue Weise begreifen lernen. Für die nüchtern bleibenden Kommunisten steht zur Debatte, warum ein Verhältnis sozialer Gleichheit selbst bei Arbeitern weniger Zustimmung als ein Verhältnis sichtlicher sozialer Unterscheidung findet, warum sie selbst dann nicht zu einem sozialen Aufbruch bereit sind, wenn der Unterschied in einen Gegensatz umschlägt, der an ihrem sozialen Absturz zu messen ist, den sie ja real hinnehmen. Warum stürzen Menschen, die den Faschismus geschlagen und die Menschheit vor dem Untergang gerettet, nicht einen Staat, der sie sozial auf die Stufe von Paupern drückt? Warum ist der soziale Stolz des russisch/osteuropäischen Proletariats so gering? Warum können Arbeiter politisch alles, sozial gesehen nichts (in Ansprüchen) werden?

4. Vielleicht ist es so, daß Arbeiter ohne eine Elite an Arbeitern in der Tat "nichts" sind; erst unter der Bedingung, daß sie eine soziale Elite ausbilden, werden sie geschichtlich gesehen eine gesellschaftliche Kraft. (Das durchbricht ein wenig die Marxsche Sicht der Arbeiterklasse, in der sie ja schon dem Verhältnis nach, also noch nicht der ökonomischen Bewegung/eigenen Veränderung nach der Demiurg ist, widerspricht ihr aber nicht). Aber sie haben diese Elite - die ganze kapitalistische Entwicklung beruht auf ihr - ausgebildet: in den letzten 100 bis 150 Jahren. Sie sind also - durch diesen Beweis, mit dem komplizierter werdenden Charakter der Arbeit den komplizierter ("elitärer") werdenden Charakter des Arbeiters auszubilden - zur Geschichte fähig, doch ... diese Elite kann "gekauft" werden, und indem sie gekauft, mal vom Kapital mal vom ...?, verliert sie der einfache Arbeiter, der einfach, unkompliziert gebliebene, nichtelitär gewordene Arbeiter. Und das schlägt dann in seine soziale Passivität um, wenn solche Wende, worin sich die Elite der Arbeiter von der Gemeinheit der Arbeiter abspaltet, abspalten soll, mit der Arbeiterschaft geschehen. Die Passivität der gemeinen Arbeiter ist in solchen geschichtlichen Momenten, wo sich eine elitäre Spaltung des gesellschaftlichen Subjekts vollzieht, ein konstituierendes Moment der Spaltung. Es wird auch erwartet,

daß die Arbeiter so sind; man redet so lange von der Schwäche der Arbeiter, bis sie schwach sind, und kann sich dann auf sie berufen. Da sich diese Spaltung ökonomisch vollzieht, kann sie nicht, wie bei der ideell elitären "Spaltung" (des ersten Sozialismus), über ein offenes Bekenntnis der Gemeinen aufgenommen werden; zum höheren Lohn "der anderen" bekennt man sich doch nicht. Träumen, daß man auch mal so hohen Lohn, so besonderes Recht in bezug auf die Produktion bekomme wie der X,Y,Z, ist hier Form der bekennenden Konstitution.

5. An diesem Punkt nun setzt der bekennende Kommunismus, worin eine Art des Bekenntnisses zur Wende eingeschlossen, mit seiner Kritik an. Es muß einerseits ein positives Bekenntnis zu einer in der Tat einschneidenden Veränderung in der sozialen Hierarchie der Arbeiterschaft herauskommen, andererseits muß aber eine soziale Staffelung sein, die diesseits des Lohnverhältnisses bleibt, und worin die allgemeine Bewegung der Ökonomie Bewegung aller einzelnen Arbeiter ist. Es muß eine Form der Bewegung - im Lohn wie jedem weiteren Sozialverhältnis - geben, worin der Unterschied zwischen einfach und entwickelt nur ein quantitativer ist, oder ein gleichzeitiger ist, nicht aber ein gegensätzlicher; darum geht es ja in der kommunistischen Kritik der bisherigen Geschichte. Lohnverhältnis garantiert das a priori, es muß also das gemeinsame und gleiche, das primäre Sozialverhältnis auch nach der Wende bleiben, nur das nimmt der Wende den Widerspruch zum Sozialismus. Als Lohnverhältnis ist das Sozialverhältnis Konsumtionsverhältnis, es werden - im Lohnverhältnis - Waren, Gebrauchsgüter konsumiert. Daß der Lohn Wert, verdeckt hier nur die entscheidende Veränderung gegenüber der originären Warenökonomie: Daß der Wert für den Arbeiter gebildet wird durch Waren, die produziert, d.h. schon vorhanden sind. Diese "Wertform", als durch Waren bestimmte Wertform, spricht hier nur aus, was für alle Formen der gesellschaftlichen Konsumtion/Aneignung verbindlich werden kann: Aneignung nach dem Waren/Güter-Prinzip, oder eben nach dem Gebrauchswert, der für den Bedarf dessen, der konsumieren soll, produziert worden ist. Eine andere als diese Umkehrung kann die Ökonomie als solche nicht erfahren; sie kann einerseits nur Wertökonomie sein, also den Wert aneignen, und auf seiner Basis den Gebrauchswert, oder den Gebrauchswert aneignen, und auf seiner Basis - sofern dieser Gebrauchswert noch einen Preis, noch eine Wertform hat - Geld, um den Gebrauchswert zu kaufen. Aber hier sind die Wertverhältnisse nicht mehr originär, durch die eigene Arbeit selbst, bestimmt (hier quantifizieren sie nur die Aneignung/Konsumtion der Gebrauchswerte). Sondern die "Wertformen", besser: Geldformen (dessen, der die produzierte Ware konsumiert) müssen gesellschaftlich, durch die Arbeit anderer bestimmt sein; es geht also nur darum, das Ganze aus der Sicht der Konsumtion zu bestimmen (und da jeder Konsument, weil jeder Produzent, ist niemand aus diesem Verhältnis des Nehmens ausgeschlossen, niemandem geht dadurch etwas verloren, daß er aufhört sich darauf, was er gegeben, zu beziehen. Man muß das Lohnver-

hältnis richtig begreifen. Das ist die Wende in der großen Gesellschaftsgeschichte im eigentlichen; sie zu verteidigen, auch unter Bedingung, daß ein sichtbar höherer Warenfonds, u.U. die "eigene Wertbildung" übersteigen der Warenfonds (!), für den elitären Teil der Arbeiterschaft bestimmt werden muß, wird die wichtigste Pflicht des künftigen bekennenden Kommunismus. Allein durch diese Einsicht bleibt er Geschichtsimmanenz.

6. Daß intellektuelle Arbeiter höherer Wertbildung fähig, oder kompliziertere Arbeit als die Wertbildung einfacher Arbeit multiplizierende Arbeit zu verstehen sei, ist aber nur Bedingung der Warenproduktion als private. Dem Wert dem Begriff nach ist Wert Arbeitszeit, die Arbeitszeit komplizierter Arbeit des intellektuell entwickelten Arbeiters ist also gleich(groß) der des "einfachen" Arbeiters. Dem Wertverhältnis nach aber, das nur ein privates ist, muß dieser rein konkrete Unterschied der Arbeit (der intellektuelle Arbeiter stellt eben andere Produkte her) einer der Wertbildung werden. Sonst würde ja der Kapitalist (das Problem wird überhaupt erst im Kapitalismus der Warenproduktion relevant), der Arbeiter höheren Grades beschäftigte, also höhern Lohn ihnen zahlen müßte bei Wertbildung dem Begriff nach geringeren Mehrwert/Profit nur erwirtschaften. Die "höhere Wertbildung" komplizierter Arbeit ist ein Tribut, den die einfache Arbeit im Austausch mit der komplizierten zu zahlen hat. Unter nichtprivaten Bedingungen der Produktion wird aber die höhere Wertbildung durch ein höheres Warenpaket, das auf den intellektuellen Arbeiter fällt, kompensiert; die Regelung geht also am Wert vorbei, das Problem entfällt mit dem Wegfall des privaten Verhältnisses zur Arbeit.

Nicht, indem der Kommunismus ihn, den höheren Warenfonds der gehobenen Arbeiter, annimmt, verwandelt er ihn in aristokratischen Kommunismus, sondern indem er ihn ablehnte, weil dies seine Reduktion auf eine einfache Voraussetzung brächte und nur eine andere Form seiner Aristokratisierung, aber geschichtlich negative, wäre. Insofern der Kommunismus aus dem Proletariat entsteht, ist er geschichtlicher Neuanfang, obwohl es bei Auftreten der höheren Entwicklungen dieser Geschichte scheint, er wiederholte nur die bürgerliche Geschichte.

7. Die Arbeiterschaft hat nur eine Elite; sie darf ihr nicht verfremdet werden. Verstünde ihr einfacher Teil nicht, um seinen höher entwickelten Teil zu kämpfen, was heißt sozial, qualitativ, dem gleichen Verhältnis nach mit ihm verbunden zu bleiben, so könnte es dazu kommen, daß der höhere Teil seinen "niederen" Teil einst empfände wie der Sträfling das bleierne Gewicht an seinen Füßen. Ein Kommunismus (oder diese seine Wende, diese seine "Einsicht" in seine "bisherige Unvollkommenheit", ja in "sein Scheitern"), der nun den elitären Teil der Arbeiterschaft konsequenter, des Scheines barer noch als der Kapitalismus auf ein wirkliches Wertverhältnis, also Eigentumsverhältnis stellte, den "niederen" Teil aber auf ein Warenverhältnis, und dieses "nach Möglichkeit" auf das berühmte-berühmte Minimum beschränkte, also nur den einfachen Arbeiter als Lohn

setzte, verwandelte in die gleichen inneren Gegensätze wie der Kapitalismus. Er würde bekämpft werden wie dieser.

8. Würde klar (und es wird klar), daß es lediglich um die soziale Schichtung in der Arbeiterklasse selbst ginge/geht - und ich bin dieser Meinung, ich verbürge mich nach meiner Einsicht dafür -, entpuppt sich die Radikal-Kritik am Realsozialismus, soweit sie eine der Fähigkeit der Arbeiter zur Produktion, zu ihrer geschichtlichen Entwicklung ist, als Mittel zu einem Zweck, als zu relativieren. Die Nichtlösung der einen Frage, der Frage der Sozialität in ihrer Schichtung, ist von Einfluß auf die Lösung der anderen, der Eigentumsfrage oder der Produktionsfrage; sie kann eine Melancholie des Kommunismus erzeugen, aber sie hat nicht die Bedeutung, die ihr die Kritik im ersten Erschrecken zuordnet. Sie hat nicht die Bedeutung, den realen Sozialismus, den eigenen Gesellschaftsanspruch hinzuwerfen, aufzugeben, sich der bürgerlichen Klasse wieder feige in die Arme zu werfen. Wie der eine Sozialismus ideologisch Überbekenntnis, ist seine totale Kritik ökonomisch Über"erkenntnis". Der zweite "Revisionismus" stünde ins Haus.

Hermann Jacobs

Vorschau

Z - Nr. 24

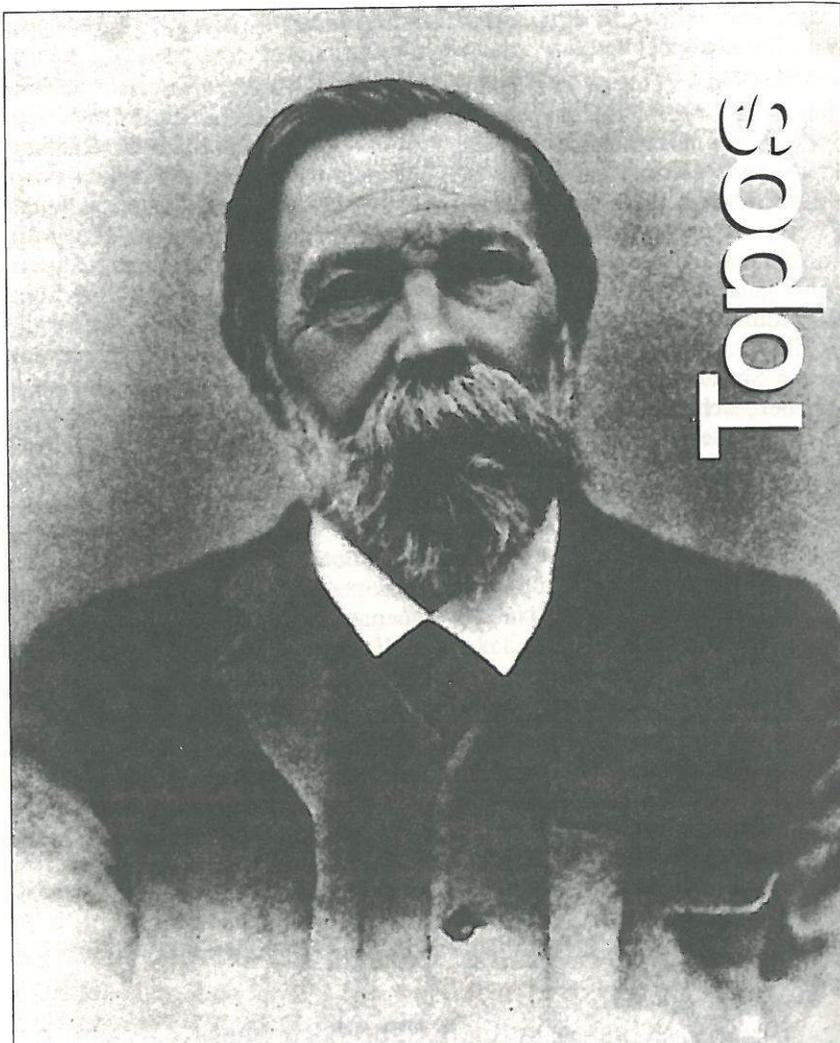
erscheint Anfang Dezember 1995

mit dem Schwerpunktthema

Klassen und Klassentheorie heute

mit Beiträgen zu Klassen und Macht, Klassen und Rassismus, Linke und Klassentheorie, Klassengesellschaft in Ostdeutschland u.a. (das Thema wird auch in den folgenden Ausgaben behandelt),

sowie zu: Frauenbewegung und Frauenpolitik, Systemkrise, Konsumkritik, Kapitalismus in Asien, Imperialismus-Theorie, deutsche Aufklärungsphilosophie, Vereinigungsprogramm 1945/46, Linke Politikansätze in Deutschland heute (II) u.a.



Topos

«Alle Philosophie hat es sich bisher zur Aufgabe gestellt, die Welt als vernünftig zu begreifen. Was vernünftig ist, das ist nun freilich auch notwendig, was notwendig ist, muß wirklich sein oder doch werden. Dies ist die Brücke zu den großen praktischen Resultaten der neueren Philosophie.»

Über Friedrich Engels' Philosophie schreiben in **Topos Heft 5**: Hans Heinz Holz, Guido Oldrini, Karl Ludwig Rintelen, Domenico Losurdo, Wolf-Dieter Gudopp-von Behm

Einzelhefte (DM 20,-) im Buchhandel oder direkt: Che & Chandler, Breite Straße 47, 53111 Bonn
Edition Topos, Auf der Egge 52, 33619 Bielefeld

Wie schön ist sie, die neue Multimedia-Welt?

Kurt van Haaren/Detlef Hensche (Hrsg), Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand, VSA-Verlag, Hamburg 1995, 240 Seiten, 29.80 DM.

"Verschlafen die Gewerkschaften die digitale Revolution?" fragte Klaus Pickshaus in "M" -Zeitschrift der IG Medien, Oktober 1994. Während Kapital und Politik im Gold- und Geschwindigkeitsrausch auf die Datenautobahn zurasen, stehen die Gewerkschaften am Rand des Informationhighways, allenfalls mit einem Schild "Geschwindigkeitsbeschränkung" oder "Fahrt vorsichtig!". Zwischenzeitlich gibt es wenigstens zwei Signale für ein Erwachen der Arbeitnehmervertretungen aus dem digitalen Dornröschen-Schlummer. Anfang Juni veranstalteten die von Multimedia hauptbetroffenen Gewerkschaften IG Medien und Deutsche Postgewerkschaft ein zweitägiges Fachforum zum Thema "Multimedia gestalten - Vorfahrt für Arbeit und Menschlichkeit".

Die Vorsitzenden beider Gewerkschaften - Kurt van Haaren und Detlef Hensche - zeichnen zugleich als Herausgeber eines Sammelbandes "Multimedia", der rechtzeitig zu dieser Tagung im VSA-Verlag erschien. Zwei Dutzend Autoren stellen "Die schöne neue Welt auf den Prüfstand". Sie befassen sich mit den "Wirtschaftlichen Trends - technischen Entwicklungen", "Zukunft der Arbeit" in der "Informationsgesellschaft",

"Einstiege" in die "neue Datenwelt" und "Globalen Trends" - so die Hauptabschnitte - der neuen multimedialen Verbundsysteme. Ein anschaulich gestaltetes Glossar der technischen Grundlagen sowie zahlreiche Tabellen, Grafiken und Karikaturen gestalten den Band selbst "multi"-medial und damit handhabbarer und einprägsamer.

Naturgemäß stehen bei Autoren aus Gewerkschaften bzw. deren Umfeld Fragen nach den sozialen Auswirkungen und der Zukunft der Arbeit im Vordergrund. Michael Schwemme und Roland Schneider nehmen die vielgepriesene "Jobmaschine" Multimedia kritisch unter die Lupe. Zweckoptimisten wie Bangemann und sein EU-Kommissariat versprechen für Europa zehn Millionen neue Arbeitsplätze und berufen sich dabei auf eine Studie der Marktforscher von Arthur D. Little. Diese aber sprechen nur davon, daß zehn Millionen Arbeitsplätze "betroffen" sein könnten und prognostizieren selbst "nur" die Hälfte an neuen Arbeitsplätzen. Allerdings saldieren sie dabei nicht gegen die durch den elektronischen Medienverbund wegrationalisierten Arbeitsplätze. Werner Knetsch, Mitarbeiter an der Studie: "Wir haben die Arbeitsplatzverluste bewußt ausgeklammert". Bleibt die entscheidende Frage nach den Rationalisierungswirkungen der neuen Techniken, und: Wieviele Arbeitsplätze gehen im Vorfeld verloren, um die Konzerne für das nationale und globale Wettrennen auf der Datenautobahn schlank und fit genug zu machen. Um der Konkurrenz gewachsen zu sein, will

allein die Telekom 60.000 Arbeitsplätze in den nächsten Jahren streichen. Umgekehrt brachte die neue mediale Technik Mobilfunk gerade einmal 6.500 neue Jobs.

Sehr informativ die Beiträge etwa von Karl-Wolfgang Seithümmer, Frank Werneke, Olaf Bannert über die Umgestaltung der Technik und Arbeitsorganisation in den Medienbranchen selbst und die Auswirkungen bei Handel und Banken durch die Installierung der neuen Multimedia-Techniken.

Peter Gaßmann zeigt die Chancen der Arbeitsgestaltung durch Multimedia auf, etwa die "aktuelle Bereitstellung tätigkeitsbezogener Informationen und das Aufzeigen komplexen Zusammenhangswissens". Er setzt dabei auf Gestaltungspolitik als "interessensbezogene Veränderungspolitik".

Nun, man muß nicht gleich ein "Zukunftspessimist" sein, um die Frage nach den Gestaltungschancen bei einer Technologie zu stellen, mit der mächtige Multis zielgerichtet auf das "virtuelle Büro" bzw. die analoge Fabrik hinarbeiten. Welche gewerkschaftlichen Einfluß- und Vertretungsmöglichkeiten ergeben sich überhaupt noch bei "ausgelagerten" Teleworkern. Gibt es die Chance eines Tarifvertrages für "elektronische Tagelöhner", die über ein globales Datennetz ihre Arbeitskraft tiefstbietend anbieten müssen. Gilt für den "virtuellen Betrieb" überhaupt noch das Betriebsverfassungsgesetz? Horrorvisionen? Man/frau verfolge den Anstieg an Teleworkern in den USA und deren arbeitsrechtliche Stel-

lung oder die Anbindung indischer Software-Entwickler an die Corporate Networks von Multis. Es ist ein Schwachpunkt des vorliegenden Sammelbandes, daß diese Themen kaum thematisiert werden. So bleiben denn auch die aufgezeigten Gestaltungsmöglichkeiten - z.B. bei Veronika Altmeyer - im Bereich traditionellen gewerkschaftlichen und tarifvertraglichen Instrumentariums. Einige Utopien oder Ideen, einige Erfahrungen der Vernetzung des Widerstands unter Nutzung von Internet oder Konzern-Netzwerken wären hier erfrischend gewesen.

Sehr anschaulich analysieren Klaus Pickshaus und H.J. Kleinsteuber die neue Dimension der Medienkonzentration. Neue, bislang "branchenfremde" Kapitalgruppen aus der Elektro- und Stahlbranche, Banken und auch die Bahn AG, die sich hier in Goldgräberstimmung neue Anlagenspären erschließen. Entsprechend hart der Konkurrenzkampf. Der Krieg der Konzerne tobt um Bau und Betrieb der Datenauto-bahn(en), die neuen Endgeräte (TV- oder PC-Bildschirm), die entsprechende Software und die Programmlieferanten. Pickshaus arbeitet heraus, daß dadurch ganz neue und neuartige Mediengiganten entstehen, sich Medienmacht in neuer Dimension stellt.

Detlef Hensche greift diesen Gedanken auf und stellt fest: "Der Reichhaltigkeit denkbarer Nutzung steht die absehbare Zentralisierung unter dem Dach weniger Kapitalgruppen gegenüber". Das wirft Fragen nach nationalen und internationalen Regeln der Konzentri-

onskontrolle, nach der "Demokratisierung des Informationszugriffs" und nach der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf.

Hans J. Kleinsteuber sieht die Gefahren, daß die großen Anbieter die Netze dominieren, "unsere erhöhten Freizeitbedürfnisse kapitalisieren" und auch die Politik "kommerzialisieren". Zu einer ernsthaften Gegenmachtbildung sei es bisher nicht gekommen. So sei zu befürchten, daß es statt der prophezeiten "Informationsgesellschaft" eher zu einer "Art Zweidrittel-Informationsgesellschaft" komme, die geteilt ist zwischen den "information poor" und den "information rich". Kleinsteuber: "Eine Bevölkerungsmehrheit droht zunehmend in den würgenden Griff einer hochprofessionellen Rundfunkindustrie zu geraten, während andere Segmente derselben Gesellschaft die Technik spielerisch und selbstbewußt einzusetzen vermögen, sozusagen selbst zu Intendanten werden." Die Spaltung der Gesellschaft vollzieht sich nicht nur sozial, sondern auch kulturell in neuen Dimensionen.

Das alles wirft die Frage nach Alternativen und Gegenmachtbildung auf. Sie muß angesichts der Schwäche der Gewerkschaften und der demokratischen Bewegung unbeantwortet bleiben. Doch das Zustandekommen des vorliegenden Sammelbandes selbst gibt einen kleinen Hoffnungsschimmer. Zwei Gewerkschaften, die hier ohne organisationspolitischen Eigennutz Fragen diskutieren, mit denen sie in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig konfrontiert werden.

Und dabei einen hohen Informations- und kritischen Sachverstand ausweisen. Andere von Multimedia betroffene Gewerkschaften, wie die IG Metall, HBV und ÖTV müßten noch hinzukommen, um eine gesellschaftspolitische und Kultur-Diskussion anzuzetteln, die über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgeht. Kulturschaffende, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Eltern-, Kinder- und Jugendorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Bürgerinitiativen und außerparlamentarische Bewegungen im Bereich Ökologie, Frieden, Antifaschismus und Antirassismus wären wohl die richtigen Ansprechpartner. Eine Diskussion, wie sie in den USA offenbar abläuft, wie die Kommunikationswissenschaftler Herbert Kubicek/Ulrich Schmid/Heiderose Wagner in ihrem Beitrag berichten. Nur wenn es zu einer interaktiven Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften kommt, die an einer demokratischen Medienentwicklung und Nutzung der "digitalen Revolution" im humanistisch-demokratischen Sinn interessiert sind, ergibt sich wirklich eine Gestaltungsmöglichkeit gegenüber der neuen Technik.

Fred Schmid

Medien und gesellschaftliche Kommunikation

Horst Holzer, Medienkommunikation. Einführung in handlungs- und gesellschaftstheoretische Konzeptionen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994, 237 S., 24,80 DM.

Aktuelle Debatten über den Stellenwert und die Funktionsweise der Massenmedien konzentrieren sich zumeist auf einige ausgewählte Aspekte: auf technologische Entwicklungen, politische Strategien, den Grad der Kommerzialisierung und Monopolbildung etc. Die Einführung von Holzer ist hingegen allgemeiner angelegt. Demnach stehen nicht primär die derzeitigen Veränderungen der Medienlandschaft im Vordergrund, sondern der Aussage- und Erkenntniswert unterschiedlicher medien- und kommunikationstheoretischer Konzeptionen. Die von Holzer präsentierte grundlagentheoretische Diskussion verfolgt dabei zwei Ziele: zum einen will sie "einen Pluralismus von Konzeptionen" anbieten, "in dem jedem Ansatz eine eigenständige Bedeutung zugesprochen und ein spezifischer Beitrag zur Erkenntniserweiterung unterstellt wird" (12); zum anderen sollen die Konzeptionen zugleich aber auch kritisch eingeordnet und zueinander in Bezug gesetzt werden. Um die Darstellung übersichtlich zu halten, begrenzt er den Untersuchungsbereich auf die deutsche Theorie-Diskussion und deren Überlegungen zu den Massenmedien Presse, Hörfunk und Fernsehen.

Eingangs setzt Holzer sich und die Auswahl der unterbreiteten Konzeptionen von der "Wirkungsforschung" ab: Obwohl diese mittlerweile zwar komplexere Modelle entwickelt habe, bleibe sie doch nach wie vor verhaltenstheoretischen Prämissen verhaftet. Massenkommunikation stelle sich für

sie im wesentlichen als lineare Reiz-Reaktion-Kausalität dar, die die Vermittlung über die Bedingungen des sozialen Handelns weitgehend außer Acht lasse. Der Wirkungsanalyse entgehe dadurch sowohl die Bedeutung des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs als auch die aktive sinnproduzierende Verarbeitung von Medienbotschaften seitens der Rezipienten. Holzer weist zwar darauf hin, daß sie empirisch relativ einfach zu operationalisieren ist, aufgrund ihrer problematischen Grundlagen jedoch zu irreführenden Resultaten kommt. Der verengte medienzentrierte Blickwinkel und die eindimensionale Außenperspektive verbauen die Sicht auf die tieferen Gründe und sozialen Dynamiken bei der Produktion und Rezeption von Medienbotschaften.

Zugleich sind damit die Kriterien für den nachfolgenden Hauptteil benannt: Zunächst erfolgt die Darstellung und Interpretation von handlungs- und interaktionstheoretischen Ansätzen, die die Medienkommunikation seitens der Rezipienten und Produzenten aufschlüsseln. Ergänzend hierzu werden danach system- und gesellschaftstheoretische Konzeptionen diskutiert, die sich insbesondere mit der institutionellen Qualität von Medien befassen.

Aus handlungstheoretischer Perspektive referiert Holzer knapp, zugleich aber präzise und informativ, drei Versuche, die sich explizit das Ziel gesetzt haben, die Defizite der Wirkungsanalyse zu überwinden. Der erste Ansatz von Rencksdorf ist publikumszentriert und

betont das aktive, bewußte und sinnerzeugende Handeln der Rezipienten. Nutzen- und bedürfnistheoretische Überlegungen werden dabei mit Elementen des "symbolischen Interaktionismus" verknüpft, d.h. der aktiven symbolischen Interpretation von alltäglichen Lebenssituationen. Der Rezipient nutze demnach die Medien auf Grundlage des Alltagswissens gewissermaßen routinemäßig. Gleichwohl erhalten deren Botschaften erst durch seine aktive Sinnkonstruktion ihre Bedeutung. Die Effekte medialer Informationen hängen daher stark von der Aufmerksamkeit der Leser, Hörer bzw. Zuschauer ab und diese wiederum von der individuellen Brauchbarkeit für den sozialen Lebensvollzug. Kritisch merkt Holzer hierzu an, daß Rencksdorf zu sehr auf die intentionale Qualität des Medienhandelns fixiert ist und außerdem die institutionelle und organisatorische Verselbständigung der Medien unberücksichtigt läßt.

Der zweite handlungstheoretische Ansatz von Bachmaier argumentiert ebenfalls auf Basis des symbolischen Interaktionismus. Verstärkt rückt hier jedoch die Schütz'sche Konzeption der Alltagswelt in den Mittelpunkt der Betrachtung; nicht zuletzt um das "Geflecht von Verhältnissen, Institutionen und Organisationen zu thematisieren" (42). Mit Luckmann/Berger wird die Entstehung der intersubjektiven Welt als "kulturelle Objektivierung subjektiv sinnvoller Bezüge" gefaßt: Ähnlich wie bei Rencksdorf wird darauf verwiesen, daß Sinn durch die alltagsweltliche Einbettung von

Kommunikation erzeugt wird, um danach die Medienkommunikation als integrierten Bestandteil der Alltags- und Lebenswelt zu erörtern. Sie ist gleichsam normal und vertraut, weil sie die kulturelle Objektivierung von spezifischen Ausdrucks- und Bedeutungsschemata darstellt, die zugleich seitens der Rezipienten subjektiv angeeignet und verarbeitet werden. Damit ist ein Reproduktionszirkel umschrieben, den Bachmaier letztlich zugunsten der subjektiven Dimension auflöst. Die Funktion von medialen Botschaften betrachtet er vornehmlich unter Aspekten der individuellen Artikulations-, Interpretations- und Handlungsfähigkeit.

Die dritte Konzeption von Charlton/Neumann-Braun untersucht die alltägliche Medienkommunikation struktur- und sozialisationsanalytisch im Kontext der sozialen und kulturellen Identitätsbildung und gesellschaftlichen Integration. Den Rezeptionsprozeß prägen sowohl die Erfordernisse der alltäglichen Lebensbewältigung, die subjektiven Bedürfnisse und kognitiven Fähigkeiten als auch die Beschaffenheit des Medienprodukts (61). Zugleich ist der Rezeptionsprozeß in den übergreifenden gesellschaftlichen Wandel - hier vor allem: Tertiarisierung und Individualisierung - eingebettet. Nach Charlton/Neumann-Braun haben sich - institutionelle und inhaltlich verflochtene - mediale "Verbundsysteme" herausgebildet, in denen zwei Dimensionen zusammentreffen: die "technische" erfaßt die Medien als Verbreitungsmittel und

Präsentationseinrichtungen, indessen sich die "semiotische" auf das Angebot von Sinn- und Bedeutungsschemata bezieht (81). Trotz aller aktiven - z.T. auch widerständigen - Rezeption charakterisieren Charlton/Neumann-Braun Medienkommunikation als einen Prozeß des "Sich-selbst-Integrierens" in das "Koordinatensystem der heutigen Konsumgesellschaft" (83).

Durch die Anordnung der handlungstheoretischen Konzeptionen rückt mehr und mehr die Frage nach der gesellschaftlichen Qualität der Medien ins Zentrum. Obwohl die Überleitung zu den gesellschaftstheoretischen Medienkonzeptionen von Habermas und Luhmann einen Perspektivenwechsel markiert, bleibt der Bezug zu den vorherigen Fragestellungen durchaus bestehen. Ungeachtet aller Differenzen ist beiden Ansätzen gemeinsam, daß sie die Medienkommunikation an das Handeln der Rezipienten rückkoppeln und "Kommunikation" als Grundkategorie gesellschaftlicher Entwicklung betrachten.

Die Darstellung beider "Großtheorien" - einschließlich ihrer medientheoretischen Erkenntnisse - ist äußerst gelungen. Indem Holzer etwas weiter ausholt, lesen sich die Teile zugleich als Einführungen in die "Theorie des kommunikativen Handelns" (Habermas) bzw. die "allgemeine Systemtheorie" (Luhmann). Zunächst befaßt sich Holzer mit Habermas und arbeitet dabei die Ambivalenz von Medien und Medienkommunikation heraus. Im Kern resultiert diese aus dem Aufeinandertreffen zweier Dynami-

ken: Einerseits fördern die systemischen Imperative instrumenteller Rationalität (Staat und Wirtschaft) die Vermachtung und Kommerzialisierung der Öffentlichkeit (120ff.); und andererseits stemmen sich dem die emanzipativen Potentiale der lebensweltlichen Verständigung und sozialen Integration entgegen. Gesellschaftliche Konfliktlinien verlaufen demnach weniger entlang traditioneller Klassegegensätze (von Kapital und Arbeit), vielmehr werden sie durch die konträre Entwicklungsdynamik unterschiedlicher Sphären konstituiert. Der dadurch geschaffene Vergesellschaftungszusammenhang bleibt für Habermas stets fragil und prekär.

Auch Luhmann leitet die Emergenz von sozialen Systemen aus Kommunikationsprozessen ab. Obwohl "doppelt kontingent", d.h. wechselseitig unwahrscheinlich - reduzieren diese letztlich die bestehenden Unsicherheiten und formen soziale Ordnungen, d.h. relativ stabile System-Umwelt-Beziehungen (134ff.). Kommunikation begründet dabei zugleich den "Doppelcharakter" von Systemen: einerseits ihre operative Geschlossenheit im Sinne von Selbstreferenz und Selbstreproduktion; je nach System ist hier die Kommunikation an ein spezifisches Medium gebunden (Wirtschaft: Geld; politisches System: Macht; Rechtssystem: Recht etc.); andererseits ermöglicht Kommunikation aber auch die informationelle Offenheit von Systemen. Durch den Spiegel der "öffentlichen Meinung", der den sozialen Systemen die Gelegenheit zur Selbstbeobachtung gibt (176f.), ist es ihnen möglich,

sich auf Basis ihres spezifischen Eigensinns auf veränderte Umweltbedingungen einzurichten. In die inner- und zwischensystemische Kommunikation sind nach Luhmann mehrere Selektionsfilter - Aufnahme und Verarbeitung von Informationen - eingebaut, die den Kommunikationsfluß behindern. Dieser bricht jedoch nicht ab, da sich die Kommunikationsmedien symbolisch generalisiert haben; nicht zuletzt über die immense Ausdehnung der Massenmedien.

Nachdem Holzer einige der theoretischen Grundannahmen und Erklärungsdefizite kritisiert, kommt er im abschließenden Teil zu dem Ergebnis, daß die historisch-materialistische Medien- und Kommunikationsforschung trotz vieler Unzulänglichkeiten keineswegs überholt ist. Indem sie Kommunikation umfassender als Bestandteil des gesellschaftlichen Stoffwechsels "Mensch/Natur" begreift, thematisiert sie zugleich den gesellschaftlichen Charakter und die Formbestimmtheit der Medien. Grundsätzlich liegen, so Holzer, deren Aufgaben zum einen in der Stützung und Förderung der Kapitalakkumulation, zum anderen in der ideologischen Herrschaftssicherung, Legitimationsbeschaffung und sozialen Integration (200f.). Anhand der bundesdeutschen Medienlandschaft skizziert er grob diese Dimensionen; dabei geht es insbesondere um die institutionellen Organisationsformen und Funktionsweisen sowie inhaltlich um die Produktion und alltägliche Rezeption von Medienbotschaften.

Insgesamt bietet der Einführungsband einen - didaktisch und inhaltlich - sehr guten grundagentheoretischen Überblick über die Medien- und Kommunikationstheorie. Kritisch ist allenfalls auf die Ausblendung angrenzender Themen zu verweisen: So werden erstens die demokratietheoretischen Implikationen der diskutierten Ansätze nicht angesprochen. Zweitens ließe sich durch den stärkeren Bezug auf die neuen Medien die aktuelle Relevanz der Konzeptionen - auch im Hinblick auf die Reorganisation der Produktionsbeziehungen - überprüfen. Und drittens hätte im letzten Teil angerissen werden können, inwiefern nicht die Arbeiten des gramscianisch inspirierten "kulturellen Marxismus" (z.B. von Stuart Hall) und die Zivilgesellschaftsdebatte Anknüpfungspunkte für eine Fortentwicklung der materialistischen Medientheorie und der Theorie des Alltagsbewußtseins liefern. Angesichts der notwendigen Eingrenzung des Gegenstandsreichs spricht dies jedoch eher für einen Fortsetzungsband.

Hans-Jürgen Bieling

Die neue Welt-UN-Ordnung

Werner Ruf, Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrats mit der Souveränität der "Dritten Welt", Münster 1994, agenda-Verlag, 240 Seiten, 19,80 DM.

Die schon inflationäre Zunahme von UNO-Einsätzen an zahlreichen Brennpunkten der Welt bis in die jüngste Gegenwart macht die Frage

nach deren Sinn, nach ihrem Hintergrund und ihren Perspektiven höchst aktuell. Werner Ruf, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Gesamthochschule Kassel und den Z-Leserinnen und -Lesern durch Beiträge in dieser Zeitschrift schon bestens bekannt, hat dazu eine umfangreiche Analyse vorgelegt, die die Art und Weise des Umgangs des UNO-Sicherheitsrats mit den Ländern der Dritten Welt analysiert. Ruf untersucht die sich wandelnde Rolle der UNO zu einer intensiven Interventionspolitik nach dem Ende der Bipolarität und der Blockkonfrontation. Es wird gezeigt, wie die UN-Vollversammlung, die immerhin bis Ende der 80er Jahre im Sinne einer positiven Friedensordnung fallweise noch initiativ und gestalterisch tätig werden und in diesem Sinne Druck auf den Sicherheitsrat ausüben konnte, ihre aktive Rolle praktisch vollständig an den Sicherheitsrat verlor.

Ruf stellt sich die Aufgabe, die "Defizite dieser 'neuen Weltordnung' zu benennen und der Frage nachzuspüren, ob sich hinter diesem Interventionismus ein - allerdings gewalttätiges - Ordnungsmuster abzeichnet, das der militärischen Absicherung des Herrschaftsanspruchs der führenden Industrienationen in einer globalisierten Welt entspricht" (8). Insbesondere geht Ruf der Frage nach, ob es sich bei der neuen Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrats um ein "Instrument nationaler - in diesem Falle primär US-amerikanischer - Interessenpolitik handelt" (9).

Diese Fragestellungen werden detailliert untersucht am Beispiel dreier konkreter Konflikte, die in der nachrealsozialistischen Ära vom Sicherheitsrat auf neue Weise bearbeitet wurden, wie sie in der Zeit des Systemgegensatzes so nicht möglich war: Der Westsahara-Konflikt, der 2. Golfkrieg und das UN-Engagement in Somalia. Die jeweils sehr faktenreiche Darstellung wird ergänzt durch eine übersichtliche Chronologie.

Am Beispiel des Westsahara-Konflikts (Kap. 1, S. 18ff.) zeigt der Autor, wie der Sicherheitsrat - dessen starke Stellung innerhalb der Organisation der UN genau beschrieben wird (14f.) - nach dem Austritt der Sowjetunion aus der Weltpolitik schrittweise die Obstruktionspolitik der marokkanischen Regierung gegenüber der Frente Polisario (48ff.) hinnahm und deren völkerrechtswidrigen Anspruch auf die Westsahara nach und nach ohne hörbaren Protest akzeptierte. In seinem Fazit kommt Ruf zu dem Schluß, daß der Sicherheitsrat im Falle des Westsahara-Konflikts "die Aufhebung des Territorialprinzips und des Prinzips der Volkssouveränität als Grundlage der staatlichen Souveränität" (62) sanktionierte. Der Sicherheitsrat habe sich als ein Gremium gezeigt, in dem "die tagespolitischen Interessen entscheidender sind als die völkerrechtlichen Prinzipien" (63).

Eine ganz andere Struktur liegt dem Somalia-Konflikt zugrunde, der im dritten Kapitel behandelt wird (122ff.). Hier handelt es sich um die Intervention in einen

tatsächlich schon nicht mehr existierenden Staat. Ruf untersucht Hintergründe und Verlauf der 1992 gestarteten gigantischen "Operation neue Hoffnung", die die USA im Namen des Sicherheitsrats unternahm und die schon kurze Zeit später kläglich scheiterte. In der Hauptsache ging es bei dieser Aktion offensichtlich um den Versuch der Darstellung amerikanischer Größe und militärischer Fähigkeiten weltweit (161). Allerdings gesteht Ruf ein, daß die vielschichtigen Motive für diese Aktion beim derzeitigen Kenntnisstand kaum befriedigend erklärt werden können. Ruf kommt nach Abwägung aller Faktoren zu der Schlußfolgerung, es habe sich um einen Präzedenzfall gehandelt, der die Menschenrechtssituation in einem bestimmten Land zum Anlaß für eine militärische Intervention nahm (164). Die Konsequenzen daraus könnten sehr weitreichend sein.

Ein Fall "partieller Entsouveränisierung" ist der 2. Golfkrieg (Kapitel 2, 66ff.), der hier etwas genauer betrachtet werden soll. Ruf analysiert damit einen Konfliktfall, der um die Jahre 1990/91 die bundesdeutsche Friedensbewegung noch einmal - und offenbar für längere Zeit zum letztenmal - zu massenhaften Aktionen mobilisierte. Er bewegt sich mit seiner faktenreichen Untersuchung gegen den mainstream des linken intellektuellen Diskurses, in dessen Verlauf inzwischen viele Linke vor der geistigen Hegemonie des Konservatismus kapituliert haben. Die damaligen kritischen Positionen vieler Linker, von ihnen inzwischen

Seit 25 Jahren in Bewegung...



...die letzten drei Hefte:
204 Ost- u. Südostasien
205 Demokratisierung
206 Welthandel

Die *blätter* sind die größte unabhängige Zeitschrift zur Nord-Süd-Problematik im deutschen Sprachraum. Sie erscheinen seit 1970 achtmal im Jahr mit einem Umfang von 52 Seiten. Sie sind die ideale Ergänzung zur alltäglichen Berichterstattung.

Bestellung:

- Ich bestelle das Probeabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
- Ich bestelle die Materialliste '95

informationszentrum dritte welt

Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003, Fax: 0761/709866

kampflos geräumt, werden hier durch die akribische Analyse im Nachhinein noch einmal bekräftigt. Besonders aufschlußreich sind Rufs Ausführungen über den Verlauf der Entwicklung nach dem eigentlichen Ende des Krieges, als der vom Sicherheitsrat betriebene Entsouveränisierungsprozeß erst richtig begann. Der Sicherheitsrat machte sich nicht nur zum Kontrolleur der irakischen Staatsfinanzen, des Rüstungswesens, des Außenhandels, der Polizeifunktionen usw., sondern auch zum treuhänderischen Verwalter des IWF im Irak. Insgesamt handelte es sich, so Ruf, um ein "umfassendes und geschlossenes System" von Maßnahmen, das durch die UN-Resolution 688 auch mit dem Novum eines "humanitären Interventionsrechts" gekrönt wurde und dann zur "Legitimation eines unilateralen Interventionismus" (119) verkam.

Auf den abschließenden 60 Seiten der Kapitel 4 und 5 (166ff.) zieht Ruf Schlußfolgerungen aus seinen Fallstudien. Der Befund ist eindeutig und ergibt sich logisch aus dem dargebotenen und verarbeiteten Material: Die UNO betreibt eine Erosion ihrer eigenen Prinzipien von "staatlicher Souveränität, territorialer Integrität und politischer Nichteinmischung" (168), also von Prinzipien, die für ihr Selbstverständnis seit ihrer Gründung essentiell waren. Stattdessen bildet sich unter der Devise "robusten Friedensschaffens" (180) ein selektiv angewandter Interventionismus des Sicherheitsrats heraus, der "keinerlei demokratischer oder Normenkontrolle durch die Staa-

tenwelt, insbesondere nicht durch die Zweidrittel der schwächsten ihrer Mitglieder unterzogen werden" kann. Vielmehr erscheinen die Aktionen des Sicherheitsrats, so dann die Beantwortung der eingangs gestellten Frage, durchaus interessen-geleitet, primär im Sinne der USA, generell jedoch im Interesse der mächtigsten Staaten der Welt (180).

In dieser Hinsicht macht Ruf auf eine sich abzeichnende zukünftige Konfliktkonstellation aufmerksam, die in absehbarer Zeit zu einem Charakteristikum der "neuen Weltordnung" zu werden droht: die wachsenden Rivalitäten zwischen den mächtigsten kapitalistischen Metropolen. Aus diesen "Rivalitäten zwischen den Führungsmächten der Triade" können sich "auch Friktionen ergeben", die "keineswegs in direkte kriegerische Auseinandersetzungen münden müssen, die aber verschärfte Rivalitäten, ggf. bis zum Gewalteininsatz, dann und dort möglich machen könnten, wo es um vitale Ressourcen zweier oder dreier Mächte gehen könnte" (218f.). Für solche Vorhaben hat die vom Sicherheitsrat verantwortete Gewaltanwendung wichtige Legitimationsgrundlagen geschaffen - und ganz nebenbei zeigt Ruf, wie solche Überlegungen bereits in die Interpretation der Bundeswehrführung von "nationalen Interessen" eingeflossen sind (219).

Vor diesem Hintergrund scheint dem Rezensenten Rufs Auseinandersetzung mit wichtigen in der Friedensforschung anzutreffenden Positionen besonders überzeugend,

die den Ansatz einer "Weltinnenpolitik" vertreten und darin eine Ab-sage an das Prinzip der Staatensouveränität einschließen. Ruf zieht das Fazit, daß " Globalisierung in ihrer heutigen Form mit ihren Konsequenzen von Fragmentierung und Regionalisierung ... nicht durch Beseitigung von Staatlichkeit und Souveränität der Schwachen begegnet werden (kann). Dies hätte als Konsequenz nur die Re-Institutionalisierung des Faustrechts auf zwischenstaatlicher und vor allem infra-staatlicher Ebene" (225).

Neben etlichen originellen, aber, wie Ruf selbst sagt, "utopischen" Überlegungen zu einer dringend notwendigen Reform der UNO (219), zieht der Autor auch näherliegende politische Konsequenzen. Es geht um den Widerstand gegen die wachsende Militarisierung der internationalen Beziehungen und auch des Denkens - auch bei vielen Linken hierzulande. Rufs Analyse beweist, daß es möglich ist, aus einer gründlichen und materialreichen Analyse aktueller politischer Entwicklungen neue und tragfähige Ansätze für linke Politik zu gewinnen.

Jürgen Reusch

Diagnosen und Strategien der Modernisten in der PDS

Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hrsg.), *Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen,*

Papyrossa Verlag, Köln 1995, 208 Seiten, Pb., 24,80 DM.

Die Publikation enthält zehn Beiträge zur Geschichte, Realität und Perspektive der PDS. Es handelt sich meist um soziologische und politologische Analysen und Erörterungen einzelner Gesichtspunkte oder des Gesamtkomplexes. Die meisten Autoren sind mehr oder weniger mit der PDS als politischem Projekt verbunden und kommen aus der früheren DDR und SED. Es dominieren die Vertreter jener modernistischen (oder modernetheoretischen) Reformrichtung, die de facto mit der sozialistisch-kommunistischen und marxistischen Tradition gebrochen hat, der auch die derzeitige Führungsgruppe der PDS (G. Gysi, L. Bisky, A. Brie u.a.) zuzurechnen ist und die die Transformation der PDS in eine moderne linke, bundesweite Volkspartei anstrebt. Es versteht sich, daß die Präsentation und Interpretation des empirischen Materials in eine solche Richtung erfolgt.

Es ist ein Vorzug der Beiträge, daß Autoren aus dem intellektuellen Umfeld die politischen Ambitionen deutlicher auf den Begriff bringen können, als dies dem politischen Führungspersonal aus vielerlei taktischen Gründen möglich ist. Bei den Verfechtern dieses Konzepts bleibt allerdings im Dunkeln, welcher Natur denn der angestrebte "moderne Sozialismus" oder die "moderne Linkspartei" sein sollen. Klar ist nur die Bestimmung aus der Negation der Tradition und Vergangenheit. Was positiv aufscheint, ist vielleicht ein radikalde-

mokratisches Zivilgesellschaftskonzept, das, im Unterschied zu linken Varianten im Westen, die marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Essentials nicht infrage stellt. Die Partei reduziert sich auf eine Art von Diskursmoderator - weit entfernt von der Realität des politischen Systems im "modernen Kapitalismus".

Dabei ist diese Gruppierung allerdings mit einer Partei konfrontiert, deren Mitglieder zu 97 Prozent aus der SED kommen und durch eine kommunistisch-marxistische Tradition geprägt sind und die ihre Wahlerfolge seit Ende 1993 einer zunehmenden DDR-Nostalgie im Zuge der sogenannten Vereinigungskrise zu verdanken hat. Diese Sachverhalte passen aber nicht ins Weltbild der Modernisten. Sie werden an die Wand gedrängt oder der edukationistischen Abarbeitung empfohlen. Auch in der Sicht der Autoren gibt es heute in Deutschland keine andere Partei, die eine solche Diskrepanz zwischen den Ambitionen der Führung und den Erwartungen der Mitglieder aufweist, wie die PDS, und deren Führungsgruppe auf neue Weise den ansonsten verdammt Avantgarde- und Wahrheitsanspruch gegenüber der Mitgliedschaft als einer Art Erziehungsobjekt kultiviert. Hierzu gehört bei den Autoren auch die für Sozialisten doch recht seltsame Vorliebe für den Elite-Begriff bei der Erörterung der innerparteilichen Verhältnisse.

Die genannten Positionen kommen besonders im Eröffnungsbeitrag von Michael Brie zum Tragen, der in bezug auf die weitere Entwick-

lung der PDS für eine sozialistische Volkspartei im Sinne einer sozialistisch orientierten Verfassungspartei eintritt. Die anderen von ihm genannten Alternativen (regionale Volkspartei, sozialistische Fundamentallopposition) schiebt er beiseite, ohne sie ernsthaft zu erörtern. Ohnehin ausgespart bleibt die Möglichkeit einer linkssozialistischen Partei und das Abfragen der heute in Europa bestehenden Parteimodelle auf der Linken. Die ostentative Abwendung von der Tradition rächt sich mit offenkundigen Wahrnehmungsdefiziten.

Von dem Westberliner Politologen Gero Neugebauer muß sich Brie im folgenden Beitrag vorhalten lassen, daß er eigentlich "für eine Bewegung" plädiere, "die aus der PDS" komme, weil sich die Partei nicht von den Zwängen der Vergangenheit und den damit vermittelten Strukturen lösen könne. Die PDS werde als Ausgangspunkt einer Bewegung verstanden, die alle ideologisch Gescheiterten außerhalb der tradierten politischen Organisationen bündeln solle. "Dieses Konzept ist nicht geeignet, die PDS als Partei zu restaurieren, wie es in der Politik der Parteiführung angelegt ist." (52) Neugebauer seinerseits empfiehlt das Abstoßen des "dogmatischen" Flügels, "dann könnten bestehende Differenzen zur SPD reduziert und die PDS in Ostdeutschland als deren dortiger Flügel in die SPD integriert werden" (53), also nur eine andere Variante der Selbstliquidation. Es versteht sich, daß er den Gang nach Westen als "unwägbares Unterfangen" (57) beurteilt.

Was bei Michael Brie mitunter nur verschlüsselt mitgeteilt wird, legen Rainer Land und Ralf Possekel als eifrige Protagonisten eines "modernen Sozialismus" unverhüllt auf den Tisch. Für den Parteitag im Januar 1995 habe sich die Führungsmannschaft entschlossen gehabt, daß "die Auseinandersetzungen um die zukünftige Richtung der PDS zugespitzt und, zumindest in einigen Grundfragen des politischen Selbstverständnisses, Entscheidungen erzwungen werden. Gegenstand der Attacke war die kommunistische Plattform". Aber es sei ihr um mehr gegangen. "Die 'Modernisten' in der PDS, die, obwohl stets nur eine kleine intellektuelle Minderheit, seit dem Dezemberparteitag 1989 unangefochten die Führung stellen, wollten endlich eine definitive Abkehr von orthodoxen Sozialismusvorstellungen und von jeglichem avantgardistischen Politikverständnis erzwingen." (112)

Aber sie müßten eben deshalb taktieren, weil sie immer die Parteilichkeit bis zum gewissen Grad ins Kalkül ziehen müßten. ("Das macht die Sache kompliziert und erklärt die Manöver mit der kommunistischen Plattform." 113) "Diese pragmatische und recht konservative, ziemlich DDR-nostalgieische Mehrheit ist das Potential und zugleich das Problem der PDS." (113) Genau dies, freilich mit anderen Worten und Bewertungen, hatten auch die marxistischen Kritiker in der Beurteilung des Parteitages - von der Führungsgruppe vehement als bössartige Denunziation in Abrede gestellt - geäußert.

Relativ ausführlich gehen Land/Possekel auf das Konzept und die Gruppe "moderner Sozialismus" ein. Dieses Konzept war in der Endphase des DDR-Sozialismus in Adaption insbesondere der Moderne-Auffassung von Jürgen Habermas von einer Intellektuellengruppe vor allem an der Humboldt-Universität entwickelt und als Reformkonzept des Sozialismus verstanden worden. Kaum rezipiert wurde die kritische Seite von Habermas gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft. Es war die Konversion nicht nur von marxistisch-leninistischen, sondern generell von sozialistisch-marxistischen Positionen zu einem radikaldemokratisch-mittelschichtspezifischen Standpunkt, sobald sich die Realität der Angliederung an den Kapitalismus einstellte. Oder in den Worten von Land/Possekel: Es war der "Weg aus einer anti-kapitalistischen und anti-bürgerlichen Gesellschaftsvorstellung hin zu Reformvorstellungen, die auf eine Veränderung der Gesellschaft mit den Mitteln der Moderne selbst zielen" (119), "zu einem Bekenntnis zu modernen bürgerlichen Gesellschaften" (125). Dabei hätten sich Berührungspunkte zum heute von A. Gorz vertretenen "libertären" Sozialismus ergeben. Der Unterschied zum Sozialdemokratismus liege im Antietatismus dieses Konzepts. Dies entspricht insofern nicht den Tatsachen, als in den Strukturen der Sozialdemokratie längst diese Richtungen ihren Platz haben, was auch die parteipolitischen Präferenzen der entsprechenden Theoretiker deutlich machen. Und

ohnehin haben diese Richtungen ihren Platz bei den Grünen.

Land/Possekel beklagen vor allem, daß es den "Modernisten" in der PDS nicht gelungen ist, die DDR-Nostalgie erfolgreich unten zu halten. Angesichts ihrer Beurteilung der Realitäten räumen sie der Transformation zu einer "modernen sozialistischen Reformpartei" nur wenig Chancen ein und halten eine Regionalpartei mit staatsinterventionistischem Konzept am wahrscheinlichsten.

Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit Unternehmern bzw. nicht-bäuerlichen Selbständigen als Klientel der PDS (Thomas Koch). Immerhin hatten 15 Prozent dieser sozialstatistischen Gruppe im Osten die PDS gewählt. Unbelegt bleibt dabei, auf welche und wieviel Unternehmer mit Westherkunft dies zutraf, was Koch ins Spiel bringt, um die ideologische Bindung an die DDR als Hauptmotiv eines entsprechenden Wahlverhaltens zu relativieren. Ferner ist es unklar, wie sich die 20 Prozent "Unternehmer" in Entscheidungspositionen der PDS zusammensetzen. In anderen Beiträgen ist die Rede davon, daß in der Partei-statistik auch die Abgeordneten unter diese Rubrik fallen.

Host Dietzel und Bernd Ihme geben eine Skizze der Programmentwicklung und -debatte der PDS. Dabei wird der Abgrenzung nach links, gegen die marxistische Tradition breiter Raum eingeräumt, während die PDS auf ihrer rechten Flanke scheinbar grenzenlos offen ist, was ansonsten die Wohlgeleit-

tenheit einer Politikerin wie Frau Ostrowski in dieser Partei unterstreicht. Klar ist für sie: "Es gibt kein Zurück zur DDR und auch keine 'bessere' Neuauflage eines solchen 'Modells'". (110) Eine Unterscheidung nach sozialdemokratischer und kommunistischer Programmatik halten sie für überholt. Die Spezifik der PDS-Programmatik gegenüber der SPD sehen sie in einer konsequenteren Globalistik, was sich allerdings kaum belegen läßt. Ihr neues Parteiverständnis drücken sie mit folgendem Allgemeinplatz aus: "Nicht stellvertretend für die Menschen Politik zu machen ist die Devise der PDS, sondern mit ihnen zusammen." (111) Und wer möchte dies wohl nicht!

Dietmar Keller beklagt, daß die PDS mit den Stalinismus-Debatten ihren Mitgliedern zu wenig "radikale individuelle Selbstzensur" (134) abgefordert und sich die Bundestagsgruppe der PDS der Eppelmann-Kommission gegenüber zu wenig konstruktiv verhalten habe. In bezug auf die Geschichtsdiskussion hätten sich auf dem letzten Parteitag die "Reformkräfte" durchgesetzt, freilich sei eine "emanzipatorische Geschichtsbetrachtung" - was er wohl darunter verstehen mag? - noch nicht erreicht.

Rudolph Woderich beschäftigt sich in seinem Text mit der ästhetischen Seite der durch die Firma Trialon kreierten Wahlwerbung der PDS (straff, zentralistisch, administrativ) und sieht in ihr die Entsprechung zum Modernismus der Führungsgruppe. Freilich überschätzt er de-

ren Wirkung auf das Wahlergebnis doch ganz erheblich. Johannes Volmert untersucht in einem Pressepiegel die gegen die PDS ins Spiel gebrachten Stereotypen.

In einem abschließenden Beitrag geht Thomas Koch auf die Haltung der PDS zum "Vereinigungsprozeß" ein. Bekanntlich hatte sie bis zuletzt an der Eigenstaatlichkeit der DDR festgehalten, dann aber als "ostdominierte Partei in einer von westdominierten Parteien geprägten politischen Landschaft" (189) auf die Erfüllung des "Einigungsvertrages" gepocht. Gerade durch die Vertretung der Ostinteressen leiste sie einen Beitrag zur Binnenintegration. Dabei sei die Botschaft der Reformer in der PDS: "Von der deutschen Einheit gehen trotz aller Widersprüche emanzipatorische Impulse aus, die es aufzunehmen und voranzutreiben gilt." (195) Dazu gehöre auch eine Vergangenheitsaufarbeitung, die die antipluralistischen und antiwestlichen Quellen der früheren (und heutigen) BRD-Ablehnung aufdecke. Leider bleibt unerörtert, wo denn nun die Binnen- bzw. Sozial-Integration in Systemintegration umschlägt und sich an der Ost-West-Konfliktlinie der Übergang vom berechtigten demokratischen Kampf um Gleichstellung zur Systemeinordnung als Ordnungsfaktor à la Godesberg zusammenbraut, zweifellos die zentrale Entscheidungssituation für die PDS. Es bleibt bei Koch offen, wie dies eine sozialistische Partei zu beantworten hätte.

Aus dem ideologischen Rahmen des Bandes und den entsprechen-

den Optionen der Herausgeber fällt der Beitrag von Dietmar Wittich "Mitglieder und Wähler der PDS" (58-80) heraus, und doch ist es gerade er, der die kompaktesten soziologischen Informationen und jene Schlüsse enthält, die sich aus einer unvoreingenommenen Beurteilung der empirischen Fakten ergeben.

Er zeichnet anhand der Mitgliederstatistik die Entwicklung der SED von 1989 zur PDS von 1995, die Genese zur "linkssozialistischen Oppositionspartei" und "marginalisierten Nachfolgepartei" nach und interpretiert sie im Kontext der sich herausbildenden Klassengesellschaft in Ostdeutschland. Erst 1994 kommt es zur Konsolidierung der Mitgliederentwicklung. Es beträgt nun u.a. der Anteil der Akademiker 30%, der Selbständigen 6%, der Arbeiter 17%, der Altersgruppen über 55 Jahre 70%, der aktiv Berufstätigen 25% an der PDS-Mitgliedschaft. Demgegenüber waren von den Delegierten des letzten Parteitages 2% Arbeiter, 20% Berufspolitiker, 22% über 55jährige, 61% aktiv Berufstätige. Während heute an der Parteibasis Rentner und Vorruehändler bestimmend sind, so sind es auf den höheren Leitungs- und Repräsentationsebenen jüngere Angestellte und Akademiker.

Da im Osten Sozialismus und Demokratie als kompatibel wahrgenommen würden, werde mit der Reproduktion der Klassengesellschaft "die Akzeptanz und Attraktivität der PDS als politisches Angebot einer sozialistischen Partei" befördert (73). Heute sei die PDS

vor allem im gehobenen Arbeiter-, im Intelligenz- und im Absteigermilieu verankert und habe in diesen spezifischen Ostmilieus ihre Wählerschwerpunkte. Neuerdings wachse auch wieder die Akzeptanz in der Arbeiterschaft. 30% der PDS-WählerInnen kämen aus dieser Gruppe. "Hinsichtlich der organisatorischen Kontinuität und der politischen Biografien ihrer Mitglieder ist die PDS die Nachfolgepartei der SED." (74) Und so werde sie auch im Osten wahrgenommen. Aber das sei "nicht nur ein Nachteil". "Für Teile des ostdeutschen Wahlvolkes repräsentiert sie damit auch selbst gelebtes Leben" und erscheine in wichtigen sozialkulturellen Milieus als "Weggefährte" (80). Hier wird also die Nachfolgepartei ernst genommen und ins Positive gewendet. Dies ermöglicht - im Unterschied zu den "Modernisten" - auch ein demokratisches Verständnis der PDS in ihren Binnenstrukturen, macht damit aber die entsprechenden Defizite umso deutlicher.

Heinz Jung

Icarus

Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte, 1. Jg. 1. Heft (Mai 1995), Hrsg. Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM), Verlag GNN, 52 Seiten, DIN A4, viertelj., 6.- DM (jährlich plus Versand: 24.- DM; Bestellungen: GBM, Siegfriedstr. 64, D-10365 Berlin).

Anzuzeigen ist eine neue Zeitschrift aus Ostberlin, die sich nicht

nur als Organ der GBM versteht, einer Gruppierung, die sich mit großem Engagement und Zivilcourage der Anschlußkolonialisierung der DDR und den entsprechenden diskriminierenden und menschenrechtsverletzenden Praktiken widersetzt hat und widersetzt und Gegenpositionen gegen die neuen Geschichtslügen der Eppelmann & Co., aber auch aus den Reihen der Postkommunisten bezieht. Sie bietet sich darüber hinaus auch Anhängern des kürzlich gegründeten Marxistischen Forums in der PDS als Publikations- und Diskussionsorgan an.

Unter den Namen der Gründer und des Redaktionskollegiums findet man neben Kuno Füssel, Uwe Jens Heuer, Siegfried Prokop, Wolfgang Richter, Kurt Pätzold auch Erich Buchholz, Stefan Doernberg, Kurt Franke, Helmut Hanke, Friedrich Jung, Horst Kolodziej, Adolf Kossakowski, Dieter Kraft.

Der Blickwinkel der Zeitschrift ist wohl in erster Linie durch die Interessen der widerständig gebliebenen DDR-Intelligenz bestimmt und soll sich in diesem Kontext auch für den Dialog mit der kritischen Sozialwissenschaft des Westens öffnen. So stehen im Mittelpunkt der Nr. 1/95 Erörterungen zu Begriff und Realität der Kolonialisierung Ostdeutschlands (Wolfgang Richter, Wolfgang Dümcke), Berichte über Menschenrechtsverletzungen im neuen Deutschland, die Darstellung britischer Reaktionen auf den Umgang mit ehemaligen DDR-Juristen. Zum Tode Wolfgang Harichs sind Stellungnahmen (und Doku-

mente) Robert Havemanns gegen Harich von 1957 abgedruckt, wohl nicht zuletzt in der Absicht, die Heuchelei aufzudecken, die etwa beim gegenwärtigen Prozeß gegen DDR-Juristen, die bei einem späteren Prozeß gegen Havemann beteiligt waren, waltet. Kuno Füssel steuert einen Beitrag zur Aktualität der Medienkritik von Günter Anders bei.

"Icarus flieg" ist der Eröffnungskommentar von Wolfgang Richter betitelt. Die antike griechische Sage berichtet, daß Icarus, der Sohn des Dädalus, im Höhenrausch, die Hitze mißachtend, der Sonne entgegenflog. Das Wachsbett der Federn schmolz und er stürzte ins Meer. "Es war ein sinnloser Tod aus einer Mischung von fehlender Erfahrung und kindlichem Leichtsin. Es lag nicht daran, daß der Mensch nicht fliegen kann." Damit ist die Analogie für die Kommunisten/Sozialisten gegeben: "Auch wir sind abgestürzt, wir haben etwas falsch gemacht, wir wissen nicht wirklich, was. Also suchen wir es." Dabei dürfe nicht mit Selbstgewißheiten operiert werden, sondern man müsse die Wissenschaft bemühen. "Es geht nicht an, mit vorschnellen Begriffen wie Totalitarismus, Stalinismus u.ä. den Feuilletonschutt des Jahrhunderts zu vermehren." Es sei auch Vorsicht geboten, neue Illusionen mit westlichen linken Sozialtheorien zu verbinden, die ihre Bringeschuld vor der Geschichte ja ebensowenig abgetragen hätten wie der "offizielle" Marxismus. Beide seien gescheitert, aber ihre Erfahrungen müßten genutzt werden - auch im Disput auf

einer theoretischen Ebene, die "nicht ihre marxistischen Wurzeln kappt". Nicht zuletzt gehe es jetzt um eine Zusammenführung "linker Theoretiker Ostdeutschlands" und um einen Diskurs, in dessen Zentrum gesellschaftliche Alternativen stehen sollten. Soweit zu Namen, Profil und Ambitionen.

Eine solche Zeitschrift fehlte bisher in der Ex-DDR und sie kann nach Lage der Dinge und der Erfahrungen der letzten fünf Jahre auch nur von der dortigen, marxistischem Denken nach wie vor verpflichteten Intelligenz gemacht werden. Erfolg und der sichere Flug des Dädalus seien ihr gewünscht.

Heinz Jung

Zwischen Kritik und Rechtfertigung

Herbert Mies, Fremdbestimmt? Abhängigkeit und Unabhängigkeit der DKP. Herausgegeben vom Gesprächskreis Geschichte + Politik e.V. Mannheim (c/o H. Dölzer, Am Kelterberg 11, D-69493 Großsachsen), Eigenverlag Mannheim 1995, 224 Seiten, Pb., 16.- DM.

Mit diesem Bändchen meldet sich der langjährige Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, nach 1989 nicht das erste Mal zu Wort. Die Publikation enthält verschiedene Texte aus dieser Periode. Ihr Hauptteil entstand jedoch aus aktuellem Anlaß: Den Vorladungen und Auslassungen des Bundestagsausschusses zur Untersuchung des Arbeitsbereichs "Kommerzielle Koordinierung" (der einst unter Lei-

tung von Dr. Schalck-Golodkowski stand), wozu auch die Transfers der SED an die DKP gehörten. Mies verweigerte trotz Beugehaftandrohung die Aussagen zur Sache, ließ sich jedoch durchaus auf die politischen Aspekte ein. Und daran war der Ausschuß nicht interessiert. (Die entsprechenden Protokollstellen sind auf den Seiten 201-213 abgedruckt.)

Dies war die respektable Haltung eines Mannes, der zur politischen Sache seines Lebens ohne Rückgratverkrümmungen steht und die sicher den Beifall nicht nur der heutigen DKP-Mitglieder gefunden hat. Diese Haltung kennzeichnet auch die vorliegenden Texte.

Was die Äußerungen zu den DKP-Financen betrifft, so geht er nicht auf die technischen und operativen Aspekte ein, sondern entwickelt eine Argumentation im Kontext der Realität der kommunistischen Bewegung vor 1989/90. Er sieht die Spendenfinanzierung der DKP durch die SED und andere kommunistische Parteien als Akt der Solidarität, an dem auch nachträglich nichts zurückzunehmen ist. Dem stellt er analoge Aktivitäten von Parteien und Institutionen der BRD, etwa den 2-Milliarden-DM-Transfer der EKD für die Evangelischen Kirchen der DDR, gegenüber. Dies macht die Heuchelei des Untersuchungsausschusses in bezug auf die DKP-Finanzierung deutlich. Hieraus wird auch verständlich, weshalb Mies einem entsprechenden innerparteilichen Untersuchungsausschuß der DKP aus den Jahren 1990/91 und seinen Fest-

stellungen nur wenig Verständnis entgegenbringt (18). Zur damaligen Praxis vermag er auch im nachhinein keine realistische Alternative zu erkennen. Denn das Ideal einer Beitragspartei hält er für "hoffnungslos antiquiert" (24). Gegenüber den anderen Parteien ist die DKP hier keine Ausnahme. Für ihn ist es auch noch nicht ausgemacht, ob die Vorwürfe der Abhängigkeit von Berlin und Moskau angesichts der dort zunehmenden Nostalgie zu den früheren Verhältnissen allezeit ein Makel sein werden. Er sieht - und darin ist ihm völlig beizupflichten - im Fremdsteuerungsargument gegen die DKP ein uraltes Ausgrenzungsmuster der Herrschenden gegenüber unbequemer Opposition von unten, die nicht aufzukaufen und zu integrieren ist.

Den Hauptteil machen Erörterungen über die Beziehungen der DKP zur SED und KPdSU aus. Die Beziehungen auf der Führungsebene werden mit den Parteibeziehungen identifiziert. Man wird hier mit der Meinungsäußerung eines führenden politischen Akteurs konfrontiert, die sicher je nach dem eigenen Standpunkt Zustimmung oder Ablehnung findet. Der Verfasser präsentiert sich also als das, was er war bzw. ist und nicht als Analytiker oder Historiker. Zu einer solchen Beleuchtung der Parteigeschichte steuert der Text also nur wenig bei. Die Schilderungen von Ereignissen und Personen sind äußert knapp gehalten, so daß dem schon Bekannten nur wenig Neues hinzugefügt wird.

Es gelte nicht nur in bezug auf die DKP, daß es eine reine Unabhängigkeit "einer Partei von den inneren Klassenbeziehungen und den internationalen Beziehungsgeflechten" "noch nie gegeben" hat. (40) Für die DKP war dies aus seiner Sicht eine "selbstgewählte Einordnung in internationale Erfordernisse". (43) Freilich sieht er im Zurücktreten des Nationalen bzw. des politischen Eigeninteresses und dem Verzicht auf Kritik an Entwicklungen im Sozialismus heute einen Fehler, den er aus dem politischen Profil der Kommunisten seiner Generation, eben der Kriegs- und Nachkriegsgeneration und vor allem ihrer Bindung zur UdSSR und zur DDR erklärt. Sie habe ein "konsequentes und kritikloses Verhältnis so verinnerlicht", "daß Kritik als eine Beschädigung unserer eigenen Identität empfunden wurde". (44)

Generell ist sich Herbert Mies darüber klar, daß in der kommunistischen Bewegung und im Sozialismus etwas falsch gelaufen ist und nun Kritik und Selbstkritik anstehen. Aber er vermag, genau genommen, unter den damals herrschenden Bedingungen Alternativen nicht zu erkennen - es sei denn, das Überlaufen in das Lager der Bourgeoisie, was außerhalb jeder Erwägung steht. So bleibt er im Banne der Macht des Faktischen und bewegt sich in den dadurch gesetzten Widersprüchen, zwischen Kritik und Rechtfertigung. Der Ansatz zur Kritik/Selbstkritik verliert sich so in Nachdenklichkeit und im Vagen.

Mies hält fest, daß der 1968 konstituierten DKP "ein gewisser Widerspruch zwischen bundesrepublikanischer und internationalistischer Haltung schon in die Wiege gegeben" war (53), der mit "dem Vorgehen gegen die Konterrevolution in der CSSR geburtsurkundlich manifest" geworden sei (56). Der Blick auf den bundesdeutschen Revanchismus habe die Wahrnehmung der Demokratiebedürfnisse im Sozialismus verdunkelt. Diesen "gordischen Knoten" habe man nicht zerschlagen können und wollen. Freilich, das sei in Erinnerung gerufen, gab es in der westeuropäischen Nachbarschaft Parteien, die das taten.

Daß der alte Internationalismus schon längst gestorben war, wird nirgends deutlicher als an der Charakterisierung des Geschäfts der internationalen Parteibeziehungen. Dieses habe es völlig ausgeschlossen, "daß es in meinen vielen Gesprächen jemals zu einem ernsthaften Meinungs austausch über eine gesellschaftsverändernde Strategie für eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik gekommen wäre". (60) Die Hoffnung darauf "war die Fehlanzeige meines Lebens". (60) Die DKP war also je nach der politischen Konjunktur nur als moderate oder antiimperialistische Hilfstruppe der Außenpolitik gefragt.

In etwas längeren Passagen geht der Verfasser auf die Geschichte der Beziehungen der DKP zur SED und KPdSU von 1968 bis zu den Zerreißproben Ende der 80er Jahre ein. Nicht ohne Selbstgefälligkeit registriert er, daß die DKP

"durch ihre programmatische Prinzipienfestigkeit in den Auseinandersetzungen mit dem Eurokommunismus in Moskau und Berlin gern gesehen" war (76). Wäre sie in die Rolle des Kronzeugen gegen den Sozialismus geschlüpft, so hätte dies unter den spezifisch deutschen Bedingungen in der Konsequenz das Absinken in eine "gewisse politische Bedeutungslosigkeit bedeutet". (76) Im Verlauf der 80er Jahre sei es dann im "Dreieck" zu Widersprüchen und Gegensätzen gekommen, die sich mit dem Auftreten der "Erneuerer" - von bestimmten Kräften in Berlin und Moskau noch ermuntert - zugepitzt hätten. Sein Trachten sei es gewesen, die DKP aus der Entscheidung "Berlin oder Moskau" herauszuhalten. "Das hätte über die sich ohnehin vollziehende Lostrennung der 'Erneuerer' von der Partei zu deren Spaltung, zur Liquidation der DKP geführt." (77) Auch hier dominiert die Apologetik des Faktischen nach dem Motto: Ist die Großmutter die Treppe heruntergestoßen und hat sie sich die Knochen gebrochen, so muß sie doch schon klapprig gewesen sein.

Es trifft zweifellos zu, wenn Herbert Mies schreibt, die "Vergangenheit dominiert auch mich noch mehr als die Gegenwart" (98). So ist denn auch der Kernpunkt seiner politischen Hoffnungen, "daß sich in den ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas ein Geist des vergangenen Sozialismus setzt und sich für immer verfestigt" (104). Dies wird freilich für sozialistische Neuansätze nicht ausreichen. Wie wird und sollte die sozialistisch-

kommunistische Bewegung der Zukunft aussehen? Die Reminiszenzen des früheren DKP-Vorsitzenden enthalten dazu nur vage Andeutungen.

Heinz Jung

Allen Gewalten zum Trotz

Bruno Furch, Allen Gewalten zum Trotz. 35 Erzählungen über Genossen, Kameraden und Freunde aus acht Jahrzehnten, Eigenverlag (Ranzenhofergasse 22, A-1130 Wien), Wien 1993, 363 S., 195 ÖS.

Der Autor, 1913 in Wien geboren, gibt dem Leser auf der Grundlage von 35 Erinnerungen aus seinem langjährigen politischen Leben einen konkreten Einblick in die kommunistische Bewegung - vor allem in Österreich. Bruno Furch kämpfte in den Internationalen Brigaden gegen das faschistische Spanien. Er wurde danach in französischen Lagern interniert und kam 1941 in das KZ Dachau, 1944 dann in das KZ Flossenbürg. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitet er in der Redaktion der "Volksstimme", wurde 1970 Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ, und ab 1976 vertrat F. die KPÖ im Redaktionsrat der internationalen Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus".

Bruno Furch schrieb seine Erinnerungen im achtzigsten Lebensjahr. "Genossen, Kameraden und Freunde" und ihr politischer Lebensweg sind Gegenstand der Erzählungen. Franz Kummer, österreichischer Alt-National- und Öko-

nomierat, schreibt dazu im Vorwort: "Das sind Menschen wie Du und ich. Sie haben in einer dämonischen Zeit gelebt, mit erhobenen Häuptern. Die diese Zeit überlebt haben, sind Zeitzeugen der letzten 80 Jahre. Manches Schicksal läßt einem das Blut in den Adern erstarren. Ich denke da zum Beispiel an den jungen Franzosen Albert Chalus, der im KZ Flossenbürg einen grausamen Tod erlitten hat - wie Millionen andere". Der Leser erhält insgesamt, da diese Weggefährten des Autors wie er am "aktiven politischen Kampf" (teils an Brennpunkten) gegen Faschismus und Krieg gestanden haben, zugleich einen konkreten, vielschichtigen Einblick in die Zeitgeschichte bzw. auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und besonders der KPÖ.

Da beschreibt F. zunächst das Leben seiner Ehefrau "Fritzi". Vater Eduard Jaroslavsky starb 1941 "wegen Vorbereitung zum Hochverrat" (9) in Plötzensee durch das Henker-Fall-Beil der Faschisten. Und seine Tochter "Fritzi", knapp 18 Jahre alt, kam in das KZ Ravensbrück. Ihr weiteres Leben als Ehefrau Bruno Furchs und als langjährige Angestellte im österreichischen Polizeidienst stand ganz im Zeichen politischer Tätigkeit.

Wie wird "so einer" ein Roter? - so wurde der Autor schon in der Schulzeit genannt. Er gibt in den Abschnitten über seine Jugendzeit (Rote Falken - Die Albertgasse etc.) Antwort. "Mir gab der 8. Verbandstag (der Sozialistischen Arbeiterjugend - SAJ - in Salzburg Ostern 1933 - F.K.) einen neuerli-

chen Stoß nach links". Denn da wurde die Politik des "Zurückweichens" der SPÖ vor dem Faschismus schon sichtbar. F. rief als Delegierter "dazu auf, dieser Politik, die in den Untergang führen muß, den Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und - anderes fiel mir damals auch nicht ein - für die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen" (46). Am 2. Juni 1934, "nicht ganz zwei Monate nach meiner Entlassung aus der Untersuchungshaft in Graz wegen Verdachtes des Hochverrats und des Aufruhrs" (58), wurde Bruno Furch Mitglied der KPÖ.

Dieses Ereignis prägte sein ganzes Leben. Dabei standen der Widerstand gegen Faschismus und Krieg und nach 1945 der Aufbau einer demokratischen und friedlichen Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit. Das geschieht in seinem Heimatland - und nach dem Einmarsch der faschistischen Wehrmacht in Österreich und seiner Emigration nach Spanien in den Internationalen Brigaden (Rudi Schriebl - Die Brüder - Carmen); später als kommunistischer Journalist. Und in diesem bewegten politischen Leben trifft er führende Funktionäre der kommunistischen Arbeiterbewegung - einschließlich Fidel Castro. Darüber erfährt der Leser so manche bis heute noch von der etablierten Geschichtsschreibung verschwiegenen, zeitgeschichtlichen Tatsachen.

Bruno Furch zieht in "Einige Betrachtungen am Ende" aus all diesen Erlebnissen folgende Bilanz: "Nichts kann mich davon abbringen, was ich erlebte, erfuhr und

durchdachte! Das prägte mein Leben und machte es lebenswert - und gibt mir die Gewißheit, kein 'Verlierer der Geschichte' zu sein" (363). Und mein Fazit lautet: "Allen Gewalten zum Trotz" sollte gerade angesichts der in der Gegenwart groben Verfälschungen der Geschichte der kommunistischen Bewegung und des vorhandenen Geschichtsrevisionismus viele Leser finden.

Fritz Krause

Sahra Wagenknecht - gutes Mädchen, böses Mädchen?

Sahra Wagenknecht, Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung, Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1995, 183 S., 19,80 DM.

Mit ihrer Schrift hat die Autorin heftige Diskussionen ausgelöst. Zu Recht und zu Unrecht. Zu Recht, weil sie wesentliche Teile des Problems ausgeklammert hat und nur andeutungsweise erkennbar wird, in welche Richtung ihre Gedanken zu diesen Problemkreisen gehen. Zu Unrecht, weil die Kritik an dem vorliegenden Teil in der Regel unberechtigt ist und sich, wo sicherlich berechtigt, auf die nichtbehandelten Problemteile bezieht.

Im Zusammenhang mit den antisozialistischen Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung wären meines Erachtens drei Fragen zu untersuchen. Erstens einmal die Entwicklung solcher Strategien selbst, ihre Hintergründe und die Bedingungen ihrer praktischen

Umsetzung im eigenen Lager, die Frage der antisozialistischen Motivierung und gar Mobilisierung der Bevölkerung, und schließlich, drittens, die Ursachen für den Erfolg oder Mißerfolg dieser Strategien. Sahra Wagenknecht hat in erster Linie und fast ausschließlich den ersten Fragenkomplex untersucht.

Insoweit aber liefert sie die beste Analyse der antisozialistischen Strategien der imperialistischen Welt nach dem zweiten Weltkrieg, die mir bisher untergekommen ist. Mehr noch: Diese Analyse war notwendig. Sahra Wagenknecht begründet die Vorlage ihrer Arbeit, trotz des begrenzt-einseitigen Themenkreises, damit, daß die äußeren Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus in der linken Diskussion unbedingt beachtet werden müssen, bisher aber weitgehend ausgeklammert wurden. Damit hat sie völlig recht. Der Kalte Krieg war eben kein zu vernachlässigender Faktor, sondern ein wirklicher Krieg, Gott sei Dank von beiden Seiten immer unterhalb der Schwelle militärischer Kämpfe gehalten, aber doch immer am Rande der Gefahr, diese Schwelle zu überschreiten. Er hat die Politik beider Seiten wesentlich beeinflusst. Ob die jeweiligen Einschätzungen der Parteien immer zutrafen, sei hier dahingestellt, es ist aber Fakt, daß sich keiner der Gegner diesen Einflüssen entziehen konnte. Fakt ist auch, daß der Kampf unvermeidbar war, weil er durch absolut gegensätzliche Interessenlagen der Gegner geprägt wurde. Vermeidbar waren nur die Methoden, in denen er ausgefochten wurde, aber einmal

ins Gleis gesetzt, setzt ein solcher Kampf seine eigenen Gesetzmäßigkeiten, und es ist schwer, da wieder herauszukommen. Erst in jüngster Zeit zeigen sich Versuche - ich denke da an Südafrika, auch Israel -, auf friedlichem Wege Lösungen für solche durch unvereinbare Interessen geprägte Gegensätze zu finden. In diesem Zusammenhang ist Sahra Wagenknechts Buch, wenn auch notwendig und sogar unverzichtbar, freilich wenig hilfreich. Auch die Schlußfolgerungen, die sie zieht oder die sie doch nahelegt, sind keineswegs überzeugend.

Die Kehrseite der Medaille: Sahra Wagenknecht steuert anscheinend die Aussage an, der Zusammenbruch des Sozialismus sei darauf zurückzuführen, daß die Entspannungspolitik die tödliche Zielstellung der antisozialistischen Strategien verschleierte und so Raum für die Ausbreitung opportunistischer Einstellungen geschaffen hätte. Sicherlich hat das eine Rolle gespielt, die Ursache für den Zusammenbruch des Sozialismus aber war es gewiß nicht. Ich möchte sogar behaupten, daß die bewußte Erkenntnis dieser Zielstellung und der daraus entspringenden Gefahren lange Zeit ein wesentlicher Schutzschild für die politischen Führungen in den sozialistischen Ländern war. Ohne die Berufung auf den möglichen Verlust der Macht und die Gefährdung der sozialistischen Entwicklung hätte sich das Reformbedürfnis der Massen schon viel früher Bahn gebrochen und auch innerhalb der kommunistischen Parteien große Unterstüt-

zung gefunden. Der Sozialismus hatte soziale Sicherheit gebracht und mehr Gleichheit sowie ein beachtliches Gemeinschaftsgefühl entwickelt. Solange die Menschen an die Reformierbarkeit des Sozialismus glaubten, war die hegemoniale Stellung dieser Parteien, bei allen Mängeln des Sozialismus, nie bedroht. Erst die Unfähigkeit der führenden Parteien zur Entwicklung reformerischer Ideen bzw. ihr ängstlicher Widerstand bei den Versuchen der Umsetzung solcher Ideen in die Praxis ließ die politische Basis der sozialistischen Macht abbröckeln.

In brillanter Weise zeigt Sahra Wagenknecht, wie sich die imperialistische Politik gegenüber der Sowjetunion, abhängig von der jeweiligen objektiven Situation und ihrer Einschätzung durch die handelnden Politiker, wandelt. Aus dem Krieg war die Sowjetunion angesichts ihrer Leistungen und Opfer als die eigentliche Siegerin mit hohem Prestige hervorgegangen und der Einfluß des Sozialismus gewann in ganz Europa schnell an Boden. Angesichts dessen wandte sich die westliche Politik von der ohnehin nur widerwillig eingegangenen Kriegsallianz alsbald ab und der Aufgabe zu, das Vordringen des Sozialismus einzudämmen. Wirtschaftlich und militärisch waren die USA aus dem Krieg gestärkt, die Sowjetunion geschwächt hervorgegangen. Die wirtschaftliche Stärke der USA wurde zur Basis für den Erfolg der Eindämmungspolitik, ihre im Atomwaffenmonopol begründete militärische Überlegenheit über die Sowjetunion veranlaß-

te die Westmächte dann zum Übergang zur Politik des Zurückdrängens, des Roll Back. Der Politik der Stärke aber blieb der Erfolg versagt. Entgegen allen Prognosen vermochte es die Sowjetunion, in einer ungeheuren Kraftanstrengung, bis zum Ende der vierziger Jahre nicht nur die wirtschaftlichen Kriegsschäden zu beseitigen, sondern auch militärisch gleichzuziehen und das Atomwaffenmonopol der Vereinigten Staaten zu brechen. Der Mißerfolg der Politik der Stärke und die Eskalation des Kalten Krieges bis an den Rand des heißen, das war die Lage, die im westlichen Lager neue Überlegungen zur Gestaltung einer erfolgversprechenden antisozialistischen Politik auslöste.

Sahra Wagenknecht arbeitet heraus, daß es der französische Staatspräsident Charles de Gaulle war, der auf westlicher Seite erste Vorstellungen politischen Umdenkens entwickelte, von der Roll-Back-Politik der ersten Phase des Kalten Krieges zu einem geregelten Nebeneinander beider Blöcke. Mir ist das neu. Ich bin bisher davon ausgegangen, daß der Koexistenzgedanke, als auslösender Faktor für die Entwicklung der neuen Politik, von der Volksrepublik China ausging; von Tschou En Lai auf der Bandung-Konferenz der Blockfreien Völker vorgebracht. Wie dem auch sei, die Aussichtslosigkeit und Gefährlichkeit der Roll-Back-Strategie legte es nahe, nach neuen Wegen in der Politik zu suchen. Der Kalte Krieg nervte allgemein. Der Hinweis auf de Gaulle deutet darauf hin, daß hier auch auf west-

licher Seite wirklich nach neuen Wegen in der Ostpolitik gesucht wurde, um das Spannungsverhältnis Sozialismus-Kapitalismus zu entschärfen. Es mag dabei freilich Brzezinski vorbehalten geblieben sein, sie von vornherein als offensive Politik zur Aushebelung des Sozialismus ausgeformt zu haben. De Gaulle war zwar konservativ und sicherlich hätte er eine Gelegenheit zur Beseitigung des Sozialismus ergriffen, wenn ihm die neue Politik eine geboten hätte. Daran war damals jedoch nicht zu denken. Daher ist es nicht abwegig, daß de Gaulle als sehr klarsichtiger Politiker seine Politik so einzurichten gedachte, daß sie in der gegebenen Lage das nach seiner Sicht beste für Frankreich bewirken konnte. Sein Name steht auch im Zusammenhang mit der Kolonialpolitik für ein Umdenken. Aus Vietnam mußte der französische Imperialismus noch vertrieben werden. De Gaulle sah die Perspektivlosigkeit der Kolonialkriege ein und brach mit der bisherigen französischen Kolonialpolitik, er ließ Algerien freiwillig räumen. Er zögerte auch nicht, sich einem, keineswegs unpopulären, Putsch der Kolonial-Franzosen mit neofaschistischem Vorzeichen entgegenzustellen und diese Kräfte nachhaltig zu entmachten. Es ist also zu vermuten, daß er auch im Ost-West-Verhältnis nach neuen Wegen suchte, zumal eine Verständigung mit der Sowjetunion auch die Stellung Frankreichs im Welt-Kräfteverhältnis gestärkt hätte.

Das alles zeigt, daß der Entspannungsgedanke damals von den verschiedensten Kräften aufgenom-

men wurde, die ihn freilich ihren jeweiligen Interessen gemäß ausformten. In der Bundesrepublik Deutschland entstand um Willy Brandt die neue Ostpolitik. Sie war sicherlich nicht darauf ausgerichtet, den realen Sozialismus auszuhebeln, wenn auch dort eine gegebene Gelegenheit sicherlich genutzt worden wäre. Brzezinskis Auffassung von der Aufgabenstellung einer neuen Ostpolitik konnte sich selbst in reaktionärsten Kreisen zunächst nur schwer durchsetzen. Erst die weitere Erosion der hegemonialen Herrschaft des Imperialismus brachte ihm in dieser Hinsicht Fortschritte.

Von der Situation im Westen aus gesehen scheinen sich mir die Veränderungen in der Ostpolitik eher auf zweierlei Weise darzustellen. Einmal als defensive Reaktion der imperialen Herrschaftselite auf ideologisches Vordringen des Sozialismus. Auf der anderen Seite aber drängten auch andere gesellschaftliche Kräfte darauf, ein neues Verhältnis zu den sozialistischen Ländern herzustellen. Teils, weil sie selbst soziale Veränderungen in der westlichen Welt anstrebten, teils einfach, um die Spannungen abzubauen und so die Kriegsgefahr zu mindern.

In diesem Umfeld konzipierte Brzezinski seine Auffassung von einer neuen Ostpolitik als Offensivwaffe zur Überwältigung des Sozialismus auf indirekte Weise. Man muß ihm zugestehen, daß er damit imperialistisch geformten Weitblick bewies, denn der Koexistenz-Gedanke gewann nach der Bandung-Konferenz schnell große Populari-

tät, und ohne Umdenken in der politischen Strategie wäre der Westen schnell ins Hintertreffen geraten.

In den sechziger Jahren waren im Westen elementare emanzipatorische Bewegungen in Gang gekommen, die sich den Zwängen des Kapitalismus nicht mehr unterwerfen wollten. Sie suchten nach neuen, teils sogar an die Idealvorstellungen vom Sozialismus angelehnte Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, und es dauerte nicht lange, bis sie sich auch in alternativen Parteien zu organisieren begannen. Der ideologische Zugriff des Imperialismus auf die Menschen begann schwammig zu werden. Noch war es nicht unbedingt der reale Sozialismus, der die Menschen anzog, aber die Berührungsängste schwanden, der Antikommunismus verlor seine Wirkung. Das alles waren Umstände, die auch vom Imperialismus neue politische Konzeptionen erforderten. Die Entspannungspolitik begann im Kampf um die Herzen und den Verstand der Menschen die entscheidende Rolle zu spielen, und sie wirkte sich, da sie mit dem Namen des sozialistischen China und der Empörung über den Krieg in Vietnam verbunden war, sehr zu Gunsten des Sozialismus aus. Klassenkampf ist eine abstrakte Kategorie. Hier haben wir ihn in seiner konkreten Gestalt vor Augen, hier sehen wir, wie sich in der Praxis, unter den gegebenen Bedingungen, die gesellschaftlichen Kräfte formieren, wie sich Bündnisse schließen, auch wie Klassenbewußtsein sich bildet.

Sahra Wagenknecht arbeitet diesen Kampf um die Neuformierung der antisozialistischen Politik auf der durch die Stabilisierung des Sozialismus geprägten Grundlage wahrhaft spannend heraus. Leider umfaßt ihre Abhandlung nur das Teilstück der konservativen bis reaktionären Kräfte in diesem Prozeß. Denkt man sich die anderen gesellschaftlichen Kräfte und die beobachteten Verschiebungen im hegemonialen Kräftefeld der westlichen Welt hinzu, liest man das Buch also kritisch, so kommt man freilich zu anderen Schlußfolgerungen als Sahra Wagenknecht. Sie zieht das Fazit, der Sozialismus sei daran zerbrochen, daß er dieser neuen Politik nicht mit der nötigen Konsequenz begegnet und der eigenen Bevölkerung das ideologische Rückgrat entsprechend gestärkt habe. Da ist natürlich etwas dran, denn der Klassenantagonismus wurde wohl mehr ideologisch-theoretisch gesehen und das Empfinden für den realen Gehalt dieser Kategorie war wohl tatsächlich verloren gegangen. Daraus erklärt sich auch, daß die Autorin den Vernichtungswillen hinter jeder antisozialistischen Politik immer wieder hervorhebt.

Man kann indessen nicht an dem Fakt vorbeigehen, daß die Erosion der gesellschaftlichen Kraft des Sozialismus nicht auf seinem äußeren, sondern auf seinem inneren Feld stattfand. Ebenso wenig daran, daß die politisch engagierten Kräfte im inneren Bereich nicht die Vernichtung des Sozialismus im Auge hatten, sie wollten ihn verbessert sehen. Jahrzehntlang haben sie ihn

verteidigt. Daß aus reformerischem Handeln auch Konflikte erwachsen und von gegnerischen Kräften zur Vernichtung des Sozialismus genutzt werden können, ist eine andere Frage. Das Problem liegt darin, daß diese Folge nur programmiert gewesen war, weil Reformen zuvor jahrzehntlang versäumt und nicht mal theoretische Vorstellungen für eine Reformpolitik erarbeitet und diskutiert worden waren. Schon 1956 und 1961 zeigten Warnsignale, daß Reformen notwendig, 1968 daß sie überfällig waren. Es geschah nichts, Reformversuche waren früher abgebrochen worden, nun wurden sie unterdrückt. Daraus ergaben sich dann die Verschiebungen im inner-sozialistischen Kräftefeld zu Gunsten einer televisiongeprägten Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft. Die Ursache seines Zusammenbruchs läßt sich daraus zwar nicht erklären, aber doch die Schwäche des Sozialismus 1989; es gab keine ausreichenden gesellschaftlichen Kräfte mehr, die in der Lage und willens gewesen wären, ihn zu verteidigen; die Hoffnung auf seine Reformfähigkeit war verloren gegangen. Ohne Reformfähigkeit aber war er gegenüber den Hochtechnologie-Ländern des Westens nicht konkurrenzfähig.

Ausgangspunkt ihrer Arbeit war für Sahra Wagenknecht die Frage, ob der Zusammenbruch des Sozialismus systembedingt gewesen wäre. Eine wichtige Frage, weil von der Antwort die Orientierung für die zukünftige linke Arbeit abhängt. Sahra Wagenknecht ist mit ihrer Ableitung jedoch auf ein Ne-

bengleis geraten. Ideologische Klarheit kann einen hegemonialen Zerfallsprozeß, zu dem es auf Grund falscher Prämissen oder schlechter praktischer Umsetzung von Hegemonie gekommen ist, allenfalls aufhalten, aber nicht verhindern. Ein Fakt, der aus dem historischen Geschehen, namentlich auch in der DDR, klar abzulesen ist. Wenn jetzt ein Kräftefeld aufgebaut werden soll, das in der Lage ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse sozial umzugestalten, dann müssen diese Ursachen ohne Scheuklappen analysiert werden. Dazu gehört auch, daß alles in Frage gestellt und auf seine Relevanz und Brauchbarkeit geprüft wird. So richtig Sahra Wagenknecht den Antagonismus der Interessen zwischen Imperialismus und Sozialismus aufdeckt, so wenig analysiert sie die Ursachen des sozialistischen Zusammenbruchs und schon gar nicht die heutigen Bedingungen für die Bewegung dieses Gegensatzes. Schade. Dennoch ist es ein Buch, das kritische Aufmerksamkeit verdient.

Robert Katzenstein

"Gehst mit Juden erschießen?"

Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*, Hamburger Edition, Hamburg 1995, 685 Seiten, DM 68,00.

Mit dieser Aufforderung wird ein aus dem Urlaub zurückkehrender Wehrmachtssoldat in Belgrad von seinen Kameraden begrüßt. Sie ist

Indiz für den Bewußtseinszustand der Soldaten, den Walter Manoschek in seinem Beitrag zu beschreiben versucht, dem ersten des Buches zu den Verbrechen der "größte(n) Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte". Der ZEIT-Redakteur Benedikt Erenz meint hier die Wehrmacht, und er kann sich der nach wie vor mobilisierbaren Abwehr nationaler Gemüter sicher sein. Das Buch erschien zu der von Hannes Heer und anderen Mitarbeitern des Hamburger Instituts für Sozialforschung eingerichteten gleichnamigen Ausstellung, die im Frühjahr in der Kampnagelfabrik eröffnet wurde und auf weiteren Stationen in Berlin, Potsdam und Wien zu sehen ist.

Mitten in den Gedenkveranstaltungen 50 Jahre danach, "jetzt, da die meisten Kriegsteilnehmer tot oder im Greisenalter sind" (Otto Köhler, in: konkret 4/95), fand die Ausstellung ein breites Medienecho - von zahlreichen Interviews und Gesprächen mit Hannes Heer in Rundfunk und Fernsehen bis zu einem von der ZEIT veranstalteten Streitgespräch (vgl. ZEIT-Punkte Nr. 3: Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht - Fakten, Analysen, Debatte) zwischen jüngeren Historikern und prominenten Kriegsteilnehmern wie Klaus v. Bismarck, der auch die Rede zur Eröffnung der Ausstellung hielt, und Helmut Schmidt. Vergeblich erwartete man einen Vertreter der Bundeswehr, deren Traditions- pflege wohl immer noch eher in der Benennung von Kasernen nach Wehrmachtsgenerälen wie dem von

der jugoslawischen Justiz zum Tode verurteilten "Killer" Josef Kübler (vgl. Otto Köhler, a.a.O.) als in der Rehabilitierung von Deserteuren zu suchen ist. Zudem ist sie nach der zumindest nicht ohne die Beteiligung deutscher Außenpolitik zustande gekommenen zweiten Teilung Jugoslawiens - die erste verfügte 1941 die deutsche Besatzungsmacht - mit der Vorbereitung "humanitärer" Kriegseinsätze in Bosnien beschäftigt, nachdem die immerhin noch in der Bundestagsdebatte vom 30.6. spürbare Hemmschwelle der in Serbien *ausschließlich* von der Wehrmacht verübten Massaker an der Zivilbevölkerung wohl endgültig beseitigt ist - auch in eben den Medien, in denen die diese Verbrechen dokumentierende Ausstellung gefeiert wird. Sekundiert wird die weiterhin um Integrität ihrer Vorgängerinstitution bemühte Bundeswehr von dem hessischen Landtagspräsidenten, der den von den Grünen "im Einvernehmen mit der SPD" gestellten Antrag, die Ausstellung in das Foyer des Landtagsgebäudes zu holen, ablehnte und als "Provokation" bezeichnete, nachdem der CDU-Fraktionsvorsitzende die Ausstellung eine "Verunglimpfung der Wehrmacht und all ihrer Soldaten" genannt hatte und zuvor im Baden-Württembergischen Landtag ein entsprechender Antrag an dem Block von CDU, FDP und Republikanern gescheitert war.

Was aber ist an der Wehrmacht zu verunglimpfen, deren Oberkommando und Generalstab, so Karl-Heinz Janßen (ZEIT-Punkte, a.a.O., 73), die Richter von Nürn-

berg nur deswegen nicht als "verbrecherische Organisation" verurteilt haben, weil deren Mitbeteiligung am Völkermord damals noch nicht bekannt gewesen ist?

Was von Sachwaltern einer makellosen deutschen Militärtradition, von Wehrmachtssoldaten, die, wie Helmut Schmidt es so treffend ausdrückte, "Glück" hatten und Truppenteilen oder Funktionseinheiten angehörten, die tatsächlich der Ausübung von Verbrechen oder der Beteiligung an ihnen entzogen waren, oder von denen, deren Verdrängungsmechanismen bis heute intakt geblieben sind, immer wieder den Autoren von Ausstellung und Buch unterstellt wird, ist von diesen niemals vertreten worden. Überhaupt niemand versteigt sich zu der absurden Behauptung, alle 18-20 Millionen Wehrmachtangehörigen der Jahre 1939-1945 seien Verbrecher.

Wie Hannes Heer immer wieder hervorgehoben hat, geht es in Ausstellung und Buch gar nicht um diese Frage; es geht nicht mehr um die von der deutschen Justiz, die erst seit dem Ende der DDR den Begriff der "Regierungskriminalität" kennt, jahrzehntelang verschleppte und inzwischen aus den genannten Gründen hinfällige Verurteilung von NS-Verbrechen. Es geht auch nicht mehr um den "Generationendialog", der inzwischen gelaufen ist, oder auch nicht, es geht vielmehr um die längst fällige *Umkehrung des Blicks*: Die Verbrechen waren nicht die von Teilen oder einzelnen Kommandeuren einer insgesamt "sauberen" Wehrmacht, sondern die Wehr-

macht als straff hierarchisierte und totale Institution war eine "verbrecherische Organisation". Sie war nicht nur "Instrument" des "totalitären Staates", wie Klaus v. Bismarck sie nannte, sie war an der Planung und Ausführung aller Verbrechen dieses Krieges aktiv beteiligt, der ein "Vernichtungskrieg" war "von Anfang an". Ausstellung und Begleitband belegen diese These für den Zeitraum ab Frühjahr 1941 an den Kriegsschauplätzen Balkan, Sowjetunion und Italien (ab 1943) mit insgesamt etwa 3,3 Millionen unter alleiniger Verantwortung der Wehrmacht durch Hunger, Seuchen, Erfrieren und Erschießungen umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen (davon etwa zwei Millionen im ersten Halbjahr des "Rußlandfeldzugs"), mit der zwischen Wehrmacht, "Einsatzgruppen" und SD arbeitsteilig organisierten Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und mit einer kaum je feststellbaren, aber mit Sicherheit in die Größenordnung von Millionen gehenden Zahl der als "Partisanenverdächtige" außerhalb von Kampfhandlungen getöteten Zivilpersonen.

Erst wenn das angesichts des erdrückenden Beweismaterials zugestanden, erst wenn so der Blick freigegeben wird auf die mit dem "ungeheuren Brutalisierungsschub" des Ersten Weltkriegs beginnende und in dem gleichwohl "singulären Ereignis" des Zweiten kulminierende "Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts" (so das die Ausstellung umfassende Forschungsprojekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung), "kann man - und

muß man - ... differenzieren" (vgl. Hannes Heer, in: ZEIT-Punkte, a.a.O., 72f.): Es gab Offiziere, die sich widersetzten - wenn sie auch nicht primär unter denen des 20. Juli zu finden sind (vgl. Christian Gerlach, 427ff.) -, es gab, um nur einen von ihnen zu nennen, den Stabsoffizier Helmut Großcurth, der gegen die von Reichenau, dem Befehlshaber der 6. Armee, befohlene Ermordung der nach der Erschießung ihrer Eltern eingesperrten und fast verhungerten Kinder von Belaja Zerkow protestierte, ohne mehr erreichen zu können als einen eintägigen Aufschub und den paranoiden Bescheid über eine militärische Notwendigkeit (vgl. 275ff.).

Neu an den fast 30 Beiträgen des Buches ist weniger der Tatbestand: Wer wissen will, weiß - spätestens seit Norbert Müller (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, Berlin (DDR) und Köln 1980, oder Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981 - von der lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion in reibungsloser Kooperation von Wehrmacht und politischer Führung ausgearbeiteten Strategie des Vernichtungskrieges, von der aktiven Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust, von den seit Frühjahr 1941 erlassenen und dann in aller Regel bis auf die untersten Befehlsebenen mit deutscher Gründlichkeit befolgten "verbrecherischen Befehle": der berüchtigte und - nach zunehmender und mit gleichen Mitteln verfahrenender sowjetischer Gegenwehr - 1942 aufgeho-

bene "Kommissarbefehl"; der alle an Verbrechen Beteiligten - es sei denn, sie handelten nicht auf Befehl und gefährdeten so die "Manneszucht" - von Strafverfolgung befreiende "Kriegsgerichtsbarkeits"-Befehl; die "Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland" vom April 1941, die ausdrücklich - neben den bekannten Gruppen der "kommunistischen Hetzer" und Freischärler - auch die Juden zum Objekt einer "rücksichtslosen und energischen" Behandlung machten; der ohne irgendeinen nachweisbaren Zusammenhang mit Partisanentätigkeit für einen getöteten Herrenmenschen 100, für einen verwundeten 50 Tötungen von Zivilpersonen vorsehende "Geiselmord"-Befehl.

Neu sind - neben zahlreichen neuen Quellen aus Minsker und Moskauer Archiven, die professionellen Kriegshistorikern immerhin schon länger zugänglich sein dürften - Vorarbeiten zu dem, was Hannes Heer eine "Gesellschaftsgeschichte des Krieges" (73) oder Omer Bartov eine "größere Offenheit" der Kriegsgeschichtsschreibung für "Sozial- und Kulturgeschichte" (610f.) nennt.

Angesichts des Befundes einer Untersuchung des "Wirken(s) der Wehrmacht in Weißrußland" vom ersten Tag an (57ff.) kann, so Hannes Heer, nicht mehr nur von "antijüdischen Tendenzen im Ostheer" (Helmut Krausnick) oder von der "Verwicklung" des Heeres in den Vernichtungsprozeß (Manfred Messerschmidt) gesprochen werden. Vielmehr müsse eine auch bei jüngeren Vertretern einer kriti-

schen Militärgeschichte im Umfeld des Freiburger "Militärgeschichtlichen Forschungsamtes" noch wirksame "innere Grenzlinie" überschritten werden, jenseits derer erst die Wehrmacht als "Apparat einer gewaltorientierten Gesellschaft" und Krieg als "deren natürlicher Ausdruck" zu beschreiben sind. Erst die für die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert charakteristische und von Millionen Deutschen kollektiv mitproduzierte "Fusion von Nationalismus und Gewalt" (Michael Geyer), deren gelungenstes Ergebnis der Nationalsozialismus war, hat die Bedingungen geschaffen, unter denen die bereits von Ludendorff entwickelte Doktrin des "totalen Krieges", die Kombination von Ausmerzungsphantasien und politischem Programm und die in der Gestalt des Krieges vollzogene Vergesellschaftung des elitären Terrors der Freikorps möglich wurden.

Bleibt in diesem weit ausholenden geschichtstheoretischen Konzept auch weiterhin erklärungsbedürftig, warum die "Gewaltgeschichte" der Nationalstaaten gerade in Deutschland die beschriebenen Formen annahm, so ist doch unstrittig, daß eine von Omer Bartov geforderte "neue Militärgeschichte" überhaupt erst einmal Fragestellungen zu dem Zusammenhang zwischen Krieg und Holocaust, zwischen organisiertem Mord und massenhaftem spontanem Einverständnis der Akteure zu entwickeln hätte. Bartov versteht darunter eine in Deutschland im Vergleich etwa zu Großbritannien und den USA weiterhin defizitäre Mentalitätsge-

schichte, die - anders als die hierzulande bis heute vorherrschende, "sozusagen am grünen Tisch der Stabsoffiziere und Generäle" geschriebene "Geschichte von oben" (612) - sich unter Heranziehung bereits verfügbarer kultur- und sozialwissenschaftlicher Studien "über das Erinnern und Gedenken, über das Geschlecht und den Glauben" (615) mit bisher noch kaum erforschten Fragen wie der "soziale(n) Zusammensetzung der Wehrmacht", dem "Zusammenhang zwischen dem Hintergrund der Soldaten und ihrem Verhalten im Krieg", den Folgen des Kriegserlebnisses der Soldaten "für ihren sozialen Status nach dem Krieg, ihre politische Orientierung oder ihre Selbstwahrnehmung" u.a. (613) zu befassen hätte.

Das Verdienst des Buches besteht vor allem darin, daß hier erste Versuche einer Annäherung an diese Problemstellungen unternommen werden. Ohne näher auf die einzelnen Beiträge eingehen zu können, soll hier doch ein kurzer Überblick über das breite Spektrum der in ihnen bearbeiteten Themen gegeben werden. Sie sind gegliedert in fünf Teile mit den Titeln: Verbrechen - Formationen - Krieger und Kriegerinnen - Tribunale - Erinnerung.

Der erste Teil dokumentiert den Vernichtungskrieg auf seinen Schauplätzen Serbien, Sowjetunion, hier vor allem Weißrußland, Griechenland und Italien. Aufgrund seiner neuen Forschungen zeigt Heer in "Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust", daß neben der bereits bekannten Beteiligung der Wehrmacht an den Aktionen der

Einsatzgruppe B, die bis Mitte August 1941 17.000 Juden ermordet hatte, "ein sehr viel direkterer Tatbeitrag der Wehrmacht im dunkeln geblieben" (61) war: die Erledigung des Auftrags des Gebietskommissars von Slonim in Weißrußland, "das flache Land von Juden zu säubern". Die Wehrmacht ging mit einer Brutalität vor, die an "Mordlust und Sadismus, Gefühlskälte und sexuelle(n) Perversionen" (62) keineswegs zurückstand hinter der mittlerweile zugegebenen der Einsatzgruppen.

Im zweiten Teil werden die Mordaktionen von einzelnen Truppenverbänden nachgezeichnet, darunter die "Blutspur" der bis heute nur mit der Schlacht von Stalingrad identifizierten 6. Armee. Dabei fällt auf, daß die grausamsten Massaker oft gerade von solchen Einheiten im "rückwärtigen Heeresgebiet" verübt wurden, deren Angehörige mehr noch als die Fronttruppen einen breiten Querschnitt durch die Gesellschafts-, Berufs- und Altersgruppen der Deutschen spiegelten.

Der dritte Teil versammelt Beiträge, die insgesamt - von unterschiedlichen Aspekten her - so etwas sein könnten wie ein "Psychogramm" (Christian Schneider) der Täter, vom obersten Befehlshaber bis zum untersten Befehlsempfänger. Gerade im Hinblick auf eine noch ausstehende Mentalitätsgeschichte sind hier die Beiträge von Dieter Reifarth/Victoria Schmidt-Linsenhoff ("Die Kamera der Täter") und Bernd Hüppauf ("Der entleerte Blick hinter der Kamera") hervorzuheben. Ihr Thema ist eine

Dechiffrierung der Botschaft der massenhaft bei gefangenen und gefallenen deutschen Soldaten gefundenen und zahlreich in Ausstellung und Buch präsentierten "Erinnerungsfotos", in denen sich die Täter oder ihresgleichen neben den von ihnen Erhängten, Erschossenen, Verstümmelten fotografieren ließen. Die AutorInnen bestechen durch die Entschlossenheit ihres Verzichts auf eine immer von den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen solcher Sozialcharaktere ablenkende Identifizierung von Schuldigen und durch ihre immer neu ansetzenden Versuche, sich der Sprachlosigkeit und Unergründbarkeit der Kluft zwischen den Bildern des Grauens und Spuren eines menschlichen Antlitzes der Täter auszusetzen.

Im vierten Teil demonstriert Manfred Messerschmidt (Vorwärtsverteidigung. Die "Denkschrift der Generäle" für den Nürnberger Gerichtshof), daß die Generäle eine Schlacht wenigstens, die an der Heimatfront um die Rettung des deutschen Generalstabs vor der Nürnberger Anklage, gewonnen haben; der letzte Teil befaßt sich mit dem Gedächtnis der Deutschen - von ihrer in einer komparatistischen Perspektive betrachteten Geschichtsschreibung (Omer Bartov) über das Bild von "Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre" bis zu einem vergleichenden Blick von Stefanie Carp auf "Schlachtbeschreibungen" bei Walter Kempowski und Alexander Kluge.

Aus der Sammlung der überwiegend durch neue Forschungsan-

sätze bestimmten Beiträge des Bandes fällt einer heraus: der von Alfred Streim (569ff.), dem Leiter der Zentralen Stelle der Länderjustizverwaltungen in Ludwigsburg, über die "Verfolgung von Kriegs- und NS-Verbrechen in der Bundesrepublik und in der DDR". Er verläßt nicht nur den thematischen Rahmen des Buches, er konterkariert auch die Intentionen seiner Herausgeber, wenn hier in einer abstrakten zahlenmäßigen Aufrechnung von Ermittlungsverfahren, Prozessen und Urteilen der BRD gegen die der DDR diese einmal mehr als Projektionsfläche erhalten muß für die vor allem durch ihr Ausbleiben auffällige Strafverfolgung von "Kriegs- und NS-Verbrechen" in der BRD. Eine solche Aufrechnung erklärt nichts, weder, wie das organisierte Verbrechen "funktioniert hat", noch, "wie es dazu kam" (vgl. Hannes Heer, ZEIT-Punkte, a.a.O., 86). Sie reproduziert nur die Feindbilder, ohne die es nicht möglich gewesen wäre.

Reinhard Schweicher

Sparen für die Zukunft

Neue publizistische Versuche über die Deutsche Bank im Faschismus

Eberhard Czichon, *Die Bank und die Macht - Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik*, PapyRossa Verlag, Köln 1995, 519 Seiten, ca. 40 DM.

Harold James, Lothar Gall, Gerald D. Feldmann, Carl-Ludwig Holtfretterich, Hans E. Büschgen (im Auftrage der Deutschen Bank), *Die Deutsche Bank 1870-1995*, Verlag C.H. Beck, München 1995, 1014 Seiten, 78 DM.

Henrik Paulitz, *Manager der Klimakatastrophe - Die Deutsche Bank und ihre Energie- und Verkehrspolitik*, Verlag die Werkstatt, Göttingen 1995, 378 Seiten, 38 DM.

"Sparen heißt an die Zukunft denken. In der Gegenwart müssen wir uns manches versagen, was uns nach dem Kriege wieder das Leben angenehmer macht. Hier dient jeder Verzicht der Kriegführung, auch der auf Geldausgabe. Die dadurch angesammelten Mittel fließen der Kriegsfinanzierung zu, sie ist heute die große Geldausgabe der Nation. Jede unserer Niederlassungen steht Ihnen zur Eröffnung eines Sparkontos zur Verfügung."

Anzeige der Deutschen Bank in der Wochenschrift "Das Reich" vom 8. April 1945.

Im brütendheißen Juni des Jahres 1947 legte die Finanzabteilung der US-Militärbehörde ihren Bericht über die Rolle der Deutschen Bank AG im Faschismus vor, den sogenannten "OMGUS-Bericht". Man schrieb:

"Es wird empfohlen, daß

1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden."

Dabei hatte alles so erfolgversprechend angefangen. "Während des

ersten Jahres der nationalsozialistischen Reichsführung hat sich im Wirtschaftsleben Deutschlands eine entschiedene Wendung zum Besseren vollzogen", jubilierte der Deutsche-Bank-Vorstand im Geschäftsbericht über das Kampffahr 1933. Die Herren verspürten wieder "Unternehmungslust"! Die "entschiedene Wendung" führte bereits im zweiten Kriegsjahr dazu, daß mehr als 60 Prozent des Geschäfts der größten deutschen Bank auf Forderungen gegen den Staat entfielen: "Unser unmittelbarer Beitrag zur Kriegsfinanzierung", lobte sich die Bankspitze in der internen Bilanz des Jahres 1940 - wie in den DB-Akten im Potsdamer Bundesarchiv nachzulesen ist.

Bislang hatte die Epoche 1933-1945 für die Deutsche Bank quasi nicht stattgefunden. Nun, zu ihrem 125. Geburtstag, sollte sich dies ändern. Der Feiertag wurde übrigens vom 9. April, der Filialeröffnung, auf den 10. März vorverlegt, an dem die königlich preußische Konzession erteilt worden war. Die Distanz zu einem anderen Gedenktag sollte wohl möglichst groß ausfallen. Zum Geburtstag bekannte sich nun erstmals das Mega-Institut zu feindlichen Übernahmen von Banken im besetzten Ausland und zur "Arisierung"; diese "gehörte schon fast zum regulären Bankgeschäft", heißt es in der Presse-Erklärung zum Festtag!

Von dieser bizarren Normalität des Bankgeschäfts handelt das neue Buch des Historikers Eberhard Czichon. Die "Arisierung" sogenannter "jüdischer Unternehmen" gehörte zu dieser Art von Norma-

lität. Etwa 100.000 Unternehmen standen von 1933 bis 1938 zum Verkauf an, und meistens vermittelten Banken diese Transaktionen. So verkaufte der Eigentümer der Aron Elektrizitäts-AG, über die Deutsche Bank, an Deutsche-Bank-Freund Siemens und der Petschek-Konzern gelangte teilweise in die Hände von DB-Spezi Flick. Das größte deutsche Geldhaus folgte der Wehrmacht mit der zweiten Welle - aus Ökonomen und Juristen. Auch sie übernahm - also raubte - Unternehmen in den besetzten Ländern. Zudem kontrollierte die Großbank die Rüstungsindustrie von Daimler-Benz bis zur IG Farben. Der Bankier von Schroeder wird später sagen: "Der Einfluß der Großbanken war meiner Ansicht nach viel zu stark!" Fast die ganze deutsche Industrie habe unter ihrer Kontrolle gestanden. "Sie hatten ebenso einen gewaltigen Einfluß auf die Partei und die Regierung." Czichon belegt auch dies teilweise eindrucksvoll.

Eindrucksvoll hatte Czichon schon einmal die Frankfurter Großbank attackiert. 1970 war "Der Bankier und die Macht" erschienen und von Martin Walser im "Spiegel" bejubelt worden. Links sein war noch "in" unter westdeutschen Intellektuellen. Das Buch erregte die Öffentlichkeit und den Titelhelden: Hermann Josef Abs. Leider ging die Substanz des Czichon-Textes ein Jahr später in dem brausenden Sturm eines Prozesses unter: "Einige voreilige Schlußfolgerungen ebenso wie verschiedene nicht genügend durchdachte Formulierungen haben Abs und sein Bankvor-

stand weidlich und genüßlich ausgenutzt", meint der Autor heute. 29 Behauptungen in seinen 314 Buchseiten untersagte das Stuttgarter Landgericht dem Ost-Berliner Historiker von der Akademie der Wissenschaften. Autor und Pahl-Rugenstein-Verlag durften 20.000 DM Schadensersatz zahlen und die Nachwelt konnte über die mangelhafte prozessuale Unterstützung aus der DDR rätseln. Immerhin lagerten 12.000 DB-Aktenbände der Jahre nach 1933 im Potsdamer Staatsarchiv der DDR. Ein Stillhalteabkommen mit Devisen-Kompensation?

Die "expansive Ausdehnung" von Geschäft und Kapital mit "faschistischen Machtmitteln" wurde vom DB-Vorstand "nicht initiiert oder unterstützt", befindet Czichon. "Doch Emil Georg von Stauff war bereit, über ein solches Konzept ernsthaft nachzudenken und zu diskutieren". Im Mai 1933 spendete die Deutsche Bank 600.000 Reichsmark an Adolf Hitler! "Wenn wir die Geschäftspolitik deutscher Großbanken analysieren, kommen wir immer wieder zu dem gleichen Schluß: Mit ihrem Kapital gestalteten sie Politik!", lautet das definitive Fazit von Czichon. Das sei ihnen im Kaiserreich ebenso wie in der Weimarer Republik gelungen, in Nazi-Deutschland wie auch in der Bundesrepublik.

In vielen Geschichten läßt Czichon diesen weiterhin aktuellen Zusammenhang von Ökonomie und Politik lebendig werden, andere Episoden verschwinden in verstaubten Aktenbergen. Gleiches gilt im übrigen für Henrik Paulitz von der Um-

weltschutzorganisation Robin Wood, der uns trotzdem plastisch und kraftvoll an der Energie- und Verkehrspolitik der Deutschen Bank teilhaben läßt.

Czichons "Die Bank und die Macht" tauchte im April in den Buchläden auf. Aus manchen schon verschwunden war zu jenem Zeitpunkt die über 1.000 Seiten starke Hausgeschichte der Deutsche Bank AG. Fünf Professoren versuchten sich im Auftrag des Frankfurter DB-Vorstandes - bemüht, aber glücklich.

Die Deutsche Bank erscheint hier als gestrauchelter Engel in der Hölle und wird ständig von der Bankenfeindlichkeit der Nazis bedroht. DB-Autor Harold James versucht sich darob als Meister des haltlosen Relativierens.

Beispiel Deutsch-Banker Ritter von Halt: Er war aktives NSDAP-Mitglied, aber selbstverständlich harmlos. Zwar zahlte er für seine Bank in den Fonds "Reichsführer SS" und gehörte dem "Freundeskreis Heinrich Himmler" an, aber das sollte nicht zu ernst genommen werden, meint James. Schließlich war Dr. Rasche von der Dresdner Bank einmal öfter beim SS-Meeting anwesend und ohnehin wurde Ritter von Halt "von vielen als 'eine Null' beschrieben".

Beispiel Deutsch-Banker Emil Georg von Stauff: Er organisierte das Automobil-, Luftfahrt- und Medienimperium für die Großbank. Und er hatte bereits 1931 Adolf Hitler in seinem mondänen Eigenheim empfangen und dem amerikanischen Botschafter Sackett vor-

gestellt. Ebenfalls 1931 hatte Stauff Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht mit Göring und Hitler zusammengebracht. Für Princeton-Historiker James ist Stauff allerdings lediglich "das politische Alibi der Bank". Tief in die Seele blickend, bemerkt James: "Stauff verfolgte in erster Linie seine geschäftlichen Ziele und wollte Geld verdienen. Er nutzte jedoch die Politik, um seine wirtschaftlichen Interessen voranzutreiben."

Mit wissenschaftlichem Schwermut vorgetragen, fallen die professoralen Leerstellen im Literaturverzeichnis auf - rechts wie links: Kein Balkhausen, kein Czichon, kein Eglau, kein Goßweiler, kein Roth und - pardon - kein Pfeiffer. Selbst der frühere Vorstandssprecher Herrhausen verschwand nahezu vollständig: Er hatte sich keck und einsam zur Macht seiner Bank bekannt! Mit diesen Lücken ließe sich keine universitäre Hausarbeit erfolgreich bestreiten.

Zudem merkt der vergleichende Leser schnell: Czichon ist der bessere Kenner der Akten. Das bestätigt auch Forscher James in einem Zeitungsinterview: "Ich habe natürlich nicht alle Aktenbände in Potsdam gesehen, aber ich habe das Register genutzt." Aber immerhin - die Deutsche Bank bekennt erstmals Schuld, auch wenn sie mehr Opfer, denn Täter gewesen sein will. Czichon und James malen uns zwei grundverschiedene Bilder. Czichon zeichnet mit spitzem Stift eine Deutsche Bank voll strotzender Stärke, James schraffiert in zarten Pastelltönen ein klägliches Bild der Schwäche. Unnötig, denn

die Deutsche Bank galt auch bislang keinem Kenner als Nazi-Monster. Aber auch der Biedermann im damals modischen grauen Flanell, der ein wenig mithalf, die Nazis in die Staats-Sessel zu hieven und zwölf Jahre lang maßgeblicher Teil des gesamtdeutschen Faschismus war, darf sich schuldig bekennen. Schuldig im Sinne der Anklage, nicht in Pastellönen.

Hermannus Pfeiffer

Querschläger in der Formationssequenz

Peter Feldbauer, Die islamische Welt 600 - 1250, Ein Frühfall von Unterentwicklung? Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien 1995, 613 S., DM 78,-.

Karl Marx hatte 1859 in seinem kanonisch gewordenen Vorwort von "Zur Kritik der politischen Ökonomie" eine Sequenz von "progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" skizziert, die später, wohlwollenden Autoren zufolge, als spezifische Vorgesichte der modernen bürgerlichen Gesellschaftsform und/oder der kapitalistischen Produktionsweise gedeutet werden konnte. Zu deren Vorläufern gehören freilich auch, zumindest was Wissenschaft, Technik und Kunst betrifft, die muslimischen Gesellschaften des Mittelalters, die jedoch in keinem der Marxschen Konzepte von Produktionsweisen und Formationsperioden unterzubringen sind. Dies

erscheint insofern als nicht zufällig und sogar als gerechtfertigt, als sie zusammen mit anderen, von den Europäern kolonialisierten und zerstörten Gesellschaften zu den Opfern jener besonders gewalttätigen Gesellschaften gehören, die dem altorientalisch-westeuropäischen Weg gesellschaftlicher Entwicklung zuzurechnen sind. Warum aber sind sie den Europäern (genauer, mit Rücksicht auf Al-Andalus und Teile des Osmanischen Reiches: den christlichen Europäern) zum Opfer gefallen, und worauf gründet die Gewaltherrschaft, der sie ausgesetzt waren oder sind?

Diese Fragen sind - wenn wir uns nicht mit der Antwort begnügen wollen, daß der Kapitalismus gesiegt hat, weil er siegreich war - ungeklärt. Die Forschungen einer Gruppe von Wirtschafts- und Sozialhistorikern um Peter Feldbauer an der Universität Wien werden hierzu, das ist bereits heute deutlich, wichtige Antworten erarbeiten, die in einer Reihe von Ergebnisberichten veröffentlicht werden sollen. Ein erster Halbband, der die Entwicklungsweise und -erfolge der Gesellschaften in der islamischen Welt Westasiens und Nordafrikas bis 1250 u. Z. untersucht, liegt vor und soll durch einen weiteren Halbband zur Folgezeit ergänzt werden. Ein "zeitlich verzögert erscheinende[r] Startband wird neben der theoretisch-methodischen Vorstellung des Gesamtprojekts, der

Rolle Italiens für die Anfänge der Europäischen Expansion gewidmet sein." (14) Der Entwicklung der "iberischen Feudalmonarchien" sowie von Al-Andalus und den iberischen Kolonialsystemen in Schwarzafrika, Asien und Lateinamerika sollen weitere Bände gewidmet werden. Ein Schlußband soll historische Bilanzen und theoretische Konsequenzen formulieren.

Die theoretischen Prämissen dieses gigantischen Programms werden auch im Vorwort des vorliegenden Bandes kurz skizziert. Allgemein wird davon ausgegangen, daß das Wallersteinsche Postulat einer global-systemaren Analyse der Ursprünge der modernen Wirtschaft und Gesellschaft ebenso aufrechterhalten ist wie das Insistieren Robert Brenners auf historischer Analyse des vorkapitalistischen Ausgreifens auf (aus europäischer Sicht) randständige Gebiete. Hierzu werden als besondere Voraussetzungen sinngemäß benannt: (1) Die Entwicklungen der Gesellschaften, die dem kapitalistischen Westeuropa unterworfen wurden oder unterlegen sind, sind nicht allein aus deren inneren Verhältnissen zu erklären. (2) Das spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Ausgreifen des südeuropäischen Kaufmannskapitals und der iberischen Monarchien ist einerseits nicht als Frühphase des Kapitalismus zu begreifen und reicht andererseits nicht als Erklärung für die

spätere Stagnation, Deformation und Subordination heute peripherer Länder aus. (3) Bei der "Analyse des europäischen Sonderwegs" sind nicht nur die Differenzen, sondern auch die Kontinuitäten zwischen Feudalismus und Kapitalismus zu beachten. (4) Art und Ergebnisse der westeuropäischen gesellschaftlichen Entwicklung geben keinen Maßstab für die Bewertung vorhandener Entwicklungsmöglichkeiten in peripheren Ländern und für die Beurteilung ihrer künftigen Entwicklung her. (5) Die verfügbaren wissenschaftlichen Konzepte zur Erfassung wesentlicher Merkmale der Gesellschaften dieser Länder sind nur beschränkt tauglich. (6) Bestimmte agrarbürokratische orientalische Gesellschaften sind mindestens bis zum 17. Jahrhundert verschiedenen westeuropäischen Gesellschaften in bestimmten Hinsichten ebenbürtig gewesen. Vor diesem Hintergrund wird die Geschichte der westasiatisch-nordafrikanischen islamischen Welt bis zum 13. Jahrhundert unserer Zeitrechnung entfaltet. Handelte es sich, wie retrospektive Projektionen in europäischen Köpfen wissen wollen, um einen (so der Untertitel) "Frühfall von Unterentwicklung?", der gar nicht anders enden konnte? Nach dieser Leitfrage werden insbesondere Ökonomie und Politik detailliert analysiert. Dabei ist erfreulich, daß zunächst in einem Abschnitt über "Rahmenbe-

dingungen" die Verhältnisse der Bevölkerungen und Naturräume vom Iran bis zum Maghreb skizziert werden, obwohl hier in Text und Kartenbeigaben auch traditionelle Schranken der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zutage treten. (Liegt der "Fruchtbare Halbmond" wirklich zur Hälfte in trockenen Steppen oder Wüsten?) Wenn es wirklich eine Dialektik zwischen Menschen und außermenschlicher Natur gibt, in der die Menschen die Natur in Anspruch nehmen und diese gegebenenfalls zurückschlägt, dann muß hier genauer hingeschaut werden. Für solche kleinen Mängel entschädigt jedoch bereits das folgende Kapitel über die Ursachen der Entfaltung des Islam, in dem eine ganze Reihe von Vorurteilen wirtschafts- und sozialhistorisch ausgeräumt werden: Weder ist Mekka zur Zeit Mohammeds eine besonders wichtige Fernhandelsstadt, noch eine Pilgerstadt von erheblicher Bedeutung. Auch läßt sich die Entfaltung des Islams kaum auf einen Gegensatz zwischen der Händlerklasse in Mekka und den Beduinestämmen des Umlands zurückführen. Feldbauer neigt im Anschluß an Untersuchungen von Patricia Crone dazu, den Herrschaftstätigkeiten und -drohungen sowohl des Sassanidenreichs als auch des Byzantinischen Reiches in Arabien und der Mobilisierungs- und Legitimierungsfunktion der neuen Religion in dieser Hinsicht

besondere Bedeutung zuzumessen: ein interessanter Beitrag zu einer historisch-materialistischen Theorie der Staatsentstehung.

Die landwirtschaftlichen, gewerblichen, kaufmännischen und städtebaulichen Nutzungen der menschlichen und natürlichen Potentiale des muslimischen Raums bzw. seiner Handelspartner bilden den Gegenstand der folgenden sieben Kapitel. Sehr wichtig (was die Mensch-Natur-Beziehungen mittelalterlich-muslimischer Gesellschaften angeht) sind die Darstellungen der landwirtschaftlichen Entwicklung. Hier werden in differenzierten Skizzen zunächst Vielfalt und Leistungen der Landwirtschaft unter oft ungünstigen naturräumlichen Voraussetzungen in den frühen Jahrhunderten muslimischer Herrschaft im betrachteten Teil der islamischen Welt geschildert. Für die späteren Jahrhunderte im hier betrachteten Raum werden "große Zweifel an der zum Klischee geronnenen Vorstellung von einem in der Spätphase des Abbasidenkalifats einsetzenden, jahrhundertelangen agrarischen Niedergang der islamischen Welt" angemeldet (80), wengleich für diese Phase resolute Zugriffe der Staatsgewalt auf agrarische Ressourcen mit entsprechend kontraproduktiven Effekten zuzugeben sind. (66ff., 176) Diese Landwirtschaft ist insoweit eine wesentliche Grundlage der von ihr nicht abgehobenen städtischen Gewerbetätigkeiten gewesen, deren

günstige Entwicklung bis zu ihrer Einschränkung durch landwirtschaftliche Einkommensrückgänge und zur Überrollung durch europäische Konkurrenz im 13. Jahrhundert u. Z. ebenso geschildert wird wie die Entfaltung blühender Stadtkulturen. Letzteres verbindet sich mit einer Kritik der eurozentrischen Vorurteile über die "islamische Stadt", die insbesondere im Anschluß an Max Weber gepflegt werden. (177ff.)

Äußerst wichtig für das frühislamische Aufblühen von Landwirtschaft, Gewerbe und städtischer Kultur ist die Entwicklung des Handels, insbesondere des Fernhandels gewesen, dessen Verhältnisse unter den Stichworten Mittelmeerhandel, Asienhandel und Maghreb- und Transsaharahandel ausführlich dargestellt werden. Es sei hierzu nur erwähnt, was auch im Buch selber nur angedeutet ist, daß der Aufstieg der räumlich weit ausgreifenden "islamischen Land-, See- und Wirtschaftsmacht" (86) nicht nur den Gütertausch zwischen drei Kontinenten außerordentlich förderte, sondern aufgrund der Weltoffenheit ihrer religiösen Kultur interkontinentale Informations- und Innovationsflüsse ermöglichte, deren Erträge die christlich-europäischen Gesellschaften schließlich für sich verwerten sollten. Im langen achten Kapitel des Buches wird dann die Entwicklungsgeschichte von Staat und Politik von der "Konstitution

von Medina" bis zur Herrschaft der Almohaden in Nordafrika/Iberien und der Aiyubiden in Ägypten/Syrien dargestellt. (195-406) Auch hier geht es nicht um die äußere, die Ereignisgeschichte, sondern vor allem um die innere Entwicklung der staatlichen Herrschaftsverhältnisse und der Staatsstätigkeiten zumal in den Bereichen Verwaltung, Haushalt und Rechtsprechung, die als vielfach sehr elaborierte erscheinen und dargestellt werden.

Angesichts der Fülle der Informationen und Argumente ist das anschließende Resümee (angesichts des angekündigten Folgebands als "Zwischenergebnis" bezeichnet) ebenso nützlich wie erforderlich. Es bezieht sich einerseits auf die wirtschaftliche, andererseits auf die politische Gesamtentwicklung bis zum 13. Jahrhundert u. Z. Peter Feldbauer bringt diese Zwischenbewertung mit zwei Thesen, die sinnvollerweise negativ formuliert sind, auf den Punkt: "Weder Frühkapitalismus noch Stagnation" und "Weder orientalische Despotie noch Staatsohnmacht" (421, 462). Was an der "islamischen Welt" Westasiens und Nordafrikas in der Zeit bis 1250 u. Z. positiv war, ist auf der Grundlage dieser vorzüglichen Vorarbeiten und der anderen zu erwartenden Untersuchungen in einer Theorie der Entwicklung der Gesellschaften des "europäischen

Sonderwegs" und ihrer Opfer zu klären.

Karl Hermann Tjaden

Landwirtschaft, Naturschutz und Regionalentwicklung

Norbert Knauer, *Ökologie und Landwirtschaft, mit 68 Abbildungen*, Stuttgart 1993, Verlag Eugen Ulmer, 288 S., 54 DM.

Planungsbüro GREBE, *Biosphärenreservat Rhön. Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung, mit Fotos, Karten und Tabellen*, Radebeul 1995, Neumann Verlag, DM (Vertrieb über Ulmer Verlag Stuttgart), 426 S., 39,80 DM.

Ingo Mose, *Eigenständige Regionalentwicklung - neue Chance für die ländliche Peripherie?*, Vechta 1993 (Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft Bd. 8), 208 S., 34,80 DM.

AgrarBündnis (Hrsg.), *Der kritische Agrarbericht 1995*, Rheda-Wiedenbrück 1995, AbL-Bauernblatt-Verlag, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 250 S., 29,80 DM.

Landwirtschaft und ländlicher Raum sind in der Linken ein völlig unterbelichtetes Thema. Darin drückt sich aus, daß die Linke sich fast ausschließlich als städtisch verstand und organisierte. Diese Nichtbeachtung ist angesichts der Umwälzungen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum (Agrarindustrialisierung; die Tatsache, daß immer weniger Landwirte über zwei Drittel der Fläche der Bundesrepublik bearbeiten; Öko-

logieproblematik; kulturelle Modernisierung des ländlichen Raumes) ein Fehler. Hinzu kommt, daß der ländliche Raum tendenziell noch immer unter konservativer Hegemonie steht. Innerhalb der sowieso marginalisierten Agrarwissenschaften sind linke Positionen, wenn überhaupt vorhanden, ein Exotikum, oder kleiden sich in ökologische Gewänder. Soziale Aspekte werden zu wenig thematisiert. Dementsprechend ist auch die Literaturlage dürftig. Dabei wäre der Forschungsbedarf aus einer kritischen Position heraus groß, z.B. zu den soziokulturellen und agrarstrukturellen Begleiterscheinungen des "Ende des Fordismus" in der Landwirtschaft.

Die vorzustellenden Bücher sind als Einstiegslektüre geeignet, genügen aber auch den Ansprüchen von Engagierten mit links-ökologischem Ansatz. Sie beweisen, daß die Frontstellung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz aus der Vergangenheit teilweise überwunden ist, und eine andere Agrarentwicklung nur mit einem starken gesellschaftlichen Bündnis von bäuerlicher Landwirtschaft, Naturschutz und anderen Gruppen durchgesetzt werden kann.

"Ökologie und Landwirtschaft" ist ein Lehrbuch über Ökologie im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Produktion. Knauer, der im Konflikt zwischen Ökologie und Landwirtschaft eine Mittelposition einnimmt, gibt eine Einführung in die Wirkungszusammenhänge der Ökologie und illustriert sie mit Beispielen aus der Landwirtschaft. Nach der Klärung der

Grundbegriffe, der Darstellung der Entstehung der heute vorfindlichen Kulturlandschaft durch menschliche Einwirkung, der ökologischen Bedeutung und Struktur der Agrarlandschaft wird auf verschiedene Agrarökosysteme näher eingegangen: Hecken und Gehölze, Feldraine, Brachland, Streuobstbestände, stehende und fließende Gewässer und die ökologischen Besonderheiten des Grünlandes. Auch das Dorf und den Hof faßt Knauer als Ökosysteme auf.

Danach beschreibt er die unterschiedliche Bedeutung verschiedener Anbausysteme: konventionell-intensiv, integrierter Landbau (der viel zu positiv bewertet wird), extensive Landwirtschaft und ökologischer Landbau. Das letzte Drittel des Buches ist dann dem Konfliktfeld Landwirtschaft und Naturschutz und den verschiedenen Lösungswegen gewidmet. Knauer plädiert für eine Integration von Landwirtschaft und Naturschutz und verwirft damit die bisher immer noch praktizierte Trennung von Produktionsflächen und Naturschutzflächen (sog. "Segregationsprinzip") und stellt praktische Möglichkeiten genauer vor: Vertragsnaturschutz, Biotopverbundsystem und die immer wichtiger werdende Honorierung der Beibehaltung oder Einführung umweltgerechter Produktionsverfahren. Zum Abschluß stellt er die Wirkungen verschiedener Raumordnungsplannungen auf die Agrarlandschaft dar (Landschaftsplanung, Raumordnung, Flurbereinigung usw.). Definitionen und Zusammenfassungen zu Anfang bzw. Ende der Kapitel,

ein Glossar und ein ausführliches Sachregister machen die zusätzliche Nutzung als Nachschlagewerk möglich.

**Forum
Recht**
Rechtspolitisches
Magazin für Uni und
soziale Bewegungen!
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark
Heft 3/1995
Schwerpunkt:
Perspektiven einer ökologischen Rechtspolitik

- Welthandel: Greening GATT
- Atommüll: Sorgenfall Entsorgung
- Arbeitsrecht: Öko-Courage?
- Staatszielbestimmung Umweltschutz: Fortschritt oder Verfassungskosmetik?

Weitere Themen:
• Sammeljurium, Die neue Rechte und das Grundgesetz u. v. a.

Probe-Abo (ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 DM
Schein oder Scheck an:
Recht & Billig Verlag
Ermekeilstr. 32, 53113 Bonn

1991 erkannte die UNESCO die Rhön als Biosphärenreservat an. In diesem Zusammenhang wurden in einem Rahmenplan für diese Region an der Grenze zwischen Thüringen, Hessen und Bayern weitreichende Ziele für Landwirtschaft, Naturschutz, Verkehr, Wirtschaft und Tourismus aufgestellt und die Bedingungen für eine Kursänderung in diesen Bereichen verbessert. Das Biosphärenreservat ist in drei Zonen eingeteilt: die Zone ohne menschlichen Eingriff (2 % der Fläche), die Pflegezone (35 %) mit naturnaher Nutzung und die Entwicklungszone, in der die Siedlungsgebiete und andere "genutzte" Flächen liegen.

Grundgedanke des Rahmenkonzeptes ist es, zu zeigen, daß der Mensch die Biosphäre nutzen kann, ohne sie zu zerstören. Die Umsetzung soll durch die Nutzung und Aktivierung der in der Region schon vorhandenen Potentiale in den oben genannten Feldern, durch intensive Kooperation zwischen den Bereichen und durch umfangreiche Schulung und Beratung der Beteiligten erfolgen. Regionalwirtschaftliche Synergieeffekte werden angestrebt und sind teilweise auch schon sichtbar, vor allem zwischen Naturschutz und Landwirtschaft.

Der vorliegende Band stellt die fachlichen Ziele ausführlich dar und benennt die weiteren Stufen der Umsetzung. Der Landwirtschaft wird im Rahmenkonzept die wichtigste Rolle bei der aus Nutzung und Pflege bestehenden Erhaltung der Kulturlandschaft zugesprochen. Zusätzlich sollen der ökologische Landbau, die Extensi-

vierung und neue Formen der Direktvermarktung gefördert werden. Naturschutz und Landnutzung werden als gegenseitige Bedingung verstanden, angestrebt wird hier vor allem die Erhaltung der derzeitigen Qualität. Fremdenverkehr und Erholung sollen ausgebaut werden, aber in umweltfreundlichen und die Kulturlandschaft wenig belastenden Formen. In der Wirtschaftspolitik sollen vorrangig die endogenen Potentiale genutzt und in kleinen Projekten gefördert werden - auf Großprojekte wird verzichtet.

Die Umsetzung und Ausformulierung der Ziele soll in enger Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen erfolgen. Das Rahmenkonzept ist ein "Überbau" über verschiedene Planungsebenen, das dann in den Politikfeldern (z.B. Landschafts- und Regionalplanung) in Verwaltungshandeln umgesetzt wird und auch durch die Subventions- und Kreditvergabe (z.B. in der Landschaftspflege oder bei der Existenzgründung) Einfluß nimmt.

Wenn auch nur die Hälfte der im Rahmenkonzept angestrebten Ziele erreicht würden, wäre schon ein erfolgreiches Beispiel für die sozial-ökologische Umgestaltung einer Region gegeben.

"Eigenständige Regionalentwicklung" (ER) ist der Versuch, über die Nutzung endogener Potentiale eine sozial und strukturell gerechtere Entwicklung ländlicher, meist peripherer Räume zu erreichen. Mittlerweile werden Teile dieses in Österreich entstandenen Denkansatzes entschärft in die Dorferneuerungsprogramme übernommen

oder zum Bestandteil regionaler Wirtschaftspolitik. Es stellt sich zunehmend heraus, daß ER bei Wirtschaftskrisen größeren Ausmaßes und entsprechender Arbeitslosigkeit überfordert ist und eher als zusätzliches Instrument geeignet ist.

Ingo Mose untersucht in seinem Buch drei ausgereifte an ER orientierte Programme, vergleicht sie und geht sehr detailliert auf die entstandenen Projekte, also die Resultate der Praxis der ER-Programme, ein. Nach einer kurzen Einführung in den Wandel und derzeitigen Zustand ländlicher Räume und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellt er die unterschiedlichen theoretischen Konzepte vor, die es zu ER gibt. Danach werden drei Regionen, in denen ER praktiziert wird, ausführlich naturräumlich, historisch und soziostrukturell vorgestellt: das Mühlviertel in Österreich, das Bundesland Hessen und der "Peak District" in Mittelengland. Die dort praktizierten Programme werden dargestellt und im Hinblick auf die Förderkriterien und -praxis, die Regionalberatung und die "regionale Orientierung" verglichen. Dabei werden die unterschiedlichen Schwerpunkte deutlich, z.B. eine eher landwirtschaftliche Orientierung. Zum Abschluß der Arbeit typisiert Mose sechs Motivationsmuster und Handlungsansätze und die daraus - im Zusammenhang mit ER - entstandenen Wirtschaftsprojekte. Dabei baut er auf Interviews auf, die er in den drei Gebieten gemacht hat. Mit dem Buch von Mose gibt es eine gute Einführung in Theorie und Praxis der ER in

Buchform. Die Untersuchung gibt den Stand der Diskussion gut wieder und konzentriert sich auf die konkreten Projekte und die sie tragenden Menschen.

Mit dem "Kritischen Agrarbericht 1995" ist das "Jahrbuch" der Agraropposition bereits das dritte Mal erschienen. Das herausgebende "AgrarBündnis" will mit der Herausgabe seine Anstrengungen für eine flächendeckende umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft verstärken. Es besteht mittlerweile aus 22 Verbänden aus den Bereichen Ökolandbau, Tier- und Naturschutz, Entwicklungspolitik sowie der wichtigsten Organisation der Agraropposition, der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" (AbL). Der "Kritische Agrarbericht" weist im Gegensatz zum "Agrarbericht" der Bundesregierung auf die fehlende Berücksichtigung ökologischer, entwicklungspolitischer und sozialer Belange bei der Produktion, Vermarktung und beim Konsum von Nahrungsmitteln hin.

Die über 50 Beiträge liefern Einschätzungen zu unterschiedlichsten Aspekten der Agrarpolitik und Agrarentwicklung, des Agrobusiness, der sozialen Lage auf dem Land sowie der Regionalentwicklung, und verbinden neueste Informationen mit grundsätzlichen Debatten. Weitere Themenbereiche sind das Verhältnis von Landwirtschaft und Naturschutz, Tierschutz, Nahrungsmittelqualität und Gentechnologie in der Landwirtschaft.

Konkret geht es u.a. um Betriebskooperationen, Entwicklun-

gen im Milchsektor, Flächenstilllegung und ihre Auswirkungen auf Produktionsstrukturen, das Modewort "Nachhaltigkeit", Pestizide, Stadt-Land-Partnerschaften, das Umweltgutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen, die Auswirkungen der GATT-Runde, Tiertransporte und Seuchenpolitik. Erwähnenswert auch die Beiträge zur Agrarkultur, in denen die Relevanz "bäuerlicher Werte" für heute diskutiert wird.

Bernd Hüttner

Kritik der sozialistischen Warenproduktion von innen

Hermann Jacobs, *Die ungarischen Briefe (1984 - 1987). Über Wertlogik, Kapitallogik, Soziallogik. Zur Kritik der marktwirtschaftlichen Reform im Sozialismus, Selbstverlag in Kooperation mit Spotless-Verlag, Berlin 1995, 188 Seiten, 16,90 DM.*

Die vorliegende Publikation besteht aus Briefen, die der Verfasser 1984-87 an das Politbüro des ZK der SED geschrieben hatte und in denen er die Kommentierung der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklung in Ungarn, der Sowjetunion und der DDR mit theoretischen Erörterungen verband. Über Antworten wird nichts berichtet und so ist die Korrespondenz durchaus einseitig. Der Verfasser schrieb aber beileibe nicht als wichtigtuerscher Dissident, sondern als besorgter Kommunist, der seiner Parteiführung gern theoretisch auf die Sprünge helfen wollte. 1995 sind diese Briefe angesichts der abgelaufenen Ge-

sellschaftsprozesse Zeugnisse theoretischer und politischer Hellsichtigkeit und Sensibilität. Freilich steht auch heute, wie wohl auch damals, die eigenwillige begriffsdialektische Argumentation, deren Prämissen nicht von jedermann akzeptiert werden können, der Rezeption ebenso entgegen wie eine Diktion, die vom üblichen abweicht. Wer diese Einstiegsbarrieren zu überwinden vermag, dem eröffnen sich mitunter originelle Problemzugänge und verblüffende Einsichten in den Gehalt der Kategorien und der von ihnen erfaßten Verhältnisse. Dies gilt auch für die semantische Dialektik, die der Verfasser in Worten und mit Wortspielen aufdeckt.

Hermann Jacobs versteht sich nicht nur als Kritiker der Marktwirtschaft im allgemeinen, sondern auch der Konzeption von einer speziellen Marktwirtschaft bzw. Warenproduktion im Sozialismus im besonderen. Denn: "Die 'sozialistische Marktwirtschaft' ist jene von Marx klar erkannte Warenproduktion, die er als mit dem Sozialismus unvereinbar abgelehnt hat." (37) Sie würde mit ihrer Entfaltung zur Aktivierung des "kapitalistischen Gegensatzes" (34), des Antagonismus von Arbeit und Wert/Kapital führen. Es sind also werttheoretische Erörterungen und Argumente, die im Mittelpunkt seiner Überlegungen und Interventionen stehen. Er wendet sich gegen die Blauäugigkeit, mit der damals die Politökonomie der DDR die darin angelegten Widersprüche übergang.

Für ihn ist die politische Wende nur die Konsequenz der marktwirt-

schaftlichen Reform des Sozialismus. Insofern markiert er schon damals ziemlich klar den Übergang zur kapitalistischen Restauration. Übergang zum Kommunismus ist demgegenüber für ihn die Aufhebung der Warenproduktion und die Entfaltung der Emanzipations- und Vergesellschaftungspotentiale der Arbeit. "Auf der Basis des Wertgesetzes ist nur elitärer Kommunismus möglich" (38), also ein Zustand der Privilegierung eines Teils der Arbeiterklasse und ihrer Spaltung, was wiederum die Bedingungen für den Umschlag in die kapitalistische Restauration schafft.

In der 1986 von Gorbatschow proklamierten "Intensivierung" sieht er noch die dritte Etappe der proletarischen Revolution und den Übergang zum Kommunismus, prognostiziert aber die Gefahr einer Konterrevolution, wenn die kommunistischen Kader der zweiten Etappe der Revolution, die für die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus standen und nach 1985 zunehmend als Stalinisten denunziert wurden, aus dem politischen Prozeß ausgeschaltet würden.

Man kann sich an den Briefen überzeugen, daß ein kommunistischer Querdenker wie Hermann Jacobs, dessen theoretisierende Begriffsdialektik den realen Prozeß wie ein Schatten begleitet bzw. ihn in der verfremdeten Form des Schattens reflektiert, die Entwicklung immer noch weit treffsicherer zu erfassen vermag, als eine dem Zeitgeist verpflichtete "Wissenschaft". Das sollte man nicht vergessen, wenn man diese damaligen

Grundsatzkritiken an der sozialistischen Warenproduktion mit Blick auf die Entwicklung von Neuansätzen des Sozialismus/Kommunismus heute liest.

Heinz Jung

Autorinnen und Autoren

Elisabeth Bessau, Wuppertal, Dipl.-Volkswirtin

Dr. Hans-Jürgen Bieling, Marburg/Lahn, Politikwissenschaftler

Dr. Joachim Bischoff, Hamburg, Soziologe, Mitglied im Z-Redaktionsbeirat

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Stuttgart, Mitarbeiter im HV der IG Medien

Ellen Brombacher, Berlin, Sozialarbeiterin, Sprecherin der Kommunistischen Plattform in der PDS (KPF)

Prof. Dr. Jaques D'Hondt, Paris, Philosoph, Hochschullehrer

Prof. Dr. Ernst Engelberg, Berlin, Historiker

Dr. Hans G Helms, Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker

Prof. Dr. Horst Holzer, München, Soziologe und Kommunikationswissenschaftler, Privatdozent

Bernd Hüttner, Bremen, Dipl.-Politikwissenschaftler

Hermann Jacobs, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Heinz Jung, Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redaktionsmitglied

Detlef Kannapin, Neuenhagen b. Berlin, Student der Kulturwissenschaften

Dr. Robert Katzenstein, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Fritz Krause, Frankfurt/Main, Historiker

Hermann Lenke, Frankfurt/Main, Angestellter

Prof. Dr. Hans Luft, Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Hans-Jürgen Michalski, Bremen, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Werner Petschick, Frankfurt/Main, Journalist, Mitglied im Gewerkschaftsbeirat der IG Medien

Dr. Hermannus Pfeiffer, Hamburg, Wirtschaftswissenschaftler

Klaus Pickshaus, Stuttgart/Frankfurt/Main, Mitarbeiter im HV der IG Medien

Dr. Jürgen Reusch, Bad Homburg v.d.H., Politikwissenschaftler, Z-Redaktionsmitglied

Dr. Fred Schmid, München, Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter im isw München e.V.

Conrad Schuhler, München, Soziologe, Publizist

Dr. Reinhard Schweicher, Frankfurt/Main, Philosoph, Z-Redaktionsmitglied

Dr. Werner Seppmann, Haltern i.W., Sozialwissenschaftler

Eckart Spoo, Hannover, Journalist, Vorsitzender der Bürgerinitiative für Sozialismus

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden, Kassel, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer

Lesen macht das Leben leichter

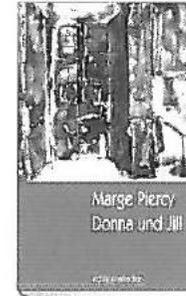
Susanne Baackmann: *Erklär mir Liebe*
Argument Sonderband 237
224 Seiten, mit 3 Abbildungen
ISBN 3-88619-237-1
29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF



Das Liebe-Buch

Anhand von literarischen Texten deutschsprachiger Autorinnen (Bachmann, Zürn, Jelinek, Duden) und deren Konfrontation mit ausgewählten Film- und Zeitschriftenbeispielen nähert sich Susanne Baackmann dem »ewigen Thema« Liebe. Mit diskurstheoretischem Feingefühl und ergänzt durch literaturwissenschaftliche, soziologische und psychologische Ansätze deckt sie auf, daß die Autorinnen in ihre Texte Brüche einschreiben, die im herrschenden Liebesdiskurs meist harmonisierend überdeckt werden. Im Entlarven der Bilder, die die Liebenden in einem ewigen Zirkel aus Liebessehnsucht, -leid und -enttäuschung gefangenhalten, liegt das emanzipatorische Potential, das Baackmanns Analyse weit über die wissenschaftsinterne Diskussion hinaus relevant macht.

Marge Piercy: *Donna und Jill*
Roman, 540 Seiten, Gebunden,
Deutsch von Heidi Zerning
ISBN 3-88619-454-X
39,00 DM/304 ÖS/40,00 SF



Das Zorn-Buch

Donna und Jill erzählt stürmisch und eindringlich vom Erwachsenwerden in der Mitte unseres Jahrhunderts, vom Sich-Finden und Nicht-Abfinden, von Lust und Leid, Triumphen und Nöten einer Frauwerdung.
»Konsequent wie selten in der Literatur macht Piercy darauf aufmerksam, daß die freie und von der Gesellschaft bezahlte Abtreibung ein politisch brisantes Thema ist und auch noch länger zu bleiben scheint.« *Elfriede Jelinek*
»Eine höchst amüsante Darstellung der Klassengesellschaft und des jüdischen Familiensinns; Feminismus ohne Selbstweinerlichkeit; Poesie, ohne Politik zu ignorieren; viel Sex, ohne die Suche nach Liebe aufzugeben, und Realismus, ohne zynisch zu werden.« *Dorothee Sölle*

Haug/Hipfl (Hg.): *Sündiger Genuß*
Argument Sonderband 236
184 Seiten, mit 7 Abbildungen
ISBN 3-88619-236-9
29,00 DM/225 ÖS/30,00 SF



Das Film-Buch

Welche Bedeutung haben Filme für Frauen und welche Rolle spielen sie im Vergesellschaftungsprozeß? Fragen weiblicher Identität und weiblichen Begehrens ausgehend von den konkreten Erfahrungen von Frauen mit Populärfilmen wie *Pretty Woman* oder *Schlaflos in Seattle*. Mit der Methode der Erinnerungssprache werden drei Widerspruchskonstellationen hinterfragt: den Film genießen, obwohl er als schlecht beurteilt wird; sich heteronom ein Gefühl machen lassen, obwohl Autonomie bejaht wird; als Frau Filme mögen, in denen nur Männer handeln (z.B. Indier- oder Kriegsfilme).

 **Argument**
Hamburg - Berlin

Im guten Buchladen und bei Argument-Vertrieb, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin. Fax 030 611 42 70